

EU-Almanach Lebensmittelsicherheit

INFORMATION



2017



Bundesinstitut für Risikobewertung

Bitte diese Seite aufklappen



Impressum

4., aktualisierte und überarbeitete Ausgabe des EU-Almanachs Lebensmittelsicherheit, 2017
Herausgeber: Bundesinstitut für Risikobewertung (BfR), Berlin (www.bfr.bund.de)
Redaktion: Dr. Lea Herges, Dipl.-Ing. Susanne Kaus, PD Dr. Gaby-Fleur Böl und
Dr. Nicole Gollnick

Grafiken: www.kaisermatthies.com

Satz: www.tangram.de

Druck: www.arnoldgroup.de

Übersetzung: www.abc-sprachen.de

Auflage: 6.000

Die Informationen, die in dieser Broschüre enthalten sind, wurden mit der freundlichen Unterstützung des Focal Point-Netzwerks der Europäischen Behörde für Lebensmittelsicherheit (EFSA) erstellt. Die Inhalte dieser Broschüre unterliegen einer kontinuierlichen Veränderung und stellen nach unserem besten Wissen den Stand im Sommer 2016 dar. Die Angaben in den Länderprofilen beruhen auf Informationen der einzelnen Länder, die jeweils für den entsprechenden Inhalt verantwortlich sind.

Der EU-Almanach Lebensmittelsicherheit ist im Internet abzurufen oder als gedruckte Broschüre in deutscher, englischer, französischer, portugiesischer, spanischer und chinesischer Sprache erhältlich:

http://www.bfr.bund.de/de/publikation/eu_almanach-192686.html

Bei der vorliegenden Textfassung handelt es sich um eine Übersetzung aus dem Englischen. Die englische Textfassung ist als verbindlich anzusehen.

Nachdruck mit Genehmigung des Herausgebers erlaubt.

ISBN 978-3-943963-55-7

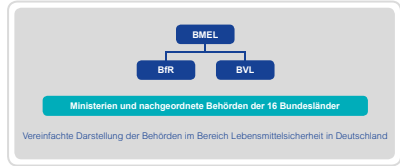
ISSN 2363-6548 (Druckversion)

ISSN 2363-6556 (Online)

Länderprofile – So lesen Sie den EU-Almanach

Jedes Länderprofil gibt einen Überblick über die staatlichen Behörden der Lebensmittel- und Futtermittelsicherheit

Schema der Behördenstruktur: Zu Beginn jedes Kapitels steht eine vereinfachte Darstellung der Behördenstrukturen und der Hierarchien. Die zentralen Institutionen des jeweiligen Landes sind als Kürzel angegeben. Die Liste der Kürzel (Kapitel 6) enthält die vollen Namen der im Almanach aufgeführten Einrichtungen (auf Deutsch und in der jeweiligen Landessprache). Institutionen auf der zentralen/föderalen Ebene stehen in blauen Kästen, regionale/lokale Institutionen in türkisfarbenen Kästen.



Rechtsgrundlagen: Kurze Erläuterung der staatlichen Rechtsgrundlagen der Lebensmittel- und Futtermittelsicherheit am Anfang des Kapitels.

Institutionen auf zentraler Ebene (in blauen Kästen): Die Beschreibung der Aufgaben und Tätigkeiten einer Behörde befinden sich unter dem jeweiligen Abschnitt. Der blaue Kasten am Anfang jedes Abschnitts enthält das Kürzel und den vollen Namen der Behörde. Der graue Kasten darunter enthält die Hauptaufgaben im Bereich Lebensmittel- und Futtermittelsicherheit, gefolgt vom Sitz und der Internetseite der Behörde.

BfR
Bundesinstitut für Risikobewertung

- ▶ Risikobewertung
- ▶ Risikokommunikation
- ▶ EFSA-Kontaktstelle
- ▶ Forschung

Sitz: Berlin
<http://www.bfr.bund.de>

Zuständigkeit: Die einzelnen Zuständigkeitsbereiche der Behörden werden anhand von zehn Piktogrammen dargestellt.

Pflanzenschutzmittel	Trinkwasser	Gentechnik	Kontaminanten
Futtermittel	Nahrungsergänzungsmittel	Tierarzneimittelrückstände	
Mineralwasser	Novel Foods	Zoonosen	

Regionale und lokale Ebene: Behörden auf regionaler und lokaler Ebene werden in einem gesonderten Abschnitt erläutert. Sie sind durch einen türkisfarbenen Kasten hervorgehoben.

Regionale und lokale Ebene

Deutschland besteht aus 16 Bundesländern, die sich hinsichtlich der Größe (zwischen etwa 1 und 18 Millionen Einwohnern pro Bundesland) unterscheiden. Die 16 Bundesländer Deutschlands ...

EFSA-Netzwerk: In der Verordnung (EG) Nr. 178/2002 zur Errichtung der Europäischen Behörde für Lebensmittelsicherheit (EFSA) wird in Artikel 36 die Vernetzung von Organisationen gefordert, die in den Bereichen des Auftrags der EFSA tätig sind. Die zugehörigen Einrichtungen sind im jeweiligen Abschnitt „Am EFSA-Netzwerk beteiligte Einrichtungen“ gelistet und durch einen gelben Kasten hervorgehoben.

Am EFSA-Netzwerk beteiligte Einrichtungen nach Art. 36 VO (EG) Nr. 178/2002

1. German Federal Institute for Risk Assessment (Bundesinstitut für Risikobewertung – BfR) (EFSA Focal Point)
2. Federal Agency for Nature Conservation (Bundesamt für Naturschutz – BfN)

Die Institutionen, die am EFSA-Netzwerk nach Art. 36 der Verordnung (EG) Nr. 178/2002 beteiligt sind und am Ende jedes Länderprofils angegeben werden, unterliegen Änderungen. Die jeweils aktuelle Liste dieser Institutionen kann im Internet eingesehen werden unter: <https://www.efsa.europa.eu/sites/default/files/assets/art36listg.pdf>

EU-Almanach Lebensmittelsicherheit

Bundesinstitut für Risikobewertung (BfR)

Dr. Lea Herges, Dipl.-Ing. Susanne Kaus, PD Dr. Gaby-Fleur Böl und Dr. Nicole Gollnick

Vorwort

Lebensmittelsicherheit in der EU: Ein Almanach

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

die Globalisierung der Nahrungsmittelproduktion und des Lebensmittelhandels stellt neue Herausforderungen für den Gesundheitsschutz der Verbraucher dar. Die Sicherheit von Lebensmitteln und Futtermitteln muss in globalen und zunehmend komplexen Lieferketten gewährleistet werden. Das Angebot von Lebensmitteln steigt stetig in Europa. Dies führt zu einer Erhöhung der Anforderungen, die für wissenschaftliche Gutachten, eine Verringerung der Lebensmittelsicherheitsrisiken und eine effektive Risikokommunikation zu erfüllen sind.

Der EU-Almanach Lebensmittelsicherheit gibt einen Überblick über die jeweils zuständigen staatlichen Behörden und die Strukturen der Lebensmittel- und Futtermittelsicherheit in Europa. Der Schwerpunkt liegt auf dem Gebiet der Risikobewertung. Der Überblick über die organisatorischen Zusammenhänge und die Zusammenarbeit in der Europäischen Union erleichtert nicht nur die Suche nach europäischen Partnern, sondern vermeidet auch Doppelarbeit und fördert die Klarstellung von Zuständigkeiten.

Diese Broschüre wendet sich an alle, die sich über die Strukturen und Institutionen der Lebensmittelsicherheit informieren wollen, insbesondere

an diejenigen, die in den folgenden Institutionen und Bereichen tätig sind: Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Lebensmittelsicherheitsinstitutionen, Fach- und Laienpresse, Verbraucherverbände, Lebensmittelindustrie, Wissenschaft und Politik.

Der EU-Almanach Lebensmittelsicherheit umfasst alle Mitgliedsstaaten der Europäischen Union und Island, Norwegen und die Schweiz, sowie die benachbarten europäischen Länder Albanien, Bosnien-Herzegowina, die ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien, den Kosovo, Montenegro, Serbien und die Türkei.

Die Broschüre erhebt keinen Anspruch auf eine vollständige Darstellung des Staatsaufbaus, sondern ist bewusst auf das Schutzgut Verbraucherschutz beschränkt. Andere Schutzgüter – wie Umweltschutz, Tierschutz, Arbeitsschutz – sind deshalb nicht weniger wichtig.

Das Bundesinstitut für Risikobewertung wurde bei der Erstellung des EU-Almanachs von den EFSA-Kontaktstellen der Mitgliedsstaaten (EFSA Focal Points) und der EFSA außerordentlich wirkungsvoll aktiv unterstützt. Für die Beiträge bedanke ich mich herzlich.

Der EU-Almanach (3. Auflage) wurde im Jahr 2015 von Mitgliedern des EFSA-Beirats, der Kommunikationsarbeitsgruppe des EFSA-Beirats, den europäischen Kontaktstellen der EFSA und den am EFSA-Netzwerk beteiligten deutschen Institutionen evaluiert. Die Befragten erklärten sich „zufrieden“ bis „sehr zufrieden“ in Bezug auf den Informationsgehalt, den Umfang der Länderprofile, den Aktualisierungsrhythmus, die Gestaltung, die Klarheit der Piktogramme, die Struktur und die Qualität des EU-Almanachs. Das wertvolle Feedback zur Evaluation wurde in diese neue Ausgabe des EU-Almanachs eingearbeitet, der in sechs Sprachen (Deutsch, Englisch, Französisch, Portugiesisch, Spanisch und Chinesisch) erhältlich ist.

A handwritten signature in blue ink, which reads 'Andreas Hensel'.

Professor Dr. Dr. Andreas Hensel
Präsident des BfR und
deutscher Vertreter im EFSA-Beirat

Mit dieser 4. Auflage des EU-Almanachs Lebensmittelsicherheit erhalten Sie einen aktualisierten und umfassenden Überblick über die Lebensmittel- und Futtermittelsicherheit in der Europäischen Union und anderen Ländern. Dabei hoffen wir, einen wertvollen Beitrag zur Stärkung der Risikobewertungskapazitäten und zur Ausweitung der internationalen Zusammenarbeit leisten zu können.

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	2
1 Staatliche Strukturen und Lebensmittelsicherheit	6
2 Lebensmittelsicherheit in der Europäischen Union	8
3 Lebensmittelsicherheit in den Mitgliedsstaaten	12
3.1 Belgien	12
3.2 Bulgarien	16
3.3 Dänemark	20
3.4 Deutschland	24
3.5 Estland	28
3.6 Finnland	31
3.7 Frankreich	34
3.8 Griechenland	38
3.9 Irland	41
3.10 Italien	45
3.11 Kroatien	49
3.12 Lettland	52
3.13 Litauen	56
3.14 Luxemburg	60
3.15 Malta	63
3.16 Niederlande	66
3.17 Österreich	70
3.18 Polen	73
3.19 Portugal	77
3.20 Rumänien	81
3.21 Schweden	84
3.22 Slowakische Republik	87
3.23 Slowenien	91
3.24 Spanien	94
3.25 Tschechische Republik	98
3.26 Ungarn	101
3.27 Vereinigtes Königreich	104
3.28 Zypern	108

4	Lebensmittelsicherheit in den Nachbarstaaten	110
4.1	Albanien	110
4.2	Bosnien und Herzegowina (BiH)	115
4.3	Ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien (MK)	119
4.4	Island	122
4.5	Kosovo	124
4.6	Montenegro	126
4.7	Norwegen	128
4.8	Schweiz	132
4.9	Serbien	135
4.10	Türkei	138
5	Glossar	141
6	Abkürzungsverzeichnis	145

1 Staatliche Strukturen und Lebensmittelsicherheit

Eine reibungslose Zusammenarbeit zwischen den staatlichen Akteuren in Europa stärkt die Lebensmittelsicherheit. Sind Akteure und rechtliche Strukturen in den europäischen Staaten allen Beteiligten bekannt, können die europäischen Staaten und die EU effizienter zusammenarbeiten, Doppelarbeit vermeiden und einen effektiven Verbraucherschutz fördern. Eine bessere Kooperation trägt zur Harmonisierung von Methoden der Risikobewertung und zur effizienten Bekämpfung der Risiken bei. Außerdem erhöht sie die Transparenz der Entscheidungsprozesse und erleichtert die Suche nach europäischen Partnern bei Kooperationsprojekten.

Ziele der Lebensmittelsicherheit und eines effektiven Verbraucherschutzes sind der Schutz der Gesundheit, der Schutz vor Täuschung und eine sachgerechte Information der Verbraucher. Gemeinsame europäische Rechtsvorschriften bieten ein einheitliches und zuverlässiges Schutzniveau für die europäischen Verbraucher. Nationale Bemühungen allein bedeuten in einer globalisierten Welt keinen ausreichenden Schutz.

Ohne die Unternehmen und die Verbraucher von ihrer Verantwortung und ihren Sorgfaltspflichten zu entbinden, gehört es zu den staatlichen Aufgaben, Verbraucher im Bereich der Lebensmittelsicherheit durch Risikobewertung, Risikomanagement und Risikokommunikation zu schützen.

Zu diesem Zweck geht man wie folgt vor:
Im ersten Schritt wird ein Risiko mittels wissenschaftlicher Methoden eingeschätzt („Risikobewertung“). In einem „Leitfaden für gesundheitliche Bewertungen“ hat das Bundesinstitut für Risikobewertung (BfR) nationale Regelungen festgelegt, die im Rahmen der europäischen Harmonisierungsbestrebungen einen Ausgangspunkt für die Diskussion bilden:



Leitfaden für gesundheitliche Bewertungen (BfR)

<http://www.bfr.bund.de/cm/350/leitfaden-fuer-gesundheitliche-bewertungen.pdf>

Die im Risikomanagement zuständigen Institutionen nutzen Risikobewertungen, um über entsprechende notwendige Maßnahmen („Risikomanagement“) zu entscheiden. Dabei werden zusätzlich zur wissenschaftlichen Risikobewertung gesellschaftliche und ökonomische Aspekte zur Beurteilung der Maßnahmen hinsichtlich ihrer Angemessenheit und Effizienz hinzugezogen.

Verbraucher können nur dann selbstbestimmte Kaufentscheidungen treffen, wenn sie ausreichend informiert sind. Daher ist eine allseits transparente Risikokommunikation erforderlich. Zu diesem Zweck sollen Informationen der Lebensmittelsicherheit in geeigneter Form zugänglich gemacht werden. Auch andere Beteiligte und Betroffene aus Wissenschaft, Politik, Verbänden, Nichtregierungsorganisationen (NGOs) und öffentlichen Institutionen werden in den interaktiven Meinungs- und Informationsaustausch einbezogen.

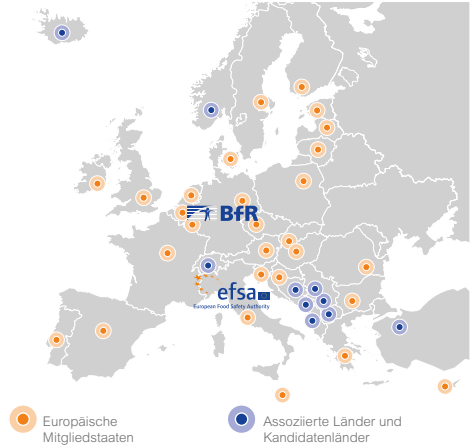
Im Jahr 2000 hat das Weißbuch der EU-Kommission den Anstoß für eine neue Struktur der Lebens-

mittelsicherheit in Europa gegeben. Es wurde ein neues Konzept für einen wirksamen und umfassenden gesundheitlichen Verbraucherschutz vorgestellt, wobei die Lebensmittelsicherheit in allen Produktions- und Verarbeitungsstufen entlang der gesamten Nahrungskette „vom Stall bis auf den Teller“ gewährleistet werden soll. Im Jahr 2002 wurde die Europäische Behörde für Lebensmittelsicherheit (EFSA) als eigenständiges wissenschaftliches Kompetenzzentrum für die Risikobewertung auf EU-Ebene gegründet. Im selben Jahr fand auch die Gründung des BfR statt, das in Deutschland eine ähnliche Funktion hat. Diese und andere neu geschaffene Einrichtungen führten dann zum Aufbau eines Netzwerks von zuständigen Institutionen, die als Bindeglied zwischen nationaler und europäischer Ebene sowie zwischen Organen in den einzelnen Mitgliedstaaten tätig sind.

Auf EU-Ebene gehören die Risikobewertung und Risikokommunikation zu den Aufgaben der EFSA, während das Risikomanagement als politische Aufgabe bei der Europäischen Kommission und dem Rat der EU verbleibt.

Informationen aus dem EU-Schnellwarnsystem (RASFF) zu Lebensmitteln und Futtermitteln, die ernsthafte Gesundheitsrisiken darstellen, werden täglich zwischen den Mitgliedstaaten und der Europäischen Kommission ausgetauscht. Risikobewertungen werden von vielen nationalen Behörden und der EFSA veröffentlicht. Medien und Warentestorganisationen helfen mit, für Transparenz beim Verbraucher zu sorgen.

Der EU-Almanach dient als Referenzwerk, das einen Überblick über die derzeitigen rechtlichen Rahmenbedingungen für die Lebensmittelsicherheit gibt. Es ist ein Beispiel für die konstruktive Zusammenarbeit zwischen allen an der Lebensmittelsicherheit in Europa beteiligten Einrichtungen. Die EFSA sowie ihre Kontaktstellen in allen EU-Mitgliedstaaten und 10 Nachbarländern haben zum EU-Almanach Lebensmittelsicherheit des BfR beigetragen. Insgesamt werden 38 Länderprofile vorgestellt.



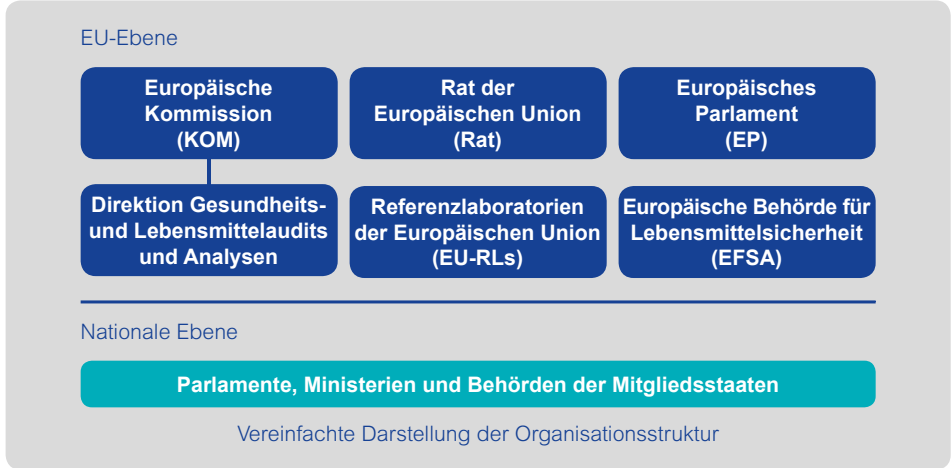
Netzwerk der EFSA Focal Points

In den verschiedenen europäischen Staaten hat die Aufteilung der Risikobewertung, des Risikomanagements und der Risikokommunikation unterschiedliche Rechtsstrukturen. Einige Länder, darunter auch Deutschland, ziehen es vor, die Verantwortung für die Risikobewertung und das Risikomanagement zwischen verschiedenen Institutionen zu verteilen. Andere Länder vereinen diese Tätigkeitsfelder in einer einzigen Institution.

Die zuständigen staatlichen Einrichtungen mit ihren Aufgaben und Rechtsgrundlagen in Bezug auf Lebensmittel- und Futtermittelsicherheit finden sich in jedem Länderprofil. Die Profile geben auch an, ob (und in welchem Umfang) ein Land seine Risikobewertungen veröffentlicht.

Interessant ist auch die Beobachtung, dass einige Staaten ihre Risikobewertungen eher durch externe Experten (Kommissionen) erstellen lassen, während anderswo die Behörden Risikobewertungen im Wesentlichen selbst erarbeiten. Auch die Verteilung von Verantwortung zwischen nationaler, regionaler und lokaler Ebene im Staat beeinflusst eine effiziente Regulation der Lebensmittelsicherheit und ist im EU-Almanach Lebensmittelsicherheit für jeden der 38 europäischen Staaten beschrieben.

2 Lebensmittelsicherheit in der Europäischen Union



Die zentralen Rechtsgrundlagen im Lebensmittelrecht in der Europäischen Union (EU) sind die Verordnung (EG) Nr. 178/2002 und die Verordnung (EG) Nr. 882/2004¹. EU-Verordnungen gelten in allen Mitgliedsstaaten der Europäischen Union (EU) direkt, ohne dass der Mitgliedsstaat ein entsprechendes nationales Gesetz erlassen muss.

Die Verordnung (EG) Nr. 178/2002 regelt die allgemeinen Grundsätze und Anforderungen im Lebensmittelrecht in der EU. Sie erfasst alle Produktions- und Verarbeitungsstufen von Lebensmitteln entlang der Lieferkette, „vom Stall bis auf den Teller“. Zudem werden Funktionen der Europäischen Behörde für Lebensmittelsicherheit (EFSA) und die Einrichtung eines europäischen Schnellwarnsystems für Lebensmittel und Futtermittel (RASFF) festgelegt. Die Verordnung (EG) Nr. 882/2004 regelt die Grundsätze der amtli-

chen Kontrollen zur Überprüfung der Einhaltung des Lebensmittel- und Futtermittelrechts. So sind in der EU insbesondere die Aufstellung eines Mehrjährigen Nationalen Kontrollplans (MNKP) durch die Mitgliedsstaaten und eine dementsprechende Berichterstattung vorgeschrieben.

Auf EU-Ebene sind Risikobewertung und Risikokommunikation vom Risikomanagement institutionell getrennt. Während Risikobewertungen von der EFSA durchgeführt werden, befasst sich die Europäische Kommission (KOM) mit dem Risikomanagement. Für die Risikokommunikation, das dritte Element der Risikoanalyse, sind sowohl die Risikobewerter als auch die Risikomanager zuständig.

¹ Als allgemeiner Geltungsbeginn der neuen EU-Kontroll-Verordnung (VO (EU) 2017/625) wurde der 14. Dezember 2019 festgelegt.

KOM

Europäische Kommission (KOM)

- ▶ europäische Gesetzgebung
- ▶ Risikomanagement
- ▶ Lebensmittelsicherheitspolitik

Sitz: Brüssel, Belgien
<http://ec.europa.eu>



Es ist Aufgabe der Europäischen Kommission (KOM), das Allgemeinwohl der EU als Ganzes zu fördern. Das „Kollegium der Kommissarinnen und Kommissare“ (derzeit ein Kommissionsmitglied aus jedem Mitgliedsstaat) bestimmt die politische Linie und trifft Entscheidungen.

Die KOM ist das Exekutivorgan der EU. Als „Hüterin der Verträge“ ist die KOM verantwortlich dafür, dass das EU-Recht in allen Mitgliedsstaaten ordnungsgemäß umgesetzt und angewendet wird. Im Falle von Verstößen oder Zweifeln an der Interpretation des EU-Rechts entscheidet der Europäische Gerichtshof in letzter Instanz.

Die KOM ist die einzige Institution, die das Recht auf gesetzgeberische Initiative hat. In der Praxis werden Vorschläge für die Gesetzgebung (Verordnungen, Richtlinien und Entscheidungen) von bestimmten KOM-Bereichen erstellt. So erstellt beispielsweise die KOM Generaldirektion Gesundheit und Lebensmittelsicherheit, DG SANTE, Gesetzesentwürfe im Bereich Lebensmittel und Futtermittel, Tier- und Pflanzengesundheit, während die KOM-Generaldirektion Umwelt die Gesetzgebung in diesem Bereich vorbereitet.

DG SANTE koordiniert das Schnellwarnsystem für Lebensmittel und Futtermittel (RASFF). Sie sammelt, verifiziert und verbreitet Informationen zur Lebensmittel- und Futtermittelsicherheit zwischen den Mitgliedstaaten und der EFSA.

Rat

Rat der Europäischen Union

- ▶ europäische Gesetzgebung
- ▶ Lebensmittelsicherheitspolitik
- ▶ Risikomanagement

Sitz: Brüssel, Belgien
<http://www.consilium.europa.eu>



Zusammen mit dem Europäischen Parlament ist der Rat das wichtigste Entscheidungsorgan der EU. Jeweils ein Minister/eine Ministerin jeder nationalen Regierung nimmt an Sitzungen des Rats teil. Welcher Minister/welche Ministerin teilnimmt, ist vom Thema der Sitzung abhängig. Der Minister/die Ministerin vertritt seinen/ihren Mitgliedsstaat. Die KOM-Sitzungen „Landwirtschaft und Fischerei“ befassen sich bspw. mit Lebensmittelsicherheit, während die Lebensmittelkennzeichnung in den KOM-Sitzungen „Beschäftigung, Sozialpolitik, Gesundheit und Verbraucherschutz“ behandelt wird.

Europäische Rechtsvorschriften im Bereich des gesundheitlichen Verbraucherschutzes, der Lebensmittel- und Futtermittelsicherheit werden im „Mitentscheidungsverfahren“, dem am häufigsten angewandten Gesetzgebungsverfahren im EU-Recht, verabschiedet. „Mitentscheidungsverfahren“ bedeutet, dass Vorlagen für Gesetze vom Rat und dem EP angenommen werden müssen.

EP

Europäisches Parlament

- ▶ Lebensmittelsicherheitspolitik
- ▶ europäische Gesetzgebung
- ▶ Risikomanagement

Sitz: Straßburg, Frankreich
<http://www.europarl.europa.eu>



EFSA

**Europäische Behörde für
Lebensmittelsicherheit**

- ▶ Risikobewertung
- ▶ Risikokommunikation

Sitz: Parma, Italien
<http://www.efsa.europa.eu>



Das Europäische Parlament (EP) ist von den Bürgern der EU gewählt. Das EP hat 751 Mitglieder aus 28 EU Ländern und vertritt die Interessen von über 500 Millionen Menschen. Die Tatsache, dass das EP direkt von den Bürgern gewählt wird, gewährleistet die demokratische Legitimität des EU-Rechts.

Das EP übt eine demokratische Überwachungs-funktion über andere EU-Institutionen, insbesondere die KOM, aus. Das EP ist berechtigt, die Ernennung der Kommissare anzunehmen oder diese abzulehnen, und hat auch das Recht auf Sanktionierung der Kommission als Ganzes. Mit dem Rat teilt sich das EP die Befugnis über den EU-Haushalt und hat somit Einfluss auf EU-Ausgaben. Am Ende des Verfahrens nimmt es den Haushalt als Ganzes entweder an oder lehnt ihn ab.

Zusätzlich erstellt das EP Gesetzesentwürfe im Bereich Lebensmittel- und Futtermittelsicherheit. Das EP hat 22 ständige Ausschüsse. Der „Ausschuss für Umweltfragen, öffentliche Gesundheit und Lebensmittelsicherheit“ beschäftigt sich mit Fragen der Lebensmittelsicherheit und des Trinkwassers.

Die Europäische Behörde für Lebensmittelsicherheit (EFSA) ist eine unabhängige europäische Behörde und im Bereich der Lebensmittel- und Futtermittelsicherheit der Grundpfeiler der Risikobewertung der EU. In enger Zusammenarbeit mit nationalen Behörden und in offenem Austausch mit anderen Interessengruppen stellt die EFSA unabhängige wissenschaftliche Beratung zur Verfügung und kommuniziert deutlich und verständlich über vorhandene und aufkommende Risiken. In ihrer Eigenschaft als Risikobewertungsbehörde erstellt die EFSA wissenschaftliche Gutachten und Empfehlungen. Diese dienen als zuverlässige Arbeitsgrundlage für Politik und Gesetzgebung der Gemeinschaft und unterstützen die KOM, das EP und die EU-Mitgliedsstaaten dabei, wirksame und zeitnahe Entscheidungen im Bereich des Risikomanagements zu treffen. Alle Risikobewertungen werden auf der Webseite der EFSA veröffentlicht.

Die EFSA erhält Ersuchen um Risikobewertungen von der KOM, dem EP und den Mitgliedsstaaten, jedoch erstellt die EFSA auch auf Eigeninitiative wissenschaftliche Gutachten und Stellungnahmen. Zum Aufgabenbereich der EFSA gehören Risikobewertungen zur Lebensmittel- und Futtermittelsicherheit, Ernährung, Tiergesundheit und Tierschutz sowie Pflanzengesundheit.

Direktion Gesundheits- und Lebensmittelaudits und Analysen

- ▶ Risikomanagement
(Inspektion und Kontrolle)

Sitz: Grange, Irland

http://ec.europa.eu/food/audits_analysis_en



Die Direktion Gesundheits- und Lebensmittelaudits und Analysen gehört zur KOM Generaldirektion Gesundheit und Lebensmittelsicherheit (DG SANTE) und die Tätigkeiten werden in der Verordnung (EG) Nr. 882/2004 (Artikel 45 und 46) dargestellt.

Diese Direktion bewertet, wie die EU-Vorschriften innerhalb der EU und in Drittstaaten, die in die EU exportieren, eingehalten werden. Dies geschieht hauptsächlich durch Inspektionen bei den zuständigen Behörden der Mitgliedsstaaten und Drittstaaten.

Die Direktion Gesundheits- und Lebensmittelaudits und Analysen informiert über die Ergebnisse der Bewertungen, spricht ggf. Empfehlungen zur Behebung von Mängeln aus und überwacht deren Beseitigung. Die Inspektionsberichte und die Kommentare der inspeziierten Länder werden im Internet veröffentlicht.

EU-RLs Referenzlaboratorien der Europäischen Union

- ▶ Analytik und Diagnostik
- ▶ Harmonisierung der Labormethodik

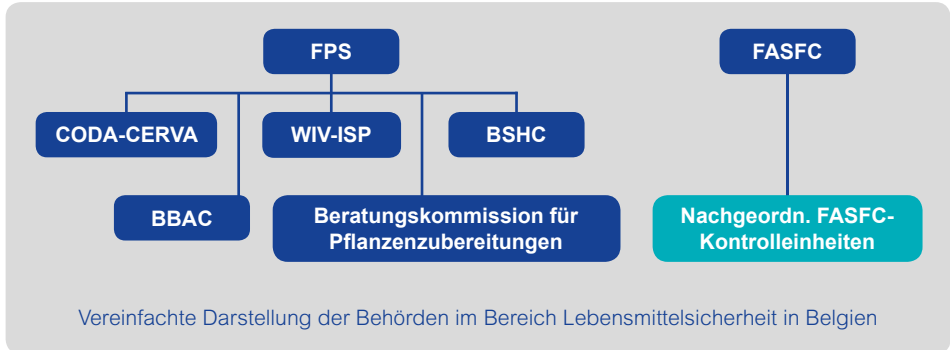
Die Referenzlaboratorien der Europäischen Union (EU-RLs) sind analytische Labore, benannt durch EU-Richtlinien und Verordnungen. Einige EU-RLs gehören zur Gemeinsamen Forschungsstelle (JRC) der EU, welche eine Generaldirektion der KOM ist. EU-RLs unterstützen die KOM wissenschaftlich und technisch bei diagnostischen und analytischen Untersuchungen. Der Tätigkeitsbereich der EU-RLs umfasst die Etablierung EU-weiter Prüfnormen, Routineverfahren und zuverlässiger Methoden, die Organisation von Vergleichstests, die Schulung von Analytikern von nationalen Laboren und die Vernetzung mit Nationalen Referenzlaboratorien. EU-RLs haben einen Überblick über internationale Normen und Praktiken, Referenzsubstanzen, Reagenzien und deren Lieferanten.

Die EU-RLs für Lebensmittel und Futtermittel sind im Anhang VII der Verordnung (EG) Nr. 882/2004 aufgelistet:

<http://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=CELEX:32004R0882&from=en>

3 Lebensmittelsicherheit in den Mitgliedsstaaten

3.1 Belgien



Die zentralen Rechtsgrundlagen im Lebensmittelrecht in Belgien sind die Verordnung (EG) Nr. 178/2002 sowie das nationale Lebensmittelrecht. Bei lebensmittelrechtlichen Verstößen entscheiden letztlich die Gerichte über strafrechtliche Maßnahmen und im Streitfall über Schadensersatzansprüche der Verbraucher. In Belgien werden Risikobewertungen zur Lebensmittel- und Futtermittelsicherheit von mehreren unabhängigen Instituten durchgeführt, es existiert jedoch keine strenge institutionelle Trennung von Risikobewertung und Risikomanagement. Risikobewertungen werden im Internet veröffentlicht, soweit nicht gesetzliche Regelungen entgegenstehen.

FPS Föderaler Öffentlicher Dienst für Gesundheit, Sicherheit der Nahrungskette und Umwelt

- ▶ Risikobewertung
- ▶ Risikokommunikation
- ▶ Risikomanagement
- ▶ EFSA-Kontaktstelle
- ▶ Codex-Kontaktstelle
- ▶ Kontaktstelle für das WHO-Programm Lebensmittelsicherheit und Ernährung

Sitz: Brüssel
<http://www.health.belgium.be>



Der Föderale Öffentliche Dienst für Gesundheit, Sicherheit der Nahrungskette und Umwelt (FPS) ist eine Bundesbehörde und zuständig für Lebensmittel- und Futtermittelpolitik und -gesetzgebung in den Bereichen neuartige Lebensmittel, Nahrungsergänzungsmittel, che-

mische und mikrobiologische Kontaminanten, Allergene, Kennzeichnung und gesundheitsbezogene Angaben, diätetische Produkte, Materialien für den Lebensmittelkontakt, Trinkwasser, Mineralwasser, Zoonosen, Rückstände von Pflanzenschutzmitteln, Pflanzen- und Tiergesundheit, gentechnisch veränderter Organismen (GVO) und Tierarzneimittel.

Der FPS ist für die Ausarbeitung von Rechtsvorschriften im Bereich der Lebensmittel- und Futtermittelsicherheit zuständig. Die Lebensmittelpolitik des FPS basiert auf wissenschaftlichen Risikobewertungen. Die Risikobewertungen werden vom Veterinärmedizinischen und Agrochemischen Forschungszentrum (CODA-CERVA), vom Wissenschaftlichen Institut für öffentliche Gesundheit (WIV-ISP) und dem Belgischen Hohen Gesundheitsrat (BSHC) ausgeführt. Der BSHC fungiert als Bindeglied zwischen Regierung und Wissenschaft im Bereich von Ernährung und Lebensmittelsicherheit (Ernährungsberatung, Nahrungsergänzungsmittel, diätetische Produkte, Risikobewertungen von Lebensmittelzusatzstoffen, chemischen oder mikrobiologischen Kontaminanten usw.).

Mehrere Einrichtungen erarbeiten für den FPS wissenschaftliche Gutachten zur Lebensmittelsicherheit: der Beirat für Biologische Sicherheit Belgiens (BBAC), die Beratungskommission für Pflanz Zubereitungen und, in besonderen Fällen, der Wissenschaftliche Ausschuss der Föderalagentur für die Sicherheit der Nahrungsmittelkette (FAFSC) sowie externe Hochschulinstitute. Der FPS ist die Regulierungsbehörde für Pflanzenschutzmittel. Im Gegensatz dazu ist die Regulierungsbehörde für Tierarzneimittel die Föderalagentur für Arzneimittel und Gesundheitsprodukte (FAMHP), die für die Überwachung der Qualität, der Sicherheit und der Wirksamkeit von Arzneimitteln für den menschlichen und tierärztlichen Gebrauch zuständig ist (einschließlich homöopathischer Arzneimittel, pflanzlicher Arzneimittel, Apothekenzubereitungen und Rezepturen) sowie für Medizinprodukte und Zubehör

und Rohstoffe für die Zubereitung und Herstellung von Arzneimitteln.

Der FPS stellt Fördermittel für Forschung in den Bereichen Lebensmittelsicherheit sowie Tier- und Pflanzengesundheit zur Verfügung. Die Ausschreibungen finden jährlich statt und gehen nach einem *bottom-up* („freie Forschung“) und einem *top-down* („zielgerichtete Forschung“) Ansatz vor.

Das Tätigkeitsfeld des FPS erstreckt sich über den Bereich der Lebensmittelsicherheit hinaus unter anderem auf Ernährungspolitik, Tiergesundheit, Pflanzenschutz, Umwelt, kosmetische Mittel, Biozide und REACH.

FASFC Föderalagentur für die Sicherheit der Nahrungsmittelkette

- ▶ Risikobewertung
- ▶ Risikokommunikation
- ▶ Risikomanagement
- ▶ RASFF-Kontaktstelle
- ▶ mehrjährige nationale Kontrollpläne

Sitz: Brüssel

<http://www.afsca.be/home-en>

<http://www.favv-afsca.fgov.be/scientificcommittee/>



Die Föderalagentur für die Sicherheit der Nahrungsmittelkette (FASFC) ist ein staatliches Exekutivorgan und zuständig für amtliche Kontrollen und Inspektionen sowie für die Festlegung und Durchsetzung von Betriebsnormen in der Lebensmittelproduktion („vom Stall bis auf den Teller“). Die Behörde führt amtliche Kontrollen in Bezug auf Lebensmittel und Futtermittel und ihre Grundstoffe in allen Stufen der Futter- und Nahrungsmittelkette durch, einschließlich Produktion,

Verarbeitung, Lagerung, Transport, Handel, Import und Export von Lebensmitteln und deren Rohstoffen. Die FASFC überwacht alle amtlichen Kontrollen auf der Grundlage mehrjähriger nationaler Kontrollpläne. Des Weiteren ist die FASFC verantwortlich für die Überwachung der Tier- und Pflanzengesundheit.

Zur Wahrnehmung ihrer Aufgaben wird die Behörde von zwei Ausschüssen unterstützt. Der Beratungsausschuss setzt sich aus allen Stakeholdern der FASFC zusammen und erstellt Stellungnahmen zu Risikomanagementfragen. Der Wissenschaftliche Ausschuss ist verantwortlich für die unabhängige Risikobewertung und erstellt wissenschaftliche Stellungnahmen zu Risikomanagementstandards und Vorschriften.

CODA-CERVA
Veterinärmedizinisches und
agrochemisches Forschungszentrum

- ▶ Risikobewertung
- ▶ Forschung

Sitz: Brüssel
<http://www.coda-cerva.be>



Das veterinärmedizinische und agrochemische Forschungszentrum (CODA-CERVA) ist ein staatliches Forschungsinstitut, dessen Schwerpunkt auf der Prävention von ansteckenden Tierkrankheiten und Zoonosen liegt. Das CODA-CERVA beteiligt sich an aktiver Forschung und stellt Fachinformationen und wissenschaftliche Risikobewertungen zur Verfügung.

WIV-ISP
Wissenschaftliches Institut für
Öffentliche Gesundheit

- ▶ Risikobewertung
- ▶ Forschung

Sitz: Brüssel
<http://www.wiv-isp.be>



Das Wissenschaftliche Institut für Öffentliche Gesundheit (WIV-ISP) ist ein staatliches Forschungsinstitut, dessen Schwerpunkt auf öffentlicher Gesundheit und der Überwachung von menschlichen Erkrankungen und Gesundheitsrisiken liegt. Das WIV-ISP beteiligt sich an der aktiven Forschung und bietet fachliche Beratung und wissenschaftliche Risikobewertungen. In Bezug auf Lebensmittel liegt der Arbeitsschwerpunkt auf der Lebensmittelmikrobiologie, antimikrobieller Resistenz, toxischen und pharmakologischen Rückständen, GVOs und neu auftretenden chemischen Risiken.

An das WIV-ISP und CODA-CERVA sind einige Nationale Referenzlaboratorien angegliedert. Der BBAC ist eine der beiden Säulen (mit der Abteilung für biologische Sicherheit und Biotechnologie des WIV-ISP) des wissenschaftlichen Bewertungssystems für GVOs. Das Sekretariat des BBAC befindet sich am WIV-ISP. Website des BBAC:

<http://www.bio-council.be/Pages/Home.aspx>

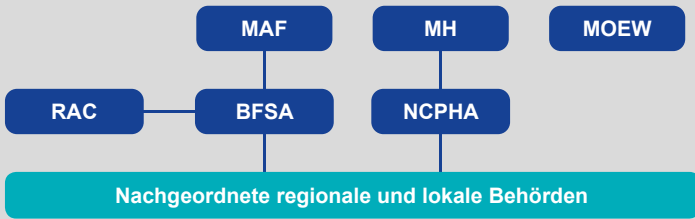
Regionale und lokale Ebene

Die regionale und lokale Ebene des Bundesstaates Belgien besteht aus 3 Regionen, 10 Provinzen und 589 Bezirken. Für die Umsetzung der Lebensmittelkontrollen sind FASFC-Kontrolleinheiten in den Provinzen zuständig. Die Koordination der Lebensmittelkontrollen erfolgt durch die zentrale FASFC-Einheit. Die Überwachung von Trinkwasser liegt im Kompetenzbereich der regionalen Behörden.

Am EFSA-Netzwerk beteiligte Einrichtungen nach Art. 36 VO (EG) Nr. 178/2002

1. Federal Public Service (FPS) Health, Food Chain Safety and Environment (EFSA Focal Point)
2. Belgian Federal Agency for the Safety of the Food Chain (FASFC) and Scientific Committee of the Federal Agency for the Safety of the Food Chain (SciCom-FASFC)
3. Scientific Institute of Public Health
4. CODA-CERVA (Veterinary and Agrochemical Research Centre)
5. Walloon Agricultural Research Centre (CRA-W)
6. Own Capital of the Institute for Agricultural and Fisheries Research
7. Ghent University
8. Centre d'Economie Rurale (CER Group)
9. University of Liege (Université de Liège)
10. Catholic University of Louvain (Université Catholique de Louvain)
11. KU Leuven
12. Hasselt University (Universiteit Hasselt)

3.2 Bulgarien



Vereinfachte Darstellung der Behörden im Bereich Lebensmittelsicherheit in Bulgarien

Die zentrale Rechtsgrundlage im Lebensmittelrecht in Bulgarien ist das Lebensmittelgesetz. Bei lebensmittelrechtlichen Verstößen entscheiden letztlich die Gerichte über strafrechtliche Maßnahmen und im Streitfall über Schadensersatzansprüche der Verbraucher. Maßnahmen der Regierung hinsichtlich Lebensmittelsicherheit basieren oft auf wissenschaftlichen Risikobewertungen. Die endgültige Entscheidung über die Rechtmäßigkeit staatlicher Maßnahmen liegt ebenfalls bei den Gerichten.

In Bulgarien gibt es eine institutionelle Trennung von Risikobewertung und Risikomanagement. Risikobewertungen werden im Internet veröffentlicht, soweit nicht gesetzliche Regelungen entgegenstehen.

Im Januar 2011 beschloss das bulgarische Parlament die Einrichtung einer neuen staatlichen Behörde mit der Bezeichnung Bulgarische Behörde für Lebensmittelsicherheit. Bei dieser Behörde handelt es sich um eine Abteilung innerhalb des Ministeriums für Landwirtschaft und Lebensmittel (MAF), diese ist für Lebensmittel- und Futtermittelsicherheit innerhalb der gesamten Nahrungskette zuständig. Sie hat ihre Tätigkeit im Februar 2011 aufgenommen.

Das MAF ist zuständig für Agrarpolitik und Lebensmittelsicherheit. Es erarbeitet in diesen Bereichen Vorlagen für Gesetze und ist zuständig

für die amtliche Kontrolle von Lebensmitteln und Futtermitteln.

MAF Ministerium für Landwirtschaft und Lebensmittel

- ▶ Risikomanagement
- ▶ Risikokommunikation
- ▶ Codex-Kontaktstelle
- ▶ RASFF-Kontaktstelle

Sitz: Sofia
<http://www.mzh.government.bg>

Innerhalb des Ministeriums für Landwirtschaft und Lebensmittel (MAF) befindet sich das Direktorat für Tiergesundheit und Lebensmittelsicherheit. Es ist zuständig für die Entwicklung und Koordination der Implementierung der MAF-Politik im Bereich Lebensmittelsicherheit und -qualität, Futtermittelsicherheit, Tiergesundheit und artgerechte Tierhaltung. Das Direktorat ist zuständig für die Harmonisierung der Gesetzgebung, für die Koordinierung der Kontrollbehörden innerhalb des Ministeriums und für die Erstellung des mehrjährigen nationalen Kontrollplans. Dies umfasst die Koordinierung bestimmter Kontroll- und Inspektionsaktivitäten gemeinsam mit dem Ministerium für Gesundheit (MH). Das Direktorat ist auch für die Marktzulassung gentechnisch veränderter Organismen (GVO) verantwortlich.

MH Ministerium für Gesundheit

- ▶ Risikobewertung
- ▶ Risikokommunikation
- ▶ Risikomanagement

Sitz: Sofia
<http://www.mh.government.bg>



Das Ministerium für Gesundheit (MH) ist zuständig für Gesundheitspolitik und Sicherheit von abgefülltem natürlichem Mineral-, Quell- und Tafelwasser (Richtlinie 98/83/EC) sowie für die Untersuchung lebensmittelbedingter Krankheitsausbrüche. Im Bereich der Lebensmittelsicherheit war das MH in der Vergangenheit verantwortlich für die Harmonisierung der Rechtsvorschriften mit den europäischen Bestimmungen sowie für die Koordinierung der Inspektion von Kontrolltätigkeiten, die von regionalen Gesundheitsinspektionen durchgeführt werden. Die meisten Risikobewertungen wurden durch den Sachverständigenrat innerhalb des MH vorbereitet, der mit Schaffung der Bulgarischen Behörde für Lebensmittelsicherheit (BFSA) bzw. des Risikobewertungszentrums (RAC) aufgelöst wurde.

In den Aufgabenbereich des MH gehören u. a. neuartige Lebensmittel, Nahrungsergänzungsmittel, GVO, Kontaminanten und Pflanzenschutzmittelrückstände sowie Materialien, die mit Lebensmitteln in Berührung kommen. Am MH sind zwei Nationale Referenzlaboratorien nach der Verordnung (EG) Nr. 882/2004 angesiedelt.

MOEW Ministerium für Umwelt und Wasser

- ▶ Risikobewertung
- ▶ Risikokommunikation
- ▶ Risikomanagement

Sitz: Sofia
<http://www.moew.government.bg>



Das Ministerium für Umwelt und Wasser (MOEW) befasst sich mit der Umweltpolitik sowie Wasserbewirtschaftung und Wasserschutz.

BFSA Bulgarische Behörde für Lebensmittelsicherheit

- ▶ Risikomanagement
- ▶ Risikokommunikation

Sitz: Sofia
<http://www.babh.government.bg>



Die Bulgarische Behörde für Lebensmittelsicherheit (BFSA) ist eine Fachabteilung des MAF. Die BFSA vereint den ehemaligen Nationalen Veterinärdienst, Pflanzenschutzdienst und den ehemaligen Getreide- und Futtermitteldienst sowie die regionalen Lebensmittel- und Gesundheitsinspektoren, die für die Kontrolle von Lebensmitteln nicht-tierischen Ursprungs in den regionalen Gesundheitsinspektionen des MH verantwortlich (ehemalige regionale Inspektionen für den Schutz des öffentlichen Gesundheitswesens und der Kontrolle) und für die Erfüllung der Standards der Europäischen Kommission für das Inverkehrbringen von frischem Obst und Gemüse (im Geschäftsbereich des MAF) zuständig waren.

Die BFSa ist die zuständige Regierungsbehörde in Bulgarien für die Durchführung amtlicher Kontrollen in Fragen der Pflanzengesundheit, Pflanzenschutzmittel und Düngemittel sowie tierärztliche Tätigkeiten, Tiergesundheit und artgerechte Tierhaltung, tierische Nebenprodukte, die für nicht für den menschlichen Verbrauch bestimmt sind, Futtermittel, Rohstoffe und Nahrungsmittel mit Ausnahme von in Flaschen abgefülltem natürlichem Mineral-, Quell- und Tafelwasser, Lebensmittelkontaktmaterialien sowie für die Erfüllung der Standards der Europäischen Kommission für das Inverkehrbringen von Frischobst und Gemüse. Die Behörde besitzt 14 Abteilungen/ Direktionen, die den oben genannten Aktivitäten entsprechen.

Die Behörde hat ihre Zentrale in Sofia. Die BFSa besitzt 28 regionale Direktorate für Lebensmittelsicherheit sowie vier Sonderabteilungen – das Nationale Diagnose- und Forschungsinstitut für Tiermedizin, das Zentrallaboratorium für Veterinärkontrolle und Ökologie, das Zentrallaboratorium für chemische Untersuchungen und Überwachung sowie das Zentrallaboratorium für Pflanzenquarantäne.

RAC
Risikobewertungszentrum

- ▶ Risikobewertung
- ▶ Risikokommunikation
- ▶ EFSA-Kontaktstelle

Sitz: Sofia
<http://www.babh.government.bg>
<http://focalpointbg.com>



Das Risikobewertungszentrum (RAC) wurde durch die Verabschiedung des Gesetzes über die BFSa und ihren *Code of Organisation* erstellt. Es wird von einem Vorstand geleitet und von einem Beirat unterstützt. Das RAC ist eine unabhängige juristische Person innerhalb der

Struktur der BFSa und arbeitet als Budgeteinheit auf dritter Ebene für den Minister für Landwirtschaft und Ernährung. Das RAC führt unabhängige wissenschaftliche Risikobewertungen im Zusammenhang mit Lebensmittelsicherheit, menschlicher Gesundheit, Tiergesundheit, Lebensmittel- und Futtermittelzusatzstoffen, GVO, diätetischen Erzeugnissen, Ernährung und Allergenen, Lebensmittelkontaktmaterialien, Enzymen, Aromastoffen, Hilfsstoffen, biologischen Gefahren, Kontaminanten, Pflanzengesundheit und Pflanzenschutz durch. Es arbeitet im Bereich der Risikobewertung bei Lebensmitteln und Futtermitteln eng mit der EFSA und anderen nationalen und internationalen wissenschaftlichen Institutionen zusammen. Auch die Vertretung des EFSA-Beirats und die nationale Kontaktstelle der EFSA sind beim RAC angesiedelt.

NCPHA
Nationales Zentrum für öffentliche
Gesundheit und Analyse

- ▶ Risikobewertung
- ▶ Risikokommunikation

Sitz: Sofia
<http://www.ncpha.government.bg>



Das Nationale Zentrum für öffentliche Gesundheit und Analyse (NCPHA) ist dem MH nachgeordnet und befasst sich mit dem Gesundheitsschutz, der gesundheitlichen Aufklärung und Ernährung. Es ist für die Veröffentlichung von Risikobewertungen in den Bereichen Ernährung und Hygiene zuständig. Das NCPHA ist außerdem zuständig für mikrobiologische Gefahren, Kontaminanten, Pflanzenschutzmittelrückstände, GVO, Lebensmittelkontaktmaterialien, Schwermetalle, Nahrungsergänzungsmittel, Lebensmittelzusatzstoffe, neuartige Lebensmittel und Mineralwasser.

Regionale und lokale Ebene

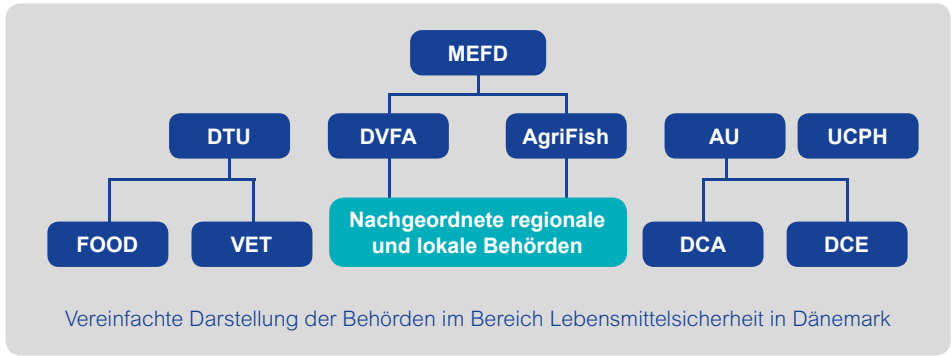
Bulgarien besteht aus 28 Regionen mit 264 Städten und Gemeinden. Die Kontrollen auf der regionalen und lokalen Ebene werden von Behörden durchgeführt, die der Zentralregierung nachgeordnet sind. Sowohl das MH als auch das MAF haben 28 regionale Dienststellen, die an die zentralen Ebenen der Ministerien berichten.

Am EFSA-Netzwerk beteiligte Einrichtungen nach Art. 36 VO (EG) Nr. 178/2002

1. Risk Assessment Center (RAC) (EFSA Focal Point)
2. Food Research and Development Institute
3. National Center of Public Health and Analyses (NCPHA)
4. National Diagnostic and Research Veterinary Medical Institute (NDRVMI)
5. Institute of Cryobiology and Food Technology (ICFT)
6. Agricultural University Plovdiv
7. Central Laboratory of Veterinary Control and Ecology
8. University of Food Technologies
9. The Stephan Angeloff Institute of Microbiology, Bulgarian Academy of Sciences
10. Maritsa Vegetable Crops Research Institute
11. Trakia University
12. Joint Genomic Center to Sofia University
13. Institute of Biology and Immunology of Reproduction Acad. "Kiril Bratanov", BAS
14. Institute of Soil Science, Agrotechnology and Plant Protection

3.3 Dänemark

Dänemark



Die zentrale Rechtsgrundlage im Lebensmittelrecht in Dänemark ist das dänische Lebensmittelgesetz. Bei lebensmittelrechtlichen Verstößen entscheiden letztlich die Gerichte über strafrechtliche Maßnahmen und im Streitfall über Schadensersatzansprüche der Verbraucher. Maßnahmen der Regierung hinsichtlich Lebensmittelsicherheit basieren oft auf wissenschaftlichen Risikobewertungen. Die endgültige Entscheidung über die Rechtmäßigkeit staatlicher Maßnahmen liegt ebenfalls bei den Gerichten. In Dänemark sind Risikobewertung und Risikomanagement institutionell voneinander getrennt. Manche Risikobewertungen werden veröffentlicht, andere nicht.

MEFD
Ministerium für Umwelt und Ernährung von Dänemark

► Agrarpolitik, Lebensmittelsicherheit

Sitz: Kopenhagen
<http://www.fvm.dk>

Das Ministerium für Umwelt und Ernährung von Dänemark (MEFD) befasst sich mit der Umwelt- und Agrarpolitik sowie der Lebensmittelsicherheit in Dänemark. Das MEFD bereitet Gesetzentwürfe im Bereich der Lebensmittel- und Futtermittelsicherheit vor. Die Arbeit des MEFD im Bereich der Lebensmittelsicherheit wird von zwei Fachbehörden unterstützt: Die Dänische Veterinär- und Lebensmittelbehörde (DVFA) und die dänische Agentur AgriFish.

Das Tätigkeitsfeld des MEFD erstreckt sich über den Bereich der Lebensmittelsicherheit hinaus unter anderem auf Ernährung, Pflanzengesundheit, Tiergesundheit und Tierschutz.

DVFA Dänische Veterinär- und Lebensmittelbehörde

- ▶ Risikomanagement
- ▶ RASFF-Kontaktstelle
- ▶ Codex-Kontaktstelle

Sitz: Kopenhagen
<http://www.fvst.dk>



Die Dänische Veterinär- und Lebensmittelbehörde (DVFA) ist als nachgeordnete Fachbehörde des MEFD für das Risikomanagement im Bereich der Lebensmittel- und Futtermittelsicherheit zuständig. Die DVFA ist landesweit für Lebensmittel- und Futtermittelspektionen verantwortlich. Die Risikobewertungen des nationalen Lebensmittelinstituts der Technischen Universität Dänemarks (DTU) werden von der DVFA als Grundlage für Managementmaßnahmen im Bereich der Lebensmittelsicherheit genutzt. Risikobewertungen des Dänischen Zentrums für Lebensmittel und Landwirtschaft (DCA) der Universität Aarhus dienen der DVFA als Grundlage für Managementmaßnahmen im Bereich von Futtermitteln.

In den Aufgabenbereich der DVFA gehören neuartige Lebensmittel, Nahrungsergänzungsmittel, gentechnisch veränderte Organismen (GVO), Zoonosen, Mineralwässer, Rückstände von Pflanzenschutz- und Tierarzneimitteln. Der Arbeitsbereich der DVFA erstreckt sich über die Lebensmittelsicherheit hinaus und schließt zum Beispiel auch Verbraucherinformationen, d. h. Lebensmittelkennzeichnung und Ernährungsberatung, ein.

AgriFish Dänische Agentur AgriFish

- ▶ Risikomanagement

Sitz: Kopenhagen
<http://www.agrifish.dk>



Die dänische Agentur AgriFish ist als nachgeordnete Fachbehörde des MEFD zuständig für Landwirtschaft, Fischerei und Aquakultur sowie Pflanzen- und Gartenbau. In den Aufgabenbereich von AgriFish gehören u. a. Rückstände von Pflanzenschutzmitteln und Pflanzengesundheit. Sieben Nationale Referenzlaboratorien sind gemäß Verordnung Nr. 882/2004 (EG) an der AgriFish angesiedelt.

DTU Nationales Lebensmittelinstitut, Technische Universität von Dänemark

- ▶ Risikobewertung
- ▶ Forschung
- ▶ forschungsbasierte Entscheidungshilfe
- ▶ EFSA-Kontaktstelle
- ▶ Aufsicht und Überwachung
- ▶ Notfallplanung
- ▶ Diagnostik
- ▶ Bildung
- ▶ Referenzlaboratorien

Sitz: Kopenhagen
<http://www.food.dtu.dk>



Das Nationale Lebensmittelinstitut der Technischen Universität von Dänemark (DTU), erforscht und vermittelt nachhaltige und wertschöpfende Lösungen in den Bereichen Lebensmittel und Gesundheit zum Nutzen der Gesellschaft und

der Industrie. Das Institut zeichnet sich dadurch aus, dass es Wissen und technische Lösungen bereitstellt, die Krankheiten verhindern und die Gesundheit fördern und die es ermöglichen, die wachsende Bevölkerung zu ernähren und eine nachhaltige Nahrungsmittelproduktion zu entwickeln.

Die Institutsaufgaben werden in einer einzigartigen interdisziplinären Zusammenarbeit zwischen den Disziplinen Ernährung, Chemie, Toxikologie, Mikrobiologie, Epidemiologie und Technik durchgeführt.

Das Institut dient als nationales Referenzlaboratorium für die chemische und mikrobiologische Lebensmittelkontamination gemäß der Verordnung (EG) Nr. 882/2004. Darüber hinaus ist das Nationale Lebensmittelinstitut auch das EU-Referenzlabor für Pestizide in Getreide und Futtermitteln sowie für antimikrobielle Resistenz. Das Institut dient auch als WHO-Kooperationszentrum für die antimikrobielle Resistenz für lebensmittelbedingte Pathogene und für die Kontaminationsüberwachung.

Die Erstellung wissenschaftlicher Gutachten und Risikobewertungen für die dänische Veterinär- und Lebensmittelbehörde des Nationalen Veterinärinstituts der Technischen Universität Dänemarks ist eine der Kernaufgaben und basiert auf vertiefte wissenschaftlichen Fachkenntnissen und Kompetenzen im Zusammenhang mit meldepflichtigen und herstellungsbedingten Krankheiten bei Haustieren und Fischen. Die Abteilung fungiert als Nationales Referenzlabor für Tierkrankheiten und wurde zum Europäischen Referenzlabor für Fischkrankheiten ernannt. Darüber hinaus bietet die Abteilung Instrumente für die Überwachung und Kontrolle von Krankheiten, den Einsatz von Antibiotika und Resistenz zur Unterstützung der Etablierung von Tierproduktionssystemen mit gesunden Tieren, die eine sichere Nahrungsmittelversorgung garantieren.

UCPH
Universität Kopenhagen

► **Forschung**

Sitz: Kopenhagen
<http://www.ku.dk>



Die Universität Kopenhagen (UCPH) bietet Forschung und eine auf Forschung basierte Lehre im Bereich der Veterinär- und Lebensmittelwissenschaften. Die wichtigsten Interessenbereiche für die EFSA sind neuartige Lebensmittel, Gentechnik, mikrobielle Lebensmittelsicherheit, Zoonosen, antimikrobielle Resistenz, Tiergesundheit und Tierschutz sowie menschliche Ernährung.

DCA
Dänisches Zentrum für Lebensmittel und Landwirtschaft, Universität Aarhus (AU)

- **Forschung**
- **nationale und internationale Dienstleistungen für staatliche Stellen**
- **Risikobewertung**

Sitz: Foulum, Tjele
<http://dca.au.dk>



Die Aufgabe des Dänischen Zentrums für Lebensmittel und Landwirtschaft (DCA) der Universität Aarhus (AU) umfasst forschungsorientierte Risikobewertungen im Bereich der Futtermittelsicherheit. Das DCA bietet forschungsbasierte Beratung und Lösungen einschließlich Risikobewertungen, die dem MEFD und der dänischen Agentur AgriFish sowie der dänischen Veterinär- und Lebensmittelbehörde als Grundlage für die Regulierung und gesetzgeberische Initiativen dienen. Das DCA arbeitet mit dem DCE zusam-

men bspw. bei der Durchführung von Aufgaben für das MEFD in Bereichen, in denen ihre vielfältige Expertise hilfreich sein kann.

Zu den Aufgabenbereichen des DCA zählen:

- ▶ landwirtschaftliche Nutztiere: Erzeugungssysteme, Tierzucht, Gesundheit, Tierschutz, Futtermittel und Futtermittelsicherheit, Klonen, GVO
- ▶ Lebensmittelqualität: Qualitätssicherung, Erzeugungssysteme, Versorgung, Verarbeitung, Lagerung, Ernährung, Expositionsbewertung, Nanotechnologie
- ▶ Pflanzengesundheit: Pflanzenschutzmittel einschließlich Wirkungstests und Evaluation
- ▶ Pflanzen: Produktionsmanagement, Züchtung, Biotechnologie, Klimatologie, Agrarökologie
- ▶ Wechselwirkung zwischen Klima, Boden, Pflanzen, Tieren und Menschen in Agrarsystemen
- ▶ ökologischer Landbau

Der Aufgabenbereich des DCE umfasst Gebiete, in denen umweltpolitische Erwägungen von erheblicher Bedeutung für die Bewertung von Lebensmitteln, Futtermitteln und deren Erzeugung sind, wie z. B.:

- ▶ Kontaminanten in der Nahrungskette
- ▶ GVO (z. B. Umweltrisikobewertung, Studien zur Einschleppung nichtheimischer Pflanzen und mikrobielle Diversität)
- ▶ Pflanzenschutzmittel und deren Rückstände (z. B. Ökotoxikologie, Expositionsszenarien, Modelle und Ökosysteme)
- ▶ Pflanzengesundheit (z. B. Risikobewertung von Pflanzenschädlingen)

Das DCE ist an der Entwicklung von Leitlinien für die Risikobewertung beteiligt und besitzt Expertise in den Bereichen Antibiotika, Wachstumsregulatoren und Wild hinsichtlich der Verbreitung von neu auftretenden Krankheiten.

DCE Dänisches Umwelt- und Energiezentrum, Universität Aarhus (AU)

- ▶ Forschung
- ▶ nationale und internationale Dienstleistungen für staatliche Stellen
- ▶ Risikobewertung

Sitz: Roskilde, Silkeborg
<http://dce.au.dk/en>



Das Dänische Umwelt- und Energiezentrum (DCE) der Universität Aarhus (AU) bietet forschungsbasierte Beratung und Lösungen u. a. für das dänische Umweltministerium sowie für das dänische Klima- und Energieministerium und andere. Das DCE arbeitet mit dem DCA zusammen bspw. bei der Durchführung von Aufgaben für das MEFD in Bereichen, in denen ihre vielfältige Expertise hilfreich sein kann.

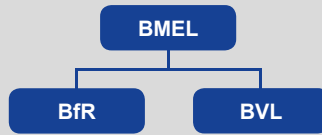
Regionale und lokale Ebene

Die regionale und lokale Ebene in Dänemark besteht aus fünf Regionen und 98 Bezirken. Die DVFA besteht aus drei lokalen Veterinärkontrollämtern und fünf lokalen Lebensmittelkontrollämtern. Die lokalen Dienststellen sind integraler Bestandteil der DVFA.

Am EFSA-Netzwerk beteiligte Einrichtungen nach Art. 36 VO (EG) Nr. 178/2002

1. Technical University of Denmark (EFSA Focal Point)
2. Aarhus University (AU)
3. University of Copenhagen

3.4 Deutschland



Ministerien und nachgeordnete Behörden der 16 Bundesländer

Vereinfachte Darstellung der Behörden im Bereich Lebensmittelsicherheit in Deutschland

In Deutschland ist die zentrale Rechtsgrundlage im Lebensmittelrecht das Lebensmittel- und Futtermittelgesetzbuch (LFGB). Bei lebensmittelrechtlichen Verstößen entscheiden letztlich die Gerichte über strafrechtliche Maßnahmen und im Streitfall über Schadensersatzansprüche der Verbraucher. Maßnahmen der Regierung hinsichtlich Lebensmittelsicherheit basieren in der Regel auf wissenschaftlichen Risikobewertungen. Die endgültige Entscheidung über die Rechtmäßigkeit staatlicher Maßnahmen liegt ebenfalls bei den Gerichten.

In Deutschland sind Risikobewertung und Risikokommunikation vom Risikomanagement auf Bundesebene weitgehend institutionell getrennt. Auf Länderebene (d. h. in den 16 Bundesländern) gilt dies nicht. Die Gesetzgebung im Verbraucherschutz erfolgt auf Bundesebene, für die Umsetzung und Kontrolle sind jedoch die 16 Bundesländer verantwortlich.

Risikobewertungen werden im Internet veröffentlicht, soweit nicht gesetzliche Regelungen entgegenstehen.

BMEL Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft

► Agrarpolitik und Lebensmittelsicherheit

Sitz: Bonn und Berlin
<http://www.bmel.de>

Das Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL) befasst sich mit der Agrarpolitik und insbesondere der Lebensmittelsicherheit in Deutschland. Das BMEL erarbeitet Gesetzesentwürfe im Bereich der Lebensmittelsicherheit und erlässt Rechtsverordnungen. Das Bundesinstitut für Risikobewertung (BfR) ist eine Fachbehörde im Geschäftsbereich des BMEL. Es trägt zum Gesetzesvollzug bei, indem es die für Stoffe und Produkte gesetzlich vorgeschriebenen Risikobewertungen abgibt, und berät die Politik. In Angelegenheiten des Managements arbeitet das Bundesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit (BVL) dem BMEL zu.

Zum Ressort des BMEL gehören außerdem weitere Bundesforschungseinrichtungen wie z. B. im Bereich Ernährung das Max Rubner-Institut (MRI).

BMUB
Bundesministerium für Umwelt,
Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit

► [Umweltpolitik](#)

Sitz: Bonn und Berlin
<http://www.bmub.bund.de>

Das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit (BMUB) ist verantwortlich für die Verhütung von Lebensmittelsicherheitsrisiken, die auf anthropogen bedingte Einwirkungen der Luft, des Wassers und des Bodens (sog. Umweltkontaminanten) zurückzuführen sind. Das Umweltbundesamt (UBA), das Bundesamt für Naturschutz (BfN) und das Bundesamt für Strahlenschutz (BfS) unterstützen die Arbeit des BMUB als zuständige Fachbehörden in seinem Geschäftsbereich. Ein effektiver Umweltschutz trägt zur Produktion von gesunden, weitgehend unbelasteten Lebensmitteln bei. Für die übrigen Bereiche der Lebensmittelsicherheit ist das BMEL zuständig. Das BfR und das BVL, die zuständigen Fachbehörden in diesem Bereich, unterstützen das BMEL und das BMUB im Bereich der Lebensmittelsicherheit.

BfR
Bundesinstitut für Risikobewertung

- [Risikobewertung](#)
- [Risikokommunikation](#)
- [EFSA-Kontaktstelle](#)
- [Forschung](#)

Sitz: Berlin
<http://www.bfr.bund.de>



Der Aufgabenbereich des Bundesinstituts für Risikobewertung (BfR) umfasst wissenschaftlich fundierte Risikobewertungen im Rahmen von Verwaltungsverfahren, wie z. B. Zulassungen für Pflanzenschutzmittel und zur Politikberatung. Die BfR-Risikobewertungen werden vom BMEL, BMUB und den Behörden der Länder und Kommunen als Grundlage für Managementmaßnahmen eingesetzt. Das BfR hat Risiken frei von wirtschaftlichen, politischen oder persönlichen Interessen zu bewerten, neue gesundheitliche Risiken aufzuspüren und Empfehlungen zur Risikominimierung zu erarbeiten. Das BfR lässt sich dabei von 15 unabhängigen Expertenkommissionen mit insgesamt ca. 200 Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern beraten. Als in den Ergebnissen seiner Stellungnahmen unabhängige wissenschaftliche Einrichtung erarbeitet das BfR Gutachten zur Risikobewertung.

Zu den Aufgaben des BfR gehören neuartige Lebensmittel und Lebensmittelzutaten, Futtermittel, Rückstände von Pflanzenschutzmitteln und Tierarzneimitteln, gentechnisch veränderte Organismen (GVO), Nahrungsergänzungsmittel, Zoonosen, Lebensmittelkontaktmaterialien und Mineralwässer. Weitere Schwerpunkte bestehen in der Forschung sowie in der transparenten Kommunikation mit Öffentlichkeit, der Wissenschaft und anderen Interessengruppen.

Am BfR sind 14 Nationale Referenzlaboratorien nach der Verordnung (EG) Nr. 882/2004 angesiedelt.

Das Tätigkeitsfeld des BfR erstreckt sich über den Bereich der Lebensmittelsicherheit hinaus unter anderem auf Risikobewertungen im Bereich Bedarfsgegenstände, kosmetische Mittel, Biozide und Chemikalien (REACH). Das BfR sammelt und bewertet außerdem Vergiftungsmeldungen zu durch Chemikalien verursachten Vergiftungen.

**BVL
Bundesamt für Verbraucherschutz und
Lebensmittelsicherheit**

- ▶ Risikomanagement
- ▶ RASFF-Kontaktstelle

Sitz: Braunschweig und Berlin
<http://www.bvl.bund.de>



Der Schwerpunkt der Aufgaben des Bundesamtes für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit (BVL) liegt beim Risikomanagement. Das BVL unterstützt auf dem Gebiet der Lebensmittelsicherheit die Zusammenarbeit zwischen BMEL, BMUB und den Bundesländern. So koordiniert das BVL gemeinsam mit den Bundesländern Programme für die Lebensmittelüberwachung und -kontrolle, um eine einheitliche Überwachung in allen 16 Bundesländern Deutschlands zu erreichen. Das BVL ist die nationale Kontaktstelle für das Schnellwarnsystem der Europäischen Union (RASFF). Im Krisenfall fungiert das BVL als Lagezentrum für das des BMEL.

Das BVL ist die Zulassungsbehörde für Pflanzenschutzmittel und Tierarzneimittel. Für diese Entscheidungen nutzt das BVL in der Regel Risikobewertungen des BfR. Unter Zugrundelegung der Risikobewertungen anderer Einrichtungen entscheidet das BVL weiterhin über Anträge zum Versuchsanbau gentechnisch veränderter Pflanzen. Das BVL ist auch an der Zulassung genetisch veränderter Lebens- und Futtermittel in der EU beteiligt.

Am BVL sind das Europäische Referenzlaboratorium (EU-RL) für Rückstände von Tierarzneimitteln und Schadstoffen in Lebensmitteln tierischen Ursprungs und acht Nationale Referenzlaboratorien (NRLs) nach der Verordnung (EG) Nr. 882/2004 angesiedelt.

Das Tätigkeitsfeld des BVL erstreckt sich über den Bereich der Lebensmittelsicherheit hinaus unter anderem auf Kosmetika und andere Bedarfsgegenstände.

**UBA
Umweltbundesamt**

- ▶ Risikobewertung

Sitz: Dessau
<http://www.umweltbundesamt.de>

Das Umweltbundesamt (UBA) ist eine Fachbehörde im Geschäftsbereich des BMUB. Das Bundesministerium für Gesundheit (BMG) ist auch für die Qualität von Trinkwasser zuständig. Hierbei unterstützt die Trinkwasserabteilung des UBA als zuständige Fachbehörde das BMG. Weitere gesetzliche Aufgaben des UBA sind unter anderem die Information der Öffentlichkeit zum gesundheitlichen Umweltschutz.

**RKI
Robert Koch-Institut**

- ▶ Forschung

Sitz: Berlin
<http://www.rki.de>

Das Robert Koch-Institut (RKI) ist als Bundesinstitut im Geschäftsbereich des BMG die zentrale Einrichtung des Bundes auf dem Gebiet der Krankheitsüberwachung und -prävention sowie der biomedizinischen Forschung. Kernaufgaben des RKI sind die Erkennung, Verhütung und Bekämpfung von Krankheiten, insbesondere der Infektionskrankheiten. Entsprechend seines gesetzlichen Auftrags erarbeitet das RKI wissenschaftliche Grundlagen als Basis für gesundheitspolitische Entscheidungen. Das RKI informiert und berät die zuständigen Bundesministerien, insbesondere das BMG, die Fachöffentlichkeit und die breitere Öffentlichkeit.

Regionale und lokale Ebene

Deutschland besteht aus 16 Bundesländern, die sich hinsichtlich der Größe (zwischen etwa 1 und 18 Millionen Einwohnern pro Bundesland) unterscheiden. Die 16 Bundesländer Deutschlands sind verantwortlich für die Umsetzung der Gesetze. Daher liegt auch die Umsetzung des Lebensmittelrechts in der Verantwortung der Bundesländer. In dieser Aufgabe sind die Bundesländer unabhängig, d. h., sie unterliegen nicht den Weisungen der Bundesregierung.

In Deutschland sind die Bundesländer für die Lebensmittelüberwachung zuständig. Um eine einheitliche Überwachungspraxis in allen Bundesländern sicherzustellen, stimmen sich die Bundesländer vor allem in Arbeitsgemeinschaften ab, an denen auch die Bundesebene beteiligt ist. In den meisten Bundesländern ist die Lebensmittelüberwachung in drei Ebenen unterteilt: Auf der obersten Stufe koordiniert das zuständige Ministerium die Lebensmittelüberwachung. Darunter leisten die Regierungspräsidien oder die Bezirksregierungen die Fachaufsicht über die Überwachungsbehörden der Kreise und kreisfreien Städte. Diese Ämter für Lebensmittel- und Veterinärüberwachung führen schließlich die Kontrollen vor Ort aus.

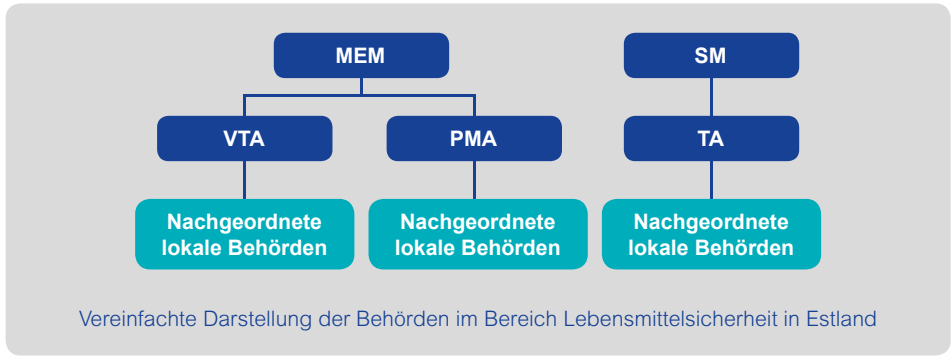
(http://www.bvl.bund.de/DE/01_Lebensmittel/01_Aufgaben/01_WerMachtWas/01_Landesbehoerden/lm_vet_ueberw_node.html).

Am EFSA-Netzwerk beteiligte Einrichtungen nach Art. 36 VO (EG) Nr. 178/2002

1. German Federal Institute for Risk Assessment (Bundesinstitut für Risikobewertung – BfR) (EFSA Focal Point)
2. Federal Agency for Nature Conservation (Bundesamt für Naturschutz – BfN)
3. Robert Koch Institute (RKI)
4. Julius Kühn Institute (JKI) – Federal Research Institute for Cultivated Plants (Bundesforschungsinstitut für Kulturpflanzen)
5. Federal Office of Consumer Protection and Food Safety (Bundesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit – BVL)
6. Friedrich-Loeffler-Institut (FLI), Federal Research Institute for Animal Health (Bundesforschungsinstitut für Tiergesundheit)
7. Max Rubner-Institut (MRI), Federal Research Institute of Nutrition and Food (Bundesforschungsinstitut für Ernährung und Lebensmittel)
8. German Nutrition Society (Deutsche Gesellschaft für Ernährung – DGE)
9. Research Institute of Child Nutrition (Forschungsinstitut für Kinderernährung – FKE)
10. German Environment Agency (Umweltbundesamt – UBA)

3.5 Estland

Estland



Die zentrale Rechtsgrundlage im Lebensmittel- und Futtermittelrecht in Estland sind das Lebensmittelgesetz und das Futtermittelgesetz. Diese Gesetze enthalten Vorschriften zur Hygiene, Kennzeichnung, Kontrolle und den zuständigen Behörden oder Kontrollgremien in den Bereichen Lebensmittel- und Futtermittelsicherheit. Bei lebensmittelrechtlichen Verstößen entscheiden letztlich die Gerichte über strafrechtliche Maßnahmen und im Streitfall über Schadensersatzansprüche der Verbraucher. Maßnahmen der Regierung hinsichtlich Lebensmittelsicherheit basieren oft auf Risikobewertungen. Die endgültige Entscheidung über die Rechtmäßigkeit staatlicher Maßnahmen liegt ebenfalls bei den Gerichten.

In Estland gibt es keine strikte institutionelle Trennung von Risikobewertung und Risikomanagement, aber einige verfahrensrechtliche Aspekte sind getrennt. Es gibt keine routinemäßige Veröffentlichung der Ergebnisse von Risikobewertungen, sie können jedoch in Abhängigkeit von der Bedeutung der Ergebnisse veröffentlicht beziehungsweise auf Anfrage zur Verfügung gestellt werden.

MEM
Ministerium für ländliche Angelegenheiten

- ▶ Agrarpolitik und Lebensmittelsicherheit
- ▶ Risikomanagement
- ▶ Risikokommunikation
- ▶ Koordinierung der Risikobewertung
- ▶ Codex-Kontaktstelle
- ▶ EFSA-Kontaktstelle

Sitz: Tallinn
<http://www.agri.ee>



Das Ministerium für ländliche Angelegenheiten (MEM) befasst sich mit der Agrarpolitik und insbesondere der Lebensmittelsicherheit in Estland. Das MEM erarbeitet im Bereich von Lebensmitteln und Futtermitteln Gesetzentwürfe und koordiniert die Durchführung der staatlichen Aufgaben in der Lebensmittelsicherheit. Die Veterinär- und Lebensmittelbehörde (VTA) und die Landwirtschaftsbehörde (PMA) unterstützen als zuständige Fachbehörden des Ressorts die Arbeit des MEM. Sie sind für amtliche Lebensmittel- und Futtermittelkontrollen zuständig. Im Bereich der gentechnisch veränderten Organismen

men (GVO) arbeitet das MEM eng mit dem Umweltministerium (KKM) und dem Ministerium für Soziales (SM) zusammen.

Es sind zwei Nationale Referenzlaboratorien (Veterinär- und Lebensmittellabor, Landwirtschaftliches Forschungszentrum) nach der Verordnung (EG) Nr. 882/2004 am MEM angesiedelt. Das Tätigkeitsfeld des MEM erstreckt sich über den Bereich der Lebensmittel- und Futtermittelsicherheit hinaus unter anderem auf Pflanzengesundheit, Tiergesundheit und Tierschutz.

SM Ministerium für Soziales

- ▶ Gesundheitspolitik
- ▶ Risikomanagement

Sitz: Tallinn
<http://www.sm.ee>



Das Ministerium für Soziales (SM) befasst sich mit der Gesundheitspolitik in Estland. Es erarbeitet Gesetzentwürfe für Trinkwasser sowie Mineralwässer und Quellwasser. Im Bereich von GVO arbeiten das SM, das MEM und das KKM zusammen. Die Gesundheitsbehörde (TA) und die staatliche Arzneimittelbehörde (RA) unterstützen als zuständige Fachbehörden des Ressorts die Arbeit des SM. Der RA ist die Regulierungsbehörde für Tierarzneimittel in Estland, mit Ausnahme ihrer Verwendung durch Tierärzte und Tierhalter.

Das Tätigkeitsfeld des SM umfasst zudem Fragen der Ernährung in öffentlichen Einrichtungen in Estland (Nährwert von Lebensmitteln, abwechslungsreiche und ausgewogene Ernährung).

TA Gesundheitsbehörde

- ▶ Risikobewertung
- ▶ Risikomanagement
- ▶ Risikokommunikation

Sitz: Tallinn
<http://www.terviseamet.ee>



Die Gesundheitsbehörde (TA) ist dem SM nachgeordnet. Die TA ist zuständig für Risikobewertung, Risikomanagementmaßnahmen und Risikokommunikation im Bereich Trinkwasser, Mineralwasser und Quellwasser.

Die TA ist auch die zuständige Behörde für Mineralwasser und Trinkwasser und überwacht und koordiniert die Aufgaben der regionalen und lokalen Behörden.

An der TA sind zwei Nationale Referenzlaboratorien nach der Verordnung (EG) Nr. 882/2004 angesiedelt.

VTA Veterinär- und Lebensmittelbehörde

- ▶ Risikomanagement
- ▶ Risikobewertung
- ▶ Risikokommunikation
- ▶ RASFF-Kontaktstelle

Sitz: Tallinn
<http://www.vet.agri.ee>



Die Veterinär- und Lebensmittelbehörde (VTA) ist dem MEM nachgeordnet. Der Schwerpunkt der Arbeit der VTA liegt beim Risikomanagement und der Risikokommunikation. Die VTA überwacht und koordiniert die einschlägigen Aufgaben der lokalen Behörden. Die Risikobewertung

wurde an Forschungsinstitute und Hochschulen ausgelagert.

Zum Aufgabenbereich der VTA gehören unter anderem Futtermittel, Nahrungsergänzungsmittel, GVO, Materialien, die mit Lebensmitteln in Berührung kommen, Zoonosen, neuartige Lebensmittel und Rückstände von Tierarzneimitteln. Das Tätigkeitsfeld der VTA erstreckt sich über den Bereich der Lebensmittel- und Futtermittelsicherheit hinaus unter anderem auf Tiergesundheit und Tierschutz, Herstellung von Bioprodukten, Tierzucht und Marktkontrolle.

PMA Landwirtschaftsbehörde

- ▶ Risikobewertung
- ▶ Risikomanagement
- ▶ Risikokommunikation

Sitz: Saku
<http://www.pma.agri.ee>



Die Landwirtschaftsbehörde (PMA) ist dem MEM nachgeordnet. In den Aufgabenbereich der PMA gehören Risikobewertung, Risikomanagement und Risikokommunikation bezüglich Pflanzenschutzmitteln. Die PMA ist die Regulierungsbehörde für die Zulassung von Pflanzenschutzmitteln. Die PMA kontrolliert auch die Verwendung von Pflanzenschutzmitteln, um zu gewährleisten, dass die entsprechenden Verordnungen eingehalten werden.

Der Aufgabenbereich der PMA geht über Pflanzenschutzprodukte hinaus und erstreckt sich auch z. B. auf Pflanzengesundheit.

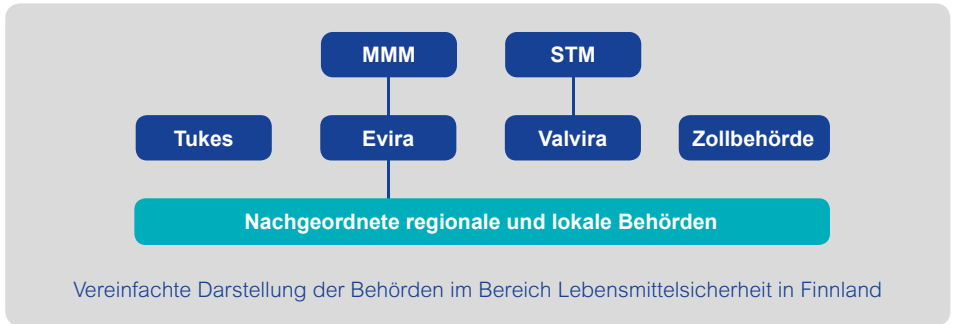
Regionale und lokale Ebene

Die VTA hat ein lokales Büro in jedem der 15 Landkreise Estlands. Diese lokalen Büros sind sogenannte Veterinärzentren und tragen die Verantwortung für die Durchsetzung der Lebensmittel- und Futtermittelgesetzgebung und die Durchführung von Lebensmittel- und Futtermittelinspektionen. Die PMA hat außerdem ein lokales Büro in jedem Landkreis, das für Pflanzengesundheit und die Anwendung von Pflanzenschutzmitteln zuständig ist. Die TA besteht aus einer zentralen Behörde und vier regionalen Dienststellen (Gesundheitsschutzdienste), die weitere Abteilungen in 15 Landkreisen haben.

Am EFSA-Netzwerk beteiligte Einrichtungen nach Art. 36 VO (EG) Nr. 178/2002

1. Ministry of Rural Affairs (EFSA Focal Point), including:
 - Food Safety Department (FSD)
 - Plant Health Department
 - Research and Development Department
 - IT Department
2. Estonian Environmental Research Centre (Eesti Keskkonnauuringute Keskus OÜ)
3. Estonian University of Life Sciences (Eesti Maaülikool, EMÜ)
4. Estonian Veterinary and Food Laboratory
5. University of Tartu
6. National Institute for Health Development
7. Veterinary and Food Board

3.6 Finnland



Finnland

Die zentrale Rechtsgrundlage im Lebensmittelrecht in Finnland ist das finnische Lebensmittelgesetz. Bei lebensmittelrechtlichen Verstößen entscheiden letztlich die Gerichte über strafrechtliche Maßnahmen und im Streitfall über Schadensersatzansprüche der Verbraucher. Maßnahmen der Regierung hinsichtlich der Lebensmittelsicherheit basieren oft auf wissenschaftlichen Risikobewertungen. Die endgültige Entscheidung über die Rechtmäßigkeit staatlicher Maßnahmen liegt ebenfalls bei den Gerichten. In Finnland gibt es keine strenge institutionelle Trennung von Risikobewertung und Risikomanagement, es gibt jedoch eine verfahrensrechtliche Trennung von Risikobewertung und Risikomanagement. Risikobewertungen sind öffentlich verfügbar.

Die ministerielle Zuständigkeit für Lebensmittel- und Futtermittelsicherheit ist in Finnland zentral innerhalb des Ministeriums für Landwirtschaft und Forstwirtschaft (MMM) zusammengefasst. Das Ministerium trägt die politische und gesetzgeberische Verantwortung. Der Aufgabenbereich des MMM umfasst Futtermittel, Tierschutz, Tiergesundheit, Pflanzengesundheit und Pflanzenschutz. Die Zuständigkeit des MMM für tierische Produkte bezieht sich auf alle Verarbeitungsstufen mit Ausnahme des Vertriebs.

Am MMM sind drei Nationale Referenzlaboratorien nach der Verordnung (EG) Nr. 882/2004 angesiedelt.

MMM
Ministerium für Landwirtschaft und Forstwirtschaft

- ▶ Lebensmittel- und Futtermittelsicherheit
- ▶ Risikomanagement


Sitz: Helsinki
<http://mmm.fi/en/frontpage>



STM
Ministerium für Soziales und Gesundheit

- ▶ Ernährungspolitik
- ▶ Risikomanagement
- ▶ Risikokommunikation

Sitz: Helsinki
<http://stm.fi/en/frontpage>



Im Lebensmittelbereich befasst sich das Ministerium für Soziales und Gesundheit (STM) mit Ernährungspolitik, einschließlich der Gesetzgebung zum Thema Trinkwasser. Der Rat für Gentechnik am STM ist zuständig für die Koordination der Aktivitäten, die im Rahmen der Gentechnik-Richtlinien der KOM stattfinden.

**Evira
Finnische Behörde für
Lebensmittelsicherheit**

- ▶ Risikobewertung
- ▶ Risikomanagement
- ▶ Risikokommunikation
- ▶ Codex-Kontaktstelle
- ▶ EFSA-Kontaktstelle
- ▶ RASFF-Kontaktstelle

Sitz: Helsinki, mehrere regionale Sitze
<https://www.evira.fi/en>



Die Finnische Behörde für Lebensmittelsicherheit (Evira) ist dem MMM nachgeordnet und die zentrale Behörde im Bereich Lebensmittel- und Futtermittelsicherheit in Finnland. Die Evira spielt eine führende Rolle bei der Ausarbeitung von Inspektionsplänen für das nationale Lebensmittelüberwachungsprogramm und deren Umsetzung, unter Einbeziehung der Nahrungskette „vom Stall bis auf den Teller“. Die Evira führt diese Inspektionen teilweise selbst durch, ansonsten liegt diese Zuständigkeit jedoch bei den regionalen und kommunalen Behörden.

Die Evira ist zuständig für wissenschaftliche Risikobewertungen und führt wissenschaftliche Forschungsprojekte zur Lebensmittelsicherheit durch. Sie fungiert auch als Bindeglied zu den Verbrauchern und organisiert die Risikokommunikation.

Das an der Evira angesiedelte finnische Zoonosenzentrum ist ein Kooperationsgremium von Evira und des Nationalen Instituts für Gesundheit und Fürsorge (THL). Dadurch ist eine enge Zusammenarbeit zwischen den zuständigen Sachverständigen in den Bereichen Lebensmittel- und Futtermittelsicherheit sowie Tiergesundheit und öffentliche Gesundheit gewährleistet.

Der Aufgabenbereich der Evira umfasst Lebensmittel, Lebensmittelhygiene, neuartige Lebensmittel, Zoonosen, gentechnisch veränderte Organismen (GVO), abgefülltes Wasser, Wasserqualität in der Lebensmittelproduktion, Futtermittel, Rückstände und Verbrauchersicherheit sowie Lebensmittelkontaminanten und Nahrungsergänzungsmittel.

Der Aufgabenbereich der Evira geht über die Lebensmittelsicherheit hinaus und umfasst z. B. Tiergesundheit, Tierschutz und Tierarzneimittel. (Die Zulassungsbehörde für Tierarzneimittel ist jedoch die finnische Arzneimittelbehörde FIMEA.)

**Tukes
Finnische Agentur für Sicherheit und
Chemikalien**

- ▶ Risikobewertung
- ▶ Risikomanagement

Sitz: Helsinki, Tampere, Rovaniemi
<http://www.tukes.fi/en>



Die Finnische Agentur für Sicherheit und Chemikalien (Tukes) überwacht und gewährleistet die technische Sicherheit und Konformität gemeinsam mit der Verbraucher- und Chemikaliensicherheit in Finnland. Tukes ist die Regulierungsbehörde für Pflanzenschutzmittel. Die damit verbundenen Aufgaben sind beim Ministerium für Beschäftigung und Wirtschaft angesiedelt.

Valvira Nationale Aufsichtsbehörde für Fürsorge und Gesundheit

- ▶ Risikobewertung
- ▶ Risikomanagement

Sitz: Helsinki
<http://www.valvira.fi/web/en/front-page>



Die Nationale Aufsichtsbehörde für Fürsorge und Gesundheit (Valvira) ist im Bereich Lebensmittelsicherheit für die Überwachung von Leitungswasser zuständig. Valvira ist ebenfalls verantwortlich für die Umsetzungs- und Kontrollaktivitäten im Rahmen des nationalen Gentechnikgesetzes. Darüber hinaus überwacht Valvira Pflanzenschutzmittelrückstände in alkoholischen Produkten.

Finnische Zollbehörde

- ▶ Risikomanagement

Sitz: Helsinki
<http://www.tulli.fi>

Die finnischen Zollbehörden (im Ressort des Ministeriums für Finanzen) sind die zuständigen Behörden für den Import von Lebensmitteln nicht-tierischen Ursprungs.

Regionale und lokale Ebene

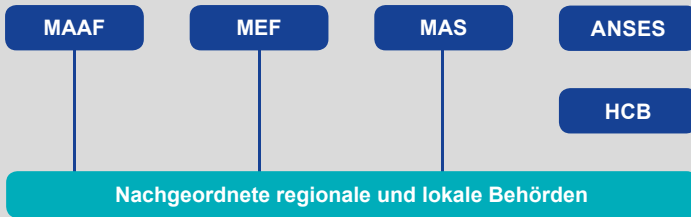
Finnland ist in sechs Regionen unterteilt, die von regionalen Verwaltungsbehörden geleitet werden. Diese regionalen Behörden unterstehen dem Ministerium für Finanzen. Die Regionen sind weiter unterteilt in selbstverwaltete Kommunen. Die Lebensmittelüberwachung und die Überwachung der Tiergesundheit und des Tierschutzes werden von 62 lokalen Kontrolleinheiten des Umweltgesundheitssschutzes durchgeführt, die den Kommunen unterstehen.

Darüber hinaus führen die 15 regionalen Zentren für Wirtschaftsentwicklung, Transport und Umwelt (unter Aufsicht des Ministeriums für Beschäftigung und Wirtschaft) offizielle Kontrollen im Auftrag der Evira in den Bereichen Tieridentifizierung und -registrierung sowie Futtermittel und Pflanzengesundheit durch.

Am EFSA-Netzwerk beteiligte Einrichtungen nach Art. 36 VO (EG) Nr. 178/2002

1. Finnish Food Safety Authority (EVIRA) (EFSA Focal Point)
2. Radiation and Nuclear Safety Authority (STUK)
3. Finnish Environment Institute (SYKE)
4. University of Helsinki
5. National Institute for Health and Welfare (THL)
6. MTT Agrifood Research Finland
7. University of Turku
8. Finnish Safety and Chemicals Agency (Tukes)

3.7 Frankreich



Vereinfachte Darstellung der Behörden im Bereich Lebensmittelsicherheit in Frankreich

Die Verordnung (EG) Nr. 178/2002 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 28. Januar 2002 zur Festlegung der allgemeinen Grundsätze und Anforderungen des Lebensmittelrechts ist die zentrale Grundlage für die Lebensmittelgesetzgebung in Frankreich.

Die staatlichen Maßnahmen zur Lebensmittelsicherheit beruhen auf der Wissenschaft und insbesondere auf der wissenschaftlichen Risikobewertung.

In Frankreich sind Risikobewertung und Risikomanagement institutionell getrennt. Risikobewertungen, wissenschaftliche Gutachten und sonstige Erklärungen werden von der französischen Behörde für Lebensmittelsicherheit, Umwelt- und Arbeitsschutz (ANSES) und dem Obersten Rat für Biotechnologie (HCB) bei gentechnisch veränderten Organismen (GVO) durchgeführt und sind öffentlich zugänglich durch Veröffentlichung auf ihren Webseiten (soweit gesetzlich nicht verboten).

Das Risikomanagement unterteilt sich auf drei Generaldirektionen in drei Ministerien: die Generaldirektion für Lebensmittel (DGAL, MAAF), die Generaldirektion Wettbewerbspolitik, Verbraucherschutz und Betrugsbekämpfung (DGCCRF, MEF) und die Generaldirektion Gesundheit (DGS, MAS).

Die Ministerien nutzen Risikobewertungen der ANSES und HCB im Falle von GVO als wissenschaftliche Grundlage für Risikomanagementmaßnahmen.

Diese drei Generaldirektionen haben eine doppelte Verantwortung:

- ▶ „politisch“ durch eine zentrale Verwaltung, die die französische Vertretung in internationalen und europäischen Behörden und auch durch die Entwicklung von Regulierungen auf nationaler Ebene sicherstellt.
- ▶ „operativ“ durch dezentrale Dienstleistungen in den Regionen und Départements, deren Aufgabe es ist, die Umsetzung der Gesundheits- und Lebensmittelvorschriften zu kontrollieren.

Die Risikokommunikation wird von der ANSES und von den Ministerien nach Relevanz durchgeführt. Die Codex-Kontaktstelle in Frankreich befindet sich im *Secrétariat général des affaires européennes* (Generalsekretariat für europäische Angelegenheiten), das unter der Autorität des Premierministers steht.

MAAF
Ministerium für Land-, Ernährungs- und Forstwirtschaft

- ▶ Agrarpolitik, Lebensmittelsicherheit
- ▶ Risikomanagement
- ▶ Risikokommunikation
- ▶ RASFF-Kontaktstelle

Sitz: Paris
<http://agriculture.gouv.fr>



Im Bereich der Lebensmittelsicherheit ist das Ministerium für Land-, Ernährungs- und Forstwirtschaft (MAAF) für die Agrarpolitik, die Sicherheit von Lebensmitteln tierischen oder pflanzlichen Ursprungs und die Sicherheit von Futtermitteln verantwortlich. Das MAAF bereitet Gesetzesentwürfe in diesen Bereichen vor und ist auch für die Kontrolle und Inspektion zuständig. Das MAAF ist auch für die Bekämpfung der Nahrungsmittelkriminalität verantwortlich.

Das Portfolio des MAAF umfasst Pflanzenschutzmittel, einschließlich Rückstände, Tierarzneimittel, GVO und Zoonosen.

Der Arbeitsbereich des MAAF erstreckt sich über die Lebensmittelsicherheit hinaus auf Pflanzengesundheit, Pflanzenschutz, Tiergesundheit und Tierschutz. In Frankreich gibt es zwei RASFF-Kontaktstellen, eine beim MAAF und die andere beim Ministerium für Wirtschaft, Industrie und Digitale Angelegenheiten (MEF).

MEF
Ministerium für Wirtschaft, Industrie und Digitale Angelegenheiten, Generaldirektion Wettbewerbspolitik, Verbraucherschutz und Betrugsbekämpfung

- ▶ Verbraucherpolitik, Lebensmittelsicherheit
- ▶ Risikomanagement
- ▶ Risikokommunikation
- ▶ RASFF-Kontaktstelle

Sitz: Paris
<http://www.economie.gouv.fr>



Das Ministerium für Wirtschaft, Industrie und Digitale Angelegenheiten (MEF), Generaldirektion Wettbewerbspolitik, Verbraucherschutz und Betrugsbekämpfung ist für die Verbraucherpolitik zuständig, einschließlich staatlicher Lebensmittelinspektionen aller Erzeugnisse nicht-tierischen Ursprungs. Das Portfolio des MEF umfasst Nahrungsergänzungsmittel, neuartige Lebensmittel, Mineralwasser, Rückstände von Pflanzenschutzmitteln und GVO in Lebensmitteln nicht-tierischen Ursprungs (andere Aspekte in Bezug auf GVO werden vom MAAF abgedeckt).

MAS
Ministerium für Soziales und Gesundheit, Generaldirektion Gesundheit

- ▶ Gesundheitspolitik, Lebensmittelsicherheit
- ▶ Risikomanagement
- ▶ Risikokommunikation

Sitz: Paris
<http://www.sante.gouv.fr>

Das Ministerium für Soziales und Gesundheit (MAS), Generaldirektion Gesundheit, beschäftigt sich mit der öffentlichen Gesundheitspolitik, der Lebensmittelsicherheit sowie Mineral- und Trinkwasser. Das MAS definiert Ziele und Prioritäten für die Gesundheitspolitik, setzt den Gesetzgebungs-

und Regulierungsrahmen, entwickelt die Gesundheitspläne und die nationalen Gesundheitsprogramme und stellt deren Umsetzung sicher. In Zusammenarbeit mit dem MAAF ist das MAS für Untersuchungen zu lebensmittelbedingten Krankheiten zuständig.

ANSES
Französische Behörde für Lebensmittelsicherheit, Umwelt- und Arbeitsschutz

- ▶ Risikobewertung
- ▶ Risikokommunikation
- ▶ EFSA-Kontaktstelle
- ▶ Forschung, wissenschaftliche und technische Unterstützung

Sitz: Maisons-Alfort
<http://www.anses.fr>



Die französische Behörde für Lebensmittelsicherheit, Umwelt- und Arbeitsschutz (ANSES) wurde am 1. Juli 2010 gegründet und ist ein wissenschaftliches Gremium, das in den Bereichen Lebensmittelsicherheit, Arbeits- und Umweltgesundheit, Tiergesundheit und Tierschutz und Pflanzengesundheit tätig ist. Die Hauptaktivität der ANSES besteht darin, unabhängige und pluralistische Gutachten zu erarbeiten, um Gesundheitsrisiken zu bewerten und den zuständigen Behörden alle notwendigen Maßnahmen zur Erhaltung der öffentlichen Gesundheit zur Verfügung zu stellen. Diese Beurteilungen werden mit Unterstützung von 18 wissenschaftlichen Fachausschüssen und verwandten Ad-hoc-Arbeitsgruppen mit über 800 externen wissenschaftlichen Experten durchgeführt.

In Übereinstimmung mit dem europäischen Regulierungsrahmen für GVO beteiligt sich die ANSES zusammen mit dem HCB an der Bewertung von GVO-Dossiers.

Die ANSES ist auch die französische Behörde für Tierarzneimittel und bietet eine Bewertung der Anträge auf Vermarktung von Pestiziden und Bioziden sowie Chemikalien im Rahmen der REACH-Verordnung. Es handelt sich um Genehmigungen für das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln, Düngemitteln und Wachstumsbeschleunigern und deren Hilfsstoffen.

Die ANSES berichtet an fünf Ministerien, von denen drei Verantwortlichkeiten im Bereich der Lebensmittelsicherheit haben. Diese Ministerien verwenden Risikobewertungen, die von der ANSES als Grundlage für Risikomanagementmaßnahmen erstellt wurden.

Die ANSES führt Aktivitäten in den Bereichen Überwachung, Alarmbereitschaft, Wachsamkeit und Forschung durch. Außerdem definiert, implementiert und fördert die ANSES wissenschaftliche und technische Forschungsprogramme. Die Behörde setzt auf ein Netzwerk von elf Forschungslaboratorien, die in drei Hauptbereichen tätig sind: Tiergesundheit und Tierschutz, Lebensmittelsicherheit (chemisch und mikrobiologisch) und Pflanzengesundheit, und hält zahlreiche Referenzmandate (66 nationale Mandate, 9 EU und 19 internationale: WHO, FAO, OIE) aufrecht.

HCB
Oberster Rat für Biotechnologie

- ▶ Risikokommunikation
- ▶ Risikomanagement

Sitz: Paris
<http://www.hautconseildesbiotechnologies.fr>



Nach dem Gesetz für gentechnisch veränderte Organismen (GVO-Gesetz) vom 25. Juni 2008 gibt der Oberste Rat für Biotechnologie (HCB) der französischen Regierung in allen Fragen der GVO und anderer Arten der Biotechnologie eine unabhängige Beratung. Er berichtet an die für

Umwelt, Landwirtschaft, Forschung, Gesundheit und Verbraucher zuständigen Ministerien. Insbesondere hat der HCB folgende Aufgaben:

- ▶ Beurteilung der Sicherheit der Biotechnologie: Beratung in Fragen des nationalen Bio-monitorings und bei Risiken für die öffentliche Gesundheit und die Umwelt bei verschiedenen möglichen Verwendungen von GVO;
- ▶ Untersuchung der gesellschaftlichen Aspekte der Biotechnologie: Beratung insbesondere über soziale und wirtschaftliche Auswirkungen von GVO und Berücksichtigung der ethischen Fragen, die daraus entstehen.

Zur Durchführung dieser Aufgaben besteht der HCB aus zwei Ausschüssen: einem Wissenschaftlichen Ausschuss (SC) und einem Ausschuss für Wirtschaft, Ethik und Soziales (EESC).

Regionale und lokale Ebene

Frankreich besteht aus 18 Regionen und 101 Départements (fünf Départements in Übersee). Die Umsetzung der Futter- und Lebensmittelkontrollen erfolgt durch dezentrale regionale und lokale Dienststellen der drei für Futtermittel- und Lebensmittelsicherheit zuständigen Ministerien.

Am EFSA-Netzwerk beteiligte Einrichtungen nach Art. 36 VO (EG) Nr. 178/2002

1. French Agency for Food, Environmental and Occupational Health & Safety (Agence Nationale de Sécurité Sanitaire de l'Alimentation, de l'Environnement et du Travail, ANSES) (EFSA Focal Point)
2. National Institute for Agricultural Research/Institut National de la Recherche Agronomique (INRA)
3. High Council for Biotechnology (Haut Conseil des Biotechnologies, HCB)
4. French Agriculture Research Centre for International Development (Centre de Coopération Internationale en Recherche Agronomique pour le Développement, CIRAD)
5. Ecole Nationale Vétérinaire d'Alfort
6. Institut Pasteur (Paris)
7. Institut Pasteur de Lille
8. Institute for Higher Education and Research in Food, Animal Health, Agronomic and Environmental Sciences (Institut d'Enseignement Supérieur et de Recherche en Alimentation, Santé Animale, Sciences Agronomiques et de l'Environnement, VetAgro Sup)
9. Food and Cellular Toxicology Laboratory (Laboratoire de Toxicologie Alimentaire et Cellulaire, EA 3880, Université de Bretagne Occidentale, UBO)
10. Ecole Nationale Vétérinaire de Toulouse (ENVT)
11. Agrocampus Ouest
12. National Institute for Research in Science and Technology for Environment and Agriculture (Institut National de Recherche en Sciences et Technologies pour l'Environnement et l'Agriculture, IRSTEA)
13. French Research Institute for Exploitation of the Sea (Institut Français de Recherche pour l'Exploitation de la Mer, Ifremer)
14. French Institute for Public Health Surveillance (Institut de Veille Sanitaire, InVS)
15. National College of Veterinary Medicine, Food Science and Engineering, Nantes Atlantique (Ecole Nationale Vétérinaire, Agroalimentaire et de l'Alimentation, Nantes-Atlantique, Oniris)
16. Centre International d'Etudes Supérieures en Sciences Agronomiques
17. University of Burgundy (Université de Bourgogne, uB)

3.8 Griechenland

Griechenland



Zentrale Rechtsgrundlage für das Lebensmittelrecht in Griechenland ist das Lebensmittelgesetz, das an der Verordnung (EG) Nr. 178/2002 ausgerichtet ist. Bei lebensmittelrechtlichen Verstößen entscheiden letztlich die Gerichte über strafrechtliche Maßnahmen und im Streitfall über Schadensersatzansprüche der Verbraucher. Maßnahmen der Regierung hinsichtlich Lebensmittelsicherheit basieren oft auf wissenschaftlichen Risikobewertungen. Die endgültige Entscheidung über die Rechtmäßigkeit staatlicher Maßnahmen liegt ebenfalls bei den Gerichten.

In Griechenland gibt es keine institutionelle Trennung von Risikobewertung und Risikomanagement.

YAAT
Ministerium für ländliche Entwicklung und Lebensmittel

- ▶ Agrarpolitik, Lebensmittelsicherheit
- ▶ Risikobewertung
- ▶ Risikokommunikation
- ▶ Risikomanagement

Sitz: Athen
<http://www.minagric.gr>



Das Ministerium für ländliche Entwicklung und Lebensmittel (YAAT) ist für die Agrarpolitik und die Sicherheit von landwirtschaftlichen (Lebensmittel-)Produkten in Griechenland zuständig. Das YAAT implementiert horizontale und vertikale Rechtsvorschriften im Bereich Lebensmittel und Futtermittel und ist in Zusammenarbeit mit der Griechischen Lebensmittelbehörde (EFET) für die Koordination der Lebensmittelsicherheitsinspektionen zuständig. Grundlage für Managementmaßnahmen des YAAT sind Risikobewertungen, die das YAAT selbst oder die ihm nachgeordneten Institutionen durchführen. Das YAAT ist außerdem zuständig für transparente Kommunikation mit Verbrauchern zu Themen rund um die Lebensmittel- und Futtermittelsicherheit. Das YAAT ist auch verantwortlich für Futtermittelsicherheit, Pflanzenschutz- und Tierarzneimittelrückstände, gentechnisch veränderte Organismen (GVO) und Zoonosen. Das YAAT überwacht die Umsetzung veterinärrechtlicher Kontrollen durch die lokalen Behörden und ist Zulassungsbehörde für Pflanzenschutzmittel.

Die Zulassungsbehörde für Tierarzneimittel ist die nationale Arzneimittelbehörde (EOF). Das Tätigkeitsfeld des YAAT erstreckt sich über den Bereich der Lebensmittelsicherheit hinaus unter anderem auf Pflanzengesundheit, Pflanzenschutz, Tiergesundheit, Tierschutz und Biozide.

46 Nationale Referenzlaboratorien arbeiten in Griechenland gemäß der Verordnung (EG) Nr. 882/2004.

YY

Ministerium für Gesundheit

- ▶ Gesundheitspolitik, Lebensmittelsicherheit
- ▶ Risikobewertung
- ▶ Risikokommunikation
- ▶ Risikomanagement

Sitz: Athen

<http://www.moh.gov.gr>



Das Ministerium für Gesundheit (YY) beschäftigt sich mit der Gesundheitspolitik. Es ist verantwortlich für die Risikobewertung, Risikokommunikation und Risikomanagement im Bereich Mineralwasser und Trinkwasser.

EFET

Griechische Lebensmittelbehörde

- ▶ Risikobewertung
- ▶ Risikokommunikation
- ▶ Risikomanagement
- ▶ Codex-Kontaktstelle
- ▶ EFSA-Kontaktstelle
- ▶ RASFF-Kontaktstelle

Sitz: Athen

<http://www.efet.gr>



Die Griechische Lebensmittelbehörde (EFET) ist eine dem YAAT nachgeordnete Behörde. Die EFET stellt sicher, dass Lebensmittel, die in Griechenland produziert, vertrieben und vermarktet werden, auch den Anforderungen der Lebensmittelsicherheit und Hygiene des nationalen und europäischen Rechts entsprechen.

Die EFET beaufsichtigt die Lebensmittelüberwachung in Griechenland. Das zentrale EFET-Büro überwacht und koordiniert die Aufgaben der regionalen EFET-Behörden. Eine der EFET angegliederte wissenschaftliche Kommission (ESET) erstellt Risikobewertungen. Die Risikobewertungen sind die Grundlage der Risikomanagementmaßnahmen sowie deren Kommunikation. Die Risikobewertungen der EFET sind unabhängig.

Das Tätigkeitsfeld der EFET erstreckt sich über den Bereich der Lebensmittelsicherheit hinaus unter anderem auf Kennzeichnung, gesundheitsbezogene Angaben, Ernährungspolitik, Ausbildung, Kommunikation mit Interessenvertretern usw.

EOF

Nationale Arzneimittelbehörde

- ▶ Risikobewertung
- ▶ Risikokommunikation
- ▶ Risikomanagement

Sitz: Athen

<http://www.eof.gr>



Die Nationale Arzneimittelbehörde (EOF) ist eine öffentliche Einrichtung im Geschäftsbereich des YY. Die EOF ist zuständig für öffentliche Gesundheit und Sicherheit von Arzneimitteln für den human- und tiermedizinischen Gebrauch. Das Tätigkeitsfeld der EOF umfasst außerdem Lebensmittel, die für eine besondere Ernährung bestimmt sind, Nahrungsergänzungsmittel, Biozide, Medizinprodukte und Kosmetik. Die EOF ist die Zulassungsbehörde für alle gesundheitsbezogenen Produkte in Griechenland. Sie überwacht die Qualität, Sicherheit und Wirksamkeit von Produkten nach deren Inverkehrbringen. Die EOF ist zuständig für Anträge und Förderung von medizinischen und pharmazeutischen Forschungsvorhaben. Die EOF versorgt die Öffentlichkeit

und das Gesundheitspersonal mit objektiven Informationen zu Arzneimitteln für den human- und veterinärmedizinischen Gebrauch und weiteren gesundheitsbezogenen Produkten, um deren Sicherheit und zweckmäßigen Einsatz sicherzustellen und eine optimale Wirtschaftlichkeit zu unterstützen.

Regionale und lokale Ebene

Die regionalen und lokalen Ebenen in Griechenland bestehen aus sieben dezentralisierten Verwaltungen, 13 Regionen und 325 Gemeinden. Neun regionale EFET-Behörden und Kommunalbehörden sind für die Durchführung von Lebensmittelinspektionen zuständig. Das YAAT und die EFET sind für die Koordinierung der regionalen Lebensmittelinspektionen zuständig.

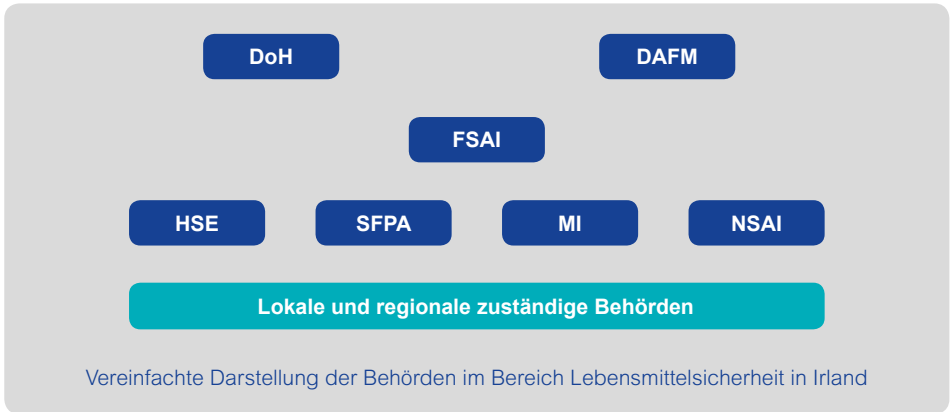
Sowohl das zentrale staatliche Laboratorium für chemische Untersuchungen als auch die regionalen chemischen Dienste stehen unter der Aufsicht des Ministeriums für Wirtschaft und Finanzen und sind verantwortlich für die Laboranalysen von Lebensmitteln.

Am EFSA-Netzwerk beteiligte Einrichtungen nach Art. 36 VO (EG) Nr. 178/2002

1. Hellenic Food Authority (EFET) (EFSA Focal Point)
2. Benaki Phytopathological Institute
3. National and Kapodistrian University of Athens
 - Department of Hygiene and Epidemiology, Public Health Nutrition and Nutritional Epidemiology Unit, Medical school
 - Laboratory of Analytical Chemistry, Department of Chemistry
4. University of Crete
5. Agricultural University of Athens
6. Harokopio University

7. NTUA, School of Chemical Engineering, Laboratory of Food Chemistry and Technology
8. Hellenic Health Foundation
9. Alexander Technological Educational Institution of Thessaloniki
10. Hellenic Agricultural Organisation – DEMETER
11. Ministry of Finance, including:
 - General Chemical State Laboratory
12. Ministry of Rural Development and Food, including:
 - Directorate of Plant Produce Protection
 - Food Hygiene Institute of Athens
 - Food Hygiene Institute of Thessaloniki
13. National Center for Scientific Research “Demokritos”
14. University of Thessaly
15. University of Ioannina
16. Aristotle University of Thessaloniki

3.9 Irland



Die irische Lebensmittelgesetzgebung wird zu einem überwiegenden Teil aus der Mitgliedschaft Irlands in der Europäischen Union abgeleitet. In Irland gibt es keine institutionelle Trennung von Risikobewertung und Risikomanagement. Risikobewertungen werden grundsätzlich im Internet veröffentlicht, soweit nicht gesetzliche Regelungen entgegenstehen.

DoH
Ministerium für Gesundheit

- ▶ Gesundheitspolitik, Lebensmittelsicherheitspolitik

Sitz: Dublin
<http://health.gov.ie>

DAFM
Ministerium für Landwirtschaft, Lebensmittel und Fischerei

- ▶ Agrarpolitik, Lebensmittelsicherheitspolitik
- ▶ Lebensmittel- und Futtermittlerisikobewertung
- ▶ Codex-Kontaktstelle

Sitz: Dublin
<http://www.agriculture.gov.ie>



Das Ministerium für Gesundheit (DoH) ist zuständig für politische Fragen im Bereich der Lebensmittelsicherheit, für die Formulierung und Umsetzung der EU-Vorschriften und für die Überprüfung der nationalen Rechtsvorschriften. Seine Aufgabe umfasst den Lebensmitteleinzelhandel und die nicht über den Einzelhandel laufende Verarbeitung und den Vertrieb von Lebensmitteln tierischen und nicht-tierischen Ursprungs.

Das Ministerium für Landwirtschaft, Lebensmittel und Fischerei (DAFM) ist zuständig für die Entwicklung grundsatzpolitischer Maßnahmen, die Verhandlungen auf EU-Ebene, die Umsetzung der EU-Vorschriften in nationales Recht und die amtlichen Kontrollen in den Bereichen Primärproduktion von Lebensmitteln, Tiergesundheit und Tierschutz, Futtermittelsicherheit, Pflanzengesundheit, Fischerei, Schlachtung von Tieren und Verarbeitung von Lebensmitteln tierischen Ursprungs bis hin zur Einzelhandelsebene (aber nicht inklusive). Das DAFM führt Risikobewertungen im Bereich der Futtermittel

Irland

durch. Die Umsetzung des Futtermittelrechts und damit verbundene Risikomanagementaktivitäten sind ein separater Aufgabenbereich des DAFM auf Basis eines Vertrags mit der Irischen Lebensmittelbehörde (FSAI). Die Durchsetzung des Futtermittelgesetzes und damit verbundene Risikomanagement-Aktivitäten sind eine eigenständige Funktion des DAFM. Am DAFM sind acht Nationale Referenzlaboratorien nach der Verordnung (EG) Nr. 882/2004 angesiedelt. Das Tätigkeitsfeld des DAFM erstreckt sich über den Bereich der Lebensmittelsicherheit hinaus unter anderem auf Pflanzengesundheit, Tiergesundheit, Tierschutz, Futtermittel, gentechnisch veränderte Organismen (GVO) und Zoonosen. Das DAFM ist die Zulassungsbehörde für Pestizide und Tierarzneimittel.

Der nationale DAFM-Veterinärdienst ist in vier regionale Tiergesundheits- und Tierschutzinspektionen mit 28 Bezirks-Veterinärämtern unterteilt. Es gibt sechs regionale veterinärmedizinische Inspektionsstellen.

FSAI
Irische Lebensmittelbehörde

- ▶ Risikobewertung
- ▶ Risikokommunikation
- ▶ Risikomanagement
- ▶ EFSA-Kontaktstelle
- ▶ RASFF-Kontaktstelle

Sitz: Dublin
<http://www.fsai.ie>



Die Irische Lebensmittelbehörde (FSAI) ist eine unabhängige und wissenschaftlich ausgerichtete staatliche Einrichtung, die sich dem Schutz der öffentlichen Gesundheit und der Verbraucherinteressen im Bereich der Lebensmittelsicherheit und -hygiene widmet. Die FSAI wurde 1999 gegründet und soll in erster Linie sicherstellen, dass die in Irland hergestellten und ver-

triebenen oder vermarkteten Lebensmittel die höchsten Anforderungen in Bezug auf Lebensmittelsicherheit und -hygiene, die in angemessener Weise erreicht werden können, erfüllen.

Die FSAI ist zuständig für die Umsetzung der Lebensmittelgesetzgebung in Irland. In dieser Funktion führt sie amtliche Kontrolltätigkeiten im Rahmen von Vereinbarungen mit anderen Institutionen durch, nämlich dem Gesundheitsamt (HSE), dem Amt für Landwirtschaft, Lebensmittel und Fischerei (DAFM), der Behörde zum Schutz der Seefischerei (SFPA), lokalen Behörden, dem Marine Institut (MI) und der Nationalen Normenbehörde von Irland (NSAI) – wissenschaftliche und technische Unterstützung für andere Institutionen durch Publikationen und Schulungen und Durchführung von Risikobewertungen zur Untermauerung von Entscheidungen und Maßnahmen des Risikomanagements.

Die FSAI hat die Aufgabe, Risikobewertung, Risikomanagement und Risikokommunikation im Zusammenhang mit der Lebensmittelsicherheit durchzuführen.

HSE
Gesundheitsamt

- ▶ öffentliches Gesundheitswesen
- ▶ Umweltgesundheit
- ▶ Lebensmittelsicherheit

Sitz: Kildare
<http://www.hse.ie>



Das Gesundheitsamt (HSE) wurde vom DoH im Rahmen der Bestimmungen des Gesundheitsgesetzes 2004 gegründet. Der Umweltgesundheitsdienst ist Teil des HSE und bietet eine Reihe von Dienstleistungen im Zusammenhang mit Lebensmittelsicherheit und Lebensmittelkontrolle im Namen der FSAI. Das HSE verfügt über neun Lebensmittellaboratorien, die gemäß der Verord-

nung (EG) Nr. 882/2004 offizielle Laboratorien sind. Zwei dieser Laboratorien wurden als Nationale Referenzlaboratorien ernannt.

Das HSE gliedert sich in vier geografische Regionen: südliche Region, westliche Region, Dublin-Mid-Leinster-Region und Dublin-nordöstliche Region. Es gibt zwischen sieben und neun Umweltgesundheitsabteilungen in jeder Region und 39 landesweit.

Das Marine Institut (MI) ist verantwortlich für die Umsetzung der EU-Gesetzgebung für die Gesundheit von im Wasser lebenden Tiere sowie der nationalen Gesetzgebung und überwacht die Wanderungsbewegung von Fischen und Schalentieren nach und innerhalb von Irland. Das MI ist das Nationale Referenzlabor für Krankheiten von Fischen, Mollusken und Krustentieren. Es bietet wissenschaftliche Beratung und Unterstützung für die FSAI und SFPA.

SFPA
Behörde zum Schutz der Seefischerei

► Regulierung der Seeschifffahrt und Meeresfrüchte


Sitz: Cork
<http://www.sfpa.ie>

Die Behörde zum Schutz der Seefischerei (SFPA) ist für die Umsetzung und Durchsetzung der nationalen und EU-Rechtsvorschriften zuständig, die sich mit den gesundheitlichen Bedingungen für die Herstellung und das Inverkehrbringen von Fisch, Schalentieren und Fischereierzeugnissen befassen. Ihre Aufgabe reicht vom Fang bis hin zu Fisch oder Fischprodukten, die in den Verkehr gebracht werden, mit Ausnahme von Produkten im Einzelhandel, die von der HSE überwacht werden. Die SFPA hat sechs Büros in den großen Häfen entlang der Küste.

NSAI
Nationale Normenbehörde von Irland

► nationale Normen und Messstelle

Sitz: Dublin
<http://www.nsai.ie>



Die Nationale Normenbehörde von Irland (NSAI) ist für die Entwicklung irischer Standards verantwortlich, die die irischen Interessen in der Arbeit der europäischen und internationalen Normungsgremien CEN und ISO vertritt und für die Anerkennung von natürlichen Mineralwässern und die Überwachung der Lieferanten von Materialien für den Lebensmittelkontakt zuständig ist.

MI
Marine Institut

► Meeresforschung, Technologieentwicklung und Innovation

Sitz: Galway
<http://www.marine.ie>

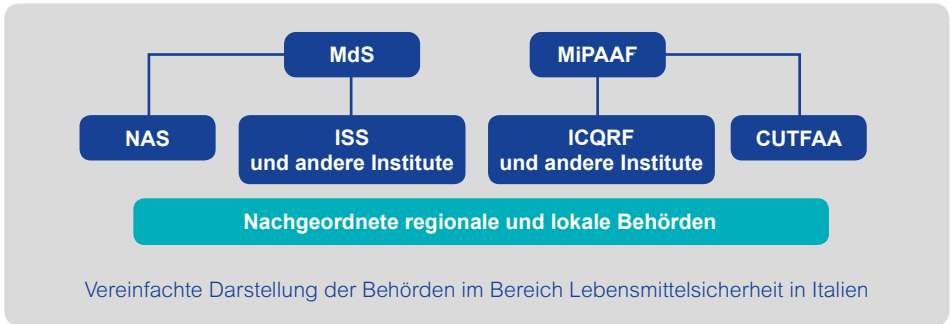
Regionale und lokale Ebene

Kommunalbehörden (insgesamt 31), die unter die örtliche Regierungsstruktur des Ministeriums für Wohnungswesen, Planung, lokale Gebietskörperschaften fallen, sind multifunktionale Behörden, die für ein umfangreiches Leistungsspektrum einschließlich Veterinärdienstleistungen zuständig sind. Diese sind auf Landes- oder Städteebene organisiert.

**Am EFSA-Netzwerk beteiligte Einrichtungen
nach Art. 36 VO (EG) Nr. 178/2002**

1. Food Safety Authority of Ireland
(EFSA Focal Point)
2. Dublin Public Analyst's Laboratory
3. Safefood
4. Cork Public Analyst's Laboratory
5. Teagasc
6. Marine Institute
7. University College Cork – National
University of Ireland, Cork
8. University College Dublin
9. National University of Ireland Galway
10. University of Limerick, Department of Life
Sciences
11. Athlone Institute of Technology
12. Dublin Institute of Technology (DIT)
13. National University of Ireland Maynooth
14. TCD (Trinity College Dublin)
15. Limerick Institute of Technology

3.10 Italien




Italien

MdS
Ministerium für Gesundheit

- ▶ Gesundheitspolitik, Lebensmittelsicherheit
- ▶ Tiergesundheit und Tierschutz
- ▶ Risikobewertung
- ▶ Risikokommunikation
- ▶ Risikomanagement
- ▶ RASFF-Kontaktstelle

Sitz: Rom
<http://www.salute.gov.it>



In Italien werden die meisten Kompetenzen für Lebensmittel- und Futtermittelsicherheit, Tiergesundheit und Tierschutz auf nationaler Ebene dem Ministerium für Gesundheit (MdS) zugewiesen, das nach dem „Dekret des Ministerpräsidenten Nr. 59 vom 11. Februar 2014“ reorganisiert wurde, insbesondere an:

- ▶ Generaldirektion für Tiergesundheit und Veterinärmedizin (DGAVHM);
- ▶ Generaldirektion für Lebensmittelhygiene, Lebensmittelsicherheit und Ernährung (DGFHFSN);
- ▶ Generaldirektion für Beratungsgremien für das Gesundheitswesen (DGABHC) (Büro 2 und 3);
- ▶ Generalsekretär (Büro 3).

In diesem Zusammenhang wurde die Generaldirektion für Beratungsgremien für das Gesundheitswesen im italienischen MdS eingerichtet, die als zuständige italienische Behörde für die Europäische Behörde für Lebensmittelsicherheit (EFSA) benannt wurde. Sie übernimmt Funktionen im Zusammenhang mit der physikalischen, chemischen und biologischen Risikobewertung in der Lebensmittelsicherheit und stellt eine Verbindung zu den Regionen her, auch im Hinblick auf die Planung der Risikobewertungsaktivitäten der Nahrungskette und den Kontakt mit Interessenvertretern.

Die zuständige Generaldirektion für Beratungsgremien für das Gesundheitswesen (DGABHC) ist neben den Risikobewertungstätigkeiten auch für die Konsultation mit den Verbraucher- und Produzentenverbänden und für die Voruntersuchung und Koordination im Rahmen der Risikobewertungsprozesse zuständig.

Sie umfasst das Nationale Komitee für Lebensmittelsicherheit (CNSA), das beratende Fachgremium, bestehend aus 18 unabhängigen Sachverständigen, arbeitet mit der EFSA zusammen und gibt wissenschaftliche Gutachten heraus, die von den zuständigen zentralen Behörden und den zuständigen Behörden der Regionen oder autonomen Provinzen beantragt werden.

Die Tätigkeit des MdS umfasst amtliche Kontrollen bei der Einfuhr von Lebensmitteln und Futtermitteln, allgemeine Lebensmittel- und Futtermittelhygiene, neuartige Lebensmittel, Nahrungsergänzungsmittel, Kennzeichnung und Ernährung, Lebensmittelkontaktmaterialien, gentechnisch veränderte Organismen (GVO), Zoonosen, Rückstände von Pflanzenschutzmitteln, Tierarzneimittel. Das MdS ist die Regulierungsbehörde für Pflanzenschutzmittel und Tierarzneimittel und kann Audits und Inspektionen bei den zuständigen regionalen Behörden durchführen.

Italien hat behördliche Maßnahmen bei Verletzung der Verordnung (EG) Nr. 178/2002 durch das Gesetzesdekret Nr. 190/2006 eingeführt und das EU-Hygienepaket durch das Gesetzesdekret Nr. 193/2007 umgesetzt, in dem die zuständigen nationalen Behörden für amtliche Kontrollen identifiziert wurden. Wenn eine erkannte Nicht-Konformität eine Gefahr für die öffentliche Gesundheit darstellen kann, werden auch Strafmaßnahmen verhängt.

Alle von den zentralen und lokalen zuständigen Behörden durchgeführten Überwachungstätigkeiten sind in einen mehrjährigen nationalen Kontrollplan (MNKP) integriert, der nach den in der Verordnung (EG) Nr. 882/2004 festgelegten Grundsätzen und Leitlinien entwickelt wurde, gemäß denen die Pläne auf der Grundlage von Risikobewertungen (Verordnung (EG) Nr. 178/2002) und der Risikokategorisierung (Verordnung (EG) Nr. 882/2004) erarbeitet werden sollen.

Der MNKP wird in Zusammenarbeit mit allen zuständigen Behörden durchgeführt: des Istituto Superiore di Sanità (ISS – Nationales Institut für Gesundheit), die Experimentellen Zooprophyktischen Institute (IIZSS), das Ministerium für Agrar-, Lebensmittel- und Forstwirtschaft (MiPAAF), das Ministerium für Umwelt, die Regionen und autonomen Provinzen, die Zollbehörde, das Oberkommando der Gendarmerie für den Gesundheitsschutz (NAS), das staatliche Forstkorps (CUTFAA), die Hafenbehörden und die Polizei des Finanzministeriums.

MiPAAF

Ministerium für Agrar-, Lebensmittel- und Forstwirtschaft

- ▶ Agrarpolitik
- ▶ Pflanzengesundheit
- ▶ Kontrollen auf Qualität, Kennzeichnung und Rückverfolgbarkeit von Lebensmitteln und Futtermitteln
- ▶ einige Aspekte auf dem Gebiet der Pflanzenschutz- und Düngemittel
- ▶ Risikokommunikation
- ▶ Risikomanagement
- ▶ Codex-Kontaktstelle

Sitz: Rom

<http://www.politicheagricole.gov.it>



Innerhalb des Ministeriums für Agrar-, Lebensmittel- und Forstwirtschaft (MiPAAF) ist die Abteilung für Wettbewerbspolitik für die Koordination von Aktivitäten im Zusammenhang mit der Qualität von Agrarerzeugnissen und Lebensmitteln verantwortlich. Die Generaldirektion Wettbewerbspolitik für die Entwicklung des ländlichen Raums ist zuständig für Pflanzengesundheit, Saatgut, Vermehrungsgut, Düngemittel und einige Aspekte im Bereich Pflanzenschutzmittel sowie für Viehzucht und Erzeugnisse tierischen Ursprungs.

Die Zentralinspektion für Qualitätskontrolle und Betrugsbekämpfung bei landwirtschaftlichen Erzeugnissen (ICQRF) ist als Inspektionsbehörde des MiPAAF für die Betrugsbekämpfung zuständig. Mittels ihres eigenen Laboratorienetzwerks führt sie Kontrollen zur Kennzeichnung und Qualität von Lebensmitteln, Agrarerzeugnissen, Futtermitteln, Düngemitteln und Pflanzenschutzmitteln durch.

ISS Nationales Institut für Gesundheit

- ▶ Risikobewertung
- ▶ EFSA-Kontaktstelle

Sitz: Rom
<http://www.iss.it>



Auf nationaler Ebene ist das Nationale Institut für Gesundheit (ISS) (das zum Geschäftsbereich des MdS gehört) die wichtigste technische und wissenschaftliche öffentliche Einrichtung des italienischen Nationalen Gesundheitsdienstes. Im Auftrag des MdS führt es Risikobewertungen im Bereich Futtermittel, neuartige Lebensmittel, Nahrungsergänzungsmittel, GVO, Zoonosen, Mineralwasser, Trinkwasser und Rückstände von Pflanzenschutzmitteln und Tierarzneimitteln durch. Eine wichtige Tätigkeit des Instituts, die im Auftrag des Gesundheitsministers oder der Regionen erfolgt, ist die Inspektion und Qualitätskontrolle von Lebensmitteln und Verpackungen. Das ISS führt auch Konformitäts-Analysen durch.

Regionale und lokale Ebene

Abgesehen von ausdrücklich der Zentralregierung obliegenden Aufgaben, wurde die Zuständigkeit für Kontrollen auf die regionale Ebene übertragen. Die 19 Regionen und zwei autonomen Provinzen sind in ihren Gebieten für die Planung, Koordination, Anleitung, Genehmigung und Verifikation verantwortlich, während die operative Umsetzung der Kontrollen auf lokaler Ebene von 146 lokalen Einheiten mit einem hohen Grad an Verwaltungsautonomie erfolgt. Lokale Gebietskörperschaften sind für die örtlichen Kontrollen der Tiergesundheit, des Tierschutzes und der Nahrung sowohl tierischen als auch nicht-tierischen Ursprungs zuständig. Lebensmittel-, Futter- und

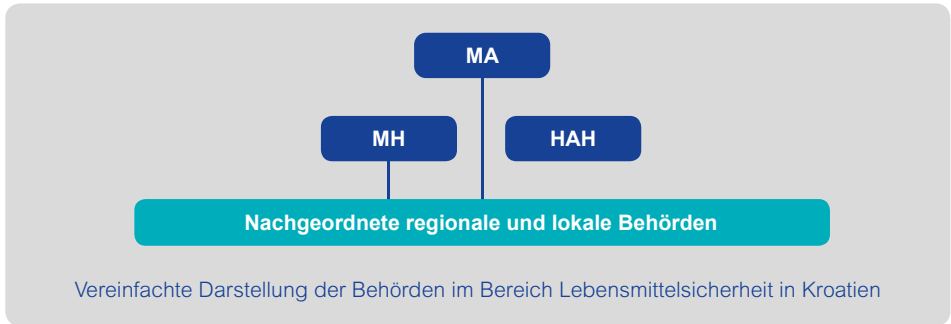
Tierproben, die von den örtlichen Einheiten in ihrer amtlichen Überwachungstätigkeit gesammelt wurden, werden von den amtlichen Laboratorien der IIZZSS analysiert, die auf lokaler Ebene tätig sind.

Am EFSA-Netzwerk beteiligte Einrichtungen nach Art. 36 VO (EG) Nr. 178/2002

1. Italian National Institute of Health (Istituto Superiore di Sanita, ISS) (EFSA Focal Point)
2. Council for Agricultural Research and Economics (Consiglio per la ricerca in agricoltura e l'analisi dell'economia agraria, CREA)
3. National Research Council (Consiglio Nazionale delle Ricerche, CNR)
4. Italian National Agency for New Technologies, Energy and Sustainable Economic Development (ENEA)
5. Experimental Zooprophyllaxis Institute of Abruzzo and Molise Regions (Istituto Zooprofilattico Sperimentale dell'Abruzzo e del Molise "G. Caporale", IZS AM)
6. Veterinary Public Health Institute of Apulia and Basilicata (Istituto Zooprofilattico Sperimentale della Puglia e della Basilicata, IZSPB)
7. Veterinary Public Health Institute of Lazio and Tuscany (Istituto Zooprofilattico Sperimentale delle Regioni Lazio e Toscana, IZSLT)
8. Veterinary Public Health Institute of Lombardy and Emilia-Romagna "Bruno Ubertini" (Istituto Zooprofilattico Sperimentale della Lombardia e dell'Emilia-Romagna "Bruno Ubertini", IZSLER)
9. Veterinary Public Health Institute of Piedmont, Liguria and Aosta Valley (Istituto Zooprofilattico Sperimentale del Piemonte Liguria e Valle d'Aosta, IZSPLVA)
10. Veterinary Public Health Institute of Sicily (Istituto Zooprofilattico Sperimentale della Sicilia "A.Mirri", IZSSIC)

11. Veterinary Public Health Institute of Umbria and Marche Regions (Istituto Zooprofilattico Sperimentale dell'Umbria e delle Marche, IZSUM)
12. Veterinary Public Health Institute of Venezie (Istituto Zooprofilattico Sperimentale delle Venezie, IZSVe)
13. Alma Mater Studiorum – University of Bologna (Alma Mater Studiorum – Università di Bologna, UNIBO)
14. Università Cattolica del Sacro Cuore
15. Azienda Socio Sanitaria Territoriale (ASST) Fatebenefratelli Sacco
16. University of Eastern Piedmont (Università degli Studi del Piemonte Orientale "Amedeo Avogadro", UNIPMN)
17. University of Bari Aldo Moro
18. University of Foggia (Università degli Studi di Foggia, UNIFG)
19. University of Milan (Università degli Studi di Milano, UNIMI)
20. University of Palermo (Università degli studi di Palermo, UNIPA)
21. University of Parma (Università degli Studi di Parma, UNIPR)
22. University of Pavia (Università degli Studi di Pavia, UNIPV)
23. University of Perugia (Università degli Studi di Perugia, UNIPG)
24. Sapienza – University of Rome (Sapienza – Università di Roma, UNIROMA1)
25. Veterinary Public Health Institute of Mezzogiorno (Istituto Zooprofilattico Sperimentale del Mezzogiorno, IZSM)
26. Istituto Superiore per la Protezione e la Ricerca Ambientale (ISPRA)
27. University of Napoli Federico II (Università di Napoli Federico II)
28. University of Modena and Reggio Emilia (Università degli Studi di Modena e Reggio Emilia, UNIMORE)

3.11 Kroatien



Die zentrale Rechtsgrundlage im Lebensmittelrecht in Kroatien ist das Lebensmittelgesetz, welches die Verordnung (EG) Nr. 178/2002 in nationales Recht umsetzt. Bei lebensmittelrechtlichen Verstößen entscheiden letztlich die Gerichte über strafrechtliche Maßnahmen und im Streitfall über Schadensersatzansprüche der Verbraucher. Maßnahmen der Regierung hinsichtlich Lebensmittelsicherheit basieren oft auf wissenschaftlichen Risikobewertungen. Die endgültige Entscheidung über die Rechtmäßigkeit staatlicher Maßnahmen liegt ebenfalls bei den Gerichten.

In Kroatien sind Risikobewertung und Risikomanagement institutionell voneinander getrennt. Die Ergebnisse der Risikobewertung werden auf der Webseite der Kroatischen Behörde für Lebensmittelsicherheit (HAH) veröffentlicht, es sei denn, es bestehen gesetzliche Bestimmungen, die dies verbieten.

MA Ministerium für Landwirtschaft

- ▶ Agrarpolitik, Tiergesundheit, Tierschutz und Pflanzengesundheit
- ▶ Lebensmittel- und Futtermittelsicherheitspolitik
- ▶ Risikomanagement
- ▶ Risikokommunikation
- ▶ RASFF-Kontaktstelle

Sitz: Zagreb
<http://www.mps.hr>



Das Ministerium für Landwirtschaft (MA) ist zuständig für die Ausarbeitung und Durchsetzung von Rechtsvorschriften im Bereich der Lebensmittel- und Futtermittelsicherheit, der Qualität und der Hygiene sowie der Agrarpolitik, der amtlichen Kontrollen, der Pflanzengesundheit, der Tiergesundheit und des Tierschutzes. Das MA ist die zuständige Behörde für die amtliche Überwachung im Bereich Lebensmittel- und Futtermittelsicherheit. Dazu gehören Kontrollen bei der Primärproduktion von Lebensmitteln tierischen oder pflanzlichen Ursprungs sowie bei deren Verarbeitung, Import, Export und Verkauf. Das MA entwickelt einen mehrjährigen nationalen Kontrollplan und bestimmt amtliche Referenzlaboratorien für die Analyse von Lebensmitteln und

Futtermitteln und zur Sicherung von Tiergesundheit, Tierschutz und Pflanzengesundheit. Das MA ist verantwortlich für die Aufklärung der Öffentlichkeit im Falle eines begründeten Verdachts von Risiken von Lebensmitteln und Futtermitteln für die Gesundheit von Menschen und Tieren.

**MH
Ministerium für Gesundheit**

- ▶ Gesundheitspolitik
- ▶ Lebensmittelsicherheit
- ▶ Risikomanagement
- ▶ Risikokommunikation

Sitz: Zagreb
<https://zdravlje.gov.hr>



In Zusammenarbeit mit dem MA ist das Ministerium für Gesundheit (MH) verantwortlich für die Ausarbeitung von Rechtsvorschriften im Bereich der Lebensmittelsicherheit. Dies umfasst Lebensmittel nicht-tierischen Ursprungs, Nahrungsergänzungsmittel, Lebensmittel für Säuglinge und Kleinkinder, Lebensmittel für besondere medizinische Zwecke, tiefgefrorene Lebensmittel, Kontaminanten in Lebensmitteln, Lebensmittelzusatzstoffe und Aromen sowie funktionelle Lebensmittel. Das MH ist auch für die Überwachung von Lebensmitteln nicht-tierischen Ursprungs während der Produktion, Verarbeitung, Import und Export verantwortlich. Darüber hinaus ist das MH für die Hygieneaufsicht von Lebensmitteln tierischen und nicht-tierischen Ursprungs im Einzelhandel zuständig, mit Ausnahme der vom MA bereits genehmigten Betriebe. Das MH arbeitet eng mit dem MA zusammen, um die amtlichen Kontrollen zu überwachen und durchzuführen und mehrjährige nationale Kontrollpläne zu entwickeln.

**HAH
Kroatische Behörde für
Lebensmittelsicherheit**

- ▶ Risikobewertung
- ▶ Kommunikation von Risikobewertungen
- ▶ wissenschaftliche und technische Unterstützung
- ▶ EFSA-Kontaktstelle

Sitz: Osijek
<http://www.hah.hr>



Die Kroatische Behörde für Lebensmittelsicherheit (HAH) ist eine unabhängige und wissenschaftlich fundierte, von der Regierung eingesetzte Behörde und arbeitet im Geschäftsbereich des MA. Die HAH bietet wissenschaftliche und technische Unterstützung in allen Fragen der Lebensmittel- und Futtermittelsicherheit, Tiergesundheit und Tierschutz sowie Ernährungsgewohnheiten als Grundlage für die Risikobewertung. Die HAH ist auch für die Kommunikation zu Risikobewertungen verantwortlich.

Die HAH steht in engem Kooperations- und Kommunikationskontakt mit mehreren nationalen und internationalen Einrichtungen. Unabhängige nationale Experten unterstützen die HAH durch deren Teilnahme in der Wissenschaftlichen Kommission und den Wissenschaftlichen Gremien. Die HAH kooperiert zudem eng mit dem MH bei der Entwicklung mehrjähriger nationaler Kontrollpläne. Zusätzlich ist die HAH verantwortlich für die Einrichtung und Koordinierung eines nationalen Netzwerks von Institutionen im Bereich der Lebensmittelsicherheit. Die Codex-Kontaktstelle ist das kroatische Institut für Normung (HZN).

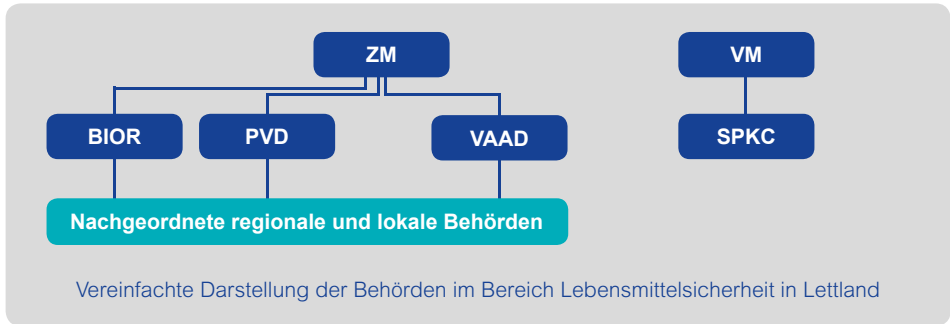
Regionale und lokale Ebene

In Kroatien besteht die regionale und lokale Ebene aus 20 Landkreisen und der Hauptstadt Zagreb, welche ebenfalls den Status eines Verwaltungsbezirks hat. Auf regionaler und lokaler Ebene erfolgt die Inspektion von Lebensmitteln tierischen und nicht-tierischen Ursprungs durch staatliche und Zoll- sowie Veterinär-Inspektoren. Die regionalen und lokalen Inspektionen werden von der Direktion für Veterinär- und Lebensmittelsicherheit (MA), der Direktion für Qualitäts- und Pflanzenschutzpolitik (MA) und der Direktion für Gesundheitsförderung (MH) koordiniert und überwacht.

Am EFSA-Netzwerk beteiligte Einrichtungen nach Art. 36 VO (EG) Nr. 178/2002

1. Croatian Food Agency (Hrvatska agencija za hranu, HAH) (EFSA Focal Point)
2. Croatian Veterinary Institute (Hrvatski Veterinarski Institut)

3.12 Lettland



Die Lebensmittelwirtschaft muss sowohl das Lebensmittelrecht in der EU als auch die nationalen Gesetzesvorschriften im Bereich der Lebensmittelsicherheit und -qualität befolgen. Die zentrale Rechtsgrundlage im Lebensmittelrecht in Lettland ist das Gesetz zur Überwachung des Umgangs mit Lebensmitteln. Verstöße gegen das Lebensmittelrecht hinsichtlich Routinekontrollen von Lebensmittelunternehmen sowie Verbraucherklagen und der Ausbruch lebensmittelbedingter Krankheiten können zu zivilrechtlichen und gegebenenfalls strafrechtlichen Maßnahmen führen. Die amtlichen Kontrollen im Bereich der Lebensmittelsicherheit werden auf der Grundlage der Risikobewertung durchgeführt. Die endgültige Entscheidung über die Rechtmäßigkeit staatlicher Maßnahmen liegt jedoch bei den Gerichten.

In Lettland gibt es eine klare institutionelle Trennung hinsichtlich der funktionalen Umsetzung von Risikobewertung und Risikomanagement im Bereich der Lebensmittelsicherheit. Die Risikobewertung erfolgt durch das Institut für Lebensmittelsicherheit, Tiergesundheit und Umwelt (BIOR), während das Risikomanagement Aufgabe des Lebensmittel- und Veterinärdienstes (PVD) ist. Dringende Mitteilungen hinsichtlich Tätigkeiten zu Risikobewertung und Risikomanagement sowie weitere relevante Informationen für Lebensmittelunternehmer und Verbraucher werden auf der Internetseite der zuständigen

Behörden von Fall zu Fall veröffentlicht, soweit nicht gesetzliche Regelungen entgegenstehen.

ZM Ministerium für Landwirtschaft

- ▶ Agrarpolitik
- ▶ Lebensmittelsicherheit und Qualität
- ▶ Lebensmittelinformationen für Verbraucher
- ▶ Risikokommunikation
- ▶ Risikomanagement
- ▶ Codex-Kontaktstelle

Sitz: Riga
<http://www.zm.gov.lv>

Das Ministerium für Landwirtschaft (ZM) ist zuständig für die Entwicklung und Umsetzung der Politik in den Sektoren Landwirtschaft, Lebensmittel- und Futtermittelsicherheit, einschließlich der Entwicklung nationaler Gesetzesvorschriften für die oben aufgeführten Sektoren. Das ZM arbeitet mit dem BIOR-Institut als für die Risikobewertung zuständige Einrichtung sowie mit dem Lebensmittel- und Veterinärdienst und dem staatlichen Pflanzenschutzdienst als Risikomanagement-Behörden zusammen, um über die notwendigen Maßnahmen für das Risikomanagement zu entscheiden. Das ZM ist ständig an Risikokommunikationsmaßnahmen auf verschiedenen Ebenen beteiligt.

In den Zuständigkeitsbereich des ZM gehören im Allgemeinen Aufgaben wie Lebensmittelsicherheit und -qualität, Pflanzengesundheit und Pflanzenschutz, Tiergesundheit und Tierschutz. Das ZM ist unter anderem für Rechtsverordnungen für neuartige Lebensmittel, Nahrungsergänzungsmittel, gentechnisch veränderte Organismen (GVO), Mineralwässer sowie für die Entwicklung und Umsetzung von Überwachungs- und Kontrollprogrammen im Bereich Zoonosen, Pestizidrückständen, Rückständen von Tierarzneimitteln und sonstigen Lebensmittel- und Futtermittelkontaminanten zuständig.

VM **Ministerium für Gesundheit**

- ▶ Gesundheitsfürsorgepolitik, öffentliche Gesundheits- und Pharmapolitik
- ▶ Risikokommunikation
- ▶ Risikomanagement

Sitz: Riga
<http://www.vm.gov.lv>

Hauptaufgaben des Ministeriums für Gesundheit (VM) sind die Entwicklung und Umsetzung der staatlichen Politik zum Schutz der öffentlichen Gesundheit und die Förderung der Prävention durch das nachdrückliche Hinwirken auf eine gesunde Lebensweise sowie die Schaffung der Bedingungen für eine kostenwirksame, zugängliche und qualitativ hochwertige Gesundheitsvorsorge für die Bürger.

Das VM ist zuständig für die Entwicklung, Koordination und Aktualisierung der Ernährungspolitik, für die Analyse der Überwachungsergebnisse bei lebensmittelbedingten Krankheiten sowie für die Erarbeitung wissenschaftlicher Stellungnahmen hinsichtlich der Lösung von Ernährungsproblemen und die Aufklärung der Öffentlichkeit in aktuellen Ernährungsbelangen.

Das VM ist zuständig für die Erarbeitung von Empfehlungen für die Nährstoff- und Energiezu-

fuhr für bestimmte Bevölkerungsgruppen in Lettland sowie für die Entwicklung von Standards für die Nährstoff- und Energiezufuhr für Kinder in Kindergärten und Schulen sowie für die Bewohner von Betreuungseinrichtungen und Krankenhauspatienten.

Das VM ist beteiligt an der Überwachung der Sicherheit und Qualität von Trinkwasser, ausgenommen die internen Wasserleitungen von Lebensmittelunternehmen. Der dem Ministerium für Gesundheit nachgeordnete Ernährungsrat wurde zur Unterstützung der Tätigkeiten im Ernährungsbereich eingerichtet.

Das VM ist ständig an den Maßnahmen zur Risikokommunikation auf verschiedenen Ebenen beteiligt.

BIOR **Institut für Lebensmittelsicherheit, Tiergesundheit und Umwelt**

- ▶ Risikobewertung
- ▶ Risikokommunikation
- ▶ EFSA-Kontaktstelle

Sitz: Riga
<http://www.bior.gov.lv>

Das Institut für Lebensmittelsicherheit, Tiergesundheit und Umwelt (BIOR) führt wissenschaftliche Tätigkeiten auf dem Gebiet der Lebensmittel, Tiermedizin, Umwelt und Fischerei sowie in anderen Bereichen der Biologie durch. Das BIOR bietet Fachwissen, wissenschaftliche Substanziierung und Risikobewertungen in den oben genannten Bereichen. Das BIOR implementiert Projekte zur Bewertung von Risiken im Bereich Lebensmittelsicherheit und ansteckende Tierkrankheiten und gewährleistet die Zusammenarbeit mit Institutionen, die in diesen Bereichen tätig sind. Das BIOR übernimmt Aufgaben des Nationalen Referenzlaboratoriums in den gesetzlich vorgeschriebenen Gebieten und führt laboratorische und diagnostische Untersuchungen

bezüglich der amtlichen Überwachung und Kontrolle des Lebensmittelverkehrs, des Tierschutzes und des Verkehrs tierischer Futtermittel und Tierarzneimittel durch. BIOR fungiert als EFSA-Kontaktstelle Lettlands.

**PVD
Lebensmittel- und Veterinärdienst**

- ▶ Überwachung und Kontrolle
- ▶ Risikomanagement
- ▶ Risikokommunikation
- ▶ RASFF-Kontaktstelle

Sitz: Riga
<http://www.pvd.gov.lv>



Der Lebensmittel- und Veterinärdienst (PVD) arbeitet unter Aufsicht des ZM. Der PVD ist verantwortlich für die Verwirklichung der Überwachungs- und Kontrollfunktion des Staates im Bereich der Lebensmittelsicherheit und -qualität sowie im Bereich der Lebensmittelkennzeichnung in der gesamten Nahrungskette, einschließlich der Überwachung und Grenzkontrollen von Lebensmitteln (Konzept "Vom Erzeuger zum Verbraucher"). Der PVD führt die Registrierung und Genehmigung von Lebensmittelbetrieben durch.

Im Falle einer Bedrohung des menschlichen Lebens oder der Gesundheit ist es Aufgabe des leitenden staatlichen Lebensmittel- und Veterinärinspektors, die Einschränkung oder das Verbot des Vertriebs von Lebensmitteln auf lettischem Staatsgebiet zu verfügen. Der PVD fungiert als amtliche RASFF-Kontaktstelle in Lettland.

**VAAD
Staatlicher Pflanzenschutzdienst**

- ▶ Risikobewertung
- ▶ Risikomanagement
- ▶ Risikokommunikation

Sitz: Riga
<http://www.vaad.gov.lv>



Der Staatliche Pflanzenschutzdienst (VAAD) arbeitet unter Aufsicht des ZM. Der VAAD ist zuständig für die amtliche Überwachung und Kontrolle im Bereich Freizügigkeit von Pflanzenerzeugnissen, Düngemitteln, Pflanzen und Pflanzenschutzmitteln, Pflanzensorten, Saatgut und Pflanzgut. Der VAAD arbeitet mit internationalen Organisationen zusammen und organisiert den Informationsaustausch mit anderen Ländern zu Fragen des Pflanzenschutzes, der Pflanzenquarantäne, des Verkehrs mit Saatgut und der Sortenschutzrechte. Der VAAD ist zuständig für die Kontrolle von GVO in Saatgut und anderem Vermehrungsgut.

**SPKC
Zentrum für Prävention und Kontrolle von Krankheiten**

- ▶ Risikomanagement
- ▶ Risikokommunikation Schriftart

Sitz: Riga
<http://www.spkc.gov.lv>

Das Zentrum für Prävention und Kontrolle von Krankheiten (SPKC) führt die epidemiologische Überwachung durch und überwacht und pflegt die zugehörige Datenbasis. Außerdem ergreift es die erforderlichen Maßnahmen zur Verhütung und Lokalisierung von Infektionskrankheiten. Dem Zentrum obliegt die Überwachung der öffentlichen Gesundheit und die Verwaltung des einschlägigen Berichtswesens sowie die Bera-

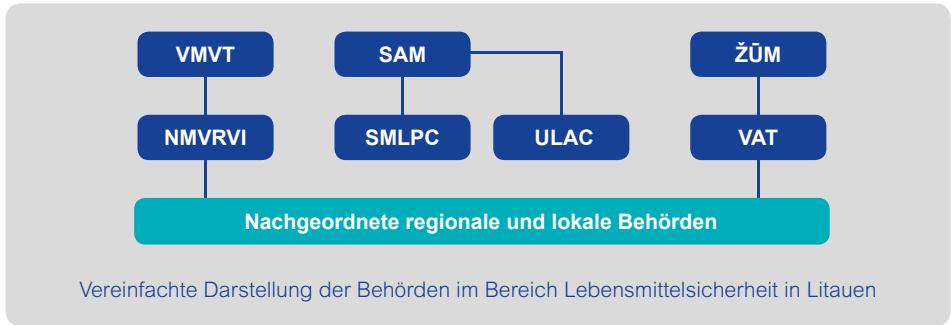
zung der Öffentlichkeit in Fragen der Gesundheit und einer gesunden Lebensweise. Das SPKC ist verantwortlich für das Frühwarn- und Reaktions-system für übertragbare Krankheiten in der EU (EWRS), übernimmt Aufgaben als Koordinator des Europäischen Überwachungssystems (TESSy) und ist als WHO-Kontaktstelle und als Kontaktstel-le für das Europäische Zentrum für die Prävention und Kontrolle von Krankheiten benannt.

Am EFSA-Netzwerk beteiligte Einrichtungen nach Art. 36 VO (EG) Nr. 178/2002

1. Institute of Food Safety, Animal Health and Environment "BIOR" (EFSA Focal Point)
2. State Plant Protection Service (Valsts augu aizsardzības dienests)
3. Food and Veterinary Service
4. Latvia University of Agriculture:
 - Faculty of Food Technology (FFT)
 - Faculty of Veterinary Medicine (FVM)
 - Research Institute of Biotechnology and Veterinary Medicine "Sigra" (RIBVMS)
5. University of Latvia
 - Faculty of Biology
 - Faculty of Chemistry
6. Rīga Stradiņš University (Rīgas Stradiņa universitāte)

3.13 Litauen

Litauen



Die zentrale Rechtsgrundlage im Lebensmittelrecht in Litauen ist das litauische Lebensmittelgesetz. Es umfasst die Anforderungen an in den Verkehr gebrachte Lebensmittel, deren Behandlung, die Zuständigkeiten von Behörden im Bereich Lebensmittelsicherheit, die Pflichten und Haftung von Lebensmittelproduzenten, Lebensmittelunternehmen und im Lebensmittelhandel.

Bei lebensmittelrechtlichen Verstößen entscheiden letztlich die Gerichte über strafrechtliche Maßnahmen und im Streitfall über Schadensersatzansprüche der Verbraucher. Maßnahmen der Regierung hinsichtlich Lebensmittelsicherheit basieren oft auf wissenschaftlichen Risikobewertungen. Die endgültige Entscheidung über die Rechtmäßigkeit staatlicher Maßnahmen liegt jedoch bei den Gerichten.

In Litauen sind Risikobewertung und Risikomanagement institutionell getrennt. Risikobewertungen werden im Internet veröffentlicht.

VMVT
Staatlicher Lebensmittel- und Veterinärdienst

- ▶ Risikomanagement
- ▶ Risikokommunikation
- ▶ EFSA-Kontaktstelle
- ▶ RASFF-Kontaktstelle

Sitz: Vilnius
<http://www.vmvt.lt>

Der Staatliche Lebensmittel- und Veterinärdienst (VMVT) hat gegenüber der Regierung Litauens eine Rechenschaftspflicht, erarbeitet und verwaltet Regelungen in den Bereichen Lebensmittelqualität, Lebensmittelsicherheit sowie Tiergesundheit und Tierschutz. Die Aktivitäten des VMVT basieren in der Regel auf wissenschaftlichen Gutachten des Nationalen Lebensmittel- und Veterinär-Risikobewertungsinstituts (NMVRVI).

Der VMVT überwacht und kontrolliert die Tiergesundheit, einschließlich Ausbrüche von Zoonosen und anderen ansteckenden Tierkrankheiten. Ziel des VMVT ist es, alle notwendigen biologischen Maßnahmen einzusetzen, um die Einführung von Zoonosen und anderen ansteckenden

Tierkrankheiten nach Litauen und in die EU zu verhindern.

Der VMVT führt offizielle Kontrollen über die gesamte Nahrungskette nach dem Prinzip „vom Stall bis auf den Teller“ durch. Der VMVT überwacht die Lebensmittel auf dem litauischen Markt, sowie die für die Ausfuhr bestimmte Sicherheitskonformität, Kennzeichnung und andere gesetzliche Anforderungen.

**NMVRVI
Nationales Lebensmittel- und
Veterinär-Risikobewertungsinstitut**

- ▶ Risikobewertung
- ▶ Forschung

Sitz: Vilnius
<http://www.nmvrvi.lt>



Als dem VMVT nachgeordnete, zuständige Fachbehörde, ist das Nationale Lebensmittel- und Veterinär-Risikobewertungsinstitut (NMVRVI) zuständig für wissenschaftsbasierte Risikobewertungen, die Identifizierung neuer gesundheitlicher Risiken und für Empfehlungen zur Risikominderung. Der Aufgabenbereich des NMVRVI umfasst die Sicherheit und Wirksamkeit von Tierarzneimitteln und Biozid-Produkten im Veterinärbereich, die Bewertung biologischer, chemischer und anderer Risikofaktoren in Lebensmitteln und Futtermitteln, Zoonosen, die Bewertung der Sicherheit und Wirksamkeit von Nahrungsergänzungsmitteln und Futterzusätzen, Risikobewertungen von gentechnisch veränderten Organismen (GVO) für lebende Tiere und GMO in Lebensmitteln und Futtermitteln.

Die Zulassungsbehörde für Tierarzneimittel in Litauen ist das NMVRVI. Am NMVRVI ist ein Nationales Referenzlabor nach der Verordnung (EG) Nr. 882/2004 angesiedelt. Das Tätigkeitsfeld des

NMVRVI erstreckt sich über den Bereich der Lebensmittelsicherheit hinaus unter anderem auf Tiergesundheit.

**SAM
Ministerium für Gesundheit**

- ▶ Gesundheitspolitik und Lebensmittelsicherheit
- ▶ Codex-Kontaktstelle

Sitz: Vilnius
<http://www.sam.lt>

Das Ministerium für Gesundheit (SAM) ist zuständig für Gesundheitspolitik und Lebensmittelsicherheit in Litauen. Das SAM erarbeitet Vorlagen für Gesetze im Bereich Nahrungsmittel und Lebensmittelsicherheit unter Berücksichtigung der wissenschaftlichen Bewertung des Risikos für die menschliche Gesundheit. In den Aufgabenbereich des SAM gehören Lebensmittelzusatzstoffe, Nahrungsergänzungsmittel, Höchstgehalte von Lebensmittelkontaminanten, Zusatz von Vitaminen, Mineralstoffen und anderen Substanzen in Lebensmitteln, diätetische Lebensmittel, bestrahlte Lebensmittel, gentechnisch veränderte Lebensmittel, neuartige Lebensmittel und Materialien, die mit Lebensmitteln in Berührung kommen. Das SAM legt außerdem zwingende Erfordernisse zum Schutz der Verbraucher fest, d. h. Lebensmittelkennzeichnung sowie zur Anwendung von Nährwert- und gesundheitsbezogenen Angaben. Des Weiteren legt das SAM zwingende Anforderungen fest hinsichtlich der Gesundheit von Menschen, die mit Lebensmitteln arbeiten, die vorgeschriebenen Verfahren zu Gesundheitsuntersuchungen und die obligatorischen Hygieneschulungen.

Am SAM ist das staatliche Überwachungslabor für öffentliche Gesundheit (NVSTL) nach der Verordnung (EG) Nr. 882/2004 angesiedelt.

SMLPC
Zentrum für Gesundheitserziehung und Krankheitsprävention

- ▶ Verbraucheraufklärung zur Lebensmittelsicherheit
- ▶ Forschung (Lebensmittelverzehr und Überwachung)

Sitz: Vilnius
<http://www.smlpc.lt>



Das Zentrum für Gesundheitserziehung und Krankheitsprävention (SMLPC) ist eine Fachbehörde innerhalb des Geschäftsbereichs des SAM. Das SMLPC organisiert und führt Aufklärungsarbeit zu Ernährung und Lebensmittelsicherheit für Einwohner, Gemeinden und Fachleute durch. Das SMLPC organisiert regelmäßig Verzehrsstudien in Litauen.

ULAC
Zentrum für übertragbare Krankheiten und AIDS

- ▶ Risikobewertung
- ▶ Risikomanagement
- ▶ Risikokommunikation

Sitz: Vilnius
<http://www.ulac.lt>

Das Zentrum für übertragbare Krankheiten und AIDS (ULAC) ist eine Fachbehörde im Geschäftsbereich des SAM. Das ULAC ist verantwortlich für die Organisation und Durchführung der Prävention und Kontrolle übertragbarer Krankheiten, um die Morbidität, Mortalität und Behinderung in der litauischen Bevölkerung zu reduzieren. Das ULAC führt die Prävention und Kontrolle von durch Lebensmittel und Wasser übertragene Krankheiten und Zoonosen auf nationaler Ebene durch.

ŽŪM
Ministerium für Landwirtschaft

- ▶ Agrarpolitik

Sitz: Vilnius
<http://www.zum.lt>

Das Ministerium für Landwirtschaft (ŽŪM) ist zuständig für die Qualitätsanforderungen von Lebensmitteln und Lebensmittelsicherheit in Litauen. Dies umfasst Vorschriften der Lebensmittelkennzeichnung, den Umgang mit Lebensmitteln, pflanzliche Agrarerzeugnisse für den menschlichen Verzehr, die Anwendung von Pflanzenschutzmitteln sowie den ökologischen Landbau. In Zusammenarbeit mit dem Umweltministerium und dem SAM ist das ŽŪM an der Regulierung des Einsatzes von GVO beteiligt.

VAT
Staatlicher Pflanzendienst

- ▶ Risikobewertung
- ▶ Risikomanagement

Sitz: Vilnius
<http://www.vatzum.lt>



Der Staatliche Pflanzendienst (VAT) ist eine dem ŽŪM nachgeordnete Fachbehörde. Der VAT ist zuständig für die Umsetzung und Kontrolle der sicheren Anwendung von Pflanzenschutzmitteln und Pflanzenschutzmaßnahmen.

Der VAT ist zuständig für die Bewertung und Zulassung von Pflanzenschutzmitteln sowie die Nachzulassungskontrolle (Import, Lagerung, Verkauf, Kennzeichnung, Verpackung und Anwendung von Pflanzenschutzmitteln). Außerdem kontrolliert der VAT den Anbau von GVO-Saatpflanzen und die Nutzung von Pflanzenvermehrungsgut (einschließlich GVO). In diesem Zusammenhang

überwacht und koordiniert der VAT die Aufgaben der zehn regionalen Dienststellen.

ASU

Aleksandras Stulginskis Universität

- ▶ Risikobewertung
- ▶ Forschung

Sitz: Kaunas
<http://www.asu.lt>

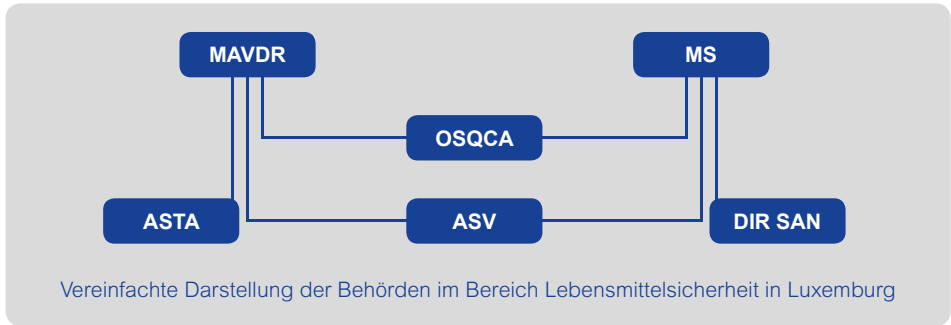
Die Aleksandras Stulginskis Universität (ASU) ist eine staatliche Hochschule und Forschungsanstalt, die Abschlüsse wie PhD, MSc und BSc in den Fachgebieten Lebensmittelwissenschaften, Land- und Forstwirtschaft, Wasser- und Bodenressourcenmanagement, Bioenergie und Maschinenbau, Klimawandel und nachhaltige Nutzung der natürlichen Ressourcen vergibt. Derzeit sind über 5.000 Studierende in einem breiten Angebot von Studiengängen der Biomedizin, Technologien und Sozialwissenschaften immatrikuliert.

Am EFSA-Netzwerk beteiligte Einrichtungen nach Art. 36 VO (EG) Nr. 178/2002

1. State Food and Veterinary Service (EFSA Focal Point)
2. Health Education and Disease Prevention Centre, Ministry of Health
3. State Plant Protection Service, Ministry of Agriculture
4. National Food and Veterinary Risk Assessment Institute
5. Aleksandras Stulginskis University
6. Centre for Communicable Diseases and AIDS

3.14 Luxemburg

Luxemburg



Die zentrale Rechtsgrundlage im Lebensmittelrecht in Luxemburg ist die Verordnung (EG) Nr. 178/2002 sowie das nationale Lebensmittelrecht. Bei lebensmittelrechtlichen Verstößen entscheiden letztlich die Gerichte über strafrechtliche Maßnahmen und im Streitfall über Schadensersatzansprüche der Verbraucher. Maßnahmen der Regierung hinsichtlich Lebensmittelsicherheit basieren oft auf wissenschaftlichen Risikobewertungen. Die endgültige Entscheidung über die Rechtmäßigkeit staatlicher Maßnahmen liegt jedoch bei den Gerichten.

In Luxemburg gibt es keine institutionelle Trennung von Risikobewertung und Risikomanagement.

MAVDR
Ministerium für Landwirtschaft, Weinbau und ländliche Entwicklung

- ▶ Agrarpolitik, Lebensmittelsicherheit
- ▶ Risikomanagement
- ▶ Risikokommunikation
- ▶ Codex-Kontaktstelle

Sitz: Luxemburg
<http://www.ma.public.lu>

Das Ministerium für Landwirtschaft, Weinbau und ländliche Entwicklung (MAVDR) befasst sich mit der Agrarpolitik und bereitet Gesetzentwürfe in bestimmten Bereichen der Lebensmittel- und Futtermittelsicherheit vor. Beide Ministerien, das

MAVDR und das Ministerium für Gesundheit (MS), werden von zuständigen Behörden wie der Behörde für landwirtschaftstechnische Dienstleistungen (ASTA) und der Veterinärdienstverwaltung (ASV) unterstützt. Der Geschäftsbereich der MAVDR erstreckt sich über den Bereich der Lebensmittel- und Futtermittelsicherheit hinaus auf Pflanzengesundheit, Pflanzenschutzmittel, Tiergesundheit und Tierschutz.

MS
Ministerium für Gesundheit

- ▶ Gesundheitspolitik, Lebensmittelsicherheit
- ▶ Risikomanagement
- ▶ Risikokommunikation

Sitz: Luxemburg
<http://www.ms.public.lu>

Das Ministerium für Gesundheit (MS) befasst sich mit der Gesundheitspolitik und erarbeitet in diesem Bereich Vorlagen für Gesetze. Staatliche Lebensmittelsicherheitskontrollen werden von nachgeordneten Behörden ausgeführt und vom MS überwacht. Das MS wird von zuständigen Behörden wie der Direktion für öffentliche Gesundheit (DIR SAN), der Abteilung für Pharmazie und Medizin (DPM) und der ASV unterstützt. Das Tätigkeitsfeld des MS erstreckt sich über den Bereich der Lebensmittelsicherheit hinaus unter anderem auf Biozide und Kosmetika.

OSQCA Behörde für Sicherheit und Qualität in der Nahrungskette

- ▶ Risikobewertung
- ▶ Risikomanagement
- ▶ Risikokommunikation
- ▶ EFSA-Kontaktstelle
- ▶ RASFF-Kontaktstelle

Sitz: Luxemburg
<http://www.securite-alimentaire.public.lu>



Die Behörde für Sicherheit und Qualität in der Nahrungskette (OSQCA) ist eine nachgeordnete Fachbehörde im Geschäftsbereich des MAVDR und des MS. Die OSQCA ist verantwortlich dafür, die optimale Kooperation zwischen allen Behörden im Bereich Lebensmittel- und Futtermittelsicherheit sicherzustellen. Die von der OSQCA (sowie von der ASTA, ASV und DIR SAN) ausgearbeiteten Risikobewertungsverfahren werden dem MAVDR und dem MS als Grundlage für Politik und Verwaltungsmaßnahmen unterbreitet. Auf Anfrage des MAVDR und des MS erarbeitet die OSQCA zusätzliche Empfehlungen zur Lebensmittelsicherheit. Die OSQCA ist für die Koordination von staatlichen Futtermittel- und Lebensmittelkontrollen zuständig. Die OSQCA beaufsichtigt die zuständigen Behörden, die mit der Kontrolle der Lebensmittelsicherheit über die gesamte Nahrungskette befasst sind. Zusätzlich bietet die OSQCA Schulungen für diese Behörden, wie in der Verordnung (EG) Nr. 882/2004 festgelegt.

In den Aufgabenbereich der OSQCA gehören die in der Verordnung (EG) Nr. 882/2004 beschriebenen Aufgaben der Lebensmittel- und Futtermittelsicherheit und insbesondere Maßnahmen bezüglich neuartiger Lebensmittel, Rückständen von Pflanzenschutz- sowie Tierarzneimitteln,

Nahrungsergänzungsmitteln, gentechnisch veränderten Organismen (GVO), Zoonosen, Mineral- und Trinkwasser.

ASTA Behörde für landwirtschaftstechnische Dienstleistungen

- ▶ Risikobewertung
- ▶ Risikomanagement

Sitz: Luxemburg
<http://www.asta.etat.lu>



Die Behörde für landwirtschaftstechnische Dienstleistungen (ASTA) ist eine nachgeordnete Fachbehörde im Geschäftsbereich des MAVDR. Sie ist zuständig für die Risikobewertung und Umsetzung von amtlichen Kontrollen für Futtermittel, Pflanzenschutzmittel und die EU-Gütesiegel PDO, PGI und TSG. Die ASTA ist die Zulassungsbehörde für Pflanzenschutzmittel. Die ASTA ist zuständig für die Kontrolle der Primärproduktion von Lebensmitteln nicht-tierischen Ursprungs.

ASV Veterinärndienstverwaltung

- ▶ Risikobewertung
- ▶ Risikomanagement

Sitz: Luxemburg
<http://www.asv.public.lu>



Die Veterinärndienstverwaltung (ASV) ist eine nachgeordnete Fachbehörde im Geschäftsbereich des MAVDR und des MS. Die ASV ist für die Risikobewertung und die Umsetzung von staatlichen Inspektionen im Bereich von Lebensmitteln tierischen Ursprungs, Tiergesundheit und Tierschutz zuständig.

DIR SAN
Direktion für öffentliche Gesundheit

- ▶ Risikobewertung
- ▶ Risikomanagement

Sitz: Luxemburg
<http://www.securite-alimentaire.public.lu>



Die Direktion für öffentliche Gesundheit (DIR SAN) ist dem MS nachgeordnet. Die Abteilung für Lebensmittelsicherheit (SECUALIM) innerhalb der DIR SAN ist zuständig für Risikobewertung und die Umsetzung von amtlichen Lebensmittelsicherheitskontrollen im Bereich Lebensmittelhygiene, HACCP, mikrobiologische Erreger, Kontaminanten, Pestizidrückstände, GVO, neuartige Lebensmittel, Nahrungsergänzungsmittel, Lebensmittelzusatzstoffe, besondere diätetische Lebensmittel, Lebensmittelkennzeichnung, Lebensmittelkontaktmaterialien, Bestrahlung, Import von Lebensmitteln und Getränken nicht-tierischen Ursprungs.

Im Bereich Lebensmittelhygiene pflegt die SECUALIM eine enge Zusammenarbeit mit der Zollverwaltung. Gemeinsame Verfahren und Checklisten stehen für die Durchführung von Kontrollen zur Verfügung.

Die Abteilung für Pharmazie und Medizin (DPM) innerhalb der DIR SAN ist zuständig für die Risikobewertung und Umsetzung der amtlichen Lebensmittelsicherheitskontrollen im Bereich Fütterungsarzneimittel und Arzneimittel. Die DPM ist die Zulassungsbehörde für Tierarzneimittel.

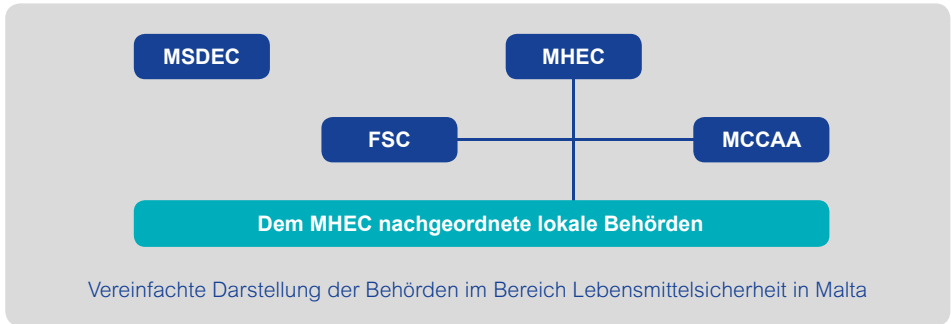
Regionale und lokale Ebene

Die Umsetzung der Futter- und Lebensmittelinspektionen und sonstigen Kontrollen erfolgt durch die zentralen Behörden.

Am EFSA-Netzwerk beteiligte Einrichtungen nach Art. 36 VO (EG) Nr. 178/2002

1. Ministry of Health of Luxembourg (Ministère de la Santé)
2. Luxembourg Institute of Health
3. Laboratoire national de santé
4. Centre de Recherche Public-Gabriel Lippmann (CRP-GL)

3.15 Malta



Die zentrale Rechtsgrundlage im Lebensmittelrecht in Malta ist das Lebensmittelsicherheitsgesetz. Bei lebensmittelrechtlichen Verstößen entscheiden letztlich die Gerichte über strafrechtliche Maßnahmen und im Streitfall über Schadensersatzansprüche der Verbraucher. Maßnahmen der Regierung hinsichtlich Lebensmittelsicherheit basieren oft auf wissenschaftlichen Risikobewertungen. Die endgültige Entscheidung über die Rechtmäßigkeit staatlicher Maßnahmen liegt jedoch bei den Gerichten.

In Malta sind Risikobewertung und Risikomanagement institutionell voneinander getrennt. Risikobewertungen werden nicht veröffentlicht.

Im Allgemeinen hat Malta ein nationales zentralisiertes System. Aufgrund des geringen Leistungsumfangs sind die Büros auf zentraler Ebene nicht nur für die Politik und Koordination, sondern auch für die direkte Umsetzung der Kontrollen zuständig.

MSDEC Ministerium für nachhaltige Entwicklung, Umwelt und Klimawandel

- ▶ Agrarpolitik, Lebensmittel- und Futtermittelsicherheit
- ▶ Risikomanagement

Sitz: Santa Venera
<http://msdec.gov.mt/en>



Das Ministerium für nachhaltige Entwicklung, Umwelt und Klimawandel (MSDEC) befasst sich mit der Agrarpolitik und insbesondere mit der Lebensmittel- und Futtermittelsicherheit in Malta. Es ist die zuständige Behörde für die Kontrolle von Lebensmitteln tierischen Ursprungs. Das MSDEC ist zuständig für die Anleitung, Genehmigung und Inspektion aller Arten von Betrieben für Lebensmittel tierischen Ursprungs und für Einfuhrkontrollen für Lebensmittel tierischen Ursprungs und Futtermittel.

In den Aufgabenbereich des MSDEC gehören Futtermittel, gentechnisch veränderte Organismen (GVO), Zoonosen und Rückstände von Pflanzenschutzmitteln und Tierarzneimitteln. Das MSDEC ist die Regulierungsbehörde für Tierarzneimittel auf Malta. Das MSDEC-Arbeitsgebiet erstreckt sich über die Lebensmittelsicherheit

hinaus, z. B. auf Pflanzengesundheit, Tiergesundheit und Tierschutz.

MHEC
Ministerium für Gesundheit, ältere Menschen und kommunale Versorgung

- ▶ Sozial- und Gesundheitspolitik, Lebensmittelsicherheit
- ▶ Risikomanagement

Sitz: Valletta
<http://www.sahha.gov.mt>



Das Ministerium für Gesundheit, ältere Menschen und kommunale Versorgung (MHEC) befasst sich mit der Sozial- und Gesundheitspolitik sowie der Lebensmittelsicherheit in Malta. Es ist verantwortlich für die Überwachung von Lebensmitteln und Lebensmittelhygiene sowie für die Aufsicht und Koordinierung der Umsetzung der Kontrollen. Die eigentlichen Kontrollen werden von sieben regionalen Gremien durchgeführt. Der Geschäftsbereich des MHEC umfasst Hygiene, neuartige Lebensmittel, Nahrungsergänzungsmittel, Mineralwasser und Trinkwasser.

Der MHEC-Arbeitsbereich erstreckt sich über die Lebensmittelsicherheit hinaus zum Beispiel auf Ernährung.

FSC
Kommission für Lebensmittelsicherheit

- ▶ Risikokommunikation
- ▶ Risikomanagement
- ▶ Codex-Kontaktstelle
- ▶ RASFF-Kontaktstelle
- ▶ Forschung

Sitz: Santa Venera
http://ehealth.gov.mt/HealthPortal/others/foodsafetycom/introduction/duty_of_food_safety_commission.aspx



Die Kommission für Lebensmittelsicherheit (FSC) ist eine unabhängige staatliche Koordinierungsbehörde, die dem MHEC nachgeordnet ist. Die FSC ist für Risikomanagement und Risikokommunikation zuständig. Sie ist Koordinierungsstelle für Themen im Bereich Lebensmittelsicherheit und fungiert als Forum für Kooperationen zwischen MSDEC, MHEC und der Maltesischen Behörde für Wettbewerb und Verbraucherfragen (MCCAA) und weiteren Einrichtungen der Lebensmittelsicherheit. Die FSC ist zuständig für die Registrierung aller Lebensmittelbetriebe.

In Malta ist das öffentliche Gesundheitslabor Nationales Referenzlaboratorium nach der Verordnung (EG) Nr. 882/2004 und nutzt Nationale Referenzlaboratorien anderer europäischer Mitgliedsstaaten.

MCCAA Maltesische Behörde für Wettbewerb und Verbraucherfragen

- ▶ Risikobewertung
- ▶ EFSA-Kontaktstelle

Sitz: Blata I-Bajda
<http://www.mccaa.org.mt>



Die Maltesische Behörde für Wettbewerb und Verbraucherfragen (MCCAA) ist eine von der Regierung eingesetzte Fachbehörde im Geschäftsbereich des Ministeriums für fairen Wettbewerb, Kleinunternehmen und Verbraucher. Das Lebensmittelsicherheitsgesetz überträgt besondere Zuständigkeiten für Risikobewertung auf die MCCAA. Risikobewertungen der MCCAA dienen dem MSDEC und MHEC als Grundlage für Managementmaßnahmen im Bereich der Lebensmittelsicherheit. Die MCCAA hat Risiken zu bewerten, neue gesundheitliche Risiken aufzuspüren und Empfehlungen zur Risikominimierung zu erarbeiten. Die MCCAA steht der FSC mit technischem und wissenschaftlichem Rat zur Verfügung. In den Aufgabenbereich der MCCAA gehören unter anderem neuartige Lebensmittel, Nahrungsergänzungsmittel, Nährwert- und gesundheitsbezogene Angaben und Mineralwasser. Die MCCAA ist die Zulassungsbehörde für Pflanzenschutzmittel in Malta. Ihr Tätigkeitsfeld erstreckt sich über den Bereich der Lebensmittelsicherheit hinaus unter anderem auf Kosmetika, Biozide und Bedarfsgegenstände.

Regionale und lokale Ebene

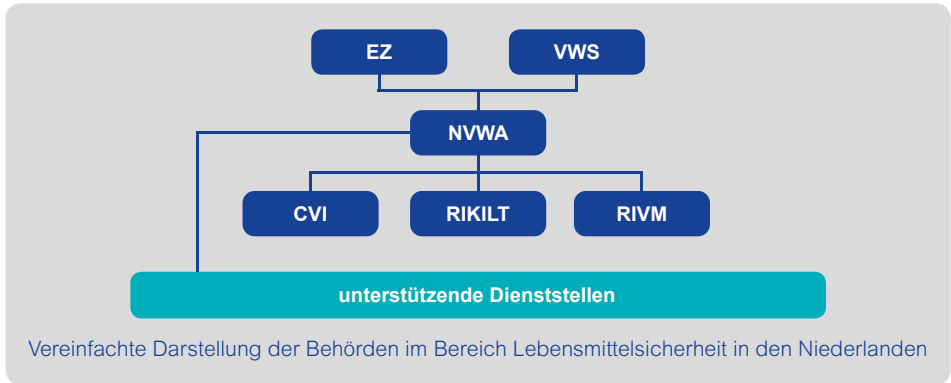
Die Umsetzung der Lebensmittelkontrollen erfolgt durch sieben regionale Kontrollbehörden, die dem MHEC nachgeordnet sind. Die Koordination der Lebensmittel- und Futtermittelüberwachung erfolgt auf der Ebene der Kommission für Lebensmittelsicherheit.

Am EFSA-Netzwerk beteiligte Einrichtungen nach Art. 36 VO (EG) Nr. 178/2002

1. Malta Competition and Consumer Affairs Authority (EFSA Focal Point)

3.16 **Niederlande**

Niederlande



Die europäische Regulierung und das niederländische Lebensmittel- und Bedarfsgegenstände-gesetz sind die zentrale Rechtsgrundlage für die Lebensmittelgesetzgebung in den Niederlanden. Bei lebensmittelrechtlichen Verstößen entscheiden letztlich die Gerichte über strafrechtliche Maßnahmen und im Streitfall über Schadensersatzansprüche der Verbraucher. Maßnahmen der Regierung hinsichtlich Lebensmittelsicherheit basieren oft auf wissenschaftlichen Risikobewertungen.

Basierend auf dem „Unabhängigen Risikobewertungsgesetz“ der Niederlande sind die Risikobewertung und das Risikomanagement seit dem Jahr 2006 weitgehend institutionell getrennt. Risikobewertungen werden im Internet veröffentlicht, soweit nicht gesetzliche Regelungen entgegenstehen.

VWS
Ministerium für Gesundheit, Wohlfahrt und Sport

- ▶ Gesundheitspolitik, Lebensmittelsicherheit
- ▶ Risikomanagement

Sitz: Den Haag
<http://www.government.nl/ministries/vws>

Das Ministerium für Gesundheit, Wohlfahrt und Sport (VWS) verfolgt eine „gute Lebensmittel“-Politik vor allem auf Basis von Empfehlungen und Richtlinien, die vom niederländischen Gesundheitsrat vorbereitet werden. Das VWS ist verantwortlich für die Gesundheitspolitik und die Sicherheit von Lebensmitteln nicht-tierischen Ursprungs und bereitet Gesetzentwürfe in diesem Bereich vor. Das VWS begründet seine Risikomanagementmaßnahmen auf den Risikobewertungen der Dienststelle für Risikobewertung und -forschung (BuRO), einer Abteilung der niederländischen Behörde für Lebensmittel- und Verbraucherproduktsicherheit (NVWA). Der Geschäftsbereich des VWS umfasst Nahrungsergänzungsmittel, neuartige Lebensmittel, Mineralwasser, Trinkwasser, Pflanzenextrakte, Rückstände von Pflanzenschutzmitteln und Tier-

arzneimitteln sowie gentechnisch veränderte Organismen (GVO) im Bereich der Lebensmittel nicht-tierischen Ursprungs. Der Arbeitsbereich erstreckt sich über den Bereich der Lebensmittelsicherheit hinaus auf Kosmetik und Bedarfsgegenstände.

EZ Ministerium für Wirtschaft

- ▶ Agrarpolitik, Lebensmittelsicherheit
- ▶ Tiergesundheit und Tierschutz
- ▶ Risikomanagement

Sitz: Den Haag
<http://www.government.nl/ministries/ez>



Das Ministerium für Wirtschaft (EZ) ist zuständig für die Agrarpolitik und die Sicherheit von Lebensmitteln tierischen Ursprungs (z. B. bei der Primärproduktion durch Landwirte, Erzeuger und Fischer). Das EZ bereitet Gesetzentwürfe in diesem Bereich vor und sorgt für die Rückverfolgbarkeit von Lebensmitteln tierischen Ursprungs.

In den Niederlanden liegt es in der Verantwortung des Lebensmittelherstellers, sichere Lebensmittel zu garantieren und eine angemessene tägliche Qualitätskontrolle durchzuführen. Die Regierung überwacht dieses System der Eigenkontrollen („Überwachung des Überwachers“).

Das EZ gründet Risikomanagementmaßnahmen auf Risikobewertungen, die vom BuRO, einer Abteilung in der NVWA, erstellt wurden.

Das Portfolio des EZ umfasst Zoonosen, GVO und Rückstände von Pflanzenschutzmitteln und Tierarzneimitteln im Tierfutter. Der Arbeitsbereich des EZ erstreckt sich über die Lebensmittelsicherheit hinaus auf Pflanzengesundheit, Pflanzenschutz, Tiergesundheit und Tierschutz. Das EZ ist die Regulierungsbehörde für Pflanzenschutzmittel und Tierarzneimittel.

NVWA Niederländische Behörde für Lebensmittel- und Verbraucherproduktsicherheit

- ▶ Risikobewertung
- ▶ Risikokommunikation
- ▶ Risikomanagement
- ▶ EFSA-Kontaktstelle
- ▶ RASFF-Kontaktstelle

Sitz: Utrecht
<https://www.nvwa.nl>



Die niederländische Behörde für Lebensmittel- und Verbraucherproduktsicherheit (NVWA) ist eine unabhängige Agentur des EZ und VWS. Im April 2010 wurden drei Behörden (VWA, PD und AID) zu einer Behörde namens NVWA zusammengeführt. Die NVWA agiert seit Januar 2012 als eine Behörde. Die drei Hauptaufgaben der NVWA sind die Einführung und Beaufsichtigung von Kontrollen und Inspektionen der Lebensmittelsicherheit, Risikobewertung und Risikokommunikation. Die NVWA ist außerdem zuständig für Ereignisfall- und Krisenmanagement, einschließlich der technischen und wissenschaftlichen Unterstützung und Beratung des EZ und VWS zu Risiken. Innerhalb der NVWA ist das Risikomanagement funktionell von der Risikobewertung getrennt.

Die NVWA hat kleine unterstützende Dienststellen im Land, um die Inspektoren logistisch zu unterstützen. Die Anzahl der Laboratorien wurde auf ein Labor in Wageningen für die Lebensmittelsicherheit, ein Labor in Wageningen für Pflanzengesundheit und zwei Labore in Zwijndrecht und Groningen für Produktsicherheit reduziert.

Die NVWA hat auch einen Ermittlungs- und Nachrichtendienst (NVWA-IPOD), der sich auf organisierte und internationale Kriminalität konzentriert.

Die NVWA hat Zugang zu mehreren Nationalen Referenzlaboratorien gemäß der Verordnung (EG) Nr. 882/2004.

Der Arbeitsbereich des NVWA erstreckt sich über den Bereich der Lebensmittelsicherheit hinaus auf Tiergesundheit, Tierschutz, Pflanzenschutz und Bedarfsgegenstände.

Die unabhängige Dienststelle für Risikobewertung und -forschung (BuRO) führt Risikobewertungen durch und berät die Minister des EZ und VWS bei der Lebensmittel- und Verbraucherschutzsicherheit sowie bei Tiergesundheit und Tierschutz. Das BuRO ist eine wissenschaftliche Einrichtung, die unabhängig ist und ihre wissenschaftlichen Stellungnahmen frei von politischen, gesellschaftlichen oder wissenschaftlichen Interessen vertritt. Das BuRO identifiziert auch neue Gesundheitsrisiken, bereitet Empfehlungen zur Risikominderung vor und empfiehlt vorbeugende Maßnahmen zur Gewährleistung der Lebensmittel- und Futtermittelsicherheit. Ein weiterer Schwerpunkt des BuRO ist die transparente Kommunikation mit der Öffentlichkeit. Das BuRO ist in den Bereichen Lebensmittelsicherheit, neuartige Lebensmittel, Nahrungsergänzungsmittel, GVO, Zoonosen, Tierfutter, Tiergesundheit, Tierarzneimittel, Tierschutz, Pflanzenschutz, Pflanzengesundheit und Bedarfsgegenstände tätig.

CVI – RIKILT – RIVM
Zentrales Veterinärinstitut (CVI)
Institut für Lebensmittelsicherheit (RIKILT)
Nationales Institut für öffentliche Gesundheit und Umwelt (RIVM)

- ▶ Risikobewertung
- ▶ Risikoforschung

Sitz: Lelystad, Wageningen, Bilthoven
<http://www.cvi.wur.nl>
<http://www.rikilt.wur.nl>
<http://www.rivm.nl>

Das Zentrale Veterinärinstitut (CVI), das Institut für Lebensmittelsicherheit (RIKILT) und das Nationale Institut für öffentliche Gesundheit und Umwelt (RIVM) sind unabhängige Forschungseinrichtungen. Das CVI arbeitet auf dem Gebiet der Veterinärwissenschaft und trägt zum Schutz der Gesundheit von Tieren und Menschen bei, indem es forscht und Empfehlungen zu Tierkrankheiten (Zoonosen) ausspricht. RIKILT ist eine Organisation im Bereich der Lebensmittel- und Futtermittelsicherheit und der menschlichen Gesundheit. Das RIKILT forscht zu Stoffen in Lebensmitteln pflanzlichen oder tierischen Ursprungs und Tierfutter. Das CVI und das RIKILT sind Teil der Wageningen UR. Das RIVM ist ein anerkanntes Spitzenzentrum in den Bereichen Gesundheit, Ernährung und Umweltschutz.

Am CVI und RIKILT sind mehrere Nationale Referenzlaboratorien gemäß der Verordnung (EG) Nr. 882/2004 angegliedert.

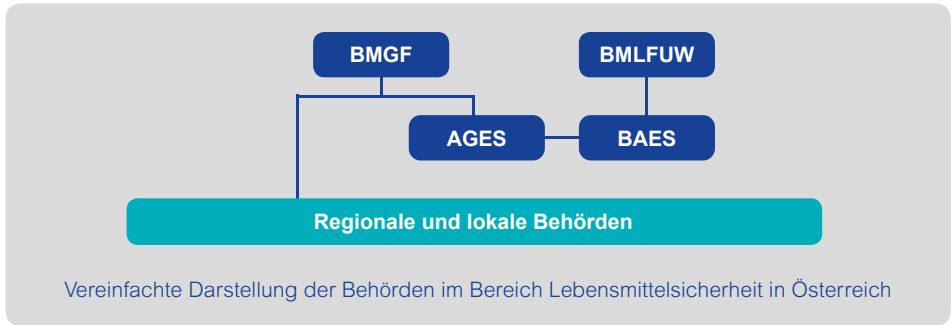
Regionale und lokale Ebene

Die Niederlande sind unterteilt in zwölf Provinzen sowie 390 Gemeinden. Die Koordination und Umsetzung der Futter- und Lebensmittelüberwachung erfolgt durch die zentrale Stelle in Utrecht und wird von den regionalen Dienststellen der NVWA unterstützt.

Am EFSA-Netzwerk beteiligte Einrichtungen nach Art. 36 VO (EG) Nr. 178/2002

1. Netherlands Food and Consumer Product Safety Authority (NVWA)
(EFSA Focal Point)
2. National Institute for Public Health and the Environment (RIVM)
3. Institute for Environmental Studies,
Vrije Universiteit
4. Board for the Authorisation of Plant Protection Products and Biocides (Ctgb)
5. DLO Foundation (Stichting Dienst Landbouwkundig Onderzoek)
6. Utrecht University – Faculty of Veterinary Medicine
7. Wageningen University
8. Erasmus University Medical Centre Rotterdam

3.17 Österreich



Die zentrale Rechtsgrundlage im Lebensmittelrecht in Österreich ist das Lebensmittelsicherheits- und Verbraucherschutzgesetz. Bei lebensmittelrechtlichen Verstößen entscheiden letztlich die Gerichte über strafrechtliche Maßnahmen und im Streitfall über Schadensersatzansprüche der Verbraucher. Maßnahmen der Regierung hinsichtlich Lebensmittelsicherheit basieren oft auf wissenschaftlichen Risikobewertungen. Die endgültige Entscheidung über die Rechtmäßigkeit staatlicher Maßnahmen liegt jedoch bei den Gerichten.

In Österreich sind Risikobewertung und Risikomanagement weitgehend institutionell getrennt. Risikobewertungen werden im Internet veröffentlicht.

BMGF
Bundesministerium für Gesundheit und Frauen

- ▶ Gesundheitspolitik, Lebensmittelsicherheit
- ▶ Tiergesundheit und Tierschutz
- ▶ Risikomanagement

Sitz: Wien
<https://www.bmgf.gv.at>

Das Bundesministerium für Gesundheit und Frauen (BMGF) ist zuständig für Gesundheitspolitik und Lebensmittelsicherheit. Das BMGF erarbeitet Gesetzesentwürfe auf Grundlage von Risikobewertungen der Österreichischen Agentur für Gesundheit und Ernährungssicherheit GmbH (AGES) im Bereich der Lebensmittelsicherheit. Das BMGF ist für die Koordination amtlicher Lebensmittelkontrollen zuständig und erlässt Verordnungen für Lebensmittel und Futtermittel.

In den Aufgabenbereich des BMGF gehören Lebensmittel, neuartige Lebensmittel, Nahrungsergänzungsmittel, gentechnisch veränderte Organismen (GVO), Zoonosen, Mineralwässer, Trinkwasser, Rückstände von Pflanzenschutzmitteln und von Tierarzneimitteln, Medizinprodukte und Arzneimittel. Das BMGF entscheidet über

Anträge zum Versuchsanbau gentechnisch veränderter Pflanzen und ist zuständig für die Zulassung von GVO in Verbindung mit der Lebensmittel- und Futtermittelsicherheit.

Das Tätigkeitsfeld des BMGF erstreckt sich über den Bereich der Lebensmittelsicherheit hinaus unter anderem auf Tiergesundheit und Tierschutz.

BMLFUW
Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft

- ▶ Agrarpolitik, Lebensmittel- und Futtermittelsicherheit
- ▶ Pflanzengesundheit
- ▶ Risikomanagement
- ▶ Codex-Kontaktstelle

Sitz: Wien
<http://www.lebensministerium.at>



Das Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft (BMLFUW) ist zuständig für Agrarpolitik und Lebensmittelsicherheit in der primären Nahrungsmittelproduktion. Das BMLFUW erarbeitet Gesetzesentwürfe auf Grundlage von wissenschaftlichen Risikobewertungen der AGES im Bereich von Futtermitteln und des Grundwassers. Das BMLFUW ist befugt, nationale Rechtsvorschriften zu Futtermitteln und Grundwasser zu erlassen.

Die Arbeit des BMLFUW wird vom Bundesamt für Ernährungssicherheit (BAES) unterstützt. Das Tätigkeitsfeld des BMLFUW erstreckt sich über den Bereich der Lebensmittelsicherheit hinaus unter anderem auf Pflanzengesundheit und Pflanzenschutz.

AGES
Österreichische Agentur für Gesundheit und Ernährungssicherheit GmbH

- ▶ Risikobewertung
- ▶ Risikokommunikation
- ▶ EFSA-Kontaktstelle
- ▶ RASFF-Kontaktstelle
- ▶ Forschung

Sitz: Wien
<http://www.ages.at>



Die Österreichische Agentur für Gesundheit und Ernährungssicherheit GmbH (AGES) ist eine GmbH im Eigentum des BMGF und des BMLFUW. Die AGES ist von der Republik Österreich mit Risikobewertung sowie mit der transparenten Risikokommunikation mit Öffentlichkeit, Wissenschaft und anderen beteiligten oder interessierten Kreisen beauftragt. Unabhängig von wissenschaftlichen, politischen oder gesellschaftlichen Interessen bereitet AGES wissenschaftliche Risikobewertungen vor, identifiziert neue Gesundheitsrisiken und erstellt Empfehlungen zur Risikominderung. Die Risikobewertungen der AGES werden vom BMGF und dem BMLFUW sowie von den lokalen Behörden als Grundlage für ihre Managementmaßnahmen eingesetzt.

In den Aufgabenbereich der AGES gehören Lebensmittel- und Futtermittelsicherheit, neuartige Lebensmittel, Nahrungsergänzungsmittel, GVO, Zoonosen, Mineralwässer und Rückstände von Pflanzenschutzmitteln sowie von Tierarzneimitteln. Die AGES ist zudem tätig in den Bereichen Tiergesundheit, Pflanzengesundheit, Pflanzenschutz, Bodengesundheit, Düngemittel, Saatgut, Bienen- und Strahlenschutz. Außerdem ist die AGES an aktiver Forschung beteiligt. Die AGES verfügt über wissenschaftliche analytische Laboreinrichtungen in allen Tätigkeitsbereichen.

An der AGES sind 61 Nationale Referenzlaboratorien nach der Verordnung (EG) Nr. 882/2004 sowie Referenzlabore im veterinärmedizinischen und humanmedizinischen Bereich angesiedelt.

Die Zulassungsbehörde für Tierarzneimittel ist das Bundesamt für Sicherheit im Gesundheitswesen (BASG). Auch das BASG ist eine Behörde innerhalb der Organisationsstruktur der AGES. Das BASG erteilt und überwacht Genehmigungen für das Inverkehrbringen von Arzneimitteln und Medizinprodukten.

**BAES
Bundesamt für Ernährungssicherheit**

► Risikomanagement

Sitz: Wien
<http://www.baes.gv.at>



Das Bundesamt für Ernährungssicherheit (BAES) wurde durch das österreichische Gesundheits- und Ernährungssicherheitsgesetz eingerichtet. Es ist der AGES zugeordnet und verwendet die zur Verfügung stehenden Mittel für die Ausführung der hoheitlichen Aufgaben der AGES. Das BAES ist für die Koordination und Durchführung von staatlichen Inspektionen von Futtermitteln zuständig. Es ist auch die Regulierungsbehörde für Pflanzenschutzmittel. Das Tätigkeitsfeld des BAES erstreckt sich über den Bereich der Futtermittel hinaus auf Fragen der Pflanzengesundheit.

Regionale und lokale Ebene

Österreich besteht aus neun Bundesländern, die sich in 95 Bezirke (15 Stadtbezirke und 80 Landbezirke) gliedern. Die Bezirke sind wiederum in Gemeinden unterteilt. Für die Umsetzung der Lebensmittelkontrollen sind je nach gesetzlicher Kompetenzverteilung entweder die Bundesbehörden oder die regionalen Fachbehörden der neun Bundesländer zuständig.

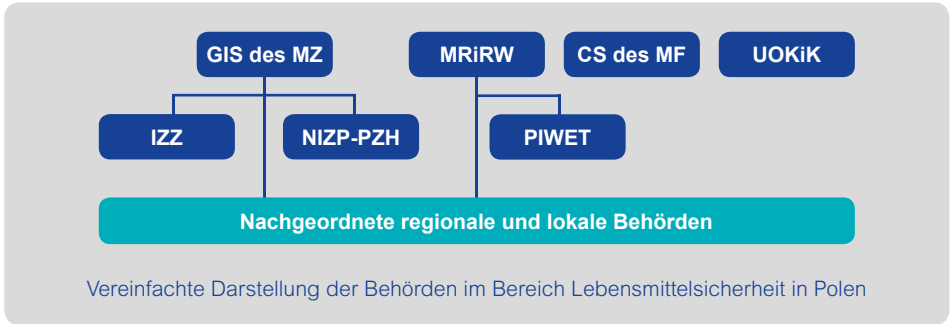
Das BMGF hat die Koordination und Umsetzung der Lebensmittelüberwachung in allen Bereichen der Lebensmittelsicherheit auf die österreichischen Bundesländer übertragen (d. h., Lebensmittel sicherheitsinspektionen werden regional und lokal durchgeführt).

Im Gegensatz dazu ist die Koordination und Umsetzung staatlicher Futtermittelkontrollen nicht auf die Bundesländer übertragen, sondern liegt im Zuständigkeitsbereich des BAES (d. h. auf nationaler Ebene).

Am EFSA-Netzwerk beteiligte Einrichtungen nach Art. 36 VO (EG) Nr. 178/2002

1. Austrian Agency for Health and Food Safety (Agentur für Gesundheit und Ernährungssicherheit GmbH, AGES) (EFSA Focal Point)
2. Environment Agency Austria Ltd (Umweltbundesamt GmbH)
3. University of Natural Resources and Life Sciences Vienna (Universität für Bodenkultur Wien, BOKU)
4. University of Veterinary Medicine Vienna (Veterinärmedizinische Universität Wien)
5. University of Vienna (Universität Wien)

3.18 Polen



Die zentrale Rechtsgrundlage im Lebensmittelrecht in Polen ist das Lebensmittel- und Ernährungssicherheitsgesetz vom 25. August 2006. Bei lebensmittelrechtlichen Verstößen entscheiden letztlich die Gerichte über strafrechtliche Maßnahmen und im Streitfall über Schadenersatzansprüche der Verbraucher. Maßnahmen der Regierung hinsichtlich Lebensmittelsicherheit basieren oft auf wissenschaftlichen Risikobewertungen. Die endgültige Entscheidung über die Rechtmäßigkeit staatlicher Maßnahmen liegt jedoch bei den Gerichten. In Polen sind Risikobewertung und Risikomanagement institutionell getrennt. Risikobewertungen werden nicht veröffentlicht.

GIS des MZ Oberste Gesundheitsaufsicht (GIS) des Ministeriums für Gesundheit (MZ)

- ▶ Gesundheitspolitik und Lebensmittelsicherheit
- ▶ Risikomanagement
- ▶ EFSA-Kontaktstelle
- ▶ RASFF-Kontaktstelle

Sitz: Warschau
<http://www.mz.gov.pl>
<http://www.gis.gov.pl>



Das Ministerium für Gesundheit (MZ) ist zuständig für Gesundheitspolitik und Lebensmittelsicherheit. Das MZ erarbeitet Gesetzesentwürfe im Bereich Lebensmittelhygiene, Pestizidrückstände, Kontaminanten und der Einfuhr von Lebensmitteln nicht-tierischen Ursprungs. Das Tätigkeitsfeld des MZ erstreckt sich über die Lebensmittelsicherheit hinaus z. B. auf Medizinprodukte. Die Dienststelle für die Registrierung von Arzneimitteln, Medizinprodukten und Biozidprodukten am MZ ist die Zulassungsbehörde für Tierarzneimittel in Polen.

Polen

Die Oberste Gesundheitsaufsicht (GIS) ist dem MZ nachgeordnet und ist die zuständige Behörde für die Lebensmittelsicherheit in Polen. Sie kooperiert mit dem Ministerium für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung (MRiRW) in Fragen der Lebensmittelsicherheit und sowohl mit dem MRiRW als auch mit dem Ministerium für Umwelt (MS) zum Themenbereich gentechnisch veränderter Organismen (GVO). Die GIS koordiniert und überwacht die Tätigkeiten des Staatlichen Gesundheitsdienstes (PIS), welcher für die amtliche Überwachung aller Aspekte der Lebensmittelsicherheit zuständig ist, d. h. Lebensmittelhygiene, Pestizidrückstände, Kontaminanten, Einfuhr von Lebensmitteln nicht-tierischen Ursprungs, Lebensmittelkontaktmaterialien, Lebensmittelzusatzstoffe, GVO in Lebensmitteln, Nahrungsergänzungsmittel und neuartige Lebensmittel. Die GIS ist zudem für die Überwachung von Kontaminanten in Lebensmitteln nicht-tierischen Ursprungs zuständig. Wissenschaftliche Risikobewertungen des Nationalen Lebensmittel- und Ernährungsinstituts (IZZ) und des Nationalen Instituts für Öffentliche Gesundheit – Nationalen Instituts für Hygiene (NIZP-PZH) dienen der GIS als Grundlage für Risikomanagementmaßnahmen.

An der GIS sind 16 Nationale Referenzlaboratorien nach der Verordnung (EG) Nr. 882/2004 angesiedelt.

MRiRW
Ministerium für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung

- ▶ Agrarpolitik und Sicherheit von Lebensmitteln tierischen Ursprungs
- ▶ Risikomanagement
- ▶ FAO/WHO-Codex-Kontaktstelle

Sitz: Warschau
<http://www.minrol.gov.pl>



Das Ministerium für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung (MRiRW) ist für Agrarpolitik und die Sicherheit von Lebensmitteln tierischen Ursprungs zuständig und erarbeitet in diesem Bereich Vorlagen für Gesetze. Die Allgemeine Veterinäraufsichtsbehörde (GIW), die Hauptaufsichtsbehörde für Saatgut- und Pflanzengesundheit (PIORIN) und die Landwirtschafts- und Lebensmittelqualitätsaufsicht (IJHARS) unterstützen als zuständige Fachbehörden des Ressorts die Arbeit des MRiRW. Die Kontaktstelle für den FAO/WHO-Codex für Polen ist bei der IJHARS angesiedelt.

Die Arbeit des MRiRW konzentriert sich vor allem auf das Risikomanagement bei Lebensmitteln tierischen Ursprungs und basiert auf wissenschaftlichen Risikobewertungen des Nationalen Veterinärforschungsinstituts (PIWET). In den Aufgabenbereich des MRiRW gehören Futtermittelsicherheit, Tierarzneimittelrückstände, GVO und Zoonosen. Das MRiRW überwacht in diesen Bereichen die Aufgaben der Bezirks- und lokalen Behörden.

Das MRiRW ist die Zulassungsbehörde für Pflanzenschutzmittel. Es arbeitet im Bereich der Lebensmittelsicherheit mit dem MZ und im Bereich von GVO mit dem MZ und dem MS zusammen. Das Tätigkeitsfeld des MRiRW erstreckt sich über den Bereich der Lebensmittelsicherheit hinaus unter anderem auf Tiergesundheit und Tierschutz. Das MRiRW ist zudem zuständig für die Überwachung von Kontaminanten in Lebensmitteln tierischen Ursprungs.

CS des MF Zollbehörde (CS) am Ministerium für Finanzen (MF)

► Risikomanagement

Sitz: Warschau
<http://www.mf.gov.pl>

Die Zollbehörden (CS) sind dem Ministerium für Finanzen (MF) nachgeordnet und für die Grenzkontrollen von Lebensmitteln zuständig. Die CS kooperieren mit den nachstehenden drei Fachbehörden: mit der GIW bei Kontrollen im Rahmen der Einfuhr und Ausfuhr von Tieren, Lebensmitteln tierischen Ursprungs und Futtermitteln, mit der PIORIN bei Kontrollen von Export und Import reglementierter Pflanzen und Pflanzenmaterialien und mit der GIS bei Kontrollen des Im- und Exports von Lebensmitteln pflanzlichen Ursprungs.

UOKiK Amt für Wettbewerb und Verbraucherschutz

► Risikomanagement

Sitz: Warschau
<http://www.uokik.gov.pl>

Ziel des Amtes für Wettbewerb und Verbraucherschutz (UOKiK) ist es, die Interessen der Verbraucher zu schützen und freien und fairen Handel innerhalb eines freien Marktes zu sichern. Der Präsident des UOKiK untersteht unmittelbar dem Premierminister. Es ist Aufgabe des UOKiK, die Gesundheit von Verbrauchern zu schützen und sicherzustellen, dass nur sichere Produkte, die den grundlegenden Anforderungen der polnischen Verordnungen entsprechen, auf den Markt gelangen. Des Weiteren ist das UOKiK für die Verhinderung von wirtschaftlichen Zusammenschlüssen zuständig, die den Wettbewerb behindern (Kartelle) sowie für die Überwachung der Effizienz und Wirkung von staatlichen Beihilfen auf dem freien Markt.

IZZ Nationales Lebensmittel- und Ernährungsinstitut

► Risikobewertung
► Forschung

Sitz: Warschau
<http://www.izz.waw.pl>



Das Nationale Lebensmittel- und Ernährungsinstitut (IZZ) erstellt Risikobewertungen im Bereich Ernährung und neuartige Lebensmittel und ist aktiv in die Forschung in diesem Bereich involviert.

NIZP-PZH Nationales Institut für Öffentliche Gesundheit – Nationales Institut für Hygiene

► Risikobewertung
► Forschung

Sitz: Warschau
<http://www.pzh.gov.pl>



Das Nationale Institut für Öffentliche Gesundheit – Nationale Institut für Hygiene (NIZP-PZH) erstellt Risikobewertungen im Bereich Lebensmittelzusatzstoffe, biologische Risiken, sonstige zugesetzte Stoffe, Pflanzenschutzmittelrückstände und Trinkwasser. Das NIZP-PZH betreibt zudem aktive Forschung in diesem Bereich.

PIWET
Nationales Veterinärforschungsinstitut

- ▶ Risikobewertung
- ▶ Forschung

Sitz: Puławy
<http://www.piwet.pulawy.pl>



Das Nationale Veterinärforschungsinstitut (PIWET) erstellt wissenschaftliche Risikobewertungen im Bereich Futtermittel, Tierarzneimittelrückstände und Zoonosen. Das PIWET betreibt zudem aktive Forschung in diesem Bereich.

Regionale und lokale Ebene

Polens öffentliche Verwaltung ist in drei Ebenen strukturiert. 16 Verwaltungsbezirke (voivodships), 379 Landkreise (powiats) und 2.478 Gemeinden (gminas). Auf Bezirksebene und lokaler Ebene sind die Fachbehörden der GIS und des MRiRW für die Umsetzung der Lebensmittelgesetze und die Lebensmittelüberwachung zuständig. Sie werden von der GIS und dem MRiRW in deren jeweiligen Aufgabengebieten angewiesen und überwacht.

Am EFSA-Netzwerk beteiligte Einrichtungen nach Art. 36 VO (EG) Nr. 178/2002

1. Chief Sanitary Inspectorate (EFSA Focal Point)
2. National Veterinary Research Institute
3. Institute of Natural Fibres and Medicinal Plants
4. National Institute of Public Health – National Institute of Hygiene
5. National Food and Nutrition Institute
6. Institute of Plant Protection – National Research Institute
7. Research Institute of Horticulture

3.19 Portugal



Die zentrale Rechtsgrundlage im Lebensmittelrecht in Portugal ist die Rechtsverordnung Nr. 113/2006, in Verbindung mit dem europäischen Lebensmittelrecht. Bei lebensmittelrechtlichen Verstößen entscheiden letztlich die Gerichte über strafrechtliche Maßnahmen und im Streitfall über Schadensersatzansprüche der Verbraucher. Maßnahmen der Regierung hinsichtlich Lebensmittelsicherheit basieren oft auf wissenschaftlichen Risikobewertungen. Die endgültige Entscheidung über die Rechtmäßigkeit staatlicher Maßnahmen liegt jedoch bei den Gerichten.

In Portugal gibt es keine institutionelle Trennung von Risikobewertung und Risikomanagement. Risikobewertungen werden nicht veröffentlicht.

MAFDR Ministerium für Landwirtschaft, Forstwirtschaft und ländliche Entwicklung

- ▶ Agrarpolitik, Lebensmittelsicherheit
- ▶ Risikomanagement
- ▶ Codex-Kontaktstelle
- ▶ RASFF-Kontaktstelle

Sitz: Lissabon
<http://www.portugal.gov.pt/pt/ministerios/meco.aspx>



Innerhalb des Ministeriums für Landwirtschaft, Forstwirtschaft und ländliche Entwicklung (MAFDR) ist das Allgemeine Direktorat für Lebensmittel und Veterinärangelegenheiten (DGAV) zuständig für die Koordinierung der Rechtsvorschriften, die Vorbereitung von Rechnungen und dem mehrjährigen nationalen Kontrollplan. Sie ist auch verantwortlich für die Durchführung von Lebensmittelsicherheitskontrollen für Lebensmittel tierischen Ursprungs. Die meisten Aktivitäten im Bereich der Lebensmittelsicherheit und der Lebensmittelinspektion werden vom MAFDR überwacht.

Die Arbeit des MAFDR erstreckt sich über den Bereich der Lebensmittelsicherheit hinaus, z. B. auf Pflanzengesundheit, Tiergesundheit, Tiererschutz und Biozide. Das Nationale Institut für

Agrar- und Veterinärforschung (INIAV) ist dem MAFDR nachgeordnet. Das INIAV enthält in seiner Struktur mehrere Nationale Referenzlaboratorien gemäß der Verordnung (EG) Nr. 882/2004.

**ME
Ministerium für Wirtschaft**

- ▶ Wirtschafts- und Verbraucherpolitik, Lebensmittelsicherheit
- ▶ Risikomanagement

Sitz: Lissabon
<http://www.portugal.gov.pt/pt/ministerios/meco.aspx>

Das Ministerium für Wirtschaft (ME) befasst sich mit der Wirtschafts- und Verbraucherpolitik sowie mit der Lebensmittelsicherheit in Portugal. Die Behörde für Wirtschaft und Lebensmittelsicherheit (ASAE) ist die zuständige Fachbehörde, die die Arbeit der ME unterstützt.

**ASAE
Behörde für Wirtschaft und Lebensmittelsicherheit**

- ▶ Risikobewertung
- ▶ Risikokommunikation
- ▶ Risikomanagement
- ▶ EFSA-Kontaktstelle

Sitz: Lissabon
<http://www.asae.pt>



Die Behörde für Wirtschaft und Lebensmittelsicherheit (ASAE) ist als nachgeordnete Fachbehörde des ME für Risikobewertung, Risikokommunikation und Risikomanagement (Lebensmittelüberwachung) auf dem Gebiet der Lebensmittelsicherheit zuständig.

Die ASAE wird von einem unabhängigen wissenschaftlichen Beirat beraten, der von sechs spezialisierten thematischen Gremien unterstützt wird (1. Zusatzstoffe und Kontaminanten in der Nahrungskette; 2. Futtermittel, Gesundheit und Tierschutz; 3. Biologische Gefahren; 4. Pflanzengesundheit und gentechnisch veränderte Organismen (GVO); 5. Ernährung und Lebensmittelallergien und 6. Risikokommunikation).

Die ASAE ist eine Kriminalpolizei, die als nationale Behörde für die Durchführung von Inspektionen zur Verhütung und Bekämpfung von Betrug in allen Wirtschaftsräumen, einschließlich Lebensmittel und Futtermittel, tätig ist.

Sie ist auch verantwortlich für die Risikobewertung und die Risikokommunikation in Bezug auf Lebensmittel und Futtermittel. Dies wird von einer Abteilung behandelt, die die EFSA-bezogenen Aktivitäten koordiniert.

Die organische Struktur der ASAE deckt das ganze Land mit einem zentralen und mehreren regionalen Kontrolldienstleistungen ab.

Die Aufgabe der ASAE umfasst die Vermarktungskette von pflanzlichen und tierischen Produkten, darunter Fischereiprodukte (Aquakultur, Fabrikschiffe, Schiffe, Läden, Lagerhäuser und Großhandelsmärkte). Zu den ASAE-Zuständigkeiten gehören auch Nahrungsergänzungsmittel, Kontaminationen in Fleisch, Fisch, Pflanzenerzeugnissen und Mineralwasser. Die Sicherheit von Leitungswasser liegt in der Verantwortung der Regulierungsbehörde für Wasser und Abfall.

Die ASAE hat drei Nationale Referenzlaboratorien gemäß der Verordnung (EG) Nr. 882/2004, nämlich: Mykotoxine in Lebensmitteln, Dioxine in Lebensmitteln und Futtermitteln und polyzyklische aromatische Kohlenwasserstoffe (PAK) in Ölen und Fetten.

DGAV Allgemeines Direktorat für Lebensmittel und Veterinärangelegenheiten

- ▶ Risikobewertung
- ▶ Risikomanagement
- ▶ Codex-Kontaktstelle
- ▶ RASFF-Kontaktstelle

Sitz: Lissabon
<http://www.dgv.min-agricultura.pt>



Das Allgemeine Direktorat für Lebensmittel und Veterinärangelegenheiten (DGAV) ist die nachgeordnete Fachbehörde des MAFDR. Das DGAV setzt auf Grundlage von Risikobewertungen staatliche Lebensmittelpolitik und -kontrollen um.

Bezüglich der Anwendung der Kontrollsysteme für Lebensmittel- und Futtermittelsicherheit, Tiergesundheit und Tierschutz, Pflanzengesundheit werden die Aktivitäten durch fünf regionale Behörden wahrgenommen, die dem DGAV unmittelbar unterstellt sind. Dieses Direktorat kontrolliert auch ein Inspektionsnetzwerk.

In den Aufgabenbereich des DGAV gehören unter anderem GVO, Zoonosen, Veterinär- und Pflanzenschutzmittelrückstände sowie Lebensmittelkontaktmaterialien. Das DGAV ist die Regulierungsstelle für Veterinär- und Pflanzenschutzmittel sowie Rückstände von Pflanzenschutzmitteln in Portugal. Als nationale Pflanzenschutzbehörde unterstützt das DGAV die Entwicklung der Regulierung von Pflanzenschutzmitteln und setzt die nationalen Abfallüberwachungsprogramme, einschließlich Pestizide, um. Das DGAV ist auch für die Entwicklung des mehrjährigen nationalen Kontrollplans in Übereinstimmung mit den in der Verordnung (EG) Nr. 882/2004 festgelegten Grundsätzen und Leitlinien zuständig.

Das Arbeitsgebiet des DGAV erstreckt sich über die Lebensmittelsicherheit hinaus z. B. auf Tiergesundheit, Tierfutter, transmissible spongiforme Enzephalopathien, tierische Nebenprodukte, Tierarzneimittel und Tierschutz. Darüber hinaus ist das DGAV für die Entwicklung von mehrjährigen nationalen Kontrollplänen gemäß den in der Verordnung (EG) Nr. 882/2004 festgelegten Leitlinien auf der Grundlage der Risikobewertung zuständig.

Regionale und lokale Ebene

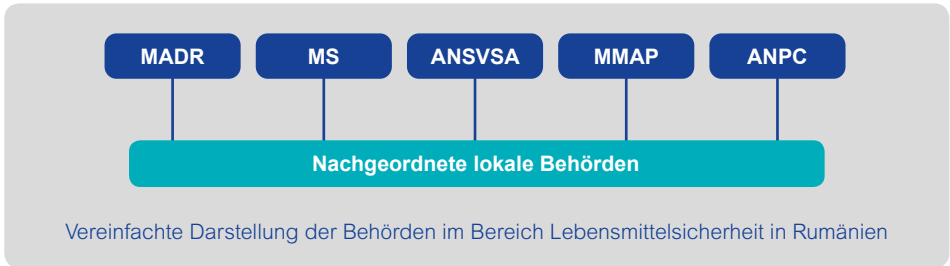
Kontinental-Portugal ist administrativ in 18 Bezirke (308 Landkreise) und zwei autonome Regionen (Azoren und Madeira) unterteilt. Die Azoren und Madeira haben jeweils eine gewählte Versammlung mit dezentralisierten Befugnissen, um die Gesetzgebung zu verabschieden. Die Bewertung, das Management und die Kommunikation von Risiken ist in den autonomen Regionen von den regionalen Regierungen abhängig. So haben auf Madeira die ARAE (Regionale Behörde für die Wirtschaftstätigkeit) und auf den Azoren die IRAE (Regionale Inspektion Wirtschaftliche Aktivitäten) identische Zuständigkeiten verglichen mit der ASAE.

Am EFSA-Netzwerk beteiligte Einrichtungen nach Art. 36 VO (EG) Nr. 178/2002

1. Portugese Authority for Food and Economic Safety (ASAE) (EFSA Focal Point)
2. Instituto Nacional de Saude Doutor Ricardo Jorge, I.P.
3. National Institute of Pharmacy and Medicines – INFARMED
4. Direção Geral de Alimentação e Veterinária (DGAV)
5. Faculdade de Farmácia da Universidade de Lisboa
6. Universidade de Lisboa Faculdade de Medicina Veterinária

7. Instituto Superior de Engenharia –
Universidade do Algarve
8. Universidade de Lisboa
9. University of Coimbra
10. Clinica Universitária de Medicina –
Faculdade de Medicina – Coimbra
11. Instituto Superior de Ciências da Saúde
Egas Moniz
12. University of Porto, Faculty of Nutrition
and Food Sciences
13. Faculdade de Medicina da Universidade
do Porto
14. Faculdade de Farmacia da Universidade
do Porto (FFUP)
15. ICETA Instituto de Ciências e Tecnologias
Agrárias e Agro-Alimentares
16. Área Departamental de Ciência e
Tecnologia de Alimentos, Escola Superior
Agrária Instituto Politécnico de Beja
17. Instituto Politécnico de Leiria (IPL)
18. Instituto Politécnico de Santarém
19. Instituto Superior de Agronomia
20. Universidade Católica Portuguesa
21. ITQB-UNL
22. Instituto Politécnico de Bragança
23. University of Aveiro – Food Biochemistry
Group
24. Faculty of Sciences and Technology/UNL
25. Universidade do Minho
26. Instituto de Ciências Agrárias
Mediterrânicas
27. Portuguese Sea and Atmosphere Institute,
I.P.

3.20 Rumänien



Rumänien

Die Rechtsgrundlage im Lebensmittel- und Futtermittelrecht in Rumänien ist das Gesetz Nr. 150/2004 (mit Änderungen). Bei lebensmittelrechtlichen Verstößen entscheiden letztlich die Gerichte über strafrechtliche Maßnahmen und im Streitfall über Schadensersatzansprüche der Verbraucher. Maßnahmen der Regierung hinsichtlich Lebensmittelsicherheit basieren oft auf wissenschaftlichen Risikobewertungen.

In Rumänien gibt es keine institutionelle Trennung von Risikobewertung und Risikomanagement. Risikobewertungen werden nicht im Internet veröffentlicht.

Das Ministerium für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung (MADR) befasst sich mit der Agrarpolitik und der Lebensmittelsicherheit in Rumänien. Es erarbeitet Gesetzesvorlagen in den Bereichen Lebensmittel- und Futtermittel nicht-tierischen Ursprungs, Pflanzenschutzmittelrückstände und dem Anbau von gentechnisch veränderten Organismen (GVO). In diesen Bereichen führt das MADR auch die Risikobewertungen durch. Die Tätigkeiten des MADR im Bereich Pflanzenschutzmittel werden unterstützt von der staatlichen Umweltschutzbehörde und dem Ministerium für Gesundheit.

Am MADR sind zwei Nationale Referenzlaboratorien nach der Verordnung (EG) Nr. 882/2004 angesiedelt.

MADR
Ministerium für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung

- ▶ Risikobewertung
- ▶ Risikokommunikation
- ▶ Risikomanagement

Sitz: Bukarest
<http://www.madr.ro>



MS
Ministerium für Gesundheit

- ▶ Risikobewertung
- ▶ Risikokommunikation
- ▶ Risikomanagement

Sitz: Bukarest
<http://www.ms.ro>



Das Ministerium für Gesundheit (MS) ist für Gesundheitsschutz und Lebensmittelsicherheit in Rumänien zuständig. Es erarbeitet im Bereich Lebensmittelsicherheit Vorlagen für Gesetze und ist für die amtlichen Kontrollen im Bereich Lebensmittelsicherheit zuständig. In den Aufgabenbereich des MS gehören neuartige Lebensmittel, Nahrungsergänzungsmittel, Lebensmittel für Bevölkerungsgruppen mit besonderen Ernährungsbedürfnissen, Lebensmittelzusatzstoffe, Enzyme und Aromastoffe, Behandlung von Lebensmitteln mit ionisierender Strahlung, Lebensmittelkontaktmaterialien sowie Mineralwasser. In diesen Bereichen ist das MS auch für die Risikobewertung zuständig.

**ANSVSA
Nationale Veterinär- und Lebensmittelsicherheitsbehörde**

- ▶ Risikobewertung
- ▶ Risikokommunikation
- ▶ Risikomanagement, Grenzkontrollen
- ▶ Codex-Kontaktstelle
- ▶ EFSA-Kontaktstelle
- ▶ RASFF-Kontaktstelle

Sitz: Bukarest
<http://www.ansvsa.ro>



Die Nationale Veterinär- und Lebensmittelsicherheitsbehörde (ANSVSA) untersteht der rumänischen Regierung und die Tätigkeiten der ANSVSA werden vom Minister für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung koordiniert. Die ANSVSA leitet alle Tätigkeiten im Bereich Lebensmittelsicherheit – vom Rohmaterial zum Verbraucher. Die ANSVSA ist zuständig für amtliche Kontrollen, die Erarbeitung von Vorlagen für Gesetze sowie die Erarbeitung von Risikobewertungen in den folgenden Bereichen: Kontaminanten, Rückstände von Pflanzenschutzmitteln, die Einfuhr von Tier- und Pflanzenprodukten,

die Rückverfolgbarkeit und Kennzeichnung von gentechnisch veränderten Lebensmitteln und Futtermitteln, Zoonosen, Tierarzneimittel und deren Rückstände, Futtermittel, Tiergesundheit und Tierschutz.

Die ANSVSA stellt sicher, dass HACCP und Hygieneanforderungen in der Lebensmittelherstellung und in der Gastronomie umgesetzt werden.

Die Nationalen Referenzlaboratorien nach der Verordnung (EG) Nr. 882/2004 sind der ANSVSA nachgeordnet und angegliedert an das Institut für Diagnose und Tiergesundheit, das Institut für Hygiene und öffentliche Tiergesundheit, das staatliche Veterinär- und Lebensmittelsicherheitslabor und das Institut für die Kontrolle von biologischen Produkten und Tiermedizin.

**MMAP
Ministerium für Umwelt, Wasser und Wälder**

- ▶ Risikobewertung
- ▶ Risikokommunikation
- ▶ Risikomanagement

Sitz: Bukarest
<http://www.mmediu.ro>



Das Ministerium für Umwelt, Wasser und Wälder (MMAP) befasst sich mit der Umweltpolitik und ist die hauptzuständige Behörde für Pflanzenschutzmittel und GVO. Das MMAP genehmigt und kontrolliert die Verwendung von GVO und Pflanzenschutzmitteln und überwacht deren Auswirkungen auf die Umwelt. In diesem Bereich wird das MMAP von der Nationalen Schutzagentur und der Nationalen Umweltschutzgarde unterstützt. Die Zulassung von Pflanzenschutzmitteln bedarf in Rumänien der Genehmigung von den drei Ministerien MADR, MS und MMAP. Das MMAP ist auch für das Management von Pestizidaltbeständen verantwortlich.

ANPC
Nationale Verbraucherschutzbehörde

▶ Risikomanagement

Sitz: Bukarest
<http://www.anpc.ro>

Die Nationale Verbraucherschutzbehörde (ANPC) prüft, ob Lebensmittel, Lebensmittelwerbung und Lebensmittelkennzeichnung mit den gesetzlichen Bestimmungen übereinstimmen. Außerdem ist die ANPC auch für Verbraucherbeschwerden zuständig.

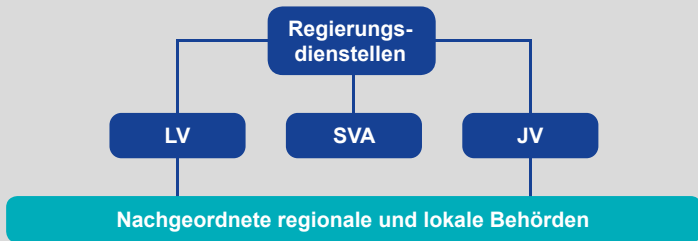
Regionale und lokale Ebene

Rumänien ist zentralstaatlich organisiert mit dezentralisierten regionalen Verwaltungsbüros. Die regionale Ebene (42 Verwaltungsbezirke) verfügt über keine autonome Zuständigkeit. Die regionale Verwaltung überwacht die Tätigkeit der lokalen Behörden. Alle Behörden (MADR, MS, ANSVSA, MMAP und ANPC) haben regionale Stellen, welche Inspektionen und Kontrollen in den Bereichen Lebensmittel- und Futtermittelsicherheit, Pflanzenschutz und Pflanzengesundheit sowie Veterinärkontrollen durchführen.

Am EFSA-Netzwerk beteiligte Einrichtungen nach Art. 36 VO (EG) Nr. 178/2002

1. National Sanitary Veterinary and Food Safety Authority (EFSA Focal Point)
2. Institute for Diagnosis and Animal Health
3. Ministry of Public Health
 - Department of Public Health Authority (PHA)
 - Department of Sanitary State Inspection
4. Institute for Hygiene and Veterinary Public Health
5. Banat's University of Agricultural Science and Veterinary Medicine
6. Sanitary Veterinary and Food Safety Directorate of Bucharest – Sanitary Veterinary Laboratory of State
7. University of Agricultural Sciences and Veterinary Medicine – Cluj Napoca
8. National Institute of Research and Development for Food Bioresources – IBA Bucharest
9. Dunarea de Jos University

3.21 Schweden



Vereinfachte Darstellung der Behörden im Bereich Lebensmittelsicherheit in Schweden

Die zentrale Rechtsgrundlage im Lebensmittelrecht in Schweden ist das Lebensmittelgesetz. Bei lebensmittelrechtlichen Verstößen entscheiden letztlich die Gerichte über strafrechtliche Maßnahmen und im Streitfall über Schadensersatzansprüche der Verbraucher. Maßnahmen der Regierung hinsichtlich Lebensmittelsicherheit basieren oft auf wissenschaftlichen Risikobewertungen. Die endgültige Entscheidung über die Rechtmäßigkeit staatlicher Maßnahmen liegt jedoch bei den Gerichten.

In Schweden gibt es keine institutionelle Trennung von Lebensmittelrisikobewertung und -risikomanagement, da beide von der Nationalen Agentur für Lebensmittel (LV) durchgeführt werden. Allerdings ist eine interne Trennung zwischen Risikobewertung und Risikomanagement vorhanden, um die Unabhängigkeit zu gewährleisten.

Das Nationale Veterinärinstitut (SVA) ist für die Durchführung von Risikobewertungen und das schwedische Landwirtschaftsamt (JV) für das Risikomanagement in ihrem Fachgebiet zuständig.

Ministerium für Unternehmen und Innovation (Regierungsdienststellen)

- ▶ Agrarpolitik, Lebensmittelsicherheit
- ▶ Risikomanagement

Sitz: Stockholm
<http://www.government.se>

Innerhalb der Regierungsdienststellen in Schweden ist das Ministerium für Unternehmen und Innovation für die Agrarpolitik und Angelegenheiten im Zusammenhang mit der gesamten Nahrungskette zuständig, einschließlich der Lebensmittelsicherheit. In enger Zusammenarbeit mit anderen Ministerien werden politische Fragen im Zusammenhang mit der Lebensmittelsicherheit und der gesamten Nahrungskette behandelt. Wie von ihrem Mandat festgelegt, unterstützen die öffentlichen Stellen (d. h., LV, JV und SVA) das Ministerium.

LV Nationale Agentur für Lebensmittel

- ▶ Risiko- und Nutzenbewertung
- ▶ Risikokommunikation
- ▶ Risikomanagement
- ▶ Codex-Kontaktstelle
- ▶ EFSA-Kontaktstelle
- ▶ RASFF-Kontaktstelle

Sitz: Uppsala
<http://www.livsmedelsverket.se>



Die Nationale Agentur für Lebensmittel (LV) ist eine unabhängige, nicht-ministerielle Regierungsbehörde. Dennoch ist die LV gegenüber der Regierung und den Regierungsdienststellen in Schweden verantwortlich.

Im Bereich der Lebensmittelsicherheit ist die LV für Risiko- und Nutzenbeurteilung, Risikokommunikation und Risikomanagement verantwortlich. Die LV bereitet Gesetzentwürfe auf der Grundlage wissenschaftsbasierter Risikobewertungen vor. Sie ist auch verantwortlich für staatliche Lebensmittelinspektionen und für die nachfolgenden Informationen über das Ergebnis der Kontroll- und Inspektionstätigkeiten.

Innerhalb der LV hat die Abteilung für Risiko- und Nutzenbewertung die Aufgabe, unabhängige Lebensmittelrisikobewertungen bei Fragen der Lebensmittelsicherheit durchzuführen, einschließlich biologischer Gefahren, neuartiger Lebensmittel, Nahrungsergänzungsmittel und Pflanzenextrakte, gentechnisch veränderte Organismen (GVO), lebensmittelbedingter Infektionen, Kontaminanten und Trinkwasser. Die Abteilung führt auch Risikobewertungen für Pflanzenschutzmittel und Tier-

arzneimittelrückstände in Lebensmitteln durch. Allerdings ist die Regulierungsbehörde für Pflanzenschutzmittel die schwedische Aufsichtsbehörde für Chemikalien und die Regulierungsbehörde für Tierarzneimittel die Arzneimittelagentur.

Der Bereich der Abteilung für Risiko- und Nutzenbewertung erstreckt sich über die Lebensmittelsicherheit hinaus und umfasst auch Ernährungs- und Verzehrerhebungen.

JV Schwedische Landwirtschaftskammer

- ▶ Risikokommunikation
- ▶ Risikomanagement

Sitz: Jönköping
<http://www.jordbruksverket.se>



Die schwedische Landwirtschaftskammer (JV) ist eine unabhängige, nicht-ministerielle Regierungsbehörde. Dennoch hat die JV gegenüber der Regierung und den Regierungsstellen in Schweden eine Rechenschaftspflicht.

Im Bereich der Futtermittelsicherheit ist die JV für die Risikokommunikation und das Risikomanagement verantwortlich. Sie erstellt Gesetzentwürfe auf der Grundlage wissenschaftsbasierter Risikobewertungen. Sie ist auch für staatliche Futtermittelkontrollen verantwortlich und sofern erforderlich für die nachträgliche Information der Regierung über das Ergebnis der Kontrolle und Überwachungsaktivitäten.

Der Aufgabenbereich der JV umfasst Rückstände von Pflanzenschutzmitteln und GMO im Futtermittel und erstreckt sich über die Lebensmittelsicherheit hinaus auf Pflanzengesundheit, Tiergesundheit und Tierschutz.

SVA
Nationales Schwedisches Veterinärinstitut

- ▶ Risikobewertung
- ▶ Risikokommunikation

Sitz: Uppsala
<http://www.sva.se>



Das Nationale Schwedische Veterinärinstitut (SVA) ist den Regierungsstellen in Schweden nachgeordnet und unterstützt die Arbeit der JV mit laboranalytischen Serviceleistungen und epidemiologischer und mikrobiologischer Expertise. Das SVA erarbeitet wissenschaftsbasierte Risikobewertungen vor allem im Bereich der Zoonosen und Tiergesundheit. Der Arbeitsbereich des SVA erstreckt sich über die Lebensmittelsicherheit hinaus auch auf Tiergesundheit.

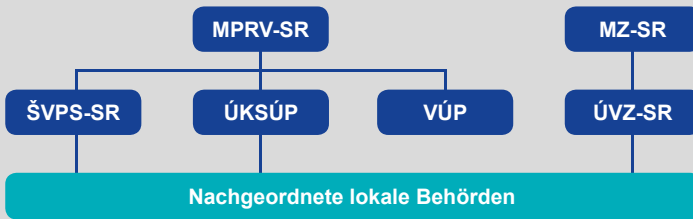
Am EFSA-Netzwerk beteiligte Einrichtungen nach Art. 36 VO (EG) Nr. 178/2002

1. National Food Agency (EFSA Focal Point)
2. National Veterinary Institute
3. Swedish Chemicals Agency
4. Swedish Environmental Protection Agency
5. Swedish University of Agricultural Sciences
6. Linneaus University
7. Karolinska Institute

Regionale und lokale Ebene

Die regionale Ebene in Schweden besteht aus 21 Länderbehörden und die lokale Ebene aus 290 Gemeindebehörden. Die Länderbehörden sind für die Koordinierung der Lebensmittelkontrollen auf der regionalen Ebene zuständig. Jedoch werden die Tätigkeiten der regionalen Verwaltungen teilweise durch die Regierung gelenkt. Die Gemeindebehörden führen die Lebensmittelkontrollen u. a. in landwirtschaftlichen Betrieben durch. Sie arbeiten und treffen ihre Entscheidungen selbstständig.

3.22 Slowakische Republik



Vereinfachte Darstellung der Behörden im Bereich Lebensmittelsicherheit in der Slowak. Republik

Die zentrale Rechtsgrundlage für die Lebensmittelgesetzgebung in der Slowakei ist das Nahrungsmittelgesetz (Nr. 152/1995 Slg.). Bei lebensmittelrechtlichen Verstößen entscheiden letztlich die Gerichte über strafrechtliche Maßnahmen und im Streitfall über Schadensersatzansprüche der Verbraucher. Maßnahmen der Regierung hinsichtlich Lebensmittelsicherheit basieren oft auf wissenschaftlichen Risikobewertungen. Die endgültige Entscheidung über die Rechtmäßigkeit staatlicher Maßnahmen liegt jedoch bei den Gerichten. In der Slowakei sind Risikobewertung und Risikomanagement institutionell getrennt. Risikobewertungen werden im Internet veröffentlicht.

Das Ministerium für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung der Slowakischen Republik (MPRV-SR) ist zuständig für die Agrarpolitik, Tiergesundheit und Tierschutz, Tierfutter, Lebensmittelsicherheit, Pflanzengesundheit und gentechnisch veränderte Organismen (GVO). Das MPRV-SR ist in die Risikokommunikation und die Koordinierung von Risikobewertungen eingebunden. Das MPRV-SR verwaltet und koordiniert die amtlichen Kontrollbehörden im Bereich der Lebensmittel- und Futtermittelsicherheit (Staatliche Veterinär- und Lebensmittelbehörde, ŠVPS-SR und Zentrale Überwachungs- und Prüfstelle in der Landwirtschaft, ÚKSÚP). Die Abteilung für Lebensmittelsicherheit und Ernährung des MPRV-SR koordiniert die Laboranalytik und autorisiert Laboratorien zur Durchführung von Analysearbeiten (einschließlich der Benennung von Nationalen Referenzlaboratorien).

MPRV-SR
Ministerium für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung der Slowakischen Republik

- ▶ Koordinierung der Risikobewertung
- ▶ Risikokommunikation
- ▶ Risikomanagement
- ▶ Codex-Kontaktstelle
- ▶ EFSA-Kontaktstelle

Sitz: Bratislava
<http://www.mpsr.sk>



Die Kommission für Lebensmittelsicherheit und Ernährung ist ein beratendes Gremium der Abteilung für Lebensmittelsicherheit und Ernährung am MPRV-SR. Die Kommission berät hinsichtlich Ernährung und Lebensmittelsicherheit in der gesamten Nahrungskette, vor allem bezüglich der Erstellung und Umsetzung von Strategien und Politik in diesem Bereich. Wissenschaftliche Risikobewertungen werden von wissenschaftlichen Einrichtungen, Forschungsinstituten und Universitäten erarbeitet.

Mehrere nationale Referenzlaboratorien sind dem MPRV-SR gemäß Verordnung (EG) Nr. 882/2004 angegliedert.

Die Nationalen Referenzlaboratorien gemäß Verordnung (EG) Nr. 882/2004 sind dem MZ-SR angegliedert.

MZ-SR
Ministerium für Gesundheit der Slowakischen Republik

ŠVPS-SR
Staatliche Veterinär- und Lebensmittelverwaltung der Slowakischen Republik

► Risikomanagement

► Risikomanagement
 ► RASFF-Kontaktstelle

Sitz: Bratislava
<http://www.health.gov.sk>

Sitz: Bratislava
<http://www.svssr.sk>



Das Ministerium für Gesundheit der Slowakischen Republik (MZ-SR) ist für die Gesundheitspolitik zuständig und ist die zentrale zuständige Behörde für die amtliche Lebensmittelkontrolle im Hotel-, Gaststätten- und Verpflegungsgewerbe sowie für die Herstellung und Platzierung folgender Produkte auf dem Markt: neuartige Lebensmittel, Nahrungsergänzungsmittel, Lebensmittel, die für besondere Ernährungszwecke bestimmt sind (einschließlich Lebensmitteln für Säuglinge und Kleinkinder) sowie natürliches Mineralwasser, Quellwasser für Säuglinge und Kleinkinder, mit ionisierender Strahlung behandelte Lebensmittel und Lebensmittelkontaktmaterialien. Für die Koordinierung der Durchführung der amtlichen Lebensmittelkontrollen in diesem Sektor ist die Behörde für öffentliche Gesundheit der Slowakischen Republik (UVZ-SR) und ihre regionalen Gesundheitskörperschaften zuständig.

Die dem MPRV-SR nachgeordnete Staatliche Veterinär- und Lebensmittelverwaltung der Slowakischen Republik (ŠVPS-SR) ist zuständig für die amtlichen Kontrollen in den Bereichen Tiergesundheit und Tierschutz, Lebensmittel tierischen und nicht-tierischen Ursprungs in allen Produktions-, Verarbeitungs- und Vertriebsstufen außer der Gastronomie, für die das MZ-SR zuständig ist. Die ŠVPS-SR ist zuständig für Futtermittel tierischen Ursprungs, direkt beim Erzeuger verwendete Futtermittel, Fütterungsarzneimittel, Tierarzneimittel und deren Rückstände sowie tierische Nebenprodukte.

Die SVPS-SR leitet und koordiniert die Arbeit des staatlichen Veterinärinstituts, der drei staatlichen Veterinär- und Lebensmittelinstitute, des Instituts für die amtliche Überwachung von tiermedizinischen biologischen Präparaten und Tierarzneimitteln und des Instituts für Aufbaustudien für Tiermediziner.

Das MZ-SR hat mehrere Laboratorien zur Durchführung einer Laboranalyse von Proben, die während der amtlichen Lebensmittelkontrolle entnommen wurden, zugelassen. Alle diese Laboratorien sind nach EN ISO/IEC 17025 von der SNAS (Slowakische Nationale Akkreditierungsstelle), dem DAP (Deutsches Akkreditierungssystem Prüfwesen) oder dem CIA (Tschechisches Akkreditierungsinstitut) akkreditiert.

Das staatliche Veterinärinstitut und die drei staatlichen Veterinär- und Lebensmittelinstitute sind durch das MPRV-SR als amtliche Laboratorien für die Analyse von Proben der amtlichen Kontrollen in den Bereichen Tiergesundheit, Sicherheit von Lebensmitteln tierischen und pflanzlichen Ursprungs, einschließlich Analysen importierter und im Inland erzeugter Futtermittel benannt. Diese Laboratorien sind nach EN ISO/IEC 17025 akkre-

diert. Die Regulierungsbehörde für Tierarzneimittel ist das Institut für tiermedizinische biologische Präparate und Tierarzneimittel (Sitz: Nitra, <http://www.uskvbl.sk>).

ÚKSÚP
Zentrales Institut für Kontrollen und Tests in der Landwirtschaft

► Risikomanagement

Sitz: Bratislava
<http://www.uksup.sk>



Das dem MPRV-SR nachgeordnete Zentrale Institut für Kontrollen und Tests in der Landwirtschaft (ÚKSÚP) ist verantwortlich für staatliche Kontrollen im Agrarsektor. Das ÚKSÚP ist zuständig für Pflanzengesundheit, Saatgut und Keimlinge, Pflanzensorten, Pflanzenschutzmittel, Futtermittel und Tierernährung. Das ÚKSÚP unterstützt bei der Erstellung von Gesetzesvorlagen und stellt Beratungsleistungen bereit.

Das ÚKSÚP führt phytosanitäre Kontrollen beim Import und Export von Pflanzen an drei Grenzübergängen durch. Das ÚKSÚP ist die zuständige Behörde für ökologischen Landbau in der Slowakei, ernannt durch das Ministerium für Umweltschutz und ökologischen Landbau (DEPOF). Die Analyse von bei amtlichen Kontrollen gezogenen Proben erfolgt durch die eigenen akkreditierten Laboratorien.

VÚP
Forschungsinstitut für Lebensmittel

► Risikobewertung
 ► RASFF-Kontaktstelle

Sitz: Bratislava
<http://www.vup.sk>



Hauptaufgabe des dem MPRV-SR nachgeordneten Forschungsinstituts für Lebensmittel (VÚP) ist die auf Lebensmittelsicherheit und Entwicklung neuer Analysemethoden und -techniken fokussierte Forschung. Das Institut agiert als Kontaktstelle für das Schnellwarnsystem für Lebensmittel und Futtermittel (RASFF) in der Slowakei beteiligt und stellt wissenschaftliche Stellungnahmen hinsichtlich Kontaminanten und Pestiziden in Lebensmitteln zur Verfügung. Das VÚP ist außerdem an der Erstellung von Vorlagen für Lebensmittelgesetze beteiligt. Das VÚP bietet Lehrgänge für geschäftliche und amtliche Einrichtungen an und engagiert sich für die Ausbildung und Informationsvermittlung im Bereich Lebensmittel. Die Laboratorien des Instituts sind gemäß den Normen EN ISO/IEC 17025 und ISO 9000 akkreditiert.

ÚVZ-SR
Behörde für öffentliche Gesundheit der Slowakischen Republik

► Risikomanagement

Sitz: Bratislava
<http://www.uvzsr.sk>



Die Behörde für öffentliche Gesundheit der Slowakischen Republik (ÚVZ-SR) ist die zuständige Behörde für die Koordinierung der Implementierung amtlicher Lebensmittelkontrollen in den vorstehend erwähnten Sektoren. Die Behörde koordiniert sämtliche Aktivitäten bezüglich der Lebensmittelsicherheit einschließlich der Vorbereitung von Kontrollprogrammen und den zugehörigen Berichten, der Organisation von Laborkapazitäten und der Kooperation mit dem MPRV-SR sowie Verbraucherschutzfragen. Die Kontrollen werden von 36 regionalen Gesundheitsbehörden umgesetzt.

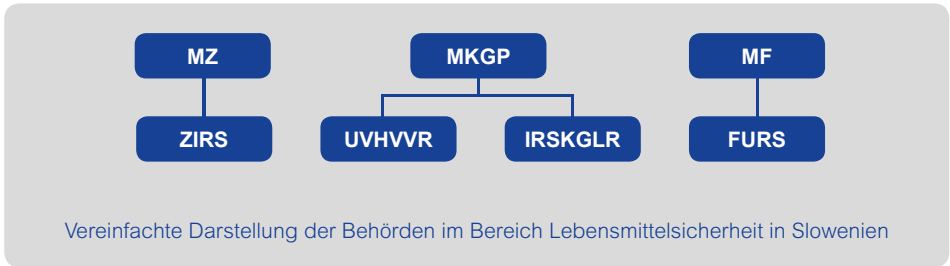
Regionale und lokale Ebene

Die Slowakei ist in acht Regionen und 79 Kreise eingeteilt. Die Durchführung und Überwachung der Lebensmittel- und Futtermittelkontrollen sowie tierärztliche und Pflanzenschutzangelegenheiten werden durch die ŠVPS-SR, das ÚKSÚP und die ÚVZ-SR koordiniert und durchgeführt. Die SVPS-SR wird von acht regionalen und 40 lokalen Veterinar- und Lebensmittelbehörden sowie vier Laboratorien und drei Grenzkontrollstellen, die UVZ-SR von 36 regionalen Behörden und zehn Laboratorien unterstützt.

Am EFSA-Netzwerk beteiligte Einrichtungen nach Art. 36 VO (EG) Nr. 178/2002

1. Ministry of Agriculture and Rural Development of the Slovak Republic (MARD) (EFSA Focal Point), including:
 - Food Safety and Nutrition Department (FSND)
 - Department of Animal Production
 - Department of Plant Production
2. Public Health Authority of the Slovak Republic
3. Regional Public Health Authority in Poprad
4. Central Controlling and Testing Institute in Agriculture
5. State Veterinary and Food Institute
6. Slovak University of Agriculture in Nitra
7. University of Veterinary Medicine and Pharmacy in Kosice
8. Institute of Parasitology, Slovak Academy of Sciences
9. Water Research Institute
10. National Agricultural and Food Centre

3.23 Slowenien



Die zentrale Rechtsgrundlage im Lebensmittelrecht in Slowenien ist das Lebensmittelgesetz. Mehrere nationale Gesetze und Regierungsvorschriften stellen die Rechtsgrundlage für amtliche Kontrollen dar. Lebensmittelrechtliche Verstöße können durch administrative und/oder Sanktionsmaßnahmen seitens der Gesundheitsinspektion der Republik Slowenien (ZIRS), der Behörde für Lebensmittelsicherheit, Veterinärangelegenheiten und Pflanzenschutz (UVHVVR), der Aufsichtsbehörde der Republik Slowenien für Landwirtschaft, Forstwirtschaft, Jagd und Fischerei (IRSKGLR) und der Finanzverwaltung (FURS) geahndet werden. Es können auch strafrechtliche (Staatsanwaltschaft) und zivilrechtliche Maßnahmen (Zivilklagen) erfolgen. Die oben genannten Maßnahmen beruhen auf rechtlichen Bestimmungen oder auf Risikoanalysen, sofern keine speziellen Rechtsvorschriften gemäß EU- oder nationalem Recht vorliegen. Die endgültige Entscheidung über die Rechtmäßigkeit der ergriffenen Maßnahmen liegt bei den Gerichten.

Die Prozesse der Risikobewertung und des Risikomanagements sind institutionell getrennt.

MZ
Ministerium für Gesundheit

- ▶ Risikokommunikation
- ▶ Risikomanagement

Sitz: Ljubljana
<http://www.mz.gov.si>



Das Ministerium für Gesundheit (MZ) ist zuständig für die Politik und den Rechtsrahmen im Bereich gesundheitliche Versorgung, einschließlich öffentlicher Gesundheit und Krankenversicherung. Der Tätigkeitsbereich des MZ umfasst die Sicherheit von Lebensmitteln und Trinkwasser und die Gestaltung der allgemeinen Ernährungspolitik. Im Bereich der Lebensmittelsicherheit ist das MZ zuständig für die Vorbereitung der Gesetzgebung und die Beaufsichtigung ihrer Umsetzung im Bereich Lebensmittel für besondere Gruppen, Nahrungsergänzungsmittel und Lebensmittelkontaktmaterialien. Das MZ fordert Risikobewertungen von ernannten wissenschaftlichen Einrichtungen wie dem Nationalen Institut für öffentliche Gesundheit (NIJZ) und dem Nationalen Labor für Gesundheit, Umwelt und Ernährung (NLZOH) an.

Das NIJZ (www.nijz.si) ist eine nationale wissenschaftliche Organisation für Risikobewertung und -kommunikation in den Bereichen Chemie, Mikrobiologie, Ernährung und neuartige Lebensmittel.

Das NIJZ kooperiert eng mit nationalen und internationalen Organisationen im Bereich der Lebensmittelsicherheit.

Das Nationale Labor für Gesundheit, Umwelt und Ernährung (NLZOH, www.nlzoh.si) dient als nationales Referenzlaboratorium gemäß der Verordnung (EG) Nr. 882/2004 und ist für die Risikobewertung der amtlichen Kontrollproben zuständig.

**ZIRS
Gesundheitsaufsichtsbehörde der
Republik Slowenien**

- ▶ Risikomanagement
- ▶ Inspektion und Kontrolle

Sitz: Ljubljana
<http://www.zi.gov.si>

Die Gesundheitsaufsichtsbehörde der Republik Slowenien (ZIRS) ist verantwortlich für die amtliche Kontrolle von Nahrungsergänzungsmitteln, Lebensmitteln für bestimmte Gruppen, Lebensmittelkontaktmaterialien und Trinkwasser.

**MKGP
Ministerium für Landwirtschaft,
Forstwirtschaft und Ernährung**

- ▶ Risikokommunikation
- ▶ Risikomanagement

Sitz: Ljubljana
<http://www.mko.gov.si>



Das Ministerium für Landwirtschaft, Forstwirtschaft und Ernährung (MKGP) ist zuständig für politische und rechtliche Rahmenbedingungen im Bereich der Landwirtschaft, der Fischerei und der Forstwirtschaft einschließlich der Lebensmittel- und Futtermittelqualität, z. B. Vermarktungsnormen für Lebensmittel, geschützte

Ursprungsbezeichnung, geschützte geografische Angabe, Garantiert traditionelle Spezialitäten und Angabe von Produkten höherer Qualität.

**UVHVVR
Behörde für Lebensmittelsicherheit,
Veterinärwesen und Pflanzenschutz**

- ▶ Risikomanagement
- ▶ Risikokommunikation
- ▶ Inspektion und Kontrollen
- ▶ RASFF-Kontaktstelle
- ▶ Codex-Kontaktstelle
- ▶ EFSA-Kontaktstelle

Sitz: Ljubljana
<http://www.uvhvvr.gov.si>

Die Behörde für Lebensmittelsicherheit, Veterinärwesen und Pflanzenschutz (UVHVVR) ist für die Vorbereitung des Rechtsrahmens und dessen Implementierung, die Risikoüberwachung, die Bewertung der Risiken für die öffentliche Gesundheit und die Tier- und Pflanzengesundheit sowie für die amtliche Überwachung und Kontrolle der gesamten Nahrungs- und Futtermittelkette verantwortlich.

Die Kompetenzen der UVHVVR umfassen die administrativen, technischen und Überwachungsaufgaben im Bereich der Sicherheit, der Qualität und der Kennzeichnung von Lebensmitteln einschließlich gentechnisch veränderter Organismen (GVO), natürlicher Mineralwässer und Futtermitteln, Lebensmittelsicherheit in der Gastronomie, Tiergesundheit und Tierschutz, Zoonosen, Verwendung von Tierarzneimitteln, tierischen Nebenprodukten, Pflanzenschutz, Registrierung und Verwendung von Pflanzenschutzmitteln und Rückständen von Pestiziden.

Im internationalen Handel ist die UVHVVR für den Marktzugang in Bezug auf Anforderungen der Lebensmittelsicherheit, Veterinär- und phytosanitären Vorschriften verantwortlich. Die Einfuhr- und Ausfuhrkontrollen in diesen Bereichen werden in

enger Zusammenarbeit mit der Zollbehörde der FURS durchgeführt.

Die UVHVVR gibt Risikobewertungen bei bestimmten wissenschaftlichen Institutionen und Forschungsorganisationen in Auftrag. Dazu gehören u. a.:

- ▶ Universität Ljubljana, Veterinär-Fakultät – Nationales Veterinärinstitut, Biotechnische Fakultät,
- ▶ Nationales Labor für Gesundheit, Umwelt und Lebensmittel,
- ▶ Nationales Institut für öffentliche Gesundheit,
- ▶ Landwirtschaftliches Institut von Slowenien
- ▶ Nationales Institut für Biologie,
- ▶ Slowenisches Institut für Hopfenforschung und Brauereiwesen,
- ▶ Slowenisches Forstinstitut.

IRSKGLR
Aufsichtsbehörde der Republik Slowenien für Landwirtschaft, Forstwirtschaft, Jagd und Fischerei

▶ Überwachung und Kontrollen

Sitz: Ljubljana
<http://www.ikglr.gov.si/en/>

Die Aufsichtsbehörde der Republik Slowenien für Landwirtschaft, Forstwirtschaft, Jagd und Fischerei (IRSKGLR) ist für die amtlichen Kontrollen (Vor-Ort-Kontrollen) der Identifizierung und Registrierung von Tieren zuständig.

MF
Ministerium für Finanzen Finanzverwaltung (FURS)

▶ Inspektion und Kontrollen

Sitz: Ljubljana
<http://www.carina.gov.si>

Die Finanzverwaltung (FURS) ist dem Ministerium für Finanzen (MF) nachgeordnet. Die FURS

ist verantwortlich für die amtlichen Einfuhrkontrollen in Bezug auf:

- ▶ Erzeugnisse tierischen Ursprungs für den persönlichen Verbrauch,
- ▶ Nicht-kommerzielle Verbringung von Heimtieren,
- ▶ Dokumentations- und Identitätskontrollen von Futtermitteln nicht-tierischen Ursprungs,
- ▶ Holzverpackungsmaterial,
- ▶ Nachweis illegaler Einfuhren.

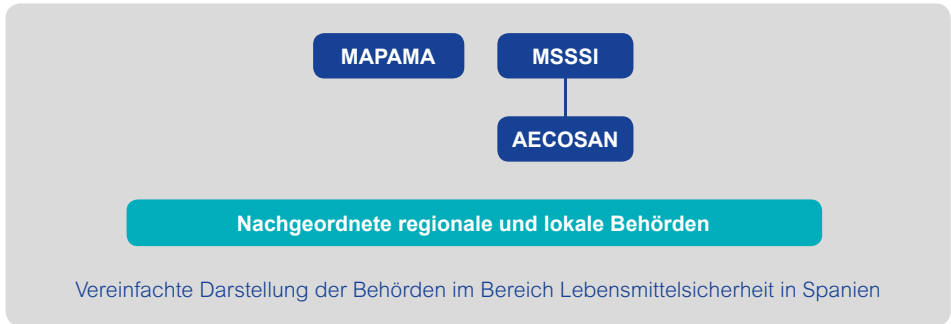
Regionale und lokale Ebene

Die Republik Slowenien besteht aus 12 Regionen und 212 Gemeinden. Slowenien hat eine zentrale Struktur. Die Lebensmittelüberwachung obliegt der UVHVVR mit der Überwachung für die Lebensmittelsicherheit, den Veterinärbereich und den Pflanzenschutz mit seinem Hauptsitz, zehn Regionalbüros und zwei Grenzkontrollstellen und der ZIRS mit deren Hauptsitz und sieben Regionalbüros.

Am EFSA-Netzwerk beteiligte Einrichtungen nach Art. 36 VO (EG) Nr. 178/2002

1. Ministry of Agriculture, Forestry and Food (EFSA Focal Point)
2. National Institute of Public Health
3. Agricultural Institute of Slovenia
4. Slovenian Institute for Hop Research and Brewing
5. University of Maribor (Univerza v Mariboru)
6. Jozef Stefan Institute
7. National Institute of Biology (NIB)
8. National Laboratory of Health, Environment and Food (Nacionalni laboratorij za zdravje, okolje in hrano-NLZOH)
9. Slovenian Forestry Institute
10. Nutrition Institute
11. University of Ljubljana

3.24 Spanien



Die zentrale Rechtsgrundlage im Lebensmittelrecht in Spanien ist die Verordnung (EG) Nr. 178/2002. Bei lebensmittelrechtlichen Verstößen entscheiden letztlich die Gerichte über strafrechtliche Maßnahmen und im Streitfall über Schadensersatzansprüche der Verbraucher. Maßnahmen der Regierung hinsichtlich Lebensmittelsicherheit basieren oft auf wissenschaftlichen Risikobewertungen. Die endgültige Entscheidung über die Rechtmäßigkeit staatlicher Maßnahmen liegt jedoch bei den Gerichten.

In Spanien gibt es keine institutionelle Trennung von Risikobewertung und Risikomanagement. Risikobewertungen werden im Internet veröffentlicht, soweit nicht gesetzliche Regelungen entgegenstehen.

In Spanien wird die Gesamtverantwortung auf nationaler Ebene für die Organisation und den Betrieb von Überwachungssystemen zwischen zwei Hauptministerien, dem Ministerium für Landwirtschaft, Ernährung und Umwelt (MAPAMA) und dem Ministerium für Gesundheit, soziale Dienste und Gleichstellung (MSSSI) geteilt.

Das MSSSI ist für die Lebensmittelsicherheit zuständig. Es ist durch seine Generaldirektion für Gesundheit, Qualität und Innovation für die Kontrolle des Imports und Exports sämtlicher Lebensmittel verantwortlich. Die meisten ande-

ren Verantwortlichkeiten des Ministeriums im Bereich Lebensmittelsicherheit fallen an die spanische Agentur für Verbraucherschutz, Lebensmittelsicherheit und Ernährung (AECOSAN). Die Zentralbehörden in Spanien behalten die Gesamtverantwortung für die Koordinierung der Umsetzung der Überwachung bei.

MAPAMA
Ministerium für Landwirtschaft und Fischerei, Ernährung und Umwelt

- ▶ Agrarpolitik, Lebensmittelsicherheit
- ▶ Risikobewertung
- ▶ Risikomanagement

Sitz: Madrid
<http://www.mapama.gob.es/>



Das Ministerium für Landwirtschaft und Fischerei, Ernährung und Umwelt (MAPAMA) befasst sich mit der Agrarpolitik, Lebensmittelindustriepolitik, Futtermittelsicherheit und der Sicherheit von Lebensmitteln tierischen und pflanzlichen Ursprungs bei der Primärproduktion sowie Lebensmittelbetrug. Das MAPAMA erarbeitet Vorlagen für Gesetze und ist für die Koordination staatlicher Lebensmittelkontrollen in diesem Bereich zuständig, einschließlich Import- und Exportkontrollen.

Das MAPAMA ist die nationale Kontaktstelle für Lebensmittelbetrug und Nutzer des Systems für die Verwaltung und Zusammenarbeit (AAC-System).

Das MAPAMA ist auch für die Vorbereitung von Risikobewertungen in Bezug auf Rückstände von Pflanzenschutzmitteln und Tierfutter verantwortlich. MAPAMA ist die Regulierungsbehörde für Pflanzenschutzmittel.

Das MAPAMA-Portfolio umfasst gentechnisch veränderte Organismen (GVO), (Samen, Pflanzenvermehrungsgut, Futtermittel, Verwendung in der Lebensmittelindustrie und Verarbeitung)², Zoonosen und Tierarzneimittel. Das MAPAMA ist die Regulierungsbehörde für Pestizide, d. h. MAPAMA registriert, genehmigt und überwacht die Verwendung von Pestiziden. Bevor das MAPAMA die Verwendung von Pestiziden genehmigt, wird die AECOSAN in Bezug auf Rückstände in Lebensmitteln konsultiert, und das MSSSI um die Anwendungssicherheit zu bewerten. Das MAPAMA selbst beurteilt die Wirksamkeit des betreffenden Pestizids und seine Sicherheit für die Umwelt. Das Arbeitsfeld des MAPAMA reicht über die Lebensmittelsicherheit hinaus und umfasst auch Pflanzengesundheit, Tiergesundheit und Tierschutz.

An dem MAPAMA sind vier Nationale Referenzlaboratorien nach der Verordnung (EG) Nr. 882/2004 angesiedelt.

MSSSI
**Ministerium für Gesundheit,
soziale Dienste und Gleichstellung**

- ▶ Gesundheitspolitik, Lebensmittelsicherheit
- ▶ Risikomanagement

Sitz: Madrid
<http://www.msssi.es>



Das Ministerium für Gesundheit, soziale Dienste und Gleichstellung (MSSSI) befasst sich mit der Gesundheitspolitik und der Lebensmittelsicherheit. Das MSSSI erarbeitet das Unterprogramm der Rückstandsüberwachung bei Grenzkontrollstellen (BIPs) bei der Einfuhr (Programm der Rückstandsüberwachung auf nationaler Ebene, das von den regionalen Behörden durchgeführt wird). Dies umfasst Lebensmittel tierischen und pflanzlichen Ursprungs.

Die Tätigkeitsfelder des MSSSI erstrecken sich über die Lebensmittelsicherheit hinaus auf den Ernährungsbereich. Innerhalb des MSSSI beschäftigt sich die AECOSAN mit den meisten Angelegenheiten der Lebensmittelsicherheit.

Die Regulierungsbehörde für Tierarzneimittel ist die spanische Agentur für Arzneimittel und Gesundheitsprodukte, eine nachgeordnete Einrichtung des MSSSI.

² Die Zuständigkeit für die nationalen Entscheidungen über GVO liegt im Geschäftsbereich des spanischen Interministeriellen Ausschusses für GVO.

AECOSAN
Spanische Agentur für Verbraucherschutz,
Lebensmittelsicherheit und Ernährung

- ▶ Risikobewertung
- ▶ Risikokommunikation
- ▶ Risikomanagement
- ▶ Codex-Kontaktstelle
- ▶ EFSA-Kontaktstelle
- ▶ RASFF-Kontaktstelle

Sitz: Madrid
<http://www.aecosan.msssi.gob.es>



Die spanische Agentur für Verbraucherschutz, Lebensmittelsicherheit und Ernährung (AECOSAN) gründet auf der Fusion des Nationalen Verbraucherinstituts (INC) und der spanischen Agentur für Lebensmittelsicherheit und Ernährung (AESAN). Die Zusammenführung beider Institutionen stärkt die Rolle der Agentur, die für die Gewährleistung der Lebensmittelsicherheit und des Verbraucherschutzes zuständig ist.

Die AECOSAN ist eine nachgeordnete Fachbehörde im MSSSI. Die AECOSAN ist die zuständige Institution für alle Gesetzgebungsvorhaben im Hinblick auf die Sicherheit von in Spanien verfügbaren Lebensmitteln, darunter auch die Umsetzung von EU-Richtlinien in nationales Recht sowie neue nationale Vorschriften.

Die AECOSAN erarbeitet Expertenberichte zur Risikobewertung vor, insbesondere in Bezug auf neuartige Lebensmittel, Rückstände von Pflanzenschutzmitteln, Nahrungsergänzungsmittel, Zoonosen und Mineralwässer. Die AECOSAN wird von einem wissenschaftlichen Ausschuss unterstützt, der sich aus unabhängigen externen Sachverständigen zusammensetzt. Dieser Ausschuss umfasst zwei Bereiche: Verbraucherschutz sowie Lebensmittelsicherheit und Ernährung mit wissenschaftlichen Berichten zu biologischen, chemischen, technologischen und ernährungs-

bedingten Gefahren. Die AECOSAN bereitet Empfehlungen zur Risikominderung vor und identifiziert neue Gesundheitsrisiken. Die AECOSAN ist auch verantwortlich für das Risikomanagement von biologischen, chemischen und ernährungsbedingten Gefahren, einschließlich GVO (Lebensmittel).

Weitere Schwerpunkte der AECOSAN umfassen eine transparente Kommunikation mit der breiten Öffentlichkeit, Wissenschaft und anderen Beteiligten oder interessierten Kreisen. Die AECOSAN beteiligt sich auch an der Koordination der amtlichen Lebensmittelüberwachung sowie an der Koordination und Planung der amtlichen Kontrollen zur Lebensmittelsicherheit. Der Arbeitsbereich der AECOSAN erstreckt sich über die Lebensmittelsicherheit hinaus auf Ernährungsfragen und beinhaltet die Förderung einer gesunden Ernährung und von Verbraucherrechten.

Zwei nationale Referenzlaboratorien sind gemäß der Verordnung (EG) Nr. 882/2004 an die AECOSAN angeschlossen. Die AECOSAN hat ein nationales Referenzlabor (Nationales Zentrum für Lebensmittel, CNA) und ein EU-Referenzlabor für marine Biotoxine (EURLMB). Daneben gibt es das Zentrum für Forschung und Qualitätskontrolle (CICC), welches auch an die AECOSAN angegliedert ist. Das CICC ist eine Gruppe von Laboratorien, in denen alle Arten von Produkten auf dem spanischen Markt analysiert werden, um sicherzustellen, dass sie den einschlägigen hygienerechtlichen Regelungen und Qualitätsnormen entsprechen.

Regionale und lokale Ebene

Aus administrativer Sicht ist Spanien auf regionaler und lokaler Ebene in 17 autonomen Regionen, zwei autonomen Städten (Ceuta und Melilla) und 52 Provinzen organisiert. Einige regionale Lebensmittelsicherheitsbehörden führen auf regionaler Ebene Risikobewertungen durch. Die Durchführung von Futter- und Lebensmittelkontrollen ist Aufgabe der regionalen und lokalen Behörden.

Am EFSA-Netzwerk beteiligte Einrichtungen nach Art. 36 VO (EG) Nr. 178/2002

1. Spanish Agency for Consumer Affairs, Food Safety and Nutrition (AECOSAN) (EFSA Focal Point)
2. Spanish National Research Council (Agencia Estatal Consejo Superior de Investigaciones Científicas, CSIC)
3. Agri-Food Laboratory (Laboratori Agroalimentari)
4. Departamento de Nutrición, Bromatología y Tecnología de los Alimentos, Facultad de Veterinaria, Universidad Complutense
5. Universidad Complutense de Madrid
6. Universitat de les Illes Balears
7. Drug Analysis Service – Universidad Autónoma de Barcelona (Facultad de Veterinaria)
8. Agència Catalana de Seguretat Alimentària (ACSA)
9. Institute of Agriculture and Food Research and Technology (IRTA)
10. Laboratory of Mycology (UCM)
11. Nutrición y Bromatología, Facultad de Veterinaria, Universidad de Murcia
12. Institute of Nutrition and Food Technology (INYTA)
13. Saluvet Group
14. ELIKA – Basque Foundation for Agrofood Safety
15. University of Santiago de Compostela
16. Basque Institute for Agrarian Research and Development (NEIKER)
17. Institute of Health Carlos III (Instituto de Salud Carlos III, ISCIII)
18. National Institute for the Agricultural and Food Research and Technology (INIA)
19. University of Almería (Universidad de Almería, UAL)
20. University of the Basque Country (UPV/EHU)
21. Universitat Rovira i Virgili
22. University of Valencia
23. Ministry of Agriculture, Food and Environment, including:
 - Laboratorio Arbitral Agroalimentario (LAA)
 - Laboratorio Central de Veterinaria (LCV)
24. Fundació Centre de Recerca en Economia i Desenvolupament Agroalimentari UPC-IRTA (CREDA)
25. University of Barcelona (UB)
26. Universidad de Córdoba
27. Universidad de Sevilla
28. University of Vigo (Universidade de Vigo)
29. Polytechnic University of Valencia (Universitat Politècnica de València)
30. Universidad de las Palmas de Gran Canaria
31. Canary Health Service (Servicio Canario de la Salud)
32. University of Castilla- La Mancha (Universidad de Castilla- La Mancha, UCLM)
33. Universidad de León
34. University Jaume I (Universitat Jaume I de Castellón)

3.25 Tschechische Republik



Das Gesetz Nr. 110/1997 Slg. über Lebensmittel und Tabakprodukte in der geänderten Fassung ist die zentrale Rechtsgrundlage im Lebensmittelrecht der Tschechischen Republik. Das Dokument „Lebensmittelsicherheit und Ernährungsstrategie für 2010–2013“ ist ein grundlegendes Papier der Tschechischen Republik im Bereich der Lebensmittelsicherheit und Ernährung.

Bei lebensmittelrechtlichen Verstößen entscheiden letztlich die Gerichte über strafrechtliche Maßnahmen und im Streitfall über Schadensersatzansprüche der Verbraucher. Maßnahmen der Regierung hinsichtlich Lebensmittelsicherheit basieren oft auf wissenschaftlichen Risikobewertungen. Die endgültige Entscheidung über die Rechtmäßigkeit staatlicher Maßnahmen liegt jedoch bei den Gerichten.

In der Tschechischen Republik gibt es keine institutionelle Trennung von Risikobewertung und Risikomanagement, es gibt jedoch eine verfahrensrechtliche Trennung von Risikobewertung und Risikomanagement. Risikobewertungen werden im Internet veröffentlicht, soweit nicht gesetzliche Regelungen entgegenstehen.

MZE Ministerium für Landwirtschaft

- ▶ Risikobewertung
- ▶ Risikokommunikation
- ▶ Risikomanagement
- ▶ Codex-Kontaktstelle
- ▶ EFSA-Kontaktstelle
- ▶ RASFF-Kontaktstelle

Sitz: Prag
<http://eagri.cz>

Das Ministerium für Landwirtschaft (MZE) befasst sich mit der Agrarpolitik und der Lebensmittelsicherheit in der Tschechischen Republik. Es ist verantwortlich für Lebensmittel tierischen und pflanzlichen Ursprungs und auch für die amtliche Lebensmittelüberwachung.

In den Aufgabenbereich des MZE fallen unter anderem Lebensmittel und Futtermittel, Tierschutz und -gesundheit, Tierarznei- und Pflanzenschutzmittel und deren Rückstände, Kontaminanten, Trinkwasser, gentechnisch veränderte Organismen (GVO), neuartige Lebensmittel, Zusatzstoffe, Nahrungsergänzungsmittel und Lebensmittelkennzeichnung.

Das MZE ist die vorgesetzte Behörde insbesondere in den folgenden Bereichen:

- ▶ tschechische Landwirtschafts- und Lebensmittelüberwachungsbehörde – Lebensmittel pflanzlichen Ursprungs, Einzelhandel mit Lebensmitteln tierischen Ursprungs;
- ▶ staatliche Veterinärverwaltung – Produktion, Verarbeitung und Vertrieb von Lebensmitteln und Futtermitteln tierischen Ursprungs, Tiergesundheit und Tierschutz, Grenzkontrollen;
- ▶ Zentralinstitut für Überwachung und Prüfung in der Landwirtschaft – Hygiene der Produktion, Verarbeitung, Vertrieb und Einzelhandel von Futtermitteln, Angelegenheiten der Pflanzengesundheit, Pflanzenschutzmittel;
- ▶ Das Zentralinstitut für die Überwachung und Prüfung in der Landwirtschaft ist die Regulierungsbehörde für Pflanzenschutzmittel.
- ▶ Tschechische Aufsichtsbehörde für die Zucht – Tieridentifizierung und -Registrierung;
- ▶ Institut für die staatliche Kontrolle von biologischen und Tierarzneimitteln (in Zusammenarbeit mit der staatlichen Pflanzengesundheitsverwaltung) – Tierarzneimittel und Teilaspekte von Pflanzenschutzmitteln. Das Institut für die staatliche Kontrolle von biologischen und Tierarzneimitteln ist die Zulassungsbehörde für Tierarzneimittel.

Ein weiterer Schwerpunkt des MZE ist die Risikokommunikation. Das Lebensmittelsicherheitsinformationszentrum wurde eingerichtet, um zu allen Aspekten der Lebensmittelsicherheit („vom Stall bis auf den Teller“) Informationen für die Allgemeinheit zur Verfügung zu stellen.

Einige Nationale Referenzlaboratorien nach der Verordnung (EG) Nr. 882/2004 sind an den zuständigen Behörden im Geschäftsbereich des MZE und des Ministeriums für Gesundheit (MZ) angesiedelt.

MZ Ministerium für Gesundheit

- ▶ Risikobewertung
- ▶ Risikokommunikation
- ▶ Risikomanagement
- ▶ Lebensmittelhygiene

Sitz: Prag
<http://www.mzcr.cz>



Das Ministerium für Gesundheit (MZ) befasst sich mit dem öffentlichen Gesundheitsschutz und der Lebensmittelsicherheit in der Tschechischen Republik. In den Aufgabenbereich des MZ gehören unter anderem Materialien, die mit Lebensmitteln in Berührung kommen, Kontaminanten, Mineralwasser sowie Pflanzenschutzmittel und ihre Rückstände.

Die Zuständigkeit bei Kontrollen ist auf Lebensmittelkontaktmaterialien, Lebensmittelhygiene und insbesondere auf die Gastronomie begrenzt. Die zuständigen Behörden sind die öffentlichen Gesundheitsbehörden.

Einige Nationale Referenzlaboratorien sind am MZ angesiedelt.

Regionale und lokale Ebene

Die Tschechische Republik ist in 14 Regionen aufgeteilt, die weiter in Bezirke untergliedert sind.

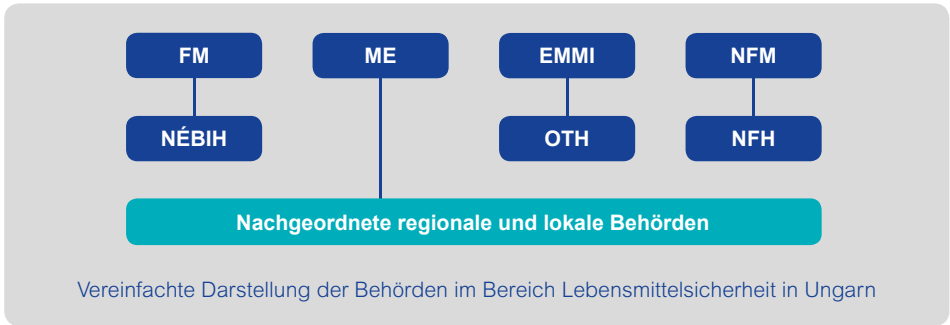
Alle Regionen sind zuständig für Lebensmittel- und Futtermittelinspektionen. In allen 14 Regionen befinden sich Vertretungen der staatlichen Veterinärverwaltung und öffentliche Gesundheitsbehörden. In sieben Regionen sind regionale Vertretungen der tschechischen Landwirtschafts- und Lebensmittelüberwachungsbehörde und des Zentralinstituts für die Überwachung und Prüfung in der Landwirtschaft angesiedelt.

Der Tierschutz fällt in den Zuständigkeitsbereich der Kommunen, d. h. Überwachung, Maßnahmen und der Umgang mit Verstößen.

**Am EFSA-Netzwerk beteiligte Einrichtungen
nach Art. 36 VO (EG) Nr. 178/2002**

1. Ministry of Agriculture of the Czech Republic (EFSA Focal Point)
2. Mendel University in Brno, Faculty of Agronomy, Department of Animal Breeding
3. National Institute of Public Health
4. Veterinary Research Institute (VRI)
5. Crop Research Institute
6. Institute of Animal Science
7. Czech University of Life Sciences Prague (Čzech zemmh Univ univerzita v Praze)
8. Food Research Institute Prague
9. Biology Centre, the Czech Academy of Sciences (BC CAS)
10. Institute of Chemical Technology Prague
11. University of Veterinary and Pharmaceutical Sciences Brno
12. University of South Bohemia in Čnive Buddersity
13. University of Ostrava

3.26 Ungarn



Die zentrale Rechtsgrundlage im Lebensmittelrecht in Ungarn ist das Nahrungsmittelketten-gesetz. Bei lebensmittelrechtlichen Verstößen entscheiden letztlich die Gerichte über strafrechtliche Maßnahmen und im Streitfall über Schadensersatzansprüche der Verbraucher. Maßnahmen der Regierung hinsichtlich Lebensmittelsicherheit basieren oft auf wissenschaftlichen Risikobewertungen. Die endgültige Entscheidung über die Rechtmäßigkeit staatlicher Maßnahmen liegt jedoch bei den Gerichten.

In Ungarn ist die Nationale Behörde für die Sicherheit der Nahrungskette (NÉBIH) für Risikomanagement und Risikobewertung zuständig. Risikobewertungen werden bisher nicht im Internet veröffentlicht.

Beim Ministerium für Landwirtschaft (FM) liegt die Zuständigkeit für die amtliche Überwachung der gesamten Lebensmittelkette. Die Kernaufgaben des Ministeriums sind: internationale Beziehungen, strategische Planung und Ausarbeitung der Gesetzgebung in den Bereichen Sicherheit der Lebensmittelkette vom Erzeuger zum Verbraucher sowie die Überwachung der Kontrolltätigkeiten auf Kreis- und Kommunalebene.

Der Geschäftsbereich des FM umfasst Boden, Pflanzengesundheit, Futtermittel, Lebensmittel, gentechnisch veränderte Organismen (GVO), Zoonosen, Mineralwasser und Trinkwasser. Das FM befasst sich auch mit Rückständen von Pflanzenschutzmitteln und Tierarzneimitteln, die Zulassungsbehörde für Pestizide und Tierarzneimittel ist jedoch die NÉBIH.

Das Ministerium formuliert staatliche Maßnahmen, die nicht nur die ländliche Entwicklung betreffen, sondern auch die Überwachung der Nahrungsketten, des Umweltschutzes und der Agrarwirtschaft. Die Hauptaufgaben des Ministeriums sind die nachhaltige Bewirtschaftung der natürlichen Ressourcen, die Vielfalt der ländlichen Landnutzung, die ländliche Entwicklung und die Schaffung von Bedingungen für die sichere und qualitativ hochwertige Produktion und den Vertrieb von Nahrungsmittelprodukten.

FM Ministerium für Landwirtschaft

- ▶ Agrarpolitik, Politik zur Sicherheit der Nahrungskette
- ▶ Risikomanagement
- ▶ Risikokommunikation

Sitz: Budapest
<http://www.kormany.hu/en/ministry-of-agriculture>



EMMI
Ministerium für Humanressourcen,
Staatssekretariat für Gesundheitswesen

- ▶ Gesundheitspolitik und Verbraucherschutz
- ▶ Risikomanagement

Sitz: Budapest
<http://www.kormany.hu/en/ministry-of-human-resources>

Das Staatssekretariat für Gesundheitswesen ist zuständig für die Festlegung besonderer Vorschriften und für die Erarbeitung von Gesetzesvorschriften für die Umsetzung der Gesundheitsvorsorge auf nationaler Ebene und in Hochschuleinrichtungen. Es reguliert Aufgaben der nationalen Gesundheitsvorsorge.

Der Aufgabenbereich des Ministeriums für Humanressourcen (EMMI) umfasst die Rechtsvorschriften hinsichtlich Gesundheitsaspekten im Zusammenhang mit der Ernährung (z. B. Gesundheitsaspekte der Gemeinschaftsverpflegung) und ist in erster Linie zuständig für die Gesetzgebung für Nahrungsergänzungsmittel, diätetische Produkte, Säuglingsanfangs- und Folgenahrung, Gesundheits- und Nährwertangaben sowie Nährwertkennzeichnung. Das EMMI überwacht das Nationale Amt des Medizinalrats, der für die Ernährung, gesundheitsbezogene Angaben, Nahrungsergänzungsmittel, Lebensmittel für besondere Ernährungszwecke und lebensmittelbedingte Krankheiten verantwortlich ist.

NFM
Ministerium für nationale Entwicklung,
Staatssekretariat für Kommunikationstechnologie und Verbraucherschutz

- ▶ Verbraucherschutz

Sitz: Budapest
<http://www.kormany.hu/en/ministry-of-national-development>

Die Behörde für Verbraucherschutz (NFH), die dem Ministerium für nationale Entwicklung (NFM) nachgeordnet ist, ist im Falle der Verletzung des Verbots unlauterer Geschäftspraktiken im Zusammenhang mit der Kennzeichnung und Werbung von Lebensmitteln zuständig.

ME
Büro des Premierministers

- ▶ Finanzierung von Personal, Infrastruktur
- ▶ Umsetzung der operativen Programme

Sitz: Budapest
<http://www.kormany.hu/en/prime-minister-s-office>

Seit 2011 ist das Büro des Premierministers (ME) für die Finanzierung von Personal, Infrastruktur und Umsetzung der operativen Programme zuständig.

Administrativ stehen die Bezirksregierungsbüros (CGOs) unter dem Büro des Premierministers. Das ME hat andere, nicht-professionelle Management-Befugnisse (z. B. Arbeitgeberrechte) in Bezug auf die CGOs.

NÉBIH
Nationale Behörde für die Sicherheit der Nahrungskette

- ▶ Risikomanagement
- ▶ Risikobewertung
- ▶ Risikokommunikation
- ▶ EFSA-Kontaktstelle
- ▶ Codex-Kontaktstelle
- ▶ RASFF-Kontaktstelle
- ▶ WHO Infosan-Kontaktstelle

Sitz: Budapest
<http://portal.nebih.gov.hu/hu>

Die Nationale Behörde für die Sicherheit der Nahrungskette (NÉBIH) ist eine unabhängige juristische Person mit landesweiter Kompetenz und Verantwortung, die unter der direkten Aufsicht des Ministers für Landwirtschaft tätig ist. Das jährliche Budget wird von der Regierung zugeteilt. Die NÉBIH verfügt über eine komplexe Organisationsstruktur mit verschiedenen horizontalen und fachspezifischen Direktionen sowie Prüflaboratorien. Die NÉBIH deckt die gesamte Nahrungskette vom Boden bis hin zum Einzelhandel und der Gastronomie ab, um die Sicherheit der Lebensmittel- und Futtermittelproduktion in Bezug auf Tier- und Pflanzengesundheit und Bodenschutz zu gewährleisten. Die NÉBIH ist an der Zulassung von neuartigen Lebensmitteln beteiligt.

Die Direktion für Risikobewertung der Lebensmittelsicherheit ist für die Risikobewertung in Ungarn im Bereich der Lebensmittelsicherheit zuständig.

Die Direktion für Systemmanagement und Supervision koordiniert den mehrjährigen nationalen Kontrollplan (MNKP) und ist für die Risikobewertung, die strategische und risikobasierte Planung der amtlichen Kontrollen sowie für die IT-Systementwicklung verantwortlich.

Als Ergebnis der kooperativen Vorarbeiten des Ministeriums für ländliche Entwicklung und der NÉBIH wurde die Nahrungsketten-Sicherheitsstrategie 2013–2022 von der Regierung verabschiedet. Die Strategie bestimmt die wichtigsten Ziele und Pflichten im Zusammenhang mit der Sicherheit der Nahrungskette sowie die Anleitung zur Erreichung dieser Zielvorgaben für die nächsten zehn Jahre.

Regionale und lokale Ebene

Administrativ ist Ungarn in 19 Landkreise und die Stadt Budapest unterteilt. Die Landkreise sind weiter in 175 Distrikte aufgeteilt, und Budapest ist eine eigene Unterregion mit 23 Distrikten.

Auf Kreisebene wurden alle an den amtlichen Kontrollen der Nahrungskette beteiligten Behörden zusammengeführt und in die Bezirksregierungsbüros (CGOs) integriert. Seit dem 1. April 2015 wurden ehemals unabhängige landwirtschaftliche Gremien in eine Abteilung innerhalb der CGOs zusammengeführt.

Das ME ist verantwortlich für die Leitung der CGOs, während das FM für die fachliche Anleitung der für die Nahrungskettenkontrolle zuständigen Einrichtungen zuständig ist. In Bezug auf die amtlichen Kontrollen der Nahrungskette führen die CGOs die Kontrollpläne nach den Verfahren und Richtlinien ein, die alle von der NÉBIH zur Verfügung gestellt und vom FM bestellt werden.

Seit 2013 gibt es auf lokaler Ebene 198 Bezirksverwaltungen (DGOs). Innerhalb dieser DGOs gibt es 82 Einrichtungen für die Sicherheit der Nahrungskette und der Tiergesundheit. Im Durchschnitt ist jede Einheit für zwei bis drei DGOs verantwortlich.

Am EFSA-Netzwerk beteiligte Einrichtungen nach Art. 36 VO (EG) Nr. 178/2002

1. National Food Chain Safety Office (EFSA Focal Point)
2. National Institute for Food and Nutrition Science
3. Hungarian Dairy Research Institute
4. Szent István University Faculty of Veterinary Science
5. Cereal Research Non-Profit Company
6. Corvinus University of Budapest, Faculty of Food Science
7. National Center of Epidemiology
8. Centre for Agricultural Research of the Hungarian Academy of Sciences
9. Research Centre for Natural Sciences
10. University of Debrecen
11. National Agricultural Research and Innovation Center (Nemzeti Agrárkutatási és Innovációs Központ)

3.27 Vereinigtes Königreich



Vereinfachte Darstellung der Behörden im Bereich Lebensmittelsicherheit im Vereinigten Königreich

Ver. Königreich

Die zentrale Rechtsgrundlage in der Lebensmittelgesetzgebung im Vereinigten Königreich (UK) ist das Lebensmittelsicherheitsgesetz von 1990. In Großbritannien wird dieses durch die Verordnungen zur Lebensmittelsicherheit und Hygiene von 2013 ergänzt und an die Verordnung (EG) Nr. 178/2002 angeglichen. Sie erlauben die Durchsetzung der lebensmittelrechtlichen Anforderungen dieser Verordnung sowie des europäischen Rechts im Bereich Lebensmittelhygiene. In Wales, Schottland und Nordirland gibt es getrennte allgemeine Lebensmittelbestimmungen und Lebensmittelhygiene-Verordnungen, die den gleichen Zwecken wie die Verordnung zur Lebensmittelsicherheit und Hygiene in England dienen.

Bei lebensmittelrechtlichen Verstößen entscheiden letztlich die Gerichte über strafrechtliche Maßnahmen und im Streitfall über Schadensersatzansprüche der Verbraucher. Maßnahmen der Regierung hinsichtlich Lebensmittelsicherheit basieren oft auf wissenschaftlichen Risikobewertungen. Die endgültige Entscheidung über die Rechtmäßigkeit staatlicher Maßnahmen liegt jedoch bei den Gerichten.

Im Vereinigten Königreich gibt es keine institutionelle Trennung von Risikobewertung, Risikokommunikation und Risikomanagement. Risikobewertungen werden im Internet veröffentlicht, soweit nicht gesetzliche Regelungen entgegenstehen.

**FSA
Behörde für Lebensmittelstandards
(England, Wales und Nordirland)**

- ▶ Risikobewertung
- ▶ Risikokommunikation
- ▶ Risikomanagement
- ▶ EFSA-Kontaktstelle
- ▶ RASFF-Kontaktstelle
- ▶ Forschung

Sitz: Hauptsitz in London;
regionale Stellen in London, York, Wales,
(Cardiff), Nordirland (Belfast)
<http://www.food.gov.uk>



Die Behörde für Lebensmittelstandards (England, Wales und Nordirland) (FSA) ist die zentrale Behörde auf dem Gebiet der Lebensmittelsicherheit in England, Wales und Nordirland. Es handelt sich um eine unabhängige, nichtministerielle Regierungsbehörde, die von einem unabhängigen Vorsitzenden und einem Aufsichtsrat geführt wird, die für die allgemeine strategische Ausrichtung der FSA verantwortlich sind und dafür Sorge tragen, dass sie ihren gesetzlichen Pflichten nachkommt. Sie hat jedoch gegenüber dem britischen Parlament, der nordirischen Versammlung, dem schottischen Parlament und der Nationalversammlung von Wales eine Rechenschaftspflicht gegenüber den Gesundheitsministern. Die FSA ist auch zuständig für

Überwachungsaufgaben im Zusammenhang mit der Verarbeitung von frischem Fleisch in England und Wales (Zuständigkeit der Abteilung für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung (DARD) in Nordirland). Der Aufgabenbereich der FSA umfasst außerdem die Überwachung der lokalen Aufsichtsbehörden. Die FSA hat Zweigstellen in London, York, Belfast und Cardiff, um sicherzustellen, dass ihre Prioritäten in einen länderspezifischen Kontext eingebunden werden. Jede Zweigstelle hat auch eigene, unterschiedliche Arbeitsbereiche. Bei relevanten Fragen arbeitet die FSA eng mit der Behörde für Lebensmittelstandards Schottland (FSS), dem Ministerium für Umwelt, Ernährung und ländliche Angelegenheiten (England in Bezug auf die Lebensmittelsicherheit) (Defra) und lokalen Behörden zusammen.

Die FSA erhält Informationen und Beratung von ihren wissenschaftlichen Gutachterausschüssen. Die FSA veröffentlicht in der Regel Risikobewertungen im Internet und die wichtigsten politischen Fragen werden vom FSA-Verwaltungsrat in einer öffentlichen Sitzung unter Berücksichtigung wissenschaftlicher und sonstiger Fakten entschieden. Die FSA berät die Regierung des Vereinigten Königreichs und die Regierungen in Wales und Nordirland.

Der Arbeitsbereich der FSA umfasst Lebensmittelzusatzstoffe und Kontaminanten, die mikrobiologische Sicherheit von Lebensmitteln, Futtermitteln, gentechnisch veränderten Organismen (GVO), neuartigen Lebensmitteln und Nahrungsergänzungsmitteln. Die FSA hat auch eine Aufsichtsfunktion bei der Zulassung und Überwachung von Pestiziden und Tierarzneimitteln.

Nationale Referenzlaboratorien werden von der FSA gemäß der Verordnung (EG) Nr. 882/2004 ernannt. Die FSA hat im Internet eine Liste der Laboratorien veröffentlicht, die an Behörden, Krankenhäuser und Privatunternehmen angeschlossen sind.

FSS
Behörde für Lebensmittelstandards
Schottland (Schottland)

- ▶ Risikobewertung
- ▶ Risikokommunikation
- ▶ Risikomanagement
- ▶ Forschung

Sitz: Büros in Schottland (Aberdeen)
<http://www.foodstandards.gov.scot>



Die Behörde für Lebensmittelstandards Schottland (FSS) wurde am 1. April 2015 durch das Lebensmittelgesetz 2015 (Schottland) etabliert. FSS ist eine nichtministerielle Behörde und Teil der schottischen Verwaltung, aber getrennt von der schottischen Regierung.

FSS ist über die Gesundheitsminister rechen-schaftspflichtig gegenüber dem schottischen Parlament. Die Büros sind in Aberdeen und die Aufgaben in Bezug auf Lebensmittelsicherheit ähneln in Schottland denen der FSA in England, Wales und Nordirland. Dazu gehört auch die Überwachung von Frischfleischbetrieben. FSS hat einen unabhängigen Vorsitzenden und einen Aufsichtsrat, wie die FSA. FSS hat einen ähnlichen Ansatz für die Transparenz wie die FSA.

Defra
Ministerium für Umwelt, Lebensmittel und
ländliche Angelegenheiten (England in
Bezug auf Lebensmittelsicherheit)

- ▶ Risikobewertung
- ▶ Risikomanagement
- ▶ Risikokommunikation

Sitz: London
<https://www.gov.uk/government/organisations/departament-for-environment-food-rural-affairs>



Das Ministerium für Umwelt, Lebensmittel und ländliche Angelegenheiten (England in Bezug auf die Lebensmittelsicherheit) (Defra) ist eine Regierungsdienststelle, die gemeinsam mit ihren Exekutivbehörden für Gesetzgebungsentwürfe, die Durchführung und Überwachung im Bereich der Lebensmittelsicherheit verantwortlich ist, soweit dies nicht in den Zuständigkeitsbereich der FSA fällt.

Die Tierarzneimitteldirektion (VMD) ist die zuständige Behörde des Defra, die sich unter anderem mit der Bewertung, Erteilung und Aufrechterhaltung aller nationalen Zulassungen für Tierarzneimittel, der Überwachung von Rückständen von Tierarzneimitteln und verbotenen Stoffen in Tieren und tierischen Produkten sowie der Koordinierung im Bereich der antimikrobiellen Resistenzen befasst. Die Direktion für Chemikalienregulierung (CRD) der Obersten Gesundheits- und Sicherheitsbehörde ist die Regulierungsbehörde, die sich mit Pflanzenschutzmitteln im Auftrag des Defra befasst. Bezüglich der Lebensmittelsicherheitsaktivitäten führt die Direktion ein amtliches Programm zur Prüfung von Pflanzenschutzmittelrückständen in Lebensmitteln im Vereinigten Königreich in Übereinstimmung mit der Verordnung (EG) Nr. 396/2005 durch und veröffentlicht die Ergebnisse vierteljährlich. Die Direktion ist außerdem verantwortlich für das Ergreifen geeigneter Durchführungsmaßnahmen.

Einige der Aufgaben des Defra, zum Beispiel im Bereich Gesetzgebung, Umsetzung und Überwachung, sind an die Behörden für Landwirtschaft/ ländliche Angelegenheiten in den eigenständigen Verwaltungsbereichen in Nordirland, Schottland und Wales delegiert. Das Defra veröffentlicht Risikobewertungen im Bereich der Tiergesundheit und des Tierschutzes. Des Weiteren kooperiert es ggf. mit den Arbeitsgruppen der FSA.

Das Defra ist verantwortlich für alle Aspekte der Wasserpolitik in England und arbeitet eng mit der Aufsichtsbehörde für Trinkwasser zusammen, die für die Qualitätsbestimmungen von Trinkwasser verantwortlich ist. Es gibt ähnliche Vereinbarungen in Wales, Schottland und Nordirland. Das Tätigkeitsfeld des Defra erstreckt sich über den Bereich der Lebensmittelsicherheit hinaus unter anderem auf Tiergesundheit, Tierschutz und Pflanzengesundheit.

Regionale und lokale Ebene

Das Vereinigte Königreich besteht aus den vier Ländern Nordirland, Schottland und Wales (die jeweils ein eigenes Parlament oder eine eigene Versammlung haben) und England (wo sich das Parlament des Vereinigten Königreichs befindet).

Die Hauptverwaltungsstruktur in den Ländern ist eine einstufige Verwaltung, die für alle regionalen und lokalen Verwaltungsaufgaben zuständig ist. England gliedert sich in 120, Nordirland in 11, Schottland in 32 und Wales in 22 Verwaltungseinheiten. England hat 27 zweistufige Verwaltungen, zu denen 207 Bezirksräte gehören. Diese Behörden unterstehen der FSA und sind für die Umsetzung der meisten Lebensmittel- und Futtermittelgesetze sowie für die Durchführung von Lebensmittelkontrollen zuständig.

Die Kommunalverwaltung (LGA) vertritt als lokale Regierungsbehörde die lokalen Behörden und koordiniert die Aktivitäten innerhalb der lokalen Behörden und zwischen den lokalen Behörden und der FSA sowie des Defra.

**Am EFSA-Netzwerk beteiligte Einrichtungen
nach Art. 36 VO (EG) Nr. 178/2002**

1. UK Food Standard Agency (EFSA Focal Point)
2. Hampshire Scientific Service
3. Glasgow City Council
4. Staffordshire County Laboratory and Scientific Services
5. Institute of Food Research
6. Aberdeen City Council
7. City of Edinburgh Council
8. MRC Collaborative Centre for Human Nutrition Research
9. Dundee City Council Scientific Services
10. Royal Veterinary College
11. University of Plymouth
12. University of Birmingham, Food Safety and Production Group
13. Cranfield University
14. University of Southampton
15. Natural Resources Institute of the University of Greenwich
16. University of Newcastle upon Tyne
17. University of Glasgow, Research and Enterprise
18. Food and Nutrition for Health Unit, University of Central Lancashire
19. University of Aberdeen
20. Agri-Food and Biosciences Institute (AFBI)
21. Public Health England (PHE)
22. Kent County Council
23. LGC Limited
24. University of Liverpool
25. Worcestershire Scientific Services
26. The James Hutton Institute
27. Department for Environment, Food and Rural Affairs (Defra), including:
 - Animal and Plant Health Agency (APHA)
 - Centre for Environment, Fisheries and Aquaculture Science (Cefas)
28. Moredun Research Institute
29. University of Hull
30. University of Surrey
31. The Queen's University of Belfast
32. Health and Safety Executive
33. Royal Agricultural University
34. SRUC (Scotland's Rural College)
35. Public Health Wales NHS Trust
36. University of Leeds
37. Harper Adams University
38. Fera Science Limited
39. University of Hertfordshire Higher Education Corporation

3.28 Zypern

MOH

MOA

Nachgeordnete regionale und lokale Behörden

Vereinfachte Darstellung der Behörden im Bereich Lebensmittelsicherheit in Zypern

Zypern

Zentrale Rechtsgrundlage für das Lebensmittelrecht in der Republik Zypern ist das Lebensmittelgesetz, welches an der Verordnung (EG) Nr. 178/2002 ausgerichtet ist. Bei lebensmittelrechtlichen Verstößen entscheiden letztlich die Gerichte über strafrechtliche Maßnahmen und im Streitfall über Schadensersatzansprüche der Verbraucher. Maßnahmen der Regierung hinsichtlich Lebensmittelsicherheit basieren oft auf wissenschaftlichen Risikobewertungen. Die endgültige Entscheidung über die Rechtmäßigkeit staatlicher Maßnahmen liegt jedoch bei den Gerichten.

In Zypern gibt es keine etablierte Behörde für Lebensmittelsicherheit, aber es gibt einen Lebensmittelsicherheitsrat (FSC). Dieser FSC wurde im Jahr 2003 vom Ministerium für Gesundheit (MOH) gegründet. Seine Mitglieder sind die Vertreter aller zuständigen Behörden (Ministerium für Gesundheit (MOH), Ministerium für Landwirtschaft (MOA) usw.) und Interessenvertreter wie Kommunen und Verbraucher.

**MOH
Ministerium für Gesundheit,
Lebensmittelsicherheitsrat (FSC)**

- ▶ Risikobewertung
- ▶ Risikokommunikation
- ▶ Risikomanagement
- ▶ EFSA-Kontaktstelle
- ▶ RASFF-Kontaktstelle

Sitz: Nicosia
<http://www.moh.gov.cy>
<http://www.moh.gov.cy/sgl>



Das Ministerium für Gesundheit (MOH) befasst sich mit der Gesundheitspolitik und Lebensmittelsicherheit in Zypern. In den Aufgabenbereich des MOH gehören unter anderem Lebensmittelhygiene, Lebensmittel pflanzlichen Ursprungs, Speiseeis, Honig, Trink- und Mineralwasser, Nahrungsergänzungsmittel, gentechnisch veränderte Organismen (GVO), Rückstände von Pflanzenschutzmitteln und Kontaminanten. Das MOH ist insbesondere zuständig für Probenahmen, Überwachungs- und Durchführungsmaßnahmen, amtliche Laboruntersuchungen von Lebensmitteln, die Erstellung von mehrjährigen Kontrollplänen in Zusammenarbeit mit dem MOA sowie die Auswertung und Risikobewertung der Analyseergebnisse im FSC.

Das Allgemeine Staatliche Labor (SGL) des MOH stellt das nationale EFSA-Beiratsmitglied und fungiert als EFSA-Kontaktstelle. Der Medizinische

und Öffentliche Gesundheitsdienst (MPHS) ist die RASFF-Kontaktstelle. Das SGL bewertet die Risiken einiger Kontaminanten und anderer toxischer Stoffe in enger Zusammenarbeit mit dem MOH und dem FSC.

Am MOH sind sechs Nationale Referenzlaboratorien nach der Verordnung (EG) Nr. 882/2004 angesiedelt.

MOA Ministerium für Landwirtschaft, natürliche Ressourcen und Umwelt

- ▶ Risikomanagement
- ▶ Risikokommunikation
- ▶ Codex-Kontaktstelle

Sitz: Nicosia
<http://www.moa.gov.cy>



Das Ministerium für Landwirtschaft, natürliche Ressourcen und Umwelt (MOA) befasst sich mit der Agrarpolitik und der Lebensmittel- und Futtermittelsicherheit in Zypern. Es erarbeitet Gesetzentwürfe im Bereich von Lebensmitteln tierischen Ursprungs (außer Speiseeis und Honig) und Futtermitteln und ist für die amtlichen Kontrollen zuständig. Der Nationale Rückstandskontrollplan für Tiere und Produkte tierischen Ursprungs wird vom MOA in Zusammenarbeit mit dem MOH durchgeführt. Das Tätigkeitsfeld des MOA erstreckt sich über den Bereich der Lebensmittel- und Futtermittelsicherheit hinaus unter anderem auf Tierarznei- und Pflanzenschutzmittel, Zoonosen und Pflanzengesundheit, außerdem auf Tiergesundheit und -schutz sowie auf die Zulassung und Genehmigung von Betrieben und Zwischenhändlern.

Das MOA ist die Zulassungsbehörde für Tierarzneimittel und die Regulierungsbehörde für Pestizide und Tierarzneimittel in Zypern.

Am MOA sind vier Nationale Referenzlaboratorien nach der Verordnung (EG) Nr. 882/2004 angesiedelt.

Regionale und lokale Ebene

Die Republik Zypern hat sechs Verwaltungsbezirke. Regionale und lokale Ebenen unterstehen den zentralstaatlichen Einrichtungen der Lebensmittelsicherheit in direkter Weisungskette und sind im Wesentlichen für die Implementierung der Kontrollen verantwortlich. Dem MOA sind fünf Büros auf der regionalen Ebene und sechs weitere lokale Einrichtungen unterstellt. Im Rahmen der öffentlichen Gesundheit sind fünf Behörden in den Verwaltungsbezirken eingerichtet. Acht der insgesamt 24 autonomen Gemeinden besitzen eigene Kontrollkompetenzen im Bereich der Lebensmittelhygiene in der Gastronomie. Ihre Aktivitäten werden durch das MOH überwacht.

Am EFSA-Netzwerk beteiligte Einrichtungen nach Art. 36 VO (EG) Nr. 178/2002

1. State General Laboratory (SGL)
2. Veterinary Services
3. Department of Agriculture
4. Agricultural Research Institute
5. Environmental Health Services
6. University of Cyprus (UCY)
7. Cyprus University of Technology

4 Lebensmittelsicherheit in den Nachbarstaaten

4.1 Albanien



Das im Jahr 2008 eingeführte Gesetz Nr. 9863 ist im Bereich der Lebensmittelsicherheit weitgehend mit dem Acquis der EU harmonisiert. Es gibt die Grundlagen und Grundsätze für die Sicherung des Schutzes der Lebensmittelsicherheitsnormen und des Verbraucherinteresses sowie die Anforderungen an die Herstellung und den Handel von Lebensmitteln und Futtermitteln vor. Mit diesem Gesetz wurde die Nationale Nahrungsmittelbehörde (NFA) gegründet, die am 1. September 2010, basierend auf dem Beschluss des Ministerrates Nr. 1081 „Über die Organisation und Arbeitsweise der nationalen Lebensmittelbehörde“, den Dienst aufgenommen hat.

Auf der Grundlage des Lebensmittelgesetzes wurde das Sekundärrecht im Einklang mit den EU-Anforderungen verabschiedet. Die derzeitige Gesetzgebung zur Lebensmittelsicherheit in Albanien ist teilweise an die EU-Bestimmungen, insbesondere das Lebensmittelhygienepaket und die Verordnung (EG) Nr. 178/2002 angepasst worden sowie teilweise an die EG-Verordnung Nr. 882/2004 zu amtlichen Kontrollen und an die Verordnungen Nr. 852/2004, Nr. 853/2004 und Nr. 854/2004, die durch Erlass vom Minister für Landwirtschaft, ländliche Entwicklung und Wasserwirtschaft verabschiedet wurden.

Die Verabschiedung des Gesetzes Nr. 10465 zur Veterinärbehörde in der Republik Albanien im Jahr 2011 hat die Zuständigkeiten für Tiergesundheit und Tierschutz an die Veterinärbehörde übertragen.

Auf der Grundlage des Gesetzes „Über die Veterinärbehörde in der Republik Albanien“ und des Gesetzes „Über das System der Tieridentifizierung und -registrierung“ wurden mehrere sekundäre Rechtsakte erlassen, die die EU-Anforderungen im Veterinärbereich einführen, wie die Regulierung für die Kontrolle von Erkrankungen bei Tieren, Regulierung zur Bekämpfung von Zoonoseerkrankungen, Vorschriften für die Schaffung und Funktionsweise des Tieridentifizierungssystems, Vorschriften für Tierschutz und Regulierung der nationalen und internationalen Handelsbedingungen aller Tiere.

Die Angelegenheiten der Pflanzengesundheit beruhen auf dem Gesetz Nr. 9362 zum Pflanzenschutz von 2005, das im Jahr 2008 mit einem Gesetz Nr. 9908 geändert wurde. Im Rahmen des geänderten Gesetzes über den Betrieb des Pflanzenschutzes wurde ein sekundäres Gesetz in Übereinstimmung mit den EU-Richtlinien zum Pflanzenschutz (vor allem aus den beiden Grundrichtlinien 2000/29 und 91/414) erlassen.

Es besteht keine Trennung zwischen Risikobewertung und Risikomanagement. Es gibt verschiedene Abteilungen innerhalb der NFA.

Risikobewertungen werden nicht online veröffentlicht.

MARDWA
Ministerium für Landwirtschaft, ländliche Entwicklung und Wasserwirtschaft

► Landwirtschaft, Lebensmittelsicherheitspolitik

Sitz: Tirana
<http://www.bujqesia.gov.al>

Das Ministerium für Landwirtschaft, ländliche Entwicklung und Wasserwirtschaft (MARDWA) befasst sich mit der Agrar- und Lebensmittelsicherheitspolitik in Albanien. Es bereitet Gesetzentwürfe im Bereich der Lebensmittel- und Futtermittelsicherheit vor. Der Arbeitsbereich des MARDWA erstreckt sich über die Lebensmittelsicherheit hinaus und umfasst Pflanzengesundheit, Tiergesundheit und Tierschutz.

Im Bereich der Lebensmittelsicherheit ist das MARDWA verantwortlich für Richtlinien, Strategien und Gesetze für Lebensmittelsicherheit und Qualität von Lebensmitteln. Es ist am Risikomanagement und am Lebensmittelsicherheitskrisenmanagement beteiligt. Es formuliert Maßnahmen zur Kontrolle der Qualität und Sicherheit von Lebensmitteln, um die Lebensmittelkontrolle als Schlüsselfunktion für den Schutz der Gesundheit und Interessen des Verbrauchers zu integrieren, einen fairen Wettbewerb auf dem nationalen Markt und die Einführung von Nahrungsmittelprodukten auf dem internationalen Markt zu gewährleisten.

Darüber hinaus ist das MARDWA für den Fischereisektor zuständig, einschließlich der Genehmigung von Fischereibetrieben, der Einstufung der Produktionsgebiete für lebende Muscheln und der Überwachung ihrer Stichprobenpläne.

Im Bereich des Pflanzenschutzes ist das MARDWA für die Politik und die Gesetzgebung, die Durchführung von Verfahren im Zusammenhang mit der Registrierung von Pflanzenschutzmitteln, die Überwachung des Pflanzenschutzdienstes und die Vertretung der internationalen Behörde im Bereich des Pflanzenschutzes zuständig. Die verantwortliche Veterinärbehörde ist die Veterinärdirektion im Rahmen der Generaldirektion für Landwirtschaft. Neben der Vertretung von Albanien in der Weltorganisation für Tiergesundheit (OIE) ist diese Direktion für die Politik, die Strategien, die Gesetzgebung und die Überwachung der Umsetzung der Rechtsvorschriften auf dem Gebiet des Veterinärdienstes zuständig. Die regionalen Veterinärdienste sind Teil der regionalen Landwirtschaftsverzeichnisse (RAD), die für all ihre Tätigkeiten der Veterinärdirektion des MARDWA gegenüber technisch verantwortlich sind. Die privaten Tierärzte werden von den regionalen Landwirtschaftsverzeichnissen beauftragt, Aktivitäten im Veterinärbereich wie Impfkampagnen für nationale Programme und Ohrmarkierungen von Tieren gemäß den Rechtsvorschriften durchzuführen.

Auf der Grundlage der aktuellen Veterinär- und Lebensmittelgesetzgebung in Albanien werden die Pflichten und Kompetenzen der amtlichen Veterinärdienste des MARDWA auf landwirtschaftlicher Ebene durchgeführt und konzentrieren sich nur auf die Primärproduktion. Nach Verlassen des landwirtschaftlichen Betriebes unterliegen die Primärprodukte der Zuständigkeit des Kontrolldienstes der Nationalen Nahrungsmittelbehörde.

NFA**Nationale Lebensmittelbehörde**

- ▶ Risikobewertung
- ▶ Risikomanagement
- ▶ Risikokommunikation
- ▶ wissenschaftlicher Ausschuss
- ▶ wissenschaftliche Gremien
- ▶ Geschäftsführung
- ▶ RASFF-Kontaktstelle
- ▶ EFSA-Kontaktstelle

Sitz: Tirana

<http://www.aku.gov.al>

Gemäß dem Gesetz Nr. 9863 vom 28.01.2008 „Über Ernährung“, welches das Lebensmittelsicherheitssystem in Albanien regelt, ist die Nationale Lebensmittelbehörde (NFA) für die Risikobewertung, das Risikomanagement und die Risikokommunikation zuständig. 13 Grenzkontrollstellen (BIP) sind unter der NFA verantwortlich für die Kontrolle von Pflanzen und pflanzlichen Erzeugnissen, Viehbestand, tierischen Nebenprodukten und Lebensmitteln tierischen und nicht-tierischen Ursprungs an den Grenzen. Die NFA ist ein integrierter Bestandteil des Programms zur Schaffung und Gewährleistung eines Lebensmittelsicherheitssystems und des Verbraucherschutzes in der Republik Albanien. Sie wurde mit einem Beschluss des Ministerrates Nr. 1081 am 21.10.2009 gegründet. Die NFA ist eine dem MARDWA nachgeordnete Institution. Die NFA hat als Teil ihrer Organisationsstruktur neun regionale Laboratorien, die Laboranalysen für amtliche Lebensmittel- und Futtermittelkontrollen durchführen und außerdem im Bereich Pflanzenschutz arbeiten, um die gesetzliche Umsetzung im Land gemäß der gültigen Gesetzgebung zu prüfen. Diese Labore sind folgendermaßen kategorisiert:

- ▶ Labor für Lebensmittelsicherheit: physikalisch-chemisch,
- ▶ mikrobiologisches Labor,
- ▶ Tiergesundheit und Tierschutz,
- ▶ Pflanzenschutzlabor.

Der Status der NFA-Labore ist in dem Gesetz Nr. 9863 vom 28.01.2008 „Über Ernährung“ in dessen geänderter Fassung definiert. Die Genehmigung wurde vom Landwirtschaftsminister nach einer Evaluierung des Referenzlaboratoriums FSVI erteilt.

Zum Arbeitsbereich der NFA gehören folgende Aufgaben:

- ▶ Durchführung des Risikobewertungsprozesses in den Bereichen Lebensmittel, Futtermittel und Pflanzenschutz. Planung, Koordinierung und Durchführung amtlicher Kontrollen von Lebensmitteln, Futtermitteln und Pflanzenschutz,
- ▶ Sicherstellung, dass die amtliche Kontrollpraxis die Vereinheitlichung für Lebensmittel, Futtermittel und Pflanzenschutz auf nationaler Ebene vereinigt,
- ▶ Koordinierung der Tätigkeiten zugelassener Laboratorien im Zusammenhang mit den amtlichen Kontrollen von Lebensmittel-, Futtermittel- und Pflanzenschutz,
- ▶ Durchführung vorläufiger Kontrollen, um sicherzustellen, dass die technologischen, hygienischen, phytosanitären und veterinärmedizinischen Anforderungen erfüllt sind sowie Überprüfung der notwendigen Unterlagen für die Registrierung und Lizenzierung der Lebensmittelunternehmer und des Pflanzenschutzes,
- ▶ vorübergehende oder dauerhafte Blockierung der Tätigkeit von Lebensmittel- und Futtermittelunternehmern in den Stufen der Herstellung, Verarbeitung, Lieferung und Vermarktung von Lebensmitteln oder Futtermitteln, wenn nachgewiesen wird, dass Lebensmittel oder Futtermittel und jeweilige Lebensmittelunternehmer die in den Rechtsvorschriften festgelegten Lebensmittelsicherheitsnormen nicht erfüllen,
- ▶ Durchführung der notwendigen wissenschaftlichen Untersuchungen zur Risikobewertung im Bereich der Lebensmittel- und Futtermittelsicherheit und des Pflanzenschutzes,

- ▶ Bereitstellung technischer, administrativer und wissenschaftlicher Unterstützung, um die Tätigkeit des wissenschaftlichen Ausschusses und der wissenschaftlichen Gremien zu ermöglichen,
- ▶ Information der Öffentlichkeit über Lebensmittel- und Futtermittelsicherheit und Pflanzenschutz.
- ▶ Unterstützung und wissenschaftliche Laborinformation für das MARDWA und Vorschlag weiterer Maßnahmen, die auf dem Gebiet für Fragen im Zusammenhang mit dem Anwendungsbereich des FSVI getroffen werden sollen.

FSVI Lebensmittelsicherheits- und Veterinärinstitut

- ▶ Bestätigung von Analysenbefunden
- ▶ Standardisierung von Analysemethoden
- ▶ Trainingskurse
- ▶ Zusammenarbeit mit europäischen Referenzzentren

Sitz: Tirana
<http://www.isuv.gov.al>

Das Lebensmittelsicherheits- und Veterinärinstitut (FSVI) ist dem MARDWA nachgeordnet. Das FSVI ist ein nationales Referenzzentrum und Laboratorium, das wissenschaftliche Forschungs- und Anwendungsaktivitäten in den Bereichen Tiergesundheit, Lebensmittlrückstände, Registrierung von Veterinärprodukten und im Pflanzenschutz entwickelt.

Das FSVI dient als Referenzzentrum für:

- ▶ Bestätigung der Analysenbefunde, die in anderen Laboratorien durchgeführt wurden,
- ▶ Durchführung der Standardisierung der Analysemethoden,
- ▶ Nutzung und Verbreitung offizieller Analysemethoden,
- ▶ Organisation von Schulungen für Spezialisten in anderen Laboratorien,
- ▶ Versorgung anderer Laboratorien mit neuen Vorschriften und allem, was im Zusammenhang mit dem Forschungsgebiet steht,
- ▶ Zusammenarbeit mit Referenzzentren der Europäischen Gemeinschaft,

Das FSVI setzt das Qualitätsmanagementsystem nach ISO 17025:2005 um und ist für sechs Prüfungen auf Basis des Allgemeinen Akkreditierungsverzeichnisses und durch eine ausländische Akkreditierungsstelle (Accredia – Nationale Akkreditierung in Italien) zugelassen. Die Abteilung für Tiergesundheit im FSVI besteht aus sechs Sektoren: Bakteriologie, Virologie, Parasitologie, Mykologie, Veterinärepidemiologie und dem Bereich für veterinärmedizinische Produkte. Ein Teil dieses Instituts bildet auch den Sektor für die Herstellung von Impfstoffen und Bio-Produkten.

MH Ministerium für Gesundheit

- ▶ Gesundheitsdienste
- ▶ Gesetzesentwürfe
- ▶ Gesundheitsentwicklungsstrategien
- ▶ Investitionsprogramme: Infrastruktur des Gesundheitswesens

Sitz: Tirana
<http://www.shendetesia.gov.al>

Der Auftrag des Ministeriums für Gesundheit (MH) ist die Umsetzung der Gesundheitspolitik der Regierungsprogramme. Das MH erarbeitet die Gesundheitspolitik auf nationaler Ebene und bestimmt die Entwicklung und Planung von Gesundheitsdiensten auf nationaler und regionaler Ebene. Das MH ist verantwortlich für die öffentliche Gesundheit, Ernährung und für die Kontrolle von Wasser und spezifischen Lebensmitteln (Ernährungszwecke).

PHI

Institut für öffentliche Gesundheit

- ▶ Planung/Verifizierung der Lebensmittelversorgung
- ▶ Forschungspläne im Lebensmittelbereich
- ▶ Überwachung der Ernährung der Bevölkerung
- ▶ Überwachungs-/Labordiagnosedaten

Sitz: Tirana

<http://www.ishp.gov.al>

Sektor Lebensmittelsicherheit:

- ▶ Entwicklung und Anwendung von Plänen für die Überprüfung der Nahrungsmittelversorgung.

Sektor Ernährung (Lebensmittel):

- ▶ Entwicklung und Anwendung von Forschungsplänen in Lebensmitteln: Makro- und Mikronährstoffe,
- ▶ Überwachung der Ernährung der Bevölkerung.

Die Durchsetzung der Rechtsvorschriften für die öffentliche Gesundheit und Ernährung erfolgt durch die Sanitärinspektoren, die für die Erteilung von Gesundheitsbescheinigungen für Arbeitnehmer in der Industrie, die Überwachung im Arbeitsumfeld und die Kontrolle des Wassers bis zum Endverbraucher verantwortlich sind. Das Institut für öffentliche Gesundheit (PHI) sammelt Überwachungs- und Labordiagnosedaten aus regionalen öffentlichen Gesundheitsstrukturen. Das PHD informiert die Abteilung für Lebensmittelsicherheit und Epidemiologie im PHI monatlich über die Anzahl der Fälle von Infektionskrankheiten. Die für lebensmittelbedingte Erkrankungen relevanten Krankheitsarten sind: Nicht-Typhus-Salmonellose, Botulismus, Shigellose, *E.coli*-Enteritis, Cholera, Brucellose, Infektion mit Hepatitis-A-Virus, Giardiasis, Amebiasis, Lebensmittelvergiftung (unbekannte Ätiologie, einschließlich toxische Infektionen), nicht spezifizierte gastro-enterische Erkrankungen und Ausbrüche im Zusammenhang mit kontaminierten Lebensmitteln und Wasser.

RDA

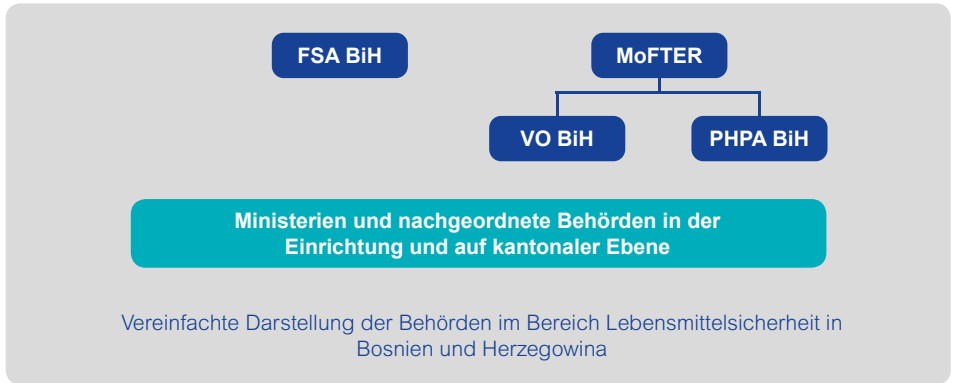
Regionaldirektionen für Landwirtschaft

- ▶ Sammlung von landwirtschaftlichen Informationen
- ▶ Unterstützung der Landwirte
- ▶ Unterstützung von Agrarindustrie/-markt
- ▶ statistische Informationen

Sitz: 12 Regionaldirektionen in 12 Regionen

Die Regionaldirektionen für Landwirtschaft (RDA) arbeiten jeweils für eine Region und sind an der Durchsetzung der Rechtsvorschriften beteiligt, die unter der Zuständigkeit von MARDWA auf Feldebene stehen. Darüber hinaus sind zu den RDA gehörende Pflanzenschutzexperten für die Beratung, Information und Aufklärung der Landwirte in Fragen des Pflanzenschutzes verantwortlich.

4.2 Bosnien und Herzegowina (BiH)



Das Lebensmittelsicherheitsgesetz (Amtsblatt B&H, Nr. 54/04) ist die zentrale Rechtsgrundlage für die Lebensmittelsicherheit in Bosnien und Herzegowina (BiH). Dieses Gesetz setzt die Verordnung (EG) Nr. 178/2002 um. Bei lebensmittelrechtlichen Verstößen entscheiden letztlich die Gerichte über strafrechtliche Maßnahmen und im Streitfall über Schadensersatzansprüche der Verbraucher.

Das „Hygienepaket“ wird in der Gesetzgebung von BiH mit vier Regelwerken umgesetzt und definiert die Zuständigkeiten der einzelnen Institutionen, Organisationen und Kantone, die an der Lebensmittelsicherheitskette beteiligt sind.

In BiH wird die Risikobewertung noch weiterentwickelt, daher gibt es keine institutionelle Trennung zwischen Risikobewertung und Risikomanagement. Risikobewertungen werden nicht im Internet veröffentlicht.

FSA BiH Agentur für Lebensmittelsicherheit in Bosnien und Herzegowina

- ▶ Lebensmittel- und Futtermittelsicherheitspolitik
- ▶ Risikomanagement
- ▶ Risikobewertung
- ▶ Risikokommunikation
- ▶ EFSA-Kontaktstelle
- ▶ RASFF-Kontaktstelle
- ▶ WHO Infosan-Kontaktstelle
- ▶ Codex-Kontaktstelle

Sitz: Mostar
<http://www.fsa.gov.ba>



Die Agentur für Lebensmittelsicherheit in Bosnien und Herzegowina (FSA BiH) ist in Zusammenarbeit mit der zuständigen Behörde der Organisation und Brčko Distrikt BiH für die Ausarbeitung von Rechtsvorschriften im Bereich Lebensmittel- und Futtermittelsicherheit, Qualität und Hygiene verantwortlich.

Die FSA BiH ist eine unabhängige und wissenschaftsbasierte Behörde und bietet wissenschaftliche und technische Unterstützung in

allen Fragen der Lebensmittel- und Futtermittelsicherheit. Sie ist verantwortlich für die Risikobewertung in diesem Bereich und die Kommunikation der Ergebnisse der Risikobewertungen.

Die FSA BiH ist die Kontaktstelle für das DG SANTE EU RASFF System, das INFOSAN-Netzwerk und Codex Alimentarius gemäß den Bestimmungen des Lebensmittelgesetzes (Amtsblatt von BiH, Nr. 50/04).

Die FSA BiH arbeitet in enger Kommunikation und Kooperation mit mehreren nationalen Institutionen auf allen Ebenen.

BiH

**MoFTER
Ministerium für Außenhandel und
Wirtschaftsbeziehungen von Bosnien
und Herzegowina**

► Agrarpolitik

Sitz: Sarajevo
<http://www.mvteo.gov.ba>

Auf zentraler Ebene haben zwei Institutionen im Ministerium für Außenhandel und Wirtschaftsbeziehungen von Bosnien und Herzegowina (MoFTER), das Veterinäramt von Bosnien und Herzegowina (VO BiH) und die Pflanzenschutzbehörde von Bosnien und Herzegowina (PHPA BiH) Verantwortlichkeiten in Bezug auf Lebensmittelsicherheit, Tiergesundheit/Tierschutz und Pflanzenschutz. Die Abteilung für Landwirtschaft, Ernährung, Forstwirtschaft und ländliche Entwicklung innerhalb des MoFTER ist für die Koordination und Aufsicht der zuständigen amtlichen Stellen zuständig.

**VO BiH
Veterinäramt von Bosnien und Herzegowina**

- Sicherheitspolitik für Lebensmittel tierischen Ursprungs und Futtermittel
- Risikomanagement
- Risikokommunikation
- Tiergesundheit und Tierschutz
- OIE-Kontaktstelle

Sitz: Sarajevo
<http://www.vet.gov.ba>



Das Veterinäramt von Bosnien und Herzegowina (VO BiH) ist eine nachgeordnete Fachbehörde innerhalb des MoFTER, das mit Tiergesundheit und Tierschutz, öffentlicher Veterinärgesundheits und Tierarzneimitteln beauftragt ist sowie der Sicherstellung eines Systems für das Risikomanagement bei der Herstellung und Verbreitung von Lebensmitteln tierischen Ursprungs und in Übereinstimmung mit der zuständigen Behörde und Brčko Distrikt Gesetzesentwürfe im Bereich der Tiergesundheit, des Tierschutzes, der Futtermittel und der öffentlichen Veterinärgesundheits vorbereitet.

Das VO BiH überwacht und kontrolliert den Tierschutz einschließlich Zoonosen. Die Veterinärkontrolle ist ein integraler Bestandteil des VO BiH. Die Veterinärkontrollstellen führen amtliche Kontrollen von Lebensmitteln tierischen Ursprungs und Tierfutter an der Grenze durch. Das VO BiH ist verantwortlich für die Kooperation und Koordination mit den Veterinärbehörden anderer Länder im Hinblick auf die internationale Zertifizierung.

PHPA BiH
Behörde zum Schutz der Pflanzengesundheit
von Bosnien und Herzegowina

► Pflanzengesundheit einschließlich
 Pflanzenschutz

Sitz: Sarajevo
<http://www.uzzb.gov.ba>



Die Behörde zum Schutz der Pflanzengesundheit von Bosnien und Herzegowina (PHPA BiH) wurde als eigenständige Verwaltungsorganisation im Rahmen des MoFTER eingerichtet, um die Politik im Bereich der Pflanzengesundheit zu bestimmen, Entwürfe von Verordnungen zu entwickeln und den Schutz der Pflanzengesundheit auf dem gesamten Gebiet von Bosnien und Herzegowina zu gewährleisten. Die PHPA BiH ist eine unabhängige Verwaltungsorganisation innerhalb des MoFTER von Bosnien und Herzegowina und vertritt eine nationale Organisation für Pflanzenschutz gemäß dem Internationalen Pflanzenschutzübereinkommen (IPPC). Die PHPA BiH ist verantwortlich für den Schutz der Pflanzengesundheit in BiH und den Informationsaustausch/die Zusammenarbeit mit internationalen Organisationen, die sich mit pflanzenschutzrechtlichen Fragen befassen: IPPC/FAO, EPPO, WTO/SPS, UPOV, OECD, ISTA usw. Die PHPA führt administrative und verwandte technische Aufgaben im Einklang mit dem Gesetz über Pflanzenschutz durch. Sie ist auch verantwortlich für die Kontrolle über Pflanzenschutzmittel, deren Rückstände und registrierte Lieferanten/Anwender.

Die Pflanzenschutzdienste führen die obligatorische Kontrolle der Sendungen von Pflanzen, Pflanzenerzeugnissen und geregelten Gegenständen gemäß Anhang I Teil B Abschnitt I an Grenzübergängen (Grenzkontrollstellen, BIPs) durch, um die Anwesenheit von Schadorganismen oder die Einhaltung der Pflanzenschutzvorschriften zu bestimmen, sowie Überwachungen von Pflanzen, Pflanzenprodukten und regulierten Objekten im Inland (wo die Pflanzen produziert, verarbeitet, gelagert, transportiert, verteilt oder anderweitig verwendet werden).

Regionale und lokale Ebene

BiH bestehen aus zwei Einheiten, der Republik Srpska und der Föderation von BiH und dem Stadtteil Brčko. Die Einrichtungen haben ein hohes Maß an Verantwortung im Bereich der Agrarpolitik, der Lebensmittel- und Futtermittelpolitik sowie der Qualität und der amtlichen Kontrolle. Jedes Regierungsniveau von BiH (Körperschaft/Bezirk, Kanton und Gemeinde) hat eine Verwaltung für Lebensmittelsicherheit, Tiergesundheit/Tierschutz und Pflanzengesundheit.

Amtdliche Kontrollen von Lebensmitteln nicht-tierischen Ursprungs an Grenzübergängen und Lebensmitteln und Futtermitteln auf dem Binnenmarkt, die von den Inspektoren der Einrichtungen und der Überwachung des Brčko-Distrikts von BiH durchgeführt wurden, erfolgen wie folgt:

1. Republik Srpska – Verwaltung für Überwachungsangelegenheiten der Republik Srpska,
2. Föderation von BiH – Eidgenössische Abteilung für Überwachungsangelegenheiten – Sanitär- und Marktüberwachungsservice sowie kantonaler Inspektionsdienst,
3. Bezirk Brčko BiH – Sanitär- und Marktinspektionservice.

Folgende Institutionen der Regierung der Republik Srpska sind an der Ausarbeitung und Umsetzung der Rechtsvorschriften über Lebensmittel- und Futtermittelsicherheit, Landwirtschaftspolitik beteiligt:

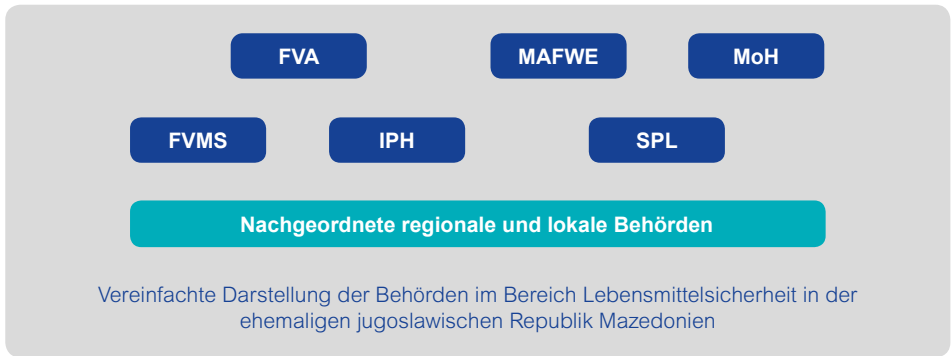
1. Ministerium für Landwirtschaft, Forstwirtschaft und Wasserwirtschaft der Republik Srpska
2. Ministerium für Gesundheit und Soziales der Republik Srpska

Die folgenden staatlichen Institutionen der Föderation von BiH beteiligten sich an der Ausarbeitung und Umsetzung von Rechtsvorschriften über Lebensmittel- und Futtermittelsicherheit, Agrarpolitik:

1. Ministerium für Landwirtschaft, Wasserwirtschaft und Forstwirtschaft der FBiH
2. Ministerium für Gesundheit von BiH

Innerhalb des Brčko-Bezirks hat das Ministerium für Landwirtschaft, Forstwirtschaft und Wasserwirtschaft Funktionen, die weitgehend denen der Körperschaft entsprechen.

4.3 Ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien (MK)



Die zentrale Rechtsgrundlage im Lebensmittelrecht in der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien (MK) ist das Lebensmittelsicherheitsgesetz. Bei lebensmittelrechtlichen Verstößen entscheiden letztlich die Gerichte über strafrechtliche Maßnahmen und im Streitfall über Schadensersatzansprüche der Verbraucher. Maßnahmen der Regierung hinsichtlich Lebensmittelsicherheit basieren oft auf wissenschaftlichen Risikobewertungen. Im Jahr 2015 wurde von der Regierung der MK ein Nationalrat für Lebensmittel- und Futtermittelsicherheit eingerichtet. Der Rat hat insgesamt 19 Mitglieder, Vertreter von zuständigen Regierungsstellen und NGOs.

Der Nationalrat bietet wissenschaftliche Beratung und Unterstützung im Zusammenhang mit der Politik der Lebensmittel- und Futtermittelsicherheit, der Tiergesundheit und des Tierschutzes. Er ist auch verantwortlich für die Erteilung unabhängiger Stellungnahmen und Empfehlungen sowie für die Bekanntgabe von Informationen über die Existenz von Risiken, um die Harmonisierung zwischen den Funktionen der Risikobewertung und Risikokommunikation zu verbessern.

In MK gibt es eine funktionelle Trennung von Risikobewertung und Risikomanagement. Risikobewertungen werden nicht im Internet veröffentlicht.

FVA Lebensmittel- und Veterinärbehörde

- ▶ Lebensmittel- und Futtermittelsicherheit
- ▶ Veterinärpolitik, Gesundheitspolitik
- ▶ Risikobewertung
- ▶ Risikokommunikation
- ▶ Risikomanagement
- ▶ EFSA-Kontaktstelle
- ▶ RASFF-Kontaktstelle
- ▶ Codex-Kontaktstelle
- ▶ OIE, DG SANTE, WTO SPS-Anfragestelle

Sitz: Skopje
<http://www.fva.gov.mk>



Die Lebensmittel- und Veterinärbehörde (FVA) ist eine unabhängige Regierungsbehörde mit einem Qualitätsmanagementsystem nach ISO 9001:2012 und ist verantwortlich für die Durchführung von Aktivitäten im Zusammenhang mit:

- ▶ Lebensmittel- und Futtermittelsicherheit,
- ▶ Durchführung, Kontrolle, Überwachung und Monitoring der tierärztlichen Tätigkeiten im Bereich der Tiergesundheit, Tierschutz, Veterinärmedizin und Lebensmittelkontaktmaterialien,
- ▶ Kontrolle der Nationalen Referenzlaboratorien und zugelassenen Laboratorien, die die FVA unterstützen,

- ▶ Kontrolle der Qualität der Lebensmittel mit Ausnahme der primären landwirtschaftlichen Produktion nicht-tierischen Ursprungs,
- ▶ andere Tätigkeiten, die für die Tiergesundheit, die Lebensmittel- und Futtermittelsicherheit von Bedeutung sind.

Die FVA überwacht die amtlichen Kontrollen von Futtermitteln und Lebensmitteln tierischen und nicht-tierischen Ursprungs bei der Herstellung, Verarbeitung, Lagerung, Transport, Handel, Import und Export. Die FVA ist auch für die Kontroll- und Überwachungstätigkeit von Lebensmittelunternehmen zuständig.

MAFWE
Ministerium für Land-, Forst- und Wasserwirtschaft

- ▶ Agrarpolitik, Lebensmittelsicherheit in der Primärproduktion
- ▶ Risikomanagement

Sitz: Skopje
<http://www.mzsv.gov.mk>



Das Ministerium für Land-, Forst- und Wasserwirtschaft (MAFWE) ist verantwortlich für die Entwicklung und Umsetzung der Agrarpolitik und die Sicherheit von Lebensmitteln und Futtermitteln pflanzlichen Ursprungs bei der Primärproduktion.

Das MAFWE bereitet Gesetzentwürfe vor und ist für die Durchführung, Überwachung und Kontrolle in folgenden Bereichen verantwortlich: Pflanzengesundheit, Pflanzenschutzmittel, Aufbau und Betrieb des „Pflanzenpasssystems“, Anerkennung, Genehmigung und Schutz von Pflanzen- und Saatgut sowie Laboranalyse von Pflanzen und Pflanzenprodukten.

Im Rahmen des MAFWE führt der Staatliche Landwirtschaftsdienst (ORKB) Kontrollen während der Primärproduktion von Obst und Gemüse durch.

MoH
Ministerium für Gesundheit

- ▶ Gesundheitspolitik
- ▶ Risikomanagement

Sitz: Skopje
<http://www.moh.gov.mk>



Das Ministerium für Gesundheit (MoH) ist für den gesamten Bereich der öffentlichen Gesundheit und des Gesundheitswesens zuständig. Dies umfasst die Erarbeitung von Vorlagen für Gesetze sowie deren anschließende Umsetzung und den Schutz der Verbraucher vor Betrug. Das MoH ist aktiv an der Harmonisierung der mazedonischen Gesetzgebung und EU-Recht beteiligt.

FVMS
Fakultät für Veterinärmedizin

- ▶ Laboranalyse
- ▶ Risikobewertung

Sitz: Skopje
<http://www.fvm.ukim.edu.mk>

Die Labore der Fakultät für Veterinärmedizin (FVMS) (Lebensmittelinstitut und Veterinärinstitut) sind berechtigt, Laboruntersuchungen von

Proben durchzuführen, die während der amtlichen Kontrollen der FVA erhoben wurden. FVMS-Laboratorien sind nach MKC ISO/IEC 17025:2006 akkreditiert. Die FVMS ist zudem an den Risikobewertungen der FVA beteiligt. FVMS-Laboratorien umfassen den Bereich der Mikrobiologie, Biologie und Biochemie, insbesondere die Analyse von Nahrungsmittelnprodukten, Getränken, Wasser, Futtermitteln und die Untersuchung von Tierkrankheiten.

IPH Institut für öffentliche Gesundheit

- ▶ Laboranalyse
- ▶ Risikobewertung

Sitz: Skopje
<http://www.iph.mk>

Das Institut für öffentliche Gesundheit (IPH) ist zuständig für die Laboranalysen von Lebensmittel- und Futtermittelproben, die von amtlichen Lebensmittelüberwachungsämtern gesammelt wurden. Das IPH ist nach ISO/IEC 17025 akkreditiert. Das IPH unterstützt außerdem die FVA und das MAFWE hinsichtlich der Risikobewertung.

SPL Staatliches Phytosanitäres Laboratorium

- ▶ Laboranalyse

Sitz: Skopje
<http://www.mzsv.gov.mk>

Das Staatliche Phytosanitäre Laboratorium (SPL) bietet erweiterte und qualitative Labordienste für die Zwecke der gesamten Landwirtschaft im Zusammenhang mit der Qualitätskontrolle von Samen und Sämlingen in Bezug auf Schadorganismen, der Kontrolle der phyto-pharmazeutischen Produkte, der Kontrolle der Rückstände von Pestiziden und für den Zweck der Herstellung von sicheren Lebensmitteln.

Regionale und lokale Ebene

Zehn regionale unabhängige Laboratorien führen chemische, toxikologische und mikrobiologische Analysen von Nahrungsmitteln und Wasser durch. Kontroll- und Überwachungstätigkeiten werden von der FVA koordiniert und überwacht. 28 regionale Büros der FVA agieren auf regionaler und lokaler Ebene, um Lebensmittel nicht-tierischen und tierischen Ursprungs, Tiergesundheit und Tierschutz sowie die Einfuhr und Ausfuhr an Grenzkontrollstellen zu prüfen.

Behörden, die an der Lebensmittelsicherheit in der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien beteiligt sind:

1. Agencia Alimentaria y Veterinaria (FVA) (Punto de Contacto de EFSA)
2. Dirección Fitosanitaria, MAFWE
3. Inspección Agrícola del Estado, MAFWE
4. Dirección de Semillas y Materiales de Siembra, MAFWE
5. Instituto Veterinario, Facultad de Medicina Veterinaria, Skopje
6. Instituto de Seguridad Alimentaria, Facultad de Medicina Veterinaria, Skopje
7. Laboratorio Fitosanitario Estatal, MAFWE
8. Instituto de Salud Pública de la Antigua República Yugoslava de Macedonia, Skopje y 10 Centros Regionales de Salud Pública
9. Laboratorio de Bioquímica y Biología Molecular, Facultad de Ciencias Agrícolas y Alimentarias
10. Centro de Investigación de Ingeniería Genética y Biotecnología, MASA
11. Centro de Medicina Preventiva – Centro de Medicina Militar
12. Facultad de Farmacéutica, Universidad de San Cyrilo y Methodio, Skopje
13. Facultad de Medicina, Universidad de San Cyrilo y Methodio, Skopje

4.4 Island



Die zentrale Rechtsgrundlage im Lebensmittelrecht in Island ist das Lebensmittelgesetz. Bei lebensmittelrechtlichen Verstößen entscheiden letztlich die Gerichte über strafrechtliche Maßnahmen und im Streitfall über Schadensersatzansprüche der Verbraucher. Maßnahmen der Regierung hinsichtlich Lebensmittelsicherheit basieren oft auf wissenschaftlichen Risikobewertungen. Die endgültige Entscheidung über die Rechtmäßigkeit staatlicher Maßnahmen liegt jedoch bei den Gerichten.

In Island gibt es keine institutionelle Trennung von Risikobewertung und Risikomanagement. Risikobewertungen werden im Internet veröffentlicht.

Das Ministerium für Industrie und Innovation (ANR) ist in Island für Fischerei, Agrarpolitik und die Lebensmittelsicherheit zuständig.

Es erarbeitet Gesetzesvorlagen im Bereich von Fisch- und Agrarprodukten, Lebensmitteln tierischen und pflanzlichen Ursprungs und anderen Lebensmittel- und Futtermitteln und ist für die amtlichen Lebensmittelkontrollen zuständig.

In den Aufgabenbereich des ANR gehören Trinkwasser, Pflanzengesundheit, Tiergesundheit, Tierschutz, Futtermittel, Saatgut, Düngemittel und Fischfang.

ANR
Ministerium für Industrie und Innovation

- ▶ Lebensmittel- und Futtermittelsicherheit
- ▶ Risikokommunikation
- ▶ Risikomanagement

Sitz: Reykjavík
<https://eng.atvinnuvegaraduneyti.is>



Mátis Ltd.
Isländisches Lebensmittel- und Biotechforschungsinstitut

- ▶ Lebensmittel- und Futtermittelsicherheit
- ▶ Risikokommunikation
- ▶ Risikomanagement

Sitz: Reykjavík
<http://www.matis.is>

Das isländische Lebensmittel- und Biotechforschungsinstitut (Mátis Ltd.) ist ein unabhängiges Forschungsinstitut der isländischen Regierung. Mátis stellt Labordienste und Risikobewertungen im Bereich Lebensmittelsicherheit bereit.

MAST Isländische Lebensmittel- und Veterinärbehörde

- ▶ Risikobewertung
- ▶ Risikomanagement
- ▶ Risikokommunikation
- ▶ EFSA-Kontaktstelle
- ▶ RASFF-Kontaktstelle

Sitz: Selfoss
<http://www.mast.is>



Die Isländische Lebensmittel- und Veterinärbehörde (MAST) besteht aus einem Leitungsbüro, einem Büro für Einfuhr- und Ausfuhrkontrolle sowie regionalen Zweigstellen. Die MAST ist für die Überwachung der Kontrolltätigkeit der Gemeinden verantwortlich. Sie untersteht dem ANR und ist die zentrale Behörde im Bereich Lebensmittelsicherheit, Tiergesundheit und Tierschutz. Die MAST führt Risikobewertungen in den Bereichen Lebensmittel und Futtermittel, Kontaminanten in Trinkwasser, Rückstände von Pflanzenschutz- sowie Tierarzneimitteln durch. Sie ist beteiligt an der Risikokommunikation sowie an Vorbereitungsarbeiten für die Gesetzgebung (zur Unterstützung der ANR-Aktivitäten).

Die MAST ist für die Inspektion und Kontrolle bei der Einfuhr und Ausfuhr von Lebensmitteln, Futtermitteln, Pflanzen und lebenden Tieren verantwortlich. Im Bereich der Lebensmittel tierischen Ursprungs führt die MAST Kontrollen und Inspektionen während der Primärproduktion, in Schlachthöfen, bei der Verarbeitung von Fleisch und Fisch, in Molkereien und Eiproduktion durch.

Die MAST kooperiert mit dem Institut für Experimentelle Pathologie in Keldur, Universität Island, im Hinblick auf die Risikobewertung im Bereich Tierkrankheiten. Das Institut für Experimentelle Pathologie in Keldur bietet auch wissenschaftliche Beratung und Unterstützung bei Erkrankungen von Mensch und Tier, der Überwachung der menschlichen Gesundheit sowie der Labordiagnostik im Bereich von Tierkrankheiten an.

Die MAST kooperiert auch mit mehreren anderen wissenschaftlichen und staatlichen Institutionen in Island, z. B. mit dem obersten Epidemiologen der Gesundheitsdirektion im Zusammenhang mit übertragbaren Krankheiten, mit der Zolldirektion für Import und Export und der isländischen Agentur für Arzneimittel zum Zweck der Bewertung und Registrierung von Tierarzneimitteln.

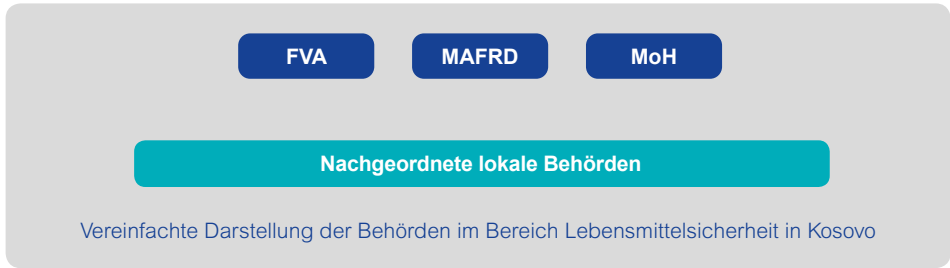
Regionale und lokale Ebene

Island ist in sechs Veterinärbezirke unterteilt, jeweils mit einem Regionalbüro der MAST. Zehn unabhängige kommunale Umwelt- und Gesundheitsämter sind für die Lebensmittelsicherheitskontrollen auf der Einzelhandelsstufe verantwortlich und werden von der MAST überwacht.

Am EFSA-Netzwerk beteiligte Einrichtungen nach Art. 36 VO (EG) Nr. 178/2002

1. The Icelandic Food and Veterinary Authority (EFSA Focal Point)
2. Mátis Ltd.
3. Unit for nutrition research, Landspítali-University Hospital and University of Iceland

4.5 Kosovo



Der gesetzliche Rahmen für die Lebensmittelsicherheit im Kosovo ist das Gesetz über Lebensmittel 03/L-016. Eine Verletzung der Bestimmungen des Gesetzes über Lebensmittel und sonstige Lebensmittelsicherheitsrechtsakte kann zu strafrechtlichen Ansprüchen und zivilrechtlichen Schadensersatzansprüchen führen. In diesem Fall liegt die endgültige Entscheidung bei den Gerichten.

Im Kosovo wird die Risikobewertung noch weiterentwickelt. Eine institutionelle Trennung von Risikobewertung und Risikomanagement besteht nicht, und Risikobewertungen werden nicht im Internet veröffentlicht.

FVA
Lebensmittel- und Veterinärbehörde

- ▶ Lebensmittel- und Futtermittelsicherheit
- ▶ Veterinärpolitik, öffentlich
- ▶ Risikomanagement
- ▶ Risikokommunikation
- ▶ EFSA-Kontaktstelle

Sitz: Prishtina
<http://www.auv-ks.net>

Die Lebensmittel- und Veterinärbehörde (FVA) ist eine Exekutivagentur und dem Büro des Premierministers nachgeordnet. Im Rahmen des Lebensmittelgesetzes 03/L-016 wird die FVA als zuständige Behörde für Lebensmittelsicherheit, Veterinär- und Pflanzenschutzfragen bezeichnet.

Die FVA entwickelt, koordiniert und implementiert die Politik in den Bereichen Lebensmittel- und Futtermittelsicherheit sowie Veterinär- und Pflanzenschutz, um die öffentliche Gesundheit, die Tiergesundheit, die Pflanzengesundheit und die Umwelt zu schützen.

Die FVA-Aktivitäten beinhalten auch die Zulassung und Registrierung von Lebensmittelunternehmern und sorgen dafür, dass amtliche Kontrollen im Rahmen der risikoorientierten Jahresplanung durchgeführt werden. Für Kontrollen an Grenzkontrollstellen wird eine risikobasierte Bewertung angewendet, wenn Lebensmittel und Futtermittel aus anderen Ländern eingeführt werden.

Die Einheit für Medienbeziehungen der FVA befasst sich regelmäßig mit der Risikokommunikation und wird bei auftretenden Krisensituationen aktiv.

Das Lebensmittel- und Veterinärlabor (FVL) ist Teil der FVA und führt Labortests für Lebensmittel und Futtermittel sowie zu Tierkrankheiten durch.

MAFRD Ministerium für Landwirtschaft, Forstwirtschaft und ländliche Entwicklung

- ▶ Agrarpolitik, Lebensmittelsicherheit in der Primärproduktion
- ▶ Risikomanagement

Sitz: Prishtina
<http://www.mbpzhr-ks.net>



Das Ministerium für Landwirtschaft, Forstwirtschaft und ländliche Entwicklung (MAFRD) ist für die Entwicklung der Agrarpolitik, der Gesetzgebung und der Programme für Landwirtschaft, Lebensmittel- und Futtermittelsicherheit verantwortlich.

Das MAFRD bereitet die Rechtsgrundlage für die Erreichung der Infrastruktur, der Entwicklung und der strategischen Planung für die Umsetzung der Sicherheit von Lebensmitteln und Futtermitteln, Pflanzenschutz und Aquakultur vor.

Darüber hinaus bereitet das MAFRD die Planung für die ländliche Entwicklung im Zusammenhang mit der Ernährungssicherheit und dem Umweltschutz vor.

Innerhalb des MAFRD ist die Agentur für ländliche Entwicklung für die finanzielle Unterstützung der Landwirte und der Erzeuger zuständig, um die Produktionskapazitäten zu erhöhen und die Lebensmittelsicherheitsnormen umzusetzen.

Teil des MAFRD sind das kosovarische Landwirtschaftsinstitut (KAI) und das Weininstitut. Diese Institute sind nach ISO 17025 akkreditiert und ermöglichen eine hohe Leistung bei Laboranalysen von Pflanzen, Futtermitteln, Böden und Weinen.

MoH Ministerium für Gesundheit

- ▶ Gesundheitspolitik
- ▶ Risikobewertung

Sitz: Prishtina
<http://www.msh-ks.org>

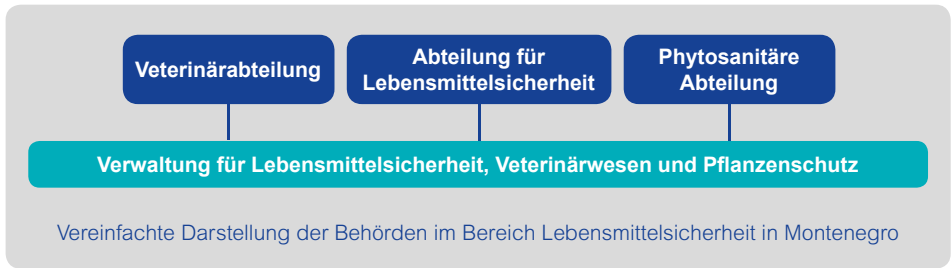


Das Ministerium für Gesundheit (MoH) ist für Aspekte der öffentlichen Gesundheit und Gesundheitsversorgung verantwortlich. Dazu gehört die Entwicklung von Rechtsvorschriften für lebensmittel- und wasserbasierte Krankheiten. Das MoH beteiligt sich aktiv an der Harmonisierung der nationalen Gesetzgebung des Kosovo und der EU-Gesetzgebung.

Das MoH ist vom Nationalen Institut für öffentliche Gesundheit (NIPH) zugelassen zur Durchführung von Laboranalysen von Proben, die während der amtlichen Kontrollen der FVA gesammelt wurden.

NIPH-Laboratorien sind nach ISO 17025: 2006 akkreditiert und umfassen die Bereiche Mikrobiologie, Biologie und Biochemie, insbesondere die Analyse von Nahrungsmittelprodukten, Getränken und Wasser.

4.6 Montenegro



MARD
Ministerium für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung

- ▶ Lebensmittel- und Futtermittelsicherheit
- ▶ Risikomanagement
- ▶ Veterinär- und Pflanzenschutzpolitik

Sitz: Podgorica
<http://www.mpr.gov.me/ministarstvo>



Das Ministerium für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung (MARD) ist die zuständige Behörde für den Bereich der Lebensmittelsicherheit, Veterinär- und Pflanzenschutzpolitik. Die Verwaltung für Lebensmittelsicherheit, Veterinärwesen und Pflanzenschutz (AFSVPA) wurde durch das Dekret über Änderungen des Dekrets über die Organisation und Funktion der öffentlichen Verwaltung (Amtsblatt von Montenegro 80/15) gegründet. Diese Verwaltung wurde durch Verschmelzung der bestehenden Veterinär- und Pflanzenschutzverwaltungen und der Abteilung für Lebensmittelsicherheit des Ministeriums für Gesundheit eingerichtet.

Der MARD ist zuständig für die Vorbereitung der Lebensmittel- und Futtermittelsicherheitspolitik, verabschiedet Vorschriften für die Durchsetzung dieses Gesetzes, erstellt jährliche Überwachungsprogramme (Rückstände in Lebensmitteln tierischen Ursprungs und Futtermittel,

Pestizidrückstände in Lebensmitteln, Zoonosen, mikrobiologische Kriterien in Lebensmitteln, Kontaminanten in Lebensmitteln und Futtermitteln und anderen Programmen gemäß diesem Gesetz); organisiert die Durchführung von amtlichen Kontrollen im Bereich der Lebensmittelsicherheit; erstellt einen mehrjährigen nationalen Kontrollplan der amtlichen Kontrollen für Lebensmittel und Futtermittel gemäß diesem Gesetz; legt der Regierung von Montenegro und der Europäischen Kommission jährliche Berichte über Lebensmittel- und Futtermittelsicherheit gemäß diesem Gesetz vor; kooperiert mit internationalen Organisationen und zuständigen Behörden anderer Staaten im Bereich der Lebensmittel- und Futtermittelsicherheit und führt andere Tätigkeiten gemäß diesem Gesetz durch.

AFSVPA
Verwaltung für Lebensmittelsicherheit, Veterinärwesen und Pflanzenschutz

- ▶ Agrarpolitik, Tiergesundheit, Tierschutz und Pflanzengesundheit
- ▶ Lebensmittel- und Futtermittelsicherheitspolitik
- ▶ Risikomanagement
- ▶ Risikokommunikation

Sitz: Podgorica
<http://www.minpolj.gov.me/ministarstvo>



Die Verwaltung für Lebensmittelsicherheit, Veterinärwesen und Pflanzenschutz (AFSVPA) – Sektor für Lebensmittelsicherheit, ist im Bereich der Lebensmittelsicherheit zuständig für die Erfüllung der Anforderungen und die Erteilung von Genehmigungen für die Durchführung von Geschäftsvorgängen in Betrieben für die Produktion, Verarbeitung und Vertrieb von Lebensmitteln und Futtermitteln; Registrierung von Lebensmitteln und Futtermitteln; Einrichtung und Aufrechterhaltung des Zentralregisters der zugelassenen und eingetragenen Betriebe, die Lebensmittel- und Futtermittelgeschäfte durchführen; Vorbereitung und Durchführung des mehrjährigen nationalen Kontrollplans der amtlichen Kontrollen für Lebensmittel und Futtermittel; Vorbereitung von Jahresberichten über die Durchführung des mehrjährigen nationalen Kontrollplans der amtlichen Kontrollen sowie die Vorbereitung von technischen Grundlagen für die Entwicklung von Programmen und Rechtsvorschriften.

Laboratorien

Es gibt drei öffentliche Labore in Montenegro: das Institut für öffentliche Gesundheit (IPH), das Zentrum für ökotoxikologische Forschung (CETI) und das Diagnostische Veterinärlabor.

Das IPH führt Analysen von Lebensmitteln, Materialien und Gegenständen durch, die mit Lebensmitteln in Berührung kommen: mikrobiologische, parasitologische, chemische, biologische, toxikologische, biochemische und andere Laboranalysen, Trinkwasseruntersuchungen, Oberflächen- und Abwässer usw.

Das CETI ist eine Einrichtung, die seit 1998 für die Kontrolle und Sicherheit von Lebensmitteln und Gegenständen im Allgemeinen sowie seit 1999 für die Kontrolle von Agrar- und Lebensmittelprodukten im Außenhandel und für die Untersuchung der physikalisch-chemischen Eigenschaften von Pestiziden zugelassen ist.

Das Diagnostische Veterinärlabor hat eine größere Anzahl von Methoden in folgenden Bereichen akkreditiert:

- ▶ mikrobiologische Analysen von Lebensmitteln tierischen Ursprungs: Fleisch und Fleischprodukte, Milch und Milchprodukte, Eier und Eiprodukte;
- ▶ parasitologische Untersuchungen von Fleisch und Fleischprodukten.

Amtliche Kontrollen

Die amtlichen Kontrollen zur Umsetzung des Gesetzes über die Lebensmittelsicherheit werden von Lebensmittelkontrolleuren, amtlichen Veterinärkontrollstellen und dem Pflanzenschutzdienst an Grenzkontrollstellen durchgeführt.

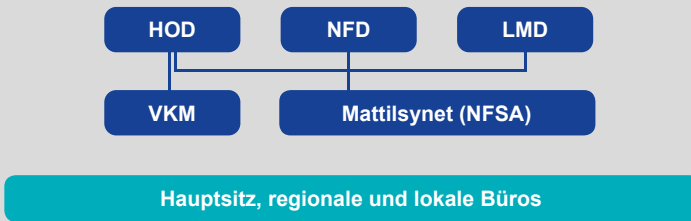
Gemäß dem Veterinärrecht führen die Veterinärkontrollstellen die Überwachung des Handels mit lebenden Tieren, Erzeugnissen tierischen Ursprungs auf dem Gebiet Montenegros, Kontrollen an den Versendungs- oder Endbestimmungsorten der Sendung und in Quarantäneeinrichtungen durch.

Derzeit wird die Grenzkontrolle in Montenegro in zehn Veterinärkontrollstellen (BIPs) durchgeführt (acht an den Landgrenzen, eine im Hafen von Bar und eine am Flughafen in Podgorica).

Die amtlichen Kontrollen im Bereich des Inverkehrbringens von Lebensmitteln und Futtermitteln werden von Lebensmittelkontrolleuren, tierärztlichen und pflanzenschutzrechtlichen Grenzinspektoren durchgeführt, während die Kontrolle von tierischen Nebenprodukten von Veterinärkontrollstellen durchgeführt wird.

Offizielle Kontrollen zur Umsetzung der Gesetze bei Angelegenheiten der Pflanzengesundheit werden durch den Pflanzenschutzdienst durchgeführt.

4.7 Norwegen



Vereinfachte Darstellung der Behörden in Norwegen

In Norwegen ist die zentrale Rechtsgrundlage für Lebensmittelgesetzgebung das Lebensmittelgesetz. Das EU-Lebensmittelgesetz ist in das norwegische Lebensmittelgesetz einbezogen. Bei lebensmittelrechtlichen Verstößen entscheiden letztlich die Gerichte über strafrechtliche Maßnahmen und im Streitfall über Schadensersatzansprüche der Verbraucher. Maßnahmen der Regierung hinsichtlich Lebensmittelsicherheit basieren oft auf wissenschaftlichen Risikobewertungen.

In Norwegen sind Risikobewertung und Risikomanagement institutionell getrennt. Die Risikobewertungen des Norwegischen Wissenschaftlichen Komitees für Lebensmittelsicherheit (VKM) werden im Internet veröffentlicht, es sei denn, es bestehen gesetzliche Bestimmungen, die dies verbieten.

Das Ministerium für Landwirtschaft und Ernährung (LMD), das Ministerium für Handel, Industrie und Fischerei (NFD) und das Ministerium für Gesundheit und Pflege (HOD) teilen sich die Verantwortung für die Gestaltung der Lebensmittelpolitik und für die Verwaltung von Lebensmitteln von der Produktion bis zum Verbraucher. Mattilsynet (Norwegische Behörde für Lebensmittelsicherheit, NFSA) ist eine gemeinsame nachgeordnete Agentur dieser Ministerien.

Das Ministerium für Klima und Umwelt (KLD) trägt besondere Verantwortung für umweltpolitische Fragen.

HOD Ministerium für Gesundheit und Pflege

- ▶ Lebensmittelfragen, Lebensmittelsicherheit und Ernährungspolitik
- ▶ Risikokommunikation
- ▶ Risikomanagement

Sitz: Oslo
<https://www.regjeringen.no/no/dep/hod/id421>



Das Ministerium für Gesundheit und Pflege (HOD) befasst sich mit Gesundheitspolitik, einschließlich Ernährung und Lebensmittelsicherheit. Es ist verantwortlich für die Gesetzgebung auf dem Gebiet des Gesundheitsschutzes, Lebensmittelsicherheit und Lebensmittel, außer Primärproduktion. Zu den Aufgaben des HOD gehören Trinkwasser und Kosmetika. Das HOD trägt die Verantwortung für die norwegische Gesundheitsdirektion, die sich mit der öffentlichen Gesundheit, einschließlich der Ernährung befasst, sowie für das norwegische Institut für öffentliche Gesundheit. Das HOD finanziert und ernennt den sonst unabhängigen VKM.

NFD Ministerium für Handel, Industrie und Fischerei

- ▶ Risikokommunikation
- ▶ Risikomanagement

Sitz: Oslo
<https://www.regjeringen.no/en>



Das Ministerium für Handel, Industrie und Fischerei (NFD) ist verantwortlich für die Gesetzgebung auf dem Gebiet der Primärproduktion in der Aquakultur, sowohl Wild- als auch Zuchtfische und Schalentiere sowie Fischfutter. Der Geschäftsbereich des NFD umfasst auch Futtermittel für Meerestiere, Fischgesundheit und Tierschutz sowie eine nachhaltige Nutzung der Meeresressourcen.

LMD Ministerium für Landwirtschaft und Lebensmittel

- ▶ Risikokommunikation
- ▶ Risikomanagement
- ▶ Lebensmittel: Primärproduktion

Sitz: Oslo
<https://www.regjeringen.no/no/dep/lmd/>



Das Ministerium für Landwirtschaft und Lebensmittel (LMD) hat die Hauptzuständigkeit für die Mattilsynet, die Norwegische Behörde für Lebensmittelsicherheit (NFSA). Sein Geschäftsbereich umfasst die Agrarpolitik in Norwegen. Es ist zuständig für Gesetzentwürfe in der primären (landwirtschaftlichen) Produktion von Lebensmitteln und Futtermitteln. Der Arbeitsbereich des LMD erstreckt sich über die Lebensmittelsicherheit hinaus z.B. auf Pflanzengesundheit sowie Tiergesundheit und Tierschutz.

KLD Ministerium für Klima und Umwelt

- ▶ Risikokommunikation
- ▶ Risikomanagement

Sitz: Oslo
<http://www.regjeringen.no/no/dep/kld>



Das Ministerium für Klima und Umwelt (KLD) hat die Hauptverantwortung für die Gewährleistung einer integrierten staatlichen Klima- und Umweltpolitik. Neben der Initiierung, Entwicklung und Umsetzung eigener Maßnahmen und Handlungen fungiert das Ministerium auch als Förderer und Koordinator, um sicherzustellen, dass die Behörden in den verschiedenen Sektoren die Umweltpolitik in ihren jeweiligen Bereichen umsetzen.

Miljødirektoratet Norwegische Umweltagentur

- ▶ Risikokommunikation
- ▶ Risikomanagement

Sitz: Trondheim
<http://www.miljodirektoratet.no>



Die norwegische Umweltagentur Miljødirektoratet ist das Beratungs- und Exekutivorgan des KLD im Bereich des Naturmanagements. Die primären Aufgaben und Zuständigkeiten der Agentur liegen in der Reduzierung der Treibhausgasemissionen, der Erhaltung der Natur und der Vermeidung von Verschmutzung.

VKM
Norwegisches Wissenschaftliches
Komitee für Lebensmittelsicherheit

- ▶ Risikobewertung
- ▶ Risikokommunikation
- ▶ EFSA-Kontaktstelle

Sitz: Oslo
<http://www.vkm.no>



Das Norwegische Wissenschaftliche Komitee für Lebensmittelsicherheit (VKM) ist eine unabhängige Risikobewertungsstelle, bestehend aus einem Sekretariat und einem wissenschaftlichen Ausschuss. 120 Sachverständige bilden den Ausschuss, der in einem wissenschaftlichen Lenkungsausschuss und elf wissenschaftlichen Gremien organisiert ist, ähnlich der EFSA-Struktur. Das Sekretariat ist als unabhängige Einheit im norwegischen Institut für öffentliche Gesundheit organisiert. Das VKM wird vom Ministerium für Gesundheits- und Pflegedienste finanziert und ernannt. Das VKM führt auf Antrag der NFSA Risikobewertungen im Verantwortungsbereich der Behörde durch. Darüber hinaus führt das VKM im Auftrag der norwegischen Umweltagentur Umweltrisikobewertungen von gentechnisch veränderten Organismen (GVO), mikrobiologischen Produkten und fremden Organismen sowie Bewertungen von gefährdeten Arten im Zusammenhang mit den CITES-Vorschriften durch.

Mattilsynet
Norwegische Behörde für
Lebensmittelsicherheit (NFSA)

- ▶ Risikomanagement
- ▶ Risikokommunikation
- ▶ Codex-Kontaktstelle
- ▶ RASFF-Kontaktstelle

Sitz: Oslo
<http://www.mattilsynet.no>



Die norwegische Behörde für Lebensmittelsicherheit (NFSA) ist eine staatliche Körperschaft, deren Ziel es ist, durch Verordnungen und Kontrollen sicherzustellen, dass Nahrung und Trinkwasser für die Verbraucher so sicher und gesund wie möglich sind, sowie die Förderung von Pflanzen-, Fisch- und Tiergesundheit. Die Vorschriften der NFSA betreffen die ethische Tierhaltung und fördern die umweltfreundliche Produktion. Die Behörde regelt und kontrolliert auch die Bereiche Kosmetika und Tiergesundheit. Die Rolle der NFSA besteht darin, die Gesetzgebung zu erarbeiten und zu informieren, risikobasierte Inspektionen durchzuführen, die Lebensmittelsicherheit sowie die Pflanzen-, Fisch- und Tiergesundheit zu überwachen, Aktualisierungen der Entwicklungen in ihrem Verantwortungsbereich vorzulegen und auf Notfälle vorbereitet zu sein. Die NFSA berät und erstellt Vorbereitungsarbeiten für die Gesetzgebung unter den drei wichtigsten Nahrungsmittelministerien LMD, NFD und HOD.

Die NFSA ist die Regulierungsbehörde für Pestizide und ist für Rückstände von Tierarzneimitteln verantwortlich. Allerdings ist die norwegische Arzneimittelagentur für die Zulassung von Tierarzneimitteln verantwortlich.

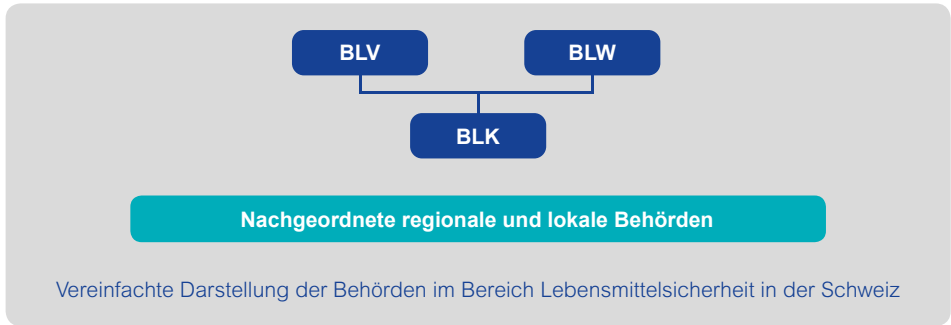
Die NFSA ist in zwei Verwaltungsebenen organisiert mit Hauptsitz in Oslo und fünf Regionen: Die nördliche Region, die Zentralregion, die südliche und die westliche Region, die östliche Region und der Großraum Oslo. Die regionale Ebene umfasst 32 Bezirksämter.

Am EFSA-Netzwerk beteiligte Einrichtungen nach Art. 36 VO (EG) Nr. 178/2002

1. Norwegian Institute of Public Health
2. Bioforsk – Norwegian Institute for Agricultural and Environmental Research, Plant Health and Plant Protection Division
3. National Institute of Nutrition and Seafood Research (NIFES)
4. Norwegian Veterinary Institute
5. Norwegian Forest and Landscape Institute
6. Norwegian Institute for Air Research (NILU)
7. Norwegian Institute for Water Research (NIVA)
8. Norwegian School of Veterinary Science
9. Norwegian University of Life Sciences, Department of Animal- and Aquacultural Sciences
10. Department of Nutrition, Institute of Basic Medical Sciences, University of Oslo
11. Norwegian Food Safety Authority

4.8 Schweiz

Schweiz



Die zentrale Rechtsgrundlage im Lebensmittelrecht der Schweiz ist das Bundesgesetz über Lebensmittel und Gebrauchsgegenstände. Ebenfalls relevant in diesem Bereich ist das Bundesgesetz über die Landwirtschaft und die damit zusammenhängenden Verordnungen über Futtermittel, Tiergesundheit, Tierschutz sowie Einfuhr, Transit und Ausfuhr von Tieren und Lebensmitteln tierischen Ursprungs.

Bei lebensmittelrechtlichen Verstößen entscheiden letztlich die Gerichte über strafrechtliche Maßnahmen und im Streitfall über Schadensersatzansprüche der Verbraucher. Maßnahmen der Regierung hinsichtlich Lebensmittelsicherheit basieren oft auf wissenschaftlichen Risikobewertungen. Die endgültige Entscheidung über die Rechtmäßigkeit staatlicher Maßnahmen liegt jedoch bei den Gerichten.

In der Schweiz gibt es keine institutionelle Trennung von Risikobewertung und Risikomanagement. In bestimmten Fällen werden Risikobewertungen im Internet veröffentlicht.

**BLV
Bundesamt für Lebensmittelsicherheit
und Veterinärwesen**

- ▶ Risikobewertung
- ▶ Risikomanagement
- ▶ Codex-Kontaktstelle
- ▶ RASFF-Kontaktstelle
- ▶ EFSA-Kontaktstelle

Sitz: Bern
<http://www.blv.admin.ch>

Das Bundesamt für Lebensmittelsicherheit und Veterinärwesen (BLV) ist ein neues Amt des Eidgenössischen Departements des Innern und seit Januar 2014 tätig. Das Büro ist zuständig für die Risikobewertung und das Risikomanagement im Bereich Tiergesundheit und Tierschutz, Lebensmittelsicherheit und Verbraucherschutz und verfügt über eigene Laboratorien. Risikobewertungen konzentrieren sich auf chemische, mikrobiologische und biotechnologische Risiken in Lebensmitteln und Gebrauchsgegenständen. Dazu gehören die Sicherheit von neuartigen Lebensmitteln, Nahrungsergänzungsmitteln, Mineralwasser und Trinkwasser, gentechnisch veränderte Organismen (GVO), Rückstände von

Pflanzenschutzmitteln, Rückstände von Tierarzneimitteln, Lebensmittelzusatzstoffe und Kontaminationen sowie die Vermeidung von Zoonosen.

Das BLV ist auch für die Sicherheit von Gebrauchsgegenständen wie Lebensmittelkontaktmaterialien, Spielzeug und Kosmetika verantwortlich. Der Arbeitsbereich des BLV erstreckt sich über die Lebensmittelsicherheit hinaus auf Tiergesundheit und Tierschutz; es überwacht und kontrolliert die Einfuhr, Ausfuhr und den Transit von Vieh und Haustieren, tierischen Erzeugnissen, Lebensmitteln tierischen Ursprungs und international geschützter Flora und Fauna (CITES-Übereinkommen). In enger Zusammenarbeit mit der schweizerischen Eidgenössischen Zollverwaltung ist das BLV für die Kontrolle von Lebensmitteln an der Grenze zuständig. Die Grenzkontrollstellen (Flughäfen Zürich und Genf) sind für die Einfuhrkontrolle von Tieren und Tierprodukten verantwortlich.

In Zusammenarbeit mit den Einfuhrländern stellt das BLV auch Veterinärndokumente für die Ausfuhr von Tieren und tierischen Erzeugnissen aus.

Die Regulierungsbehörde für Tierarzneimittel ist das Schweizerische Heilmittelinstitut (Swissmedic), während Risiken, die mit Rückständen von Tierarzneimitteln in Lebensmitteln tierischen Ursprungs verbunden sind, vom BLV abgedeckt werden.

BLV **Bundesamt für Landwirtschaft**

- ▶ Risikobewertung
- ▶ Risikomanagement

Sitz: Bern
<http://www.blw.admin.ch>



Das Bundesamt für Landwirtschaft (BLW) ist ein Amt des Eidgenössischen Departements für Wirtschaft, Bildung und Forschung und zuständig für die Agrarpolitik, die Sicherheit von Lebensmitteln pflanzlichen Ursprungs bei der Primärproduktion und der Sicherheit von Futtermitteln. Gemeinsam mit den Kantonen und Bauernorganisationen implementiert das BLW Entscheidungen des Volkes, des Parlaments und der Regierung.

Das BLW ist für die Risikobewertung und das Risikomanagement im Bereich Tierfutter verantwortlich. Die tatsächlichen Kontroll- und Inspektionstätigkeiten werden vom Forschungsinstitut Agroscope durchgeführt.

In den Aufgabenbereich des BLW gehören u. a. Rückstände von Pflanzenschutzmitteln, GVO und Pflanzengesundheit. Das BLW ist die Regulierungsbehörde für Pestizide, während Risiken, die mit Pestizidrückständen verbunden sind, vom BLV abgedeckt werden.

BLK **Bundeseinheit für die Lebensmittelkette**

- ▶ Risikomanagement

Sitz: Bern
<http://www.blk.admin.ch>

Im Auftrag des BLW und des BLV prüft die Bundeseinheit für die Lebensmittelkette (BLK) die Umsetzung und Durchsetzung nationaler Rechtsvorschriften der Bundes- und Kantonalbehörden im Bereich Futtermittelsicherheit, Lebensmittelsicherheit, Tiergesundheit und Tierschutz. Die BLK bearbeitet und koordiniert auch die Umsetzung und Bewertung des mehrjährigen nationalen Kontrollplans.

Regionale und lokale Ebene

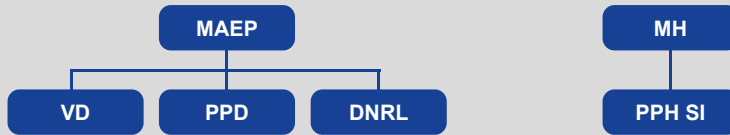
In der Schweiz ist die Bundesregierung für die Durchführung von Import, Export und Transit von Lebensmitteln und verbrauchernahen Produkten zuständig. Die nationale Regierung der Schweiz ist außerdem zuständig für Inspektion und Kontrolle im Bereich Futtermittelsicherheit. Die Regierung wird von der BLK und der Eidgenössischen Zollverwaltung unterstützt.

Die Kantone (d. h. die einzelnen Bundesstaaten der Schweiz) sind für den Vollzug von Lebensmittelsicherheit und Agrarrecht zuständig. Die kantonalen Lebensmittelkontrollbehörden sind für Inspektionen im Bereich Lebensmittelsicherheit verantwortlich. Die kantonalen Veterinärämter sind für den Vollzug der Gesetzgebung über Tiergesundheit, Tierschutz und Tierarzneimittel zuständig. Sie kontrollieren Vieh vor der Schlachtung und führen Fleischinspektionen durch. Sowohl die kantonalen Lebensmittelkontrollbehörden wie auch die kantonalen Veterinärämter unterstehen dem BLV.

Am EFSA-Netzwerk beteiligte Einrichtungen: Die Schweiz hat einen Beobachterstatus in verschiedenen EFSA-Arbeitsgruppen, der EFSA-Kontaktstelle und manchen wissenschaftlichen Netzwerken, an denen meist Delegierte des BLV teilnehmen.

Der Zugang zum Schnellwarnsystem für Lebensmittel und Futtermittel (RASFF) beschränkt sich auf Meldungen über Lebensmittel tierischen Ursprungs.

4.9 Serbien



Vereinfachte Darstellung der Behörden in Serbien

Das Gesetz über Lebensmittelsicherheit ist der zentrale Rechtsakt, der Regeln für die Lebensmittel- und Futtermittelsicherheit, die Zuständigkeiten der Lebensmittel- und Futtermittelunternehmer, das Schnellwarnsystem, die Sofortmaßnahmen und das Krisenmanagement vorschreibt. Dieses Gesetz ist mit der Verordnung EG, Nr. 178/2002, harmonisiert. Die Lebensmittelsicherheit steht im Einklang mit dem EU-Hygienepaket.

Zwei Ministerien und ihre damit verbundenen Dienstleistungen teilen sich die Gesamtverantwortung für die Lebensmittelsicherheit: das Ministerium für Landwirtschaft und Umweltschutz (MAEP) und das Ministerium für Gesundheit (MH).

Es besteht keine klare Trennung zwischen Risikobewertung und Risikomanagement. Die Risikobewertungsbehörde hat sich noch nicht etabliert und die finalisierten Beurteilungen sind nicht öffentlich zugänglich.

MAEP Ministerium für Landwirtschaft und Umweltschutz

- ▶ Agrarpolitik
- ▶ Tiergesundheit und Tierschutz
- ▶ Pflanzengesundheit einschließlich Pflanzenschutzmittel und Rückstände
- ▶ Lebensmittel- und Futtermittelsicherheitspolitik
- ▶ Risikomanagement
- ▶ Risikokommunikation
- ▶ EFSA-Kontaktstelle
- ▶ OIE-Kontaktstelle
- ▶ Codex-Kontaktstelle

Sitz: Belgrad

<http://www.minpolj.gov.rs>



Das Ministerium für Landwirtschaft und Umweltschutz (MAEP) ist die zentrale zuständige Behörde für Politik und Gesetzgebung zur Durchsetzung des Gesetzes über Lebensmittelsicherheit, Veterinärwesen und Pflanzenschutz. Die Veterinärinspektion (VD), die Pflanzenschutzinspektion (PPD) und der Sektor der landwirtschaftlichen Inspektion (SAI) des MAEP haben die Gesamtverantwortung für Tiergesundheit, Tierschutz, Lebensmittel- und Futtermittelsicherheit und Angelegenheiten der Pflanzengesundheit. Die amtlichen Kontrollen werden in Abhängigkeit der delegierten Aufgaben durch drei Inspektionen durchgeführt: Veterinärinspektion, Pflanzenschutzdienst

und landwirtschaftliche Überwachung; jede dieser Inspektionen deckt die Verantwortlichkeiten in ihrer Zuständigkeit im Einklang mit dem Gesetz über Lebensmittelsicherheit ab.

VD Veterinärdirektorat

- ▶ Tiergesundheit und Tierschutz
- ▶ Rückstände von Tierarzneimitteln
- ▶ Lebensmittel- und Futtermittelsicherheit
- ▶ Risikomanagement
- ▶ Risikokommunikation

Sitz: Belgrad

<http://www.vet.minpolj.gov.rs>



Das Veterinärdirektorat (VD) ist verantwortlich für die Sicherheit von Lebensmitteln tierischen Ursprungs in allen Phasen der Produktion, Verarbeitung und Vertrieb, inklusive Import und Export. Es ist auch verantwortlich für: Tiergesundheit, Tierschutz, Tierreproduktion, Futtermittel, Tierarzneimittel und Rückstände, sowie tierische Nebenprodukte. Die Gesetzgebung und die Zusammenarbeit mit anderen zuständigen Behörden in diesen Bereichen unterliegen der Kompetenz des VD.

Die Veterinärinspektion ist ein integrierter Bestandteil des VD. Veterinärinspektoren führen amtliche Kontrollen in Betrieben und von Lebensmitteln und Futtermitteln tierischen Ursprungs durch.

Das VD führt alle erforderlichen Maßnahmen zum Schutz der Tiere vor Krankheiten und der Verbreitung von Zoonosen sowie lebensmittelbedingten Erkrankungen und Antibiotikaresistenzen durch.

Die Veterinärinstitute und die Fakultät für Veterinärmedizin unterstützen die Arbeit des VD im ganzen Land.

Die wissenschaftliche und fachliche Unterstützung des VD erfolgt durch die Veterinärinstitute sowie die Fakultät für Veterinärmedizin, die Diagnosetests für Tiergesundheit, Lebensmittel- und Futtermitteltests durchführen und an wissenschaftlichen Arbeiten und Trainings teilnehmen.

Neben diesen Institutionen gibt es amtliche und private Laboratorien, die an den amtlichen Kontrollen der Futtermittel tierischen Ursprungs teilnehmen.

PPD Pflanzenschutzdirektion

- ▶ Lebensmittel- und Futtermittelsicherheit
- ▶ Pflanzengesundheit
- ▶ Pflanzenschutzmittel und Rückstände
- ▶ Risikomanagement
- ▶ Risikokommunikation

Sitz: Belgrad

<http://www.uzb.minpolj.gov.rs>

Die Pflanzenschutzdirektion (PPD) des MAEP ist die zuständige Behörde für phytosanitäre Angelegenheiten, einschließlich: Pflanzengesundheit (Schadorganismen), Saatgut und Vermehrungsgut, Züchterrechte, gentechnisch veränderte Organismen (GVO), Pflanzenschutzmittel, Pflanzenernährungsprodukte und Bodenverbesserer, Feststellung von Rückständen von Pflanzenschutzmitteln (PPP) in Lebensmitteln und Futtermitteln pflanzlichen und tierischen Ursprungs, Kontrolle von Rückständen von PPP in Lebensmitteln pflanzlichen und zusammengesetzten Ursprungs, Kontrolle im Bereich der Sicherheit von nicht verarbeiteten sowie verarbeiteten Lebensmitteln pflanzlichen Ursprungs beim Import und Futtermitteln pflanzlichen Ursprungs beim Import.

Die PPD überwacht die Umsetzung der Rechtsvorschriften und die Durchsetzung der amtlichen Kontrollen in diesen Bereichen.

Der Pflanzenschutzdienst ist ein integraler Bestandteil der Pflanzenschutzdirektion und der Pflanzenschutzdienst. Dieser führt amtliche Kontrollen von Produkten pflanzlichen Ursprungs in der Primärproduktion durch. Pflanzenschutzinstitute und landwirtschaftliche Dienstleistungen im ganzen Land unterstützen die Arbeit der PPD.

DNRL Direktorat für Nationale Referenzlaboratorien

- ▶ Pflanzengesundheit
- ▶ Lebensmittelsicherheit

Sitz: Belgrad
<http://www.dnrl.minpolj.gov.rs>



Die Direktion für nationale Referenzlaboratorien (DNRL) wird eingerichtet, um Aufgaben im Bereich der Lebensmittelsicherheit, Pflanzengesundheit, Rückstände, Milch und Pflanzen-genbank durchzuführen. Die DNRL hat sich verpflichtet, die Zusammenarbeit mit den Referenzlaboratorien anderer Länder durchzuführen, einheitliche Kriterien und Methoden zu erarbeiten, die Umsetzung von Standards für den Betrieb von autorisierten Laboratorien sicherzustellen und die Ausbildung von autorisiertem Laborpersonal durchzuführen. Die phytosanitäre Prüfung und die Pflanzen-genbank sind vorhanden, aber die anderen Abteilungen sind nicht voll funktionsfähig.

MH Ministerium für Gesundheit

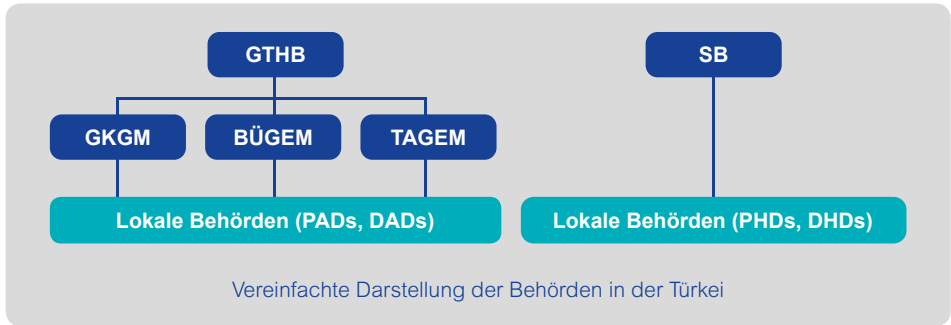
- ▶ Gesundheitspolitik
- ▶ Lebensmittelsicherheit
- ▶ Öffentliches Gesundheitswesen

Sitz: Belgrad
<http://www.zdravlje.gov.rs/>



Das Ministerium für Gesundheit (MH) ist die zuständige Behörde für die Politik und die Übernahme und Umsetzung von Vorschriften für die Durchsetzung von Rechtsvorschriften im Bereich neuartiger Lebensmittel, diätetischer Produkte, Säuglingsnahrung, von Nahrungsergänzungsmitteln und Salzen für den menschlichen Verzehr, von Zusatzstoffen, Aromen und enzymatischen Zubereitungen sowie Ergänzungen nicht-tierischen Ursprungs, von Lebensmittelkontaktmaterial, Trinkwasser und öffentlichen Wasserversorgungssystemen. Der Sektor der öffentlichen Gesundheit der hygienischen Inspektion (SPHSI), Hygieneinspektionseinheit des MH, führt amtliche Kontrollen innerhalb der aufgeführten Nahrungsmittelsicherheitsaufgaben und im Falle eines Ausbruchs/einer Epidemiologieuntersuchung durch. Die öffentlichen Gesundheitsinstitute werden für die amtliche Kontrolle von Lebensmitteln und Wasser eingesetzt.

4.10 Türkei



Die Rechtsgrundlage im Lebensmittelrecht der Türkei ist das Gesetz Nr. 5996 zu Veterinärdiensten, Pflanzengesundheit, Lebensmitteln und Futtermitteln. Das Gesetz Nr. 5996 betrifft Vorschriften, die in den Verordnungen (EG) Nr. 178/2002, Nr. 852/2004, Nr. 853/2004, Nr. 854/2004 und Nr. 882/2004 sowie in verschiedenen anderen EU-Bestimmungen im Veterinär- und Pflanzenschutzrecht dargestellt sind.

Bei lebensmittelrechtlichen Verstößen entscheiden letztlich die Gerichte über strafrechtliche Maßnahmen und im Streitfall über Schadensersatzansprüche der Verbraucher (nach dem Gesetz Nr. 4077). Maßnahmen der Regierung hinsichtlich Lebensmittelsicherheit basieren oft auf wissenschaftlichen Risikobewertungen. Die endgültige Entscheidung über die Rechtmäßigkeit staatlicher Maßnahmen liegt jedoch bei den Gerichten.

In der Türkei gibt es zwar keine institutionelle Trennung von Risikobewertung und Risikomanagement, jedoch ist das Risikomanagement verfahrenstechnisch von der Risikobewertung getrennt, die vom Wissenschaftlichen Komitee und von Wissenschaftlichen Kommissionen durchgeführt wird. Gegenwärtig werden die Ergebnisse von Risikobewertungen noch nicht regelmäßig veröffentlicht.

GTHB
Ministerium für Lebensmittel, Landwirtschaft und Viehhaltung

- ▶ Agrarpolitik, Lebensmittel- und Futtermittelsicherheit, Veterinär- und Pflanzenschutzaufgaben
- ▶ Risikobewertung
- ▶ Risikomanagement
- ▶ Risikokommunikation

Sitz: Ankara
<http://www.tarim.gov.tr>

Das Ministerium für Lebensmittel, Landwirtschaft und Viehhaltung (GTHB) ist für Lebensmittel- und Futtermittelsicherheit einschließlich Veterinär- und Pflanzenschutzthemen zuständig. Ziel des GTHB sind der Schutz der öffentlichen Gesundheit, Pflanz- und Tiergesundheit, Tierschutz und die Interessen der Verbraucher, unter Berücksichtigung des Umweltschutzes. Das GTHB ist zuständig für amtliche Kontrollen und Inspektion auf allen Stufen der Lebensmittel- und Futtermittelkette.

Zum Schutz von menschlicher Gesundheit und Tiergesundheit kooperiert das GTHB mit dem Ministerium für Gesundheit (SB) und anderen zuständigen Einrichtungen hinsichtlich der Überwachung bestimmter Zoonosen und Zoonoseerreger und der Antibiotikaresistenz. Ein wei-

terer Grund für die Zusammenarbeit des GTHB mit anderen Einrichtungen ist die gemeinsame Durchführung epidemiologischer Forschungsprojekte, um durch Lebensmittel übertragbare Zoonosen zu erforschen.

Das GTHB in Ankara besteht aus acht Einheiten, von denen drei an der Entwicklung und dem Vollzug von Lebensmittel- und Futtermittelsicherheitspolitik, Veterinärpolitik und Pflanzenschutzpolitik beteiligt sind (d. h. GKGM, BÜGEM, TAGEM).

SB Ministerium für Gesundheit

- ▶ Gesundheitspolitik, lebensmittelbedingte Krankheitsausbrüche
- ▶ Lebensmittelsicherheit
- ▶ Risikobewertung
- ▶ Risikomanagement
- ▶ Risikokommunikation

Sitz: Ankara
<http://www.saglik.gov.tr>



Das Ministerium für Gesundheit (SB) ist für bestimmte Bereiche der Lebensmittelsicherheit zuständig. Das SB arbeitet Rechtsvorschriften aus und ist zuständig für die Inspektion und Kontrolle der Qualität von Wasser zum menschlichen Verzehr, natürliches Mineralwasser, diätetische Lebensmittel für besondere medizinische Zwecke für Säuglinge und Erwachsene sowie Produkte, die zwar nicht verschreibungspflichtig sind, jedoch wissenschaftlich und klinisch bewiesene Wirksamkeit als Arzneimittel haben, sowie Produkte für die enterale Ernährung. Auch epidemiologische Untersuchungen werden vom türkischen Gesundheitsamt des SB koordiniert. Das SB wird von den Provinzgesundheitsdirektoraten (PHD) und den Bezirksgesundheitsdirektoraten (DHD) in den Provinzen und Bezirken vertreten.

GKGM Generaldirektorat für Lebensmittel und Kontrolle

- ▶ Lebensmittel- und Futtermittelsicherheit
- ▶ Risikobewertung
- ▶ Risikokommunikation
- ▶ Risikomanagement
- ▶ Codex-Kontaktstelle
- ▶ EFSA-Kontaktstelle
- ▶ RASFF-Kontaktstelle

Sitz: Ankara
<http://www.gkgm.gov.tr>



Das Generaldirektorat für Lebensmittel und Kontrolle (GKGM) ist ein Bereich des GTHB und zuständig für die Entwicklung von Politik und Gesetzen sowie dem daraus resultierenden Vollzug, der Kontrolle und Inspektion von Lebensmittel- und Futtermittelsicherheit, Tiergesundheit, Tierschutz und Pflanzengesundheit auf zentraler Ebene. Das GKGM ist die Zulassungsbehörde für Lebensmittelsicherheit, Tiergesundheit und Pflanzengesundheit.

Die Laboratoriumsdienste für Tier- und Pflanzengesundheit sowie für Lebensmittel- und Futtermittelsicherheit werden durch acht Veterinärkontroll- und Forschungsinstitute, acht Pflanzenschutzforschungsinstitute, vier Quarantänelaboratorien, 39 Kontrolllaboratorien auf Provinzebene, ein Lebensmittelkontroll- und zentrales Forschungsinstitut sowie ein Nationales Lebensmittelreferenzlaboratorium unter der Aufsicht des GKGM bereitgestellt. Darüber hinaus operieren 93 vom GKGM zugelassene private Laboratorien. Der Großteil der praktischen Umsetzung und Durchsetzungsmaßnahmen wird von den 81 landwirtschaftlichen Provinzdirektoraten (PADs) und 887 landwirtschaftlichen Bezirksdirektoraten (DADs) über einen vertikalen Dienstweg zwischen den PADs und DADs durchgeführt.

BÜGEM

Generaldirektorat für Pflanzenbau

- ▶ organische Produktion
landwirtschaftlicher Erzeugnisse
- ▶ Risikomanagement
- ▶ Risikokommunikation

Sitz: Ankara
<http://www.bugem.gov.tr>

Das Generaldirektorat für Pflanzenbau (BÜGEM) ist eine Abteilung des GTHB und zuständig für die Festlegung und Kontrolle von Standards und die nachhaltige Verwendung landwirtschaftlicher Produktionsmittel und Produktionstechnologien wie etwa dem biologischen Landbau.

TAGEM

Generaldirektorat für Agrarforschung und Agrarpolitik

- ▶ Agrarforschung
- ▶ Risikobewertung
- ▶ Risikokommunikation

Sitz: Ankara
<http://www.tagem.gov.tr>



Das Generaldirektorat für Agrarforschung und Agrarpolitik (TAGEM) ist eine Abteilung des GTHB und in der Agrarforschung in den Bereichen Pflanzen- und Tiergesundheit, Lebensmittel- und Futtermittelsicherheit, Tierhaltung, Fischerei, Gartenbau und Ackerbau tätig. Ihm obliegen die Identifizierung der Prioritäten und Strategien der Agrarforschung und Entwicklung unter Berücksichtigung der staatlichen Entwicklungspläne sowie die Vorbereitung und Umsetzung in diesen Bereichen.



Einige bestimmte Bereiche wie z. B. Rückstände von Pflanzenschutzmitteln und Tierarzneimitteln, Schwermetalle und andere Kontaminanten, Mykotoxine, Zusatzstoffe und mikrobiologische Kriterien, werden in Forschungseinrichtungen und Laboratorien wie dem Zentralen Forschungsinstitut für Pflanzenschutz und dem Zentralen Institut für Forschungskontrolle im Veterinärbereich untersucht.




Einige dem TAGEM angegliederte Laboratorien analysieren unter der Beaufsichtigung des GKGM Proben, die während der Kontrolle und Inspektion von Lebensmitteln und Futtermitteln, Tier und Pflanzengesundheit genommen wurden. Außerdem fungiert das TAGEM als Sekretariat des Amtes für Biosicherheit, das für die Zulassung von gentechnisch veränderten Organismen (GVO) im Lebensmittel- und Futtermittelsektor zuständig ist, sowie als Sekretariat für dessen Wissenschaftskommissionen, deren Aufgabe die Risikobewertung ist.



Regionale und lokale Ebene




Die Türkei ist in 81 Provinzen und 919 Bezirke eingeteilt. Das GTHB ist durch lokale GTHB-Stellen (PADs und DADs) in allen Provinzen und 914 Bezirken vertreten. Die PADs bestehen aus sieben Abteilungen, die für Lebensmittel, Futtermittel, Tiergesundheit, Zucht, Fischerei, Pflanzenbau und Pflanzengesundheit zuständig sind. Drei von ihnen sind mit der Durchsetzung von Lebensmittel- und Futtermittelsicherheit, Veterinärpolitik und Pflanzengesundheitspolitik befasst.

5 Glossar

<p>Am EFSA-Netzwerk beteiligte Einrichtungen nach Art. 36 VO (EG) Nr. 178/2002</p>	<p>Organisationen, die Aufgaben für die EFSA erledigen können (z. B. Datensammlung, Vorarbeit für die Erstellung von wissenschaftlichen Stellungnahmen und andere wissenschaftliche und technische Unterstützung). Die EFSA versendet Ausschreibungen, in denen die zu beantwortenden Forschungsfragen der EFSA beschrieben sind und für welche sich die „Artikel-36-Einrichtungen“ bewerben können.</p> <p>Eine aktuelle Liste der am EFSA-Netzwerk beteiligten Institutionen gemäß Art. 36 VO (EG) Nr. 178/2002 ist im Internet verfügbar unter: https://www.efsa.europa.eu/sites/default/files/assets/art36listg.pdf</p>
<p>Biozid oder Biozid-Produkte</p>	<p>Wirkstoffe (oder Zubereitungen, die einen oder mehrere Wirkstoffe enthalten), die dazu bestimmt sind, auf chemischem oder biologischem Weg Schadorganismen zu zerstören, abzuschrecken, unschädlich zu machen, Schäden durch sie zu verhindern oder sie in anderer Weise zu bekämpfen. Der Begriff Biozid (oder Biozid-Produkt) impliziert, dass der Wirkstoff in einer Form vorhanden ist, der dem Verwender zur Verfügung gestellt werden kann (vgl. Richtlinie 98/8/EG).</p>
<p>Codex Alimentarius</p>	<p>(Lateinisch für Lebensmittelkodex) Sammlung von international verabschiedeten Normen, Richtlinien und Verfahrensregeln. Obwohl die Normen, die im Codex Alimentarius dargelegt sind, nicht rechtsverbindlich sind, dienen sie als Richtlinien für Vorschriften des nationalen Lebensmittelrechts. Der Codex Alimentarius folgt dem Prinzip, dass Verbraucher ein Recht auf sichere, für den Verzehr geeignete Lebensmittel von guter Qualität haben. Der Codex Alimentarius wird von der Codex-Alimentarius-Kommission erstellt, einer Arbeitsgruppe der Vereinten Nationen (FAO) und der Weltgesundheitsorganisation (WHO), in der 188 Codex-Mitglieder und 219 Kodex-Beobachter mitwirken.</p>
<p>Codex-Kontaktstelle</p>	<p>Die Codex-Kontaktstellen dienen als Schnittstellen zwischen dem Sekretariat des Codex-Alimentarius und den Mitgliedsländern. Die Codex-Kontaktstellen erhalten alle Codex-Schlussfassungen (Normen, Verhaltensvorschriften, Richtlinien und weiteren konsultativen Unterlagen) und Arbeitsdokumente von Codex-Sitzungen und stellen sicher, dass sie den Betreffenden in ihren eigenen Ländern zugänglich gemacht werden.</p>
<p>EFSA-Kontaktstelle</p>	<p>Die EFSA-Kontaktstellen dienen als Schnittstellen zwischen der Europäischen Behörde für Lebensmittelsicherheit (EFSA) und den EU-Mitgliedsstaaten.</p>
<p>EU-Richtlinie</p>	<p>EU-Richtlinien sind Rechtsakte der EU, die von den Mitgliedsstaaten in nationales Recht umgesetzt werden müssen.</p>
<p>EU-Verordnung</p>	<p>EU-Verordnungen gelten unmittelbar in jedem Mitgliedsstaat der EU und müssen nicht in nationales Recht umgesetzt werden.</p>
<p>Futtermittel</p>	<p> Stoffe oder Erzeugnisse, auch Zusatzstoffe, die verarbeitet, teilweise verarbeitet oder unverarbeitet und zur oralen Tierfütterung bestimmt sind (Empfehlung der Kommission 2011/25/EU)</p>
<p>Gentechnik</p>	<p> Die Gentechnik umfasst alle modernen molekularbiologischen Methoden zur Isolierung, Manipulation und Übertragung von Genen von einem Organismus zum anderen.</p>

<p>Kontaminant</p> 	<p>Als Kontaminant gilt jeder Stoff, der dem Lebensmittel nicht absichtlich hinzugefügt wird, jedoch als Folge der Gewinnung (einschließlich der Behandlungsmethoden in Ackerbau, Viehzucht und Veterinärmedizin), Fertigung, Verarbeitung, Zubereitung, Behandlung, Aufmachung, Verpackung, Beförderung oder Lagerung des betreffenden Lebensmittels oder infolge einer Verunreinigung durch die Umwelt im Lebensmittel vorhanden ist. Der Begriff umfasst nicht: Überreste von Insekten, Tierhaare und anderem Fremdbesatz (Verordnung (EWG) Nr. 315/93).</p>
<p>Lebensmittel</p>	<p>Stoffe oder Erzeugnisse, die dazu bestimmt sind, oder von denen nach vernünftigem Ermessen erwartet werden kann, dass sie in verarbeitetem, teilweise verarbeitetem oder unverarbeitetem Zustand von Menschen aufgenommen werden können. (Verordnung (EG) Nr. 178/2002)</p>
<p>Lebensmittelhygiene</p>	<p>Fünf Schlüssel der Lebensmittelhygiene der WHO:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1) Vorbeugung vor Kontamination von Lebensmitteln durch Erreger, verbreitet von Menschen, Haustieren und Schädlingen; 2) Trennung von rohen und gekochten Lebensmitteln, um Kontamination der gekochten Lebensmittel zu verhindern 3) Abkochen von Lebensmitteln über eine angemessene Dauer und bei angemessener Temperatur, um Erreger zu töten; 4) Lagerung von Lebensmitteln bei angemessenen Temperaturen; 5) Verwendung von sicherem Wasser und unbehandelten Zutaten.
<p>Lebensmittelsicherheit</p>	<p>Lebensmittelsicherheit gewährleistet, dass der Verzehr von Lebensmitteln (bei bestimmungsgemäßer Verwendung) nicht schädlich für Verbraucher ist und/oder zu keiner lebensmittelbedingten Krankheit führt. Angemessene Lebensmittelhygiene unterstützt die Lebensmittelsicherheit, wobei der Begriff Lebensmittelsicherheit auch das Nichtvorhandensein von schädlichen Umweltkontaminanten oder Rückständen von Tierarzneimitteln einschließt.</p>
<p>Mehrfährige nationale Kontrollpläne (MNKP)</p>	<p>Ein mehrjähriger nationaler Kontrollplan beschreibt, wie bestimmte Aspekte der amtlichen Kontrolle und Inspektion im Bereich Lebens- und Futtermittelsicherheit organisiert, durchgeführt und/oder umgesetzt werden. Dazu gehören die Häufigkeit von Inspektionen, die Verteilung der Inspektionen innerhalb der Branche und der Betriebe und die Anzahl der zu analysierenden Proben.</p>
<p>Mineralwasser</p> 	<p>Abgefülltes Wasser für den menschlichen Verzehr, entweder a) natürliches Mineralwasser, b) natürliches Quellwasser oder c) verarbeitetes Leitungswasser. Natürliches Mineralwasser ist Grundwasser, das aus einer oder mehreren natürlichen oder künstlich erschlossenen Quellen gewonnen wird und eine bestimmte Menge an Mineralien enthält. Quellwasser ist Grundwasser, das aus einer Quelle entsprungen ist, aber weniger Mineralien enthält. Das Symbol bezieht sich nicht auf abgefülltes Wasser, welches für medizinische Zwecke bestimmt ist.</p>
<p>Nahrungsergänzungsmittel (NEM)</p> 	<p>Nahrungsergänzungsmittel sind Nährstoffe oder sonstige Stoffe mit ernährungsspezifischer oder physiologischer Wirkung, welche die normale Ernährung ergänzen sollen. Sie werden normalerweise in Form von Kapseln, Pastillen, Tabletten, Pillen, Pulverbeuteln, Ampullen, Flaschen mit Tropfeinsätzen und ähnlichen Darreichungsformen von Flüssigkeiten und Pulvern zur Aufnahme in abgemessenen kleinen Mengen vermarktet (Richtlinie 2002/46/EG).</p>

<p>Neuartige Lebensmittel (<i>Novel Food</i>)</p>		<p>Neuartige Lebensmittel – auch <i>Novel Food</i> genannt – sind Lebensmittel und Lebensmittelinhaltsstoffe, die noch nicht in relevantem Ausmaß innerhalb der EU vor dem 15. Mai 1997 verwendet wurden. Um den bestmöglichen Schutz der menschlichen Gesundheit zu sichern, werden neuartige Lebensmittel einer Sicherheitsbewertung unterzogen, bevor sie auf den europäischen Markt kommen dürfen. Nur Produkte, die als sicher für den menschlichen Verzehr zu erachten sind, werden zur Vermarktung zugelassen.</p>
<p>Pflanzenschutzmittel (PSM) oder Pestizide</p>		<p>Wirkstoffe und Zubereitungen, die einen oder mehrere Wirkstoffe enthalten und die zum Schutz von Pflanzen (oder Pflanzenprodukten) gegen Schadorganismen bestimmt sind. Der Begriff Pflanzenschutzmittel (oder Pestizid) impliziert, dass der (die) Wirkstoff(e) in einer Form vorhanden ist (sind), in welcher er (sie) zum Verwender gelangen kann (können). Wirkstoffe in Pflanzenschutzmitteln können auch unerwünschte Pflanzen vernichten oder in einer anderen Weise als ein Nährstoff die Lebensvorgänge von Pflanzen beeinflussen (z. B. Wachstumsregler).</p>
<p>Primäre Lebensmittelproduktion</p>		<p>Anbau, Kultivieren, Ernte, Sammeln oder Fang von Lebensmitteln, z. B. Ernten, Schlachten, Melken oder Angeln. Der Begriff der primären Lebensmittelproduktion beinhaltet nicht die beträchtlichen Veränderungen von Lebensmitteln, beispielsweise Fertigung oder Eindosen, sowie den Verkauf von Lebensmitteln direkt an die Allgemeinheit.</p>
<p>RASFF-Kontaktstelle</p>		<p>Das Schnellwarnsystem für Lebens- und Futtermittel (RASFF) ist ein Instrument im Informationsaustausch der nationalen Überwachungsbehörden innerhalb der EU. Das RASFF besteht aus 35 Mitgliedern. Jedes Mitglied hat eine RASFF-Kontaktstelle. Wenn ein RASFF-Mitglied Informationen zu einem ernststen Gesundheitsrisiko durch Lebens- oder Futtermittel besitzt, muss es mittels des RASFF unverzüglich die EU-Kommission benachrichtigen. Vor allem die Mitgliedsstaaten müssen die Kommission von allen Maßnahmen, z. B. Ausdem-Verkehr-ziehen oder Rückruf von Lebens- oder Futtermitteln vom Markt, in Kenntnis setzen, um die Gesundheit der Verbraucher zu schützen, falls schnelles Handeln notwendig ist. Die EU-Kommission unterrichtet daraufhin unverzüglich alle Mitglieder über die RASFF-Kontaktstellen.</p>
<p>REACH</p>		<p>Rechtsrahmen für die Registrierung, Bewertung und Zulassung chemischer Stoffe, um für größere Sicherheit bei der Erzeugung und Verwendung chemischer Substanzen zu sorgen.</p>
<p>Risikobewertung</p>		<p>Wissenschaftliche Arbeit bestehend aus der Identifizierung möglicher Gefahrenquellen, Charakterisierung der Gefahr, Expositionsschätzung und Risikocharakterisierung.</p>
<p>Risikokommunikation</p>		<p>Interaktiver Informationsaustausch von Personen im Bereich Risikobewertung und Risikomanagement mit Verbrauchern, der Lebens- und Futtermittelwirtschaft, der Wissenschaftsgemeinschaft und mit anderen Interessengruppen in Bezug auf Risiken, Gefahren und Risikowahrnehmung. Zur Risikokommunikation zählt außerdem die Erklärung der wissenschaftlichen Risikobewertung und der Risikomanagemententscheidungen.</p>
<p>Risikomanagement</p>		<p>Prozess des Abwägens von politischen Alternativen, das Fällen von Entscheidungen und das Umsetzen von Kontroll- und Inspektionsverfahren, um Risiken der Nahrungskette zu bewältigen</p>

Rückstand		Stoffe, die in Pflanzen, pflanzlichen Erzeugnissen, genießbaren tierischen Erzeugnissen oder Trinkwasser vorhanden sind und aus der Verwendung von Pflanzenschutzmitteln oder Tierarzneimitteln stammen, einschließlich Stoffwechselprodukte, Zerfalls- oder Reaktionsprodukte.
Tierarzneimittelrückstände		Stoffe, die in Pflanzen, Pflanzenprodukten, essbaren Tierprodukten oder Trinkwasser enthalten sind, die aus der Verwendung von Tierarzneimitteln, einschließlich Stoffwechselprodukten, Zerfalls- und Reaktionsprodukten, stammen.
Trinkwasser		Wasser aus der Leitung, das für den menschlichen Verzehr bestimmt ist.
Zoonosen		Sämtliche Krankheiten und/oder sämtliche Infektionen, die auf natürlichem Weg direkt oder indirekt zwischen Tieren und Menschen übertragen werden können.
Zuständige Behörde		Eine staatliche Organisation, die rechtlich bevollmächtigt ist, eine bestimmte Funktion auszuführen.

6 Abkürzungsverzeichnis

Albanien	FSVI	Instituti i Sigurise Ushqimore dhe Veterinarise	Lebensmittelsicherheits- und Veterinärinstitut
	MARDWA	Ministria e Bujqesise, Zhvillimit Rural dhe Administrimit te Ujrave	Ministerium für Landwirtschaft, ländliche Entwicklung und Wasserwirtschaft
	MH	Ministria e Shendetesise	Ministerium für Gesundheit
	NFA	Autoriteti Kombetar i Ushqimit	Nationale Lebensmittelbehörde
	PHI	Instituti i Shendetit Publik	Institut für öffentliche Gesundheit
	RDA	Drejtorite Rajonale te Bujqesise	Regionaldirektionen für Landwirtschaft
Belgien	CODA-CERVA	Centre d'étude et de recherches vétérinaires et agrochimiques	Veterinärmedizinisches und agrochemisches Forschungszentrum
	FASFC	Agence fédérale pour la sécurité de la chaîne alimentaire	Föderalagentur für die Sicherheit der Nahrungsmittelkette
	FPS	Service public fédéral, santé publique, sécurité de la chaîne alimentaire et environnement	Föderaler Öffentlicher Dienst für Gesundheit, Sicherheit der Nahrungskette und Umwelt
	WIV-ISP	Institut scientifique de santé publique	Wissenschaftliches Institut für Öffentliche Gesundheit
Bosnien und Herzegowina (BiH)	FSA BiH	Agencija za sigurnost hrane BiH	Agentur für Lebensmittelsicherheit in Bosnien und Herzegowina
	MoFTER	Ministarstvo vanjske trgovine i ekonomskih odnosa BiH	Ministerium für Außenhandel und Wirtschaftsbeziehungen von Bosnien und Herzegowina
	PHPA BiH	Uprava BiH za zaštitu zdravlja bilja	Behörde zum Schutz der Pflanzengesundheit von Bosnien und Herzegowina
	VO BiH	Kancelarija za veterinarstvo BiH	Veterinäramt von Bosnien und Herzegowina
Bulgarien	BFSA	Българска агенция по безопасност на храните	Bulgarische Behörde für Lebensmittelsicherheit
	MAF	Министерство на земеделието и храните	Ministerium für Landwirtschaft und Lebensmittel
	MH	Министерство на здравеопазването	Ministerium für Gesundheit
	MOEW	Министерство на околната среда и водите	Ministerium für Umwelt und Wasser

Bulgarien	NCPHA	Национален център по обществено здраве и анализи	Nationales Zentrum für öffentliche Gesundheit und Analyse
	RAC	Център за оценка на риска	Risikobewertungszentrum
Dänemark	AgriFish	NaturErhvervstyrelsen	Dänische Agentur AgriFish
	DTU	Fødevareinstituttet, Danmarks Tekniske Universitet	Nationales Lebensmittelinstitut, Technische Universität von Dänemark
	DCA	Nationalt Center for Fødevarer og Jordbrug	Dänisches Zentrum für Lebensmittel und Landwirtschaft (DCA), Universität Aarhus (AU)
	DCE	Nationalt Center for Miljø og Energi	Dänisches Umwelt- und Energiezentrum (DCE), Universität Aarhus (AU)
	DVFA	Fødevarestyrelsen	Dänische Veterinär- und Lebensmittelbehörde
	MEFD	Miljø- og Fødevareministeriet	Ministerium für Umwelt und Ernährung von Dänemark
	UCPH	Københavns Universitet	Universität Kopenhagen
Deutschland	BfR	Bundesinstitut für Risikobewertung	Bundesinstitut für Risikobewertung
	BMEL	Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft	Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft
	BMUB	Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit	Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit
	BVL	Bundesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit	Bundesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit
	RKI	Robert Koch-Institut	Robert Koch-Institut
	UBA	Umweltbundesamt	Umweltbundesamt
Ehemalige jugo-slawische Republik Mazedonien (MK)	FVA	Агенција за храна и ветеринарство	Lebensmittel- und Veterinärbehörde
	FMVS	Факултет за ветеринарна медицина	Fakultät für Veterinärmedizin
	IPH	Институт за јавно здравје	Institut für öffentliche Gesundheit
	MAFWЕ	Министерство за земјоделство, шумарство и водостопанство	Ministerium für Land-, Forst- und Wasserwirtschaft
	MoH	Министерство за здравство	Ministerium für Gesundheit
SPL	Државна фитосанитарна лабораторија	Staatliches Phytosanitäres Laboratorium	
Estland	MEM	Maaeluministeerium	Ministerium für ländliche Angelegenheiten

Estland	PMA	Põllumajandusamet	Landwirtschaftsbehörde
	SM	Sotsiaalministeerium	Ministerium für Soziales
	TA	Terviseamet	Gesundheitsbehörde
	VTA	Veterinaar- ja Toiduamet	Veterinär- und Lebensmittelbehörde
Finnland	Evira	Elintarviketurvallisuusvirasto	Finnische Behörde für Lebensmittelsicherheit
	–	Tulli	Finnische Zollbehörde
	MMM	Maa- ja Metsätalousministeriö	Ministerium für Landwirtschaft und Forstwirtschaft
	STM	Sosiaali- ja Terveysministeriö	Ministerium für Soziales und Gesundheit
	Tukes	Turvallisuus- ja kemikaalivirasto	Finnische Agentur für Sicherheit und Chemikalien
	Valvira	Sosiaali- ja terveysalan lupa- ja valvontavirasto	Nationale Aufsichtsbehörde für Fürsorge und Gesundheit
Frankreich	ANSES	Agence nationale de sécurité sanitaire de l'alimentation, de l'environnement et du travail	Französische Behörde für Lebensmittelsicherheit, Umwelt- und Arbeitsschutz
	HCB	Haut Conseil des Biotechnologies	Oberster Rat für Biotechnologie
	MAAF	Ministère de l'agriculture, de l'agroalimentaire et de la forêt	Ministerium für Land-, Ernährungs- und Forstwirtschaft
	MAS	Ministère des Affaires sociales et de la Santé	Ministerium für Soziales und Gesundheit
	MEF	Ministère de l'économie, de l'industrie et du numérique	Ministerium für Wirtschaft, Industrie und Digitale Angelegenheiten
Griechenland	EFET	Ενιαίος Φορέας Ελέγχου Τροφίμων	Griechische Lebensmittelbehörde
	EOF	Εθνικός Οργανισμός Φαρμάκων	Nationale Arzneimittelbehörde
	YAAT	Υπουργείο Αγροτικής Ανάπτυξης και Τροφίμων	Ministerium für ländliche Entwicklung und Lebensmittel
	YY	Υπουργείο Υγείας	Ministerium für Gesundheit
Irland	DAFM	Department of Agriculture, Food and the Marine	Ministerium für Landwirtschaft, Lebensmittel und Fischerei
	DoH	Department of Health	Ministerium für Gesundheit
	HSE	Health Service Executive	Gesundheitsamt
	FSAI	Food Safety Authority of Ireland	Irische Lebensmittelbehörde
	MI	Marine Institute	Marine Institut
	NSAI	National Standards Authority of Ireland	Nationale Normenbehörde von Irland

Irland	SFPA	Sea-Fisheries Protection Authority	Behörde zum Schutz der Seefischerei
Island	ANR	Atvinnuvega- og nýsköpunarráðuneytið	Ministerium für Industrie und Innovation
	MAST	Matvælastofnun	Isländische Lebensmittel- und Veterinärbehörde
	Matis Ltd.	Matis Ltd.	Isländisches Lebensmittel- und Biotechforschungsinstitut
Italien	ISS	Istituto Superiore di Sanità	Nationales Institut für Gesundheit
	MdS	Ministerio della Salute	Ministerium für Gesundheit
	MiPAAF	Ministero delle Politiche Agricole, Alimentari e Forestali	Ministerium für Agrar-, Lebensmittel- und Forstwirtschaft
Kosovo	FVA	Agjencia e Ushqimit dhe Veterinarisë	Lebensmittel- und Veterinärbehörde
	MAFRD	Ministria e Bujqësisë, Pylltarisë dhe Zhvillimit Rural	Ministerium für Landwirtschaft, Forstwirtschaft und ländliche Entwicklung
	MoH	Ministria e Shëndetësisë	Ministerium für Gesundheit
Kroatien	HAH	Hrvatska agencija za hranu	Kroatische Behörde für Lebensmittelsicherheit
	MA	Ministarstvo poljoprivrede	Ministerium für Landwirtschaft
	MH	Ministarstvo zdravlja	Ministerium für Gesundheit
Lettland	BIOR	Pārtikas Drošības Dzīvnieku Veselības un Vides Zinātniskais Institūts	Institut für Lebensmittelsicherheit, Tiergesundheit und Umwelt
	PVD	Pārtikas un Veterinārais Dienests	Lebensmittel- und Veterinärdienst
	SPKC	Slimību Profilakses un Kontroles Centrs	Zentrum für Prävention und Kontrolle von Krankheiten
	VAAD	Valsts Augu Aizsardzības Dienests	Staatlicher Pflanzenschutzdienst
	VM	Veselības Ministrija	Ministerium für Gesundheit
	ZM	Zemkopības Ministrija	Ministerium für Landwirtschaft
Litauen	NMVRVI	Nacionalinis maisto ir veterinarijos rizikos vertinimo institutas	Nationales Lebensmittel- und Veterinär-Risikobewertungsinstitut
	SAM	Sveikatos Apsaugos Ministerija	Ministerium für Gesundheit
	SMLPC	Sveikatos mokymo ir ligų prevencijos centras	Zentrum für Gesundheitserziehung und Krankheitsprävention
	VAT	Valstybinė augalininkystės tarnyba prie Žemės ūkio ministerijos	Staatlicher Pflanzendienst
	VMVT	Valstybinė maisto ir veterinarijos tarnyba	Staatlicher Lebensmittel- und Veterinärdienst
	ŽŪM	Žemės Ūkio Ministerija	Ministerium für Landwirtschaft

Luxemburg	ASTA	Administration des services techniques de l'agriculture	Verwaltung von landwirtschaftlichen Dienstleistungen
	ASV	Administration des services vétérinaires	Veterinärdienstverwaltung
	DIR SAN	Direction de la santé	Direktion für öffentliche Gesundheit
	MAVDR	Ministère de l'Agriculture, de la Viticulture et du Développement rural	Ministerium für Landwirtschaft, Weinbau und ländliche Entwicklung
	MS	Ministère de la Santé	Ministerium für Gesundheit
	OSQCA	Organisme pour la sécurité et la qualité de la chaîne alimentaire	Behörde für Sicherheit und Qualität in der Nahrungskette
Malta	FSC	Food Safety Commission	Kommission für Lebensmittelsicherheit
	MCCAA	Malta Competition and Consumer Affairs Authority	Maltesische Behörde für Wettbewerb und Verbraucherfragen
	MHEC	Ministry for Health, the Elderly and Community Care	Ministerium für Gesundheit, ältere Menschen und kommunale Versorgung
	MSDEC	Ministry for Sustainable Development, the Environment and Climate Change	Ministerium für nachhaltige Entwicklung, Umwelt und Klimawandel
Montenegro	AFSVA	Uprava za bezbjednost hrane, veterinu i fitosanitarne poslove	Verwaltung für Lebensmittelsicherheit, Veterinärwesen und Pflanzenschutz
	MARD	Ministarstvo Poljoprivrede i Ruralnog Razvoja	Ministerium für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung
Niederlande	CVI	Central Veterinary Institute	Zentrales Veterinärinstitut
	EZ	Ministerie van Economische Zaken	Ministerium für Wirtschaft
	NVWA	Nederlandse Voedsel- en Warenautoriteit	Niederländische Behörde für Lebensmittel- und Verbraucherproduktsicherheit
	RIKILT	Instituut voor Voedselveiligheid	Institut für Lebensmittelsicherheit
	RIVM	Rijksinstituut voor Volksgezondheid en Milieu	Nationales Institut für öffentliche Gesundheit und Umwelt
	VWS	Ministerie van Volksgezondheid, Welzijn en Sport	Ministerium für Gesundheit, Wohlfahrt und Sport
Norwegen	HOD	Helse- og omsorgsdepartementet	Ministerium für Gesundheit und Pflege
	KLD	Klima- og miljødepartementet	Ministerium für Klima und Umwelt
	LMD	Landbruks- og matdepartementet	Ministerium für Landwirtschaft und Lebensmittel
	Mattilsynet	Statens tilsyn for planter, fisk, dyr og næringsmidler	Norwegische Behörde für Lebensmittelsicherheit

Norwegen	Miljødirektoratet	Miljødirektoratet	Norwegische Umweltagentur
	NFD	Nærings- og fiskeridepartementet	Ministerium für Handel, Industrie und Fischerei
	VKM	Vitenskapskomiteén for mattrygghet	Norwegisches Wissenschaftliches Komitee für Lebensmittelsicherheit
Österreich	AGES	Österreichische Agentur für Gesundheit und Ernährungssicherheit GmbH	Österreichische Agentur für Gesundheit und Ernährungssicherheit GmbH
	BAES	Bundesamt für Ernährungssicherheit	Bundesamt für Ernährungssicherheit
	BMGF	Bundesministerium für Gesundheit und Frauen	Bundesministerium für Gesundheit und Frauen
	BMLFUW	Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft	Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft
Polen	CS des MF		Zollbehörde (CS) am Ministerium für Finanzen (MF)
	GIS des MZ	Główny Inspektorat Sanitarny	Oberste Gesundheitsaufsicht (GIS) des Ministeriums für Gesundheit (MZ)
	IZZ	Instytut Żywności i Żywnienia	Nationales Lebensmittel- und Ernährungsinstitut
	MRiRW	Ministerstwo Rolnictwa i Rozwoju Wsi	Ministerium für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung
	NIZP-PZH	Narodowy Instytut Zdrowia Publicznego – Państwowy Zakład Higieny	Nationales Institut für Öffentliche Gesundheit – Nationales Institut für Hygiene
	PIWET	Państwowy Instytut Weterynaryjny – Państwowy Instytut Badawczy	Nationales Veterinärforschungsinstitut
	UOKiK	Urząd Ochrony Konkurencji i Konsumentów	Amt für Wettbewerb und Verbraucherschutz
Portugal	ASAE	Autoridade de Segurança Alimentar e Económica	Behörde für Wirtschaft und Lebensmittelsicherheit
	DGAV	Direção-Geral de Alimentação e Veterinária	Allgemeines Direktorat für Lebensmittel und Veterinärangelegenheiten
	MAFDR	Ministério da Agricultura, Florestas e Desenvolvimento Rural	Ministerium für Landwirtschaft, Forstwirtschaft und ländliche Entwicklung
	ME	Ministério da Economia	Ministerium für Wirtschaft
Rumänien	ANPC	Autoritatea Națională pentru Protecția Consumatorilor	Nationale Verbraucherschutzbehörde
	ANSVSA	Autoritatea Națională Sanitară Veterinară și pentru Siguranța Alimentelor	Nationale Veterinär- und Lebensmittelsicherheitsbehörde

Rumänien	MADR	Ministerul Agriculturii si Dezvoltării Rurale	Ministerium für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung
	MMAP	Ministerul Mediului, Apelor si Padurilor	Ministerium für Umwelt, Wasser und Wälder
	MS	Ministerul Sănătății	Ministerium für Gesundheit
Schweden	JV	Jordbruksverket	Schwedische Landwirtschaftskammer
	LV	Livsmedelsverket	Nationale Agentur für Lebensmittel
	SVA	Statens Veterinärmedicinska Anstalt	Nationales Schwedisches Veterinärinstitut
Schweiz	BLK	Bundeseinheit für die Lebensmittelkette	Bundeseinheit für die Lebensmittelkette
	BLV	Bundesamt für Lebensmittelsicherheit und Veterinärwesen	Bundesamt für Lebensmittelsicherheit und Veterinärwesen
	BLW	Bundesamt für Landwirtschaft	Bundesamt für Landwirtschaft
Serbien	DNRL	Direkcija za nacionalne referentne laboratorije	Direktorat für Nationale Referenzlaboratorien
	MAEP	Ministarstvo poljoprivrede I zaštite životne sredine	Ministerium für Landwirtschaft und Umweltschutz
	MH	Ministarstvo zdravlja	Ministerium für Gesundheit
	PPD	Uprava za zaštitu bilja	Pflanzenschutzdirektion
	VD	Uprava za veterinu	Veterinärdirektorat
Slowakische Republik	MPRV-SR	Ministerstvo pôdohospodárstva a rozvoja vidieka Slovenskej republiky	Ministerium für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung der Slowakischen Republik
	MZ-SR	Ministerstvo zdravotníctva Slovenskej republiky	Ministerium für Gesundheit der Slowakischen Republik
	ŠVPS-SR	Štátna veterinárna a potravinová správa Slovenskej republiky	Staatliche Veterinär- und Lebensmittelverwaltung der Slowakischen Republik
	ÚKSÚP	Ústredný kontrolný a skúšobný ústav poľnohospodársky	Zentrales Institut für Kontrollen und Tests in der Landwirtschaft
	ÚVZ-SR	Úrad verejného zdravotníctva Slovenskej republiky	Behörde für Öffentliche Gesundheit der Slowakischen Republik
	VÚP	Výskumný ústav potravinársky	Forschungsinstitut für Lebensmittel
Slowenien	FURS		Finanzverwaltung
	IRSKGLR	Inšpektorat RS za kmetijstvo, gozdarstvo, lovstvo in ribištvo	Aufsichtsbehörde der Republik Slowenien für Landwirtschaft, Forstwirtschaft, Jagd und Fischerei
	MF	Ministrstvo za finance	Ministerium für Finanzen
	MKGP	Ministrstvo za kmetijstvo, gozdarstvo in prehrano	Ministerium für Landwirtschaft, Forstwirtschaft und Ernährung
	MZ	Ministrstvo za zdravje	Ministerium für Gesundheit

Slowenien	UVHVR	Uprava za Varno Harno, Veterinarstvo in Varstvo Rastlin	Behörde für Lebensmittelsicherheit, Veterinärwesen und Pflanzenschutz
	ZIRS	Zdravstveni inšpektorat Republike Slovenije	Gesundheitsaufsichtsbehörde der Republik Slowenien
Spanien	AECOSAN	Agencia Española de Consumo, Seguridad Alimentaria y Nutrición	Spanische Agentur für Verbraucherschutz, Lebensmittel und Ernährung
	MAPAMA	Ministerio de Agricultura y Pesca, Alimentación y Medio Ambiente	Ministerium für Landwirtschaft und Fischerei, Ernährung und Umwelt
	MSSSI	Ministerio de Sanidad, Servicios Sociales e Igualdad	Ministerium für Gesundheit, soziale Dienste und Gleichstellung
Tschechische Republik	MZ	Ministerstvo Zdravotnictví České Republiky	Ministerium für Gesundheit
	MZE	Ministerstvo Zemědělství	Ministerium für Landwirtschaft
Türkei	BÜGEM	Bitkisel Üretim Genel Müdürlüğü	Generaldirektorat für Pflanzenbau
	GKGM	Gıda ve Kontrol Genel Müdürlüğü	Generaldirektorat für Lebensmittel und Kontrolle
	GTHB	Gıda Tarım ve Hayvancılık Bakanlığı	Ministerium für Lebensmittel, Landwirtschaft und Viehhaltung
	SB	Sağlık Bakanlığı	Ministerium für Gesundheit
	TAGEM	Tarımsal Araştırmalar Ve Politikalar Genel Müdürlüğü	Generaldirektorat für Agrarforschung und Agrarpolitik
Ungarn	EMMI	Emberi Erőforrások Minisztériuma	Ministerium für Humanressourcen
	FM	Földművelésügyi Minisztérium	Ministerium für Landwirtschaft
	ME	Miniszterelnöki Hivatal	Büro des Premierministers
	NÉBIH	Nemzeti Élelmiszerlánc-biztonsági Hivatal	Nationale Behörde für die Sicherheit der Nahrungskette
	NFM	Nemzeti Fejlesztési Minisztérium	Ministerium für nationale Entwicklung
Vereinigtes Königreich	Defra	Department for Environment, Food and Rural Affairs	Ministerium für Umwelt, Lebensmittel und ländliche Angelegenheiten (England in Bezug auf die Lebensmittelsicherheit)
	FSA	Food Standards Agency (England, Wales & Northern Ireland)	Behörde für Lebensmittelstandards (England, Wales und Nordirland)
	FSS	Food Standards Scotland (Scotland)	Behörde für Lebensmittelstandards Schottland (Schottland)
Zypern	MOA	Υπουργείο Γεωργίας, Αγροτικής Ανάπτυξης και Περιβάλλοντος	Ministerium für Landwirtschaft, natürliche Ressourcen und Umwelt
	MOH	Υπουργείου Υγείας	Ministerium für Gesundheit

Bundesinstitut für Risikobewertung (BfR)

Max-Dohrn-Straße 8–10
10589 Berlin

Tel. 030 18412-0
Fax 030 18412-4741
international@bfr.bund.de
www.bfr.bund.de

